



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

19. Sitzung**6. Wahlperiode**

Mittwoch, 20. Juni 2012, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt**Feststellung der Tagesordnung
gemäß § 73 Abs. 3 GO LT**

3

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013
und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 6/300 – 11

Aktuelle Stunde**Zustand des Grund- und Trinkwassers
in Mecklenburg-Vorpommern und
Konsequenzen für die Landnutzung**

3

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**

– Drucksache 6/298 – 11

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 3
Minister Dr. Till Backhaus 4
Burkhard Lenz, CDU 6
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 8
Stefan Köster, NPD 9
Katharina Feike, SPD 10

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**– Drucksachen 6/800, 6/801, 6/802, 6/803,
6/804, 6/805, 6/806, 6/807, 6/808, 6/809, 6/810,
6/811, 6/812, 6/813, 6/814, 6/815 und 6/830 – 11**Gesetzentwurf der Landesregierung****Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2012/2013**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 6/299 – 11

**Änderungsanträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**– Drucksachen 6/855, 6/856, 6/857,
6/858, 6/859, 6/860, 6/861, 6/862,
6/863, 6/864, 6/865 und 6/866 – 11**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**

– Drucksache 6/799 – 11

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE– Drucksachen 6/867, 6/868, 6/869, 6/870,
6/871, 6/872, 6/873, 6/874, 6/875,
6/876, 6/877, 6/878 und 6/879 – 11

Änderungsanträge der Fraktion der NPD
– Drucksachen 6/881, 6/882, 6/883, 6/884,
6/885, 6/886, 6/887, 6/888, 6/889, 6/890, 6/891,
6/892, 6/893, 6/894, 6/895, 6/896, 6/897, 6/898,
6/899, 6/900, 6/901, 6/902, 6/903, 6/904, 6/905,
6/906, 6/907, 6/908, 6/909, 6/910, 6/911, 6/912,
6/913, 6/914, 6/915, 6/916, 6/917, 6/918, 6/919,
6/920, 6/921, 6/922, 6/923, 6/924, 6/925, 6/926,
6/927, 6/928, 6/929, 6/930, 6/931 und 6/932 – 11

Torsten Koplin, DIE LINKE 12, 42
Ministerpräsident Erwin Sellering 14
Helmut Holter, DIE LINKE 18
Vincent Kokert, CDU 21
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 27
Tilo Gundlack, SPD 33
Udo Pastörs, NPD 39
Ministerin Heike Polzin 42
Jeannine Rösler, DIE LINKE 46
Egbert Liskow, CDU 49
Wolf-Dieter Ringguth, CDU 51
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 53
Simone Oldenburg, DIE LINKE 53
Torsten Renz, CDU 55, 64
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 56
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 57
Dr. Margret Seemann, SPD 59
Bernd Schubert, CDU 60
Henning Foerster, DIE LINKE 61
Jörg Heydorn, SPD 67
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 67

B e s c h l u s s 69

Antrag der Volksinitiative
gemäß Artikel 59 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
„Für den Erhalt der Theater- und Orchester-
strukturen in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 6/535 – 79

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft
und Kultur (7. Ausschuss)
– Drucksache 6/841 – 79

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/880 – 79

Ministerin Manuela Schwesig 79, 86
Torsten Koplin, DIE LINKE 81
Ingulf Donig, SPD 85
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 87
David Petereit, NPD 89
Marc Reinhardt, CDU 90
Peter Ritter, DIE LINKE 91

B e s c h l u s s 91, 92, 95, 96

Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
des Aufgabenzuordnungsgesetzes
und zur Änderung anderer Gesetze**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/559 – 92

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses (2. Ausschuss)
– Drucksache 6/837 – 92

Marc Reinhardt, CDU 92

B e s c h l u s s 93

Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern
und der Freien und Hansestadt Hamburg über
die Zuständigkeit des Hanseatischen
Oberlandesgerichts Hamburg in
Staatsschutz-Strafsachen**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/713 – 93

Beschlussempfehlung und Bericht
des Europa- und Rechtsausschusses
(3. Ausschuss)
– Drucksache 6/842 – 93

B e s c h l u s s 93

Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
zur Änderung des Abkommens über die
Zentralstelle der Länder für Sicherheits-
technik und über die Akkreditierungsstelle
der Länder für Mess- und Prüfstellen
zum Vollzug des Gefahrstoffrechts**
(Erste Lesung)
– Drucksache 6/781 – 93

Ministerin Manuela Schwesig 93

B e s c h l u s s 94

Nächste Sitzung

Donnerstag, 21. Juni 2012 94

Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 19. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 19., 20. und 21. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 19., 20. und 21. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Professor Dr. Fritz Tack ganz herzlich noch einmal nachträglich zu seinem 70. Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Zustand des Grund- und Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern und Konsequenzen für die Landnutzung“ beantragt.

Aktuelle Stunde
Zustand des Grund- und Trinkwassers
in Mecklenburg-Vorpommern und
Konsequenzen für die Landnutzung

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski. Bitte schön.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Auf Wasser können wir nicht verzichten und seine Qualität ist von entscheidender Bedeutung für unsere Gesundheit.

In Mecklenburg-Vorpommern wird 85 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Noch gelingt es hier, Schadstoffe aus dem Grundwasser so zu entfernen, dass in der Regel keine Gefährdung für die Bevölkerung besteht. Der Aufwand, der betrieben werden muss, um der Bevölkerung unbedenkliches Trinkwasser zur Verfügung stellen zu können, ist jedoch beträchtlich.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Belastung des Grundwassers mit Nährstoffen das Hauptproblem. Über 60 Prozent dieses Nährstoffeintrags stammt dabei aus der Landwirtschaft. Daneben finden sich Belastungen mit Pflanzenschutzmitteln und Arzneimitteln, insbesondere auch Stoffe, die als Umwelthormone bezeichnet werden. Das sind Chemikalien, die das Hormonsystem von Tieren und möglicherweise auch von Menschen beeinflussen können und damit Auswirkungen auf die Fortpflanzungsfähigkeit haben. Viele von ihnen sind auch schwer abbaubar und reichern sich in der Nahrungskette an. Es geht dabei um Arzneimittelrückstände aus der Veterinärmedizin, auch um Polychlorierte Biphenyle, Dioxine und andere Stoffe. Dazu kommen noch die Belastungen mit Schwermetallen, die als Beimengungen in vielen mineralischen Düngern enthalten sind und sich im Laufe der Zeit in der Umwelt anreichern.

Ich kenne die Einstellung vieler Verantwortlicher, die die Überschreitung von Grenzwerten so ein bisschen verharmlosen und die sich dann darauf berufen, dass es bei einzelnen Stoffen keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefahren gibt, oder aber die meinen, allein das Einrichten einer Arbeitsgruppe löse das Problem. Es gilt jedoch das Vorsorgeprinzip, das bereits 1992 bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio als wesentlicher Bestandteil der Umwelt- und Gesundheitspolitik formuliert wurde. Dieses Vorsorgeprinzip zielt darauf ab, trotz fehlender Gewissheit bezüglich Art, Ausmaß oder Eintrittswahrscheinlichkeit von möglichen Schadensfällen vorbeugend zu handeln, um diese Schäden von vornherein zu vermeiden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Angesichts der Komplexität der Wirkungen und Wechselwirkungen von anthropogenen Einträgen in unsere Gewässer dürfen wir nicht warten, bis der letzte wissenschaftliche Beweis für einen irreversiblen Schaden gefunden wurde, da es dann schon zu spät zum Handeln sein kann.

Im Jahr 2000 wurde mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein umfassender, EU-weit einheitlicher Ordnungsrahmen für den Schutz der Oberflächengewässer des Grundwassers und des Grundwassers geschaffen. Das mit dieser Richtlinie vorgegebene Ziel lautet, dass bis 2015 in den EU-Staaten der gute ökologische und chemische Zustand unserer Gewässer erreicht sein muss.

Das Landwirtschaftsministerium hat hierzu 2010, also zehn Jahre nach Formulierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, ein Konzept erarbeitet, das die Minderung der diffusen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Oberflächengewässer und das Grundwasser von Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020 zum Ziel hat.

Mal davon abgesehen, dass das dann ja fünf Jahre nach dem EU-weit vorgegebenen Zieljahr 2015 ist, kritisieren wir Bündnisgrünen, dass dieses Konzept viel zu sehr auf Grundlagenforschung und Forschung im Allgemeinen setzt. Wir sind der Meinung, dass die meisten Ursachen für die Belastung schon lange bekannt sind und dass hier wertvolle Zeit, finanzielle und personelle Ressourcen vergeudet werden, statt endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Kommen wir zu den Ursachen des Nährstoffeintrags. Zum einen ist es der zunehmende Anbau von Agrarenergiepflanzen wie Mais, der häufig ohne Fruchtwechsel auf immer denselben Schlägen angebaut wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese Praxis führt zu einem Humusabbau im Boden, was dazu führt, dass der Stickstoff in Richtung Grundwasser freigesetzt wird. Zum anderen ist es die künstliche Entwässerung, die eine Haupteintragsquelle für Stickstoff und Phosphor in unsere Gewässersysteme darstellt. Künstliche Entwässerung verstärkt die Belastung der Gewässer durch Freisetzung der Nährstoffe aus der Humussubstanz der Böden und den schnellen Abtransport der Nährstoffe aus der für Stoffumsetzungsprozesse hochwirksamen Bodenzonen.

Schauen wir mal einen anderen Aspekt an. Wie unsensibel in unserem Land mit dem Thema Trinkwasserschutz umgegangen wird, beleuchtet die Tatsache, dass bei

Aufgabe eines Brunnens auch automatisch das diesen Brunnen umgebende Schutzgebiet aufgehoben wird. Dieser Automatismus ist aus unserer Sicht leichtfertig und kurzfristig. Der Auswahl und Erschließung von Trinkwassererfassungen gingen und gehen umfangreiche hydrologische und geologische Untersuchungen voraus. Es handelt sich bei einer Trinkwassererfassung also immer um ein entsprechend geeignetes Gebiet. Eine solche Eignung basiert auf den örtlichen geologischen Gegebenheiten, beginnt und endet also nicht mit der konkreten Nutzung eines Brunnens.

Ein Beispiel: Im Amtsbereich Demmin-Land gab es 1998 noch 25 Trinkwasserschutzgebiete. Im März dieses Jahres sind Aufhebungen bekannt gemacht worden, sodass wir in diesem Bereich nur noch 6 Trinkwasserschutzgebiete haben werden. Aus 25 wurden 6. Davon sind 16 Gemeinden und 62 verstreut liegende Ortsteile betroffen. Das ist ein Verlust von 75 Prozent der Schutzgebiete innerhalb von weniger als 14 Jahren.

Da die aktuelle Grundwasserqualität des Landes aus den bereits beschriebenen Gründen sehr kritisch zu beurteilen ist, fordern wir, dass bestehende Trinkwasserschutzgebiete aufrechtzuerhalten sind, und der praktizierte Automatismus, Trinkwasserschutzgebiete aufzuheben, sobald der Brunnen nicht mehr genutzt wird, soll beendet werden.

Grundwasserschutz bedeutet nun in erster Linie, bei der Landnutzung umzusteuern. Wir fordern, dass vielfältige Fruchtfolgen, der Anbau von Eiweißpflanzen und Verfahren des ökologischen Landbaus stattfinden müssen. Damit haben wir positive Klimawirkung und wir tun etwas für unser Grundwasser.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir fordern, dass ein Zehntel des Ackerlandes als ökologische Vorrangfläche der biologischen Vielfalt gewidmet wird. Das können zum Beispiel Hecken, Saumstrukturen, Sölle oder Ackerrandstreifen sein.

(Stefan Köster, NPD: Licht im Schacht.)

Des Weiteren sind Ansatzpunkte im Bereich Erosionsschutz und Moorschutz, wo wir die Nutzung ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen schon mehr Zeit eingeräumt. Also Sie müssen jetzt wirklich zum Ende kommen.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... vollständig in Grünlandbewirtschaftung oder eine Außer-nutzung überführen wollen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich

(Udo Pastörs, NPD: Quak, quak, quak.)

zur Kenntnis genommen habe, dass heute das Thema „Grundwasser und Trinkwasser“ auf der Tagesordnung stehen soll, habe ich zunächst erst mal überlegt, ist das im Zusammenhang mit einem aktuellen Anlass zu sehen oder gibt es die Querverbindung tatsächlich

(Vincent Kokert, CDU: Ja, es regnet draußen heute. Die GRÜNEN wussten das schon.)

zur Weltumweltkonferenz. Wenn das so der Fall gewesen wäre, hätte ich noch gesagt, das ist 'ne tolle Idee. Und auf der anderen Seite, wenn man sich überlegt, jawohl, 20 Jahre Rio, vor welchen Herausforderungen wir weltweit stehen, dann ist eines klar: Wasser ist Leben. Wasser ist das wichtigste Lebensmittel dieser Erde.

Und, Frau Dr. Karlowski, ich sage es ganz ausdrücklich, auch die Ausführungen, die von Ihnen ja vorgenommen worden sind, waren ja interessant, aber eines gilt für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern, nämlich der Grundwasserschutz gilt flächendeckend in Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Flächendeckend.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wenn man sich des Themas Wasser nähert, dann ist eines klar: Wir haben in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern ein flächendeckendes Netz der Kontrolle und Überwachung. Und, Herr Suhr, Sie haben ja der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben, dass Sie die Zahlen aus dem Jahr 2008 herangezogen haben. Ich will hier nur der Korrektheit halber anmerken, selbstverständlich gibt es neuere Zahlen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Geologie veröffentlicht laufend aktuelle Zahlen und Fakten und auch darauf werde ich näher eingehen.

Für mich gilt ganz einfach, um das auch noch mal auf den Punkt zu bringen: Ohne Wasser gibt es kein Leben auf dieser Erde. Daher muss Wasser auch für die zukünftigen Generationen so sauber wie möglich gehalten werden, um damit überhaupt das Leben auf dieser Erde zu ermöglichen. Und gerade wenn man bedenkt, dass weltweit, meine sehr geehrten Damen und Herren, mehr als 1 Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, oder wenn man überlegt, dass über 2,4 Milliarden Menschen ohne sanitäre Anlagen auskommen müssen auf dieser Erde, oder wenn Sie bedenken, über 5.000 Menschen sterben täglich auf dieser Erde aufgrund von Durchfallkrankheiten im Zusammenhang mit nicht sauberem Wasser, wird die Dimension deutlich.

Und auf der anderen Seite, Frau Dr. Karlowski, zeigt es sich, unter welchen Bedingungen wir hier leben dürfen, nämlich sauberes, ausreichendes Trinkwasser in höchster und streng kontrollierter Form zur Verfügung zu haben. Ich glaube, Sie können daran erkennen, Mecklenburg-Vorpommern geht es, was das Trinkwasser, was das Grundwasser, was die Oberflächengewässer anbetrifft, seit Jahren deutlich besser als noch vor 1989. Da fühle ich mich natürlich auch in diesem Zusammenhang der Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet – und das seit vielen, vielen Jahren.

Für mich gilt eines auch ganz klar, nämlich, dass Grund- und Trinkwasserschutz eine Daueraufgabe ist und bleiben wird. Unser Grundwasser ist die wichtigste Quelle für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, aber

auch für die Bereitstellung von Brauchwasser für die Industrie. Deshalb ist der Schutz dieser Ressource hinsichtlich ihrer Menge und ihrer Beschaffenheit in Mecklenburg-Vorpommern von allerhöchster Bedeutung. Insofern ist das immer aktuell, dieses Thema. Das akzeptiere ich auch und bin insofern dankbar, dass Sie dieses Thema aufgeworfen haben.

Die Gesamtgrundwasserangebotsstrategie des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann man beziffern auf exakt 7,71 Millionen Kubikmeter täglich, was wir an Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern und Grundwasser zur Verfügung haben. Täglich werden in Mecklenburg-Vorpommern circa 0,7 oder 700.000 Kubikmeter, und das sind insgesamt 9 Prozent des Gesamtgrundwasserangebotes überhaupt, in Anspruch genommen. Auch daran wird deutlich, welche wertvolle Ressource, welchen Schatz wir tatsächlich im Grundwasser in Mecklenburg-Vorpommern haben. Und auch dieses habe ich in den letzten Jahren immer wieder auch bearbeiten lassen und überwachen lassen.

Der Trinkwasserbedarf in diesem Land, in Mecklenburg-Vorpommern, wird zu 85 Prozent, das ist angedeutet worden, aus dem Grundwasser gezogen. Wir haben eine Sondersituation mit Rostock, wo wir das Trinkwasser aus der Warnow gewinnen. Und das macht auch deutlich im Übrigen, dass unsere Oberflächengewässer in den letzten Jahren nach der Wende durch erhebliche Investitionen in der Gesundheit gut vorangekommen sind. Ja, jeder verbraucht, jeder von uns verbraucht täglich um die 100 Liter tatsächlich wertvollsten Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern. In den ländlichen Gebieten liegt es etwas darunter, da liegen wir bei 90 Liter pro Einwohner. Das können und dürfen wir auch nicht kaputtreden. Unser Trinkwasser ist in höchster Qualität in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden. Andere beneiden uns darum.

Für mich kommt es auch darauf an, dass es gelingt, auch zukünftigen Generationen diese wichtige Ressource Grundwasser für die Trinkwasserversorgung zu sichern. Deshalb sind allein in die Trinkwasserversorgung, und die Zahlen sind, glaube ich, ganz ansprechend, in die Trinkwasserversorgung von 1991 bis 2006 280, Frau Dr. Karlowski, 280 Millionen Euro allein nur in die Trinkwasseraufbereitung und in die Systeme hinein investiert worden.

(Udo Pastörs, NPD:
Die Zahlen sagen nichts aus.)

Wir haben 27 Wasserwerke neu gebaut. Wir haben 51 Wasserwerke in Mecklenburg-Vorpommern erweitert und wir haben 1.270 Kilometer Leitungen neu gebaut. Und insgesamt sind zusätzlich dann noch immerhin 29.000 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern an das zentrale Trinkwasser, ich betone, an das Trinkwassernetz angeschlossen worden.

Der Ausbau der Trinkwasserversorgung ist landesweit abgeschlossen, meine Damen und Herren. Abgeschlossen, das heißt, wir versorgen die Bevölkerung insgesamt auf allerhöchstem Niveau in Mecklenburg-Vorpommern. Und damit haben wir einen der höchsten Standards, die es weltweit und europaweit überhaupt gibt.

Unsere oberste Fachbehörde, insbesondere das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie in Güstrow, betreibt ein umfassendes Messnetz. Auch das ist mir

außerordentlich wichtig. Damit können wir im Übrigen alle Grundwasserleiter und Oberflächengewässer auch sehr genau analysieren. Allein in den oberflächennahen Gewässern sind es 270 Netzmessstellen, die mit Brunnen versehen sind, oder wir haben allein im Grundwasserbereich 560 Brunnen, die jährlich mehrfach kontrolliert und überwacht werden. An der Güte ... An den Messstellen werden mindestens jährlich einmal beziehungsweise zweimal verschiedenste Parameter – auch das ist mir wichtig –, bis zu 250 Parameter werden von der Temperatur bis zu Nährstoffen, bis hin zu – natürlich auch wegen Dingen, die Sie angedeutet haben –, bis hin zu Hormon- oder Medikamentenrückständen oder natürlich auch Pflanzenschutzmittelrückständen gemessen und überwacht und überprüft.

Und ich kann Ihnen heute sagen, seit über zehn Jahren, seit über zehn Jahren, meine Damen und Herren, hat es in Mecklenburg-Vorpommern keine wesentlichen Überschreitungen dieser, wenn man es so will, Parameter gegeben. Ich glaube, das ist eine tolle Entwicklung, die wir in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Jawohl.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jawohl, der ehemalige Umweltminister hat dann die Wasserrahmenrichtlinie auf den Weg gebracht und deren Umsetzung. Und es ist klar, hier wurden im Übrigen Messreihen in den Jahren 1995 bis 2007 – insofern stimmen die Angaben, die Sie hier getroffen haben, nicht –, ausgewertet und Belastungsschwerpunkte damit auch identifiziert. Die Messungen wurden beziehungsweise werden natürlich fortgesetzt und die Ergebnisse und die Trendanalysen werden damit auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Die Bestandsaufnahmen zur Wasserrahmenrichtlinie dokumentieren Nitratbelastungen des Grundwassers. Jawohl, wir haben diese punktuell. Insbesondere bei unbedeckten und oberflächennahen Grundwasserleitern wurden auch daraufhin Maßnahmen festgelegt, um diese zu minimieren. Während für den Zeitraum, und auch das ist eine Tendenz, 2000 bis 2002 im Gewässergütebericht des LUNG 22 Prozent Überschreitung des Grenzwertes nach Grundwasserverordnung und damit im Grundwasser erkannt worden sind, sinken diese Parameter ab. Das heißt, wir haben einen Rückgang der Einträge, sowohl bei Phosphor als auch bei Nitrat. Auch das bitte nehmen Sie zur Kenntnis.

Für mich ist das ein Trend, der positiv ist, aber das heißt noch lange nicht, dass wir uns um dieses Thema nicht mehr kümmern müssen. Das heißt auch, dass die Nutzung und damit insbesondere die landwirtschaftliche Nutzung sich weiteren Herausforderungen stellen muss.

Aber Sie dürfen eins auch nicht vergessen, auch da bitte ich um Verständnis: 1989, meine Damen und Herren, waren Fischsterben in den Sommermonaten oder Algentepiche auf den Seen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gang und gäbe. Diese Zeiten sind vorbei. Die Eutrophierung der Gewässer, der Oberflächengewässer in Mecklenburg-Vorpommern ist massiv zurückgegangen.

Auch das ist ein großer Erfolg, denn wir haben insgesamt, meine Damen und Herren, über 2,3 Milliarden Euro in den letzten Jahren nach der Wende in die Aufbereitung von Abwasser in Mecklenburg-Vorpommern hinein investiert.

Auch das ist ein Riesenerfolg, weil wir damit im Übrigen in den Kläranlagen damit die Nitrat- und Nährstofffrachten, aber auch die sonstigen Schadstoffe mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern herausfiltern und damit 573 öffentliche Kläranlagen betrieben werden und damit 90 Prozent der anfallenden Abwässer im Rahmen von Stickstoff herauslösen, aber auch Phosphor verringert wird.

Auch hier eine interessante Zahl: Wir haben allein im Jahr 2012 rund 46.900 Tonnen organische Belastungen aus den Abwässern herausgefiltert, die ansonsten in die Oberflächengewässer oder in das Grundwasser hineingeleitet worden sind. Oder auch diese Zahl ist, finde ich, schon hoch interessant, dass wir 6.300, fast 6.400 Gesamtstickstofftonnen im Jahr herausgefiltert haben, oder 1.400 Tonnen Phosphor über die Kläranlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht in das Grundwasser oder in die Oberflächengewässer oder, wenn man es so will, in die Nordsee oder Ostsee abgeleitet haben. Das ist doch ein Riesenerfolg, den können Sie hier auch für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nicht kleinreden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das war auch richtig, dass wir als erstes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland eine Grundwasserkarte entwickelt haben. Damit wissen die unteren Wasserbehörden, und das sind die Landkreise, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit welchen Ressourcen sie umzugehen haben und wie die Nutzungsschwerpunkte für die Zukunft auszurichten sind, und das heißt immer und immer deutlicher Grundwasserschutz, um diese wertvolle Ressource auch für die zukünftigen Generationen zu sichern. Für mich ist damit auch klar, die Grundwasserressourcenkarte erleichtert nunmehr den unteren Wasserbehörden die fachliche Bewertung, um damit auch die Antragstellung von Nutzern auf Trinkwasser oder Brauchwasser zu erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, es wirkt eine Vielzahl von Einflüssen auf die Wasservorräte und natürlich auch negative. Selbstverständlich ist richtig, dass wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben, und zwar seit dem Jahr 2006, um die diffusen Einträge insbesondere aus der Landwirtschaft zu verringern, und auch hier haben wir gute Erfahrungen und auch gute Erfolge zu verzeichnen. Ich bin gern bereit, Ihnen das im Übrigen auch zur Verfügung zu stellen. So wurden im Vergleich zum Jahr 1996 bei Raps 70 Kilogramm an Restnährstoffen bei Stickstoff in die Oberfläche abgegeben, wir liegen heute bei unter 30 Kilogramm. Das sind Schwerpunkte der Beratungen und letzten Endes kostet jedes Kilogramm, das an Nährstoffen auch für die Landwirtschaft ausgetragen und eingetragen wird, Geld und die Landwirte gehen heute mehr und besser denn je ordnungsgemäß mit Düngemitteln um.

Und deswegen, glaube ich auch, kann man heute feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Mecklenburg-Vorpommern eines der wenigen Bundesländer sein wird, das die Düngeverordnung der Bundesrepublik Deutschland einhalten wird. Schauen Sie sich das mal in Niedersachsen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Baden-Württemberg.)

oder in Schleswig-Holstein oder insbesondere Bayern oder auch Nordrhein-Westfalen an, dann ist Mecklenburg-Vorpommern hier auf einer der Siegerstraßen.

Sie haben dann abschließend – und das will ich dann auch unterstreichen – den ökologischen Landbau angesprochen. Jawohl, Mecklenburg-Vorpommern ist eines der Bundesländer, die den ökologischen Landbau nach wie vor massiv unterstützen und fördern. Von 2007 – Frau Dr. Karlowski, vielleicht nehmen Sie die Zahl einfach mal auf –, von 2007 bis 2013 werden wir 113 Millionen Euro für den ökologischen Landbau bereitgestellt haben. Das sind im Übrigen 47 Millionen Euro mehr als in der Förderperiode davor. Das heißt, wir werden im Jahr 2013 auf 10 Prozent tatsächliche Durchschnittsanbaufläche in Mecklenburg-Vorpommern kommen. Wenn Sie sich das in der Bundesrepublik Deutschland anschauen, dann liegen wir im Durchschnitt bei 5,4 Prozent Anbaufläche, Mecklenburg-Vorpommern bei 10 Prozent.

Auch da will ich unterstreichen, wir wollen hier weiterkommen, wir werden das auch weiter unterstützen, weil für mich im Übrigen damit der ökologische Landbau neben den ökologischen Wirkungen für die Biodiversität, aber auch für das Produkt Lebensmittel von allergrößter Bedeutung für das Gesundheitsland und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Abschließend, ich glaube, aus den Ausführungen ist deutlich geworden, auch in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, wofür ich mich ausdrücklich bedanke, dass das Trinkwasser eines der am schärfsten kontrollierten Lebensmittel ist. Allein 22.000 Proben im Trinkwasserbereich werden jährlich durch unsere Behörden abgesichert und ich glaube, dass man damit auch deutlich machen kann, von dem Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern geht keine Gefahr aus, sondern ganz im Gegenteil, wer für Mineralwässer wirbt, der sollte sich auch immer gut überlegen, ob nicht das Trinkwasser tatsächlich noch reiner ist als zum Teil Wasser, die in Flaschen verpackt sind. Insofern geht von dem Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern keine Gefahr aus. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lenz für die Fraktion der CDU.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurz ein Wort zum Herrn Minister, man sollte wirklich vielleicht mehr Trinkwasser trinken als das, was aus den Flaschen kommt. Ich gehöre zu denjenigen, die zu Hause nur Wasser aus dem Hahn trinken.

Aber zum Thema: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befassen uns ja heute ...

(allgemeine Unruhe –
Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Heinz Müller, SPD)

Na gut, nun wollen wir uns nicht über die Trinkgewohnheiten der einzelnen Abgeordneten unterhalten, sondern wollen vielleicht doch zum Thema kommen.

(allgemeine Heiterkeit –
Vincent Kokert, CDU: Gucken wir heute Abend! –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Also die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zum Thema Wasser die Aktuelle Stunde genutzt, um hier wieder Politik zu machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist in der Aktuellen Stunde
so. Wozu sind wir sonst hier?)

Ich bin der Meinung, dass das Thema augenblicklich weder aktuell noch – und das hat der Minister, glaube ich, auch schon gesagt – problematisch ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, dass die Versorgung mit Trinkwasser in unserem Land durch Nitrate, Phosphate, Schwermetalle, Arzneimittel gefährdet ist.

Die Grundwasserleiter sollen durch die Ausbringung vor allem von mineralischem Dünger verunreinigt werden. Ich möchte mal kurz aus der Broschüre „Rund um das Trinkwasser“ zitieren: „Mit dem Trinkwasser, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht, nehmen wir allerdings“ – jetzt komme ich direkt zum Nitrat, was ja auch ein wichtiger Bestandteil Ihrer Argumentation war, Frau Dr. Karłowski – „deutlich weniger Nitrat auf als mit pflanzlichen Lebensmitteln.“ Und wir reden hier heute übers Wasser.

Wieder einmal versuchen Sie, die Bevölkerung schon von vornherein zu verunsichern und damit die Politik zu betreiben. Völlig außer Acht allerdings lassen Sie dabei, dass die Versorgung mit qualitativ doch sehr hochwertigem Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern durch die Wasserversorger, aber auch durch die zahlreichen Maßnahmen, die seit dem Jahre 1990 durchgeführt wurden, gesichert ist. Für die Menschen in unserem Land steht Trinkwasser jederzeit in ausreichender Menge und in sehr guter Qualität zur Verfügung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Dies ist in der Welt nicht überall der Fall und liegt zum einen in den hervorragenden Umweltbedingungen, zum anderen an den bisherigen Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung, die seit dem Jahre 1990 mit über 100 Millionen Euro gefördert worden sind.

Des Weiteren, darauf ist der Minister ja auch schon eingegangen, wurden im Bereich der Abwasserentsorgung über 900 Millionen Euro investiert, um sowohl den Zustand der Gewässer, aber auch des Grundwassers in unserem Land zu verbessern. Klar herauszustellen ist, dass Mecklenburg-Vorpommern sowohl mit seinem Grundwasservorkommen als auch mit der Niederschlagsmenge und den Gewässern über hervorragende Voraussetzungen zur Trinkwasserversorgung verfügt. Das Trinkwasser in unserem Land wird seitens der Wasserversorger als auch der zuständigen Gesundheitsämter – darauf ist der Minister auch schon eingegangen – regelmäßig überprüft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine intakte Umwelt ist die Grundlage des wirtschaftlichen Handelns eines jeden Landwirts. Gerade die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsgütern ist eng in den Ablauf der Natur

eingebunden. In der Landwirtschaft werden jahrhundertalte Erfahrungen genutzt. Gleichzeitig werden auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse ertragssteigernde Betriebsmittel und hochentwickelte Technik eingesetzt. Das gilt auch für den Pflanzenschutz und das Ausbringen von Düngemitteln, denn sichere und qualitativ hochwertige Ernten sind ohne Pflanzenschutz und mineralische Düngung nicht möglich.

Trotz des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln wird heute noch circa ein Drittel der jährlichen Ernte in Westeuropa durch sogenannte Schadorganismen, wie Insekten oder Pilze und andere Erreger von Pflanzenkrankheiten, geschädigt und vernichtet. Aus diesem Grund ist es immer noch notwendig, dass Schutzmaßnahmen gegen Schadorganismen genutzt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Jahren haben wir hier im Hohen Haus das Landeswassergesetz novelliert. Besonders strittig war seinerzeit die in Paragraph 81 Absatz 2 normierte Abstandsregelung, die weder sachlich noch fachlich begründet war. Dies wurde auch in den Anhörungen zum Gesetzentwurf deutlich, sodass die neue Regelung von allen Fachpolitikern des damaligen Agrar- und Umweltausschusses mitgetragen wurde.

Ich will hier noch einmal die wichtigsten Knackpunkte dieser Abstandsregelung aufgreifen. Am 14. Januar 2006 trat eine neue Düngeverordnung in Kraft. Sie regelt unter anderem, dass bei der Ausbringung von Düngemitteln grundsätzlich ein Abstand von drei Metern zu Gewässern einzuhalten ist. Dieser Abstand wird vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundesumweltministeriums als ausreichend anerkannt. Gesonderte Regelungen wurden lediglich für stark geneigte Flächen festgelegt. Die Europäische Union legt in der Nitrat-Richtlinie keinerlei Abstandsregelungen für Gewässer fest. Somit ist der Bundesgesetzgeber mit der 3-Meter-Abstandsregelung bereits weit über das EU-Recht hinausgegangen. Mit der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes hat der Bund einen Randstreifen von fünf Metern normiert. Die Regelungen der Düngeverordnung gelten nach wie vor.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Auffassung, dass das landwirtschaftliche Fachrecht, die gute fachliche Praxis schon heute ausreichende Grundlagen zum Schutz der Umwelt bietet. Pflanzenschutzmittel dürfen nur dann verwendet und vermarktet werden, wenn sie amtlich zugelassen sind. Voraussetzung hierfür ist, dass die Mittel hinreichend wirksam und schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Grundwasser ausgeschlossen sind. Gleichzeitig muss jeder, der Pflanzenschutzmittel anwendet, die erforderliche Sachkenntnis auch nachweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, würden die mineralische Düngung am liebsten in Gänze ausschließen. Aber eines kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen, mit Ihren Konzepten werden Sie die Herausforderungen der Welternährung nicht meistern können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

In den nächsten 20 Jahren muss die heutige Produktivität der Landwirtschaft um 70 Prozent gesteigert werden, um die Welternährung zu sichern. Mit organischen Düngern alleine wird das nicht gelingen.

Abschließend möchte ich noch mal darauf verweisen, dass seitens der Landesregierung bereits eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Wasserversorgungsunternehmen und der Wissenschaft eingerichtet wurde, die sich mit der Ursachenforschung der Verunreinigung von Trinkwasser in unserem Land befasst.

Wir sind der Auffassung, dass mit den rechtlichen Vorgaben, den Überprüfungen des Trinkwassers und den eingeleiteten Maßnahmen alles Notwendige unternommen wurde, um die Versorgung mit Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft zu sichern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Lenz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Professor Dr. Tack für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir die Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts sehen, die von der Gesellschaft zu lösen sind – und dabei gibt es einen weitgehenden Konsens auch in diesem Hause –, dann sind es die Ernährungssicherung, die Energiesicherung und der Schutz der natürlichen Ressourcen und dabei gehört das Wasser an eine vorrangige Position. Mitunter wird die eigene Perspektive durch einen Blick von außen auf das Problem erhellt. Zahlen waren bereits genannt worden.

In Deutschland verbraucht eine Person im Durchschnitt pro Tag 130 Liter Trinkwasser in bester Qualität, in den Entwicklungsländern sind es nur rund 10 Liter. Die Menschen würden dort bestimmt mehr verbrauchen, wenn sie mehr hätten, und sie träumen wahrscheinlich von unserer hervorragenden Gesamtwasserqualität. Aber wir haben auch ausreichend Handlungsbedarf für die Sicherung und Verbesserung des Wasserhaushaltes insgesamt und vor allem für die Sicherung der Ressource Wasser für künftige Generationen im Lande.

Der Zustand des Grund- und Trinkwassers und die Wechselwirkung mit der Landnutzung sind Alltagsgeschäft des Landtages, insbesondere des Agrarausschusses. Ich denke beispielsweise an die umfangreiche Behandlung des Landeswassergesetzes in der 5. Legislatur oder die Folgen des Sommerhochwassers 2011 mit den größten Auswirkungen in Niederungsgebieten der Flüsse, was durch meine Fraktion thematisiert wurde. Eine Aktuelle Stunde kann ganz sicher die Komplexität und die Bedeutung des Themas niemals ausschöpfen.

Meine Damen und Herren, mit Wasser und Brot kommt man durch alle Not, heißt es in einem alten Sprichwort. Ich glaube nicht, dass ich Ihnen damit etwas generell Neues sage, aber besser als in dieser jahrtausendealten Weisheit kann man den Zusammenhang von Wasser und Landwirtschaft gar nicht darstellen. Die Einheit von Wasser und Brot ist eine dialektische, das heißt, sie gehören untrennbar zusammen, sie wird aber auch durch viele Widersprüche geprägt. Der Mensch hat schon seit Langem, besonders aber in den letzten Jahrzehnten, die Umwelt und damit das Wasser belastet und dessen Qualität verschlechtert.

Schon Thünen hatte 1829 in Tellow festgestellt, und das ist ein Zitat: „Leicht kann die Natur sich an dem Leichtsinn der Menschen und Regierungen für die Nichtachtung aller früheren Erfahrungen auf eine furchtbare Weise rächen.“ Viele aquatische Tier- und Pflanzenarten sind rückläufig und bereits selten geworden oder sogar ausgestorben. Auch Trinkwasservorräte sind durch diese Entwicklung mancherorts knapp geworden. Einige Wasservorkommen können zur Trinkwassergewinnung nicht mehr oder nur mit hohem Aufbereitungsaufwand genutzt werden.

Wasser, meine Damen und Herren, insbesondere Trinkwasser wird von allen genutzt, aber seine Qualität wird auch von allen Nutzern durch ihr Umweltverhalten beeinflusst. Sauberes Wasser ist auch ein entscheidender Standortfaktor für die Land- und Forstwirtschaft, für den Tourismus, für Industrie und Fischerei und soll es auch zukünftig bleiben. Der Schutz der natürlichen Wasserressourcen und ihre nachhaltige Bewirtschaftung ist also eine verantwortungs- und äußerst anspruchsvolle Aufgabe, der sich auch die Hauptnutzer der Wasserressourcen, nämlich die Landwirte, stellen.

Welche Probleme haben wir dabei? Es wurden von meinen Vorrednern schon eine ganze Reihe von Problemen aufgezählt. Ich will deshalb hauptsächlich auf den diffusen Nährstoffeintrag aus den landwirtschaftlichen Flächen eingehen. Hier geht es bekanntlich hauptsächlich um Stickstoff- und Phosphateinträge. In den Beratungen zum Landeswassergesetz hat meine Fraktion in der Anhörung diese Problematik besonders hervorgehoben. Ausgegangen wird davon, dass die Austräge aus der Fläche ihre Ursachen in der starken Düngung der Felder seit den 1960er-Jahren haben. Die heute üblichen und streng geregelten Düngemiteleinträge und Pflanzenschutzanwendungen sind aus meiner Sicht prinzipiell geeignet, die Gewässer nicht übermäßig zu belasten. Auch haben die ständig steigenden Preise und die Verknappung dieser Mittel sowie die technische Vervollkommnung einen sehr sparsamen Einsatz zur Folge.

Trotzdem führt natürlich jede Naturnutzung zu Beeinträchtigungen. Versetzen wir uns einmal in die Situation eines Landwirtes, der die Anbauplanung und damit auch die Planung des Düngemiteleintrages vornehmen muss. Bei Beachtung der Analyse des vorhandenen Nährstoffgehaltes des Bodens, vor allem an mineralisiertem Stickstoff, der Spezifik seines Bodens und den speziellen Anforderungen der anzubauenden Kulturpflanzen sowie natürlich des Einhaltens aller allgemeinen gesetzlichen Auflagen sowie eventueller örtlicher Beschränkungen könnte eigentlich die ausgebrachte Menge Stickstoff dem Pflanzenwachstum voll zugutekommen, und nicht das Grundwasser durch Austräge belasten. Soweit die Theorie. Es bleibt aber immer noch die große Unbekannte in der Rechnung, nämlich die aktuelle Witterung, wie wir das gerade aus dem vergangenen Jahr oder auch in den letzten Tagen feststellen mussten.

Der Zustand unserer Gewässer, der Blick auf die Folgen des Klimawandels und die hohen Aufgaben der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zwingen uns, diese Einträge weiter zu minimieren. Welche Voraussetzungen haben wir dafür? Denn der Nitratbericht der Bundesregierung – er war von 2008 und ist hier bereits zitiert worden – weist für Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den besten Wert mit einem Stickstoffflächenbilanzüberschuss von 38 Kilogramm Stickstoff pro Hektar

aus. Die aktuelle Zahl war vom Minister auch genannt worden. Das ist einerseits auf den geringen Viehbesatz und den hohen Anteil extensiver Wirtschaftsweise zum Beispiel auf dem Grünland zurückzuführen.

Aber auch die großen Strukturen der Betriebe wirken sich vorteilhaft aus, denn in den großen Betrieben kommt modernste Technik zum Einsatz, um beispielsweise Düng- und Pflanzenschutzmittel extrem genau zu dosieren. Kollege Lenz hat darauf aufmerksam gemacht. Hinzu kommt – und darauf bin ich als Hochschullehrer stolz –, wir haben in diesen Betriebsstrukturen einen hohen Anteil von bestausgebildeten Landwirten.

(Vincent Kokert, CDU: Auch.)

Die Qualität des Managements entscheidet maßgeblich, wie die strengen Vorgaben des Düngemittelrechts naturschonend umgesetzt werden. Ich spreche mich eindeutig gegen gigantische Tierhaltungsanlagen, wie in Alt Tellin, aus. Diese sind weder nachhaltig noch umweltschonend und schaden dem Ansehen des Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD)

Sie passen nicht in die Region. Wir als LINKE haben die Forderung nach einer noch intensiveren landwirtschaftlichen Fachberatung. Es sind aber auch größere Anstrengungen in der Forschung erforderlich. So finde ich die Forschung zu diffusen Einträgen im Lande für noch nicht ausreichend, um repräsentative Ergebnisse zu gewinnen. Ich kenne natürlich die Untersuchungen, insbesondere im Gut Dummerstorf. Wir haben auch andere Fragen in den Fokus zu rücken, zum Beispiel die abnehmende Reinheit der mineralischen Düngemittel oder die Wirkung von Reststoffen auf dem Acker. Aber auch der Eintrag von Antibiotika gehört dazu.

Sorgen bereitet uns die künftige Entwicklung der Rahmenbedingungen für eine Landwirtschaft, die uns Brot, Rohstoffe und Energie liefert und auch dem Wasser guttut. Solche gewollten Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft, wie der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft, die Erhaltung der Artenvielfalt und kulturartenspezifischer Biozönosen, Grundwasserneubildung, Vermeidung von Gewässereutrophierung, Vermeidung von Erosion sind nur möglich, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür vorhanden sind und auch künftig durch Landesprogramme und die EU-Politik erhalten bleiben.

Vergessen wir bitte nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landwirte müssen in erster Linie ihr Geld am Markt verdienen. In Kürze wird der Agrarausschuss auf Antrag meiner Fraktion eine umfassende Anhörung zum Stand der Konzipierung der GAP durchführen. Mit Sorge verfolgen wir die Entscheidungsverläufe in der EU, die den finanziellen Rahmen des Agrarbudgets derzeit stark infrage stellen. Ich will noch etwas zur grünen Idee der stärkeren Ausrichtung auf den ökologischen Landbau sagen. Auch hier kann Politik nur Anreize im Rahmen des Budgets geben. Eine Entscheidung darüber fällt allein der Unternehmer Landwirt. Wir sind der Auffassung, dass die gesamte Agrarwirtschaft in Europa ökologischer arbeiten muss, damit langfristig auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden und ausreichend Brot und Rohstoffe in guter Qualität gesichert bleiben.

Nach unserer Auffassung gehen die Legislativvorschläge der EU-Kommission durchaus in die richtige Richtung und werden in der vorliegenden Form unterstützt. DIE LINKE setzt sich klar für einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft ein, das aber nur auf eine wie auch immer geartete Agrarwende zu reduzieren, halte ich für falsch. Wir brauchen auch eine Änderung des Verbraucherverhaltens, des Verkehrsverhaltens, des Energieverbrauchsverhaltens. Eine Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion in unserem Lande würde die Umweltprobleme in andere Länder der Welt verlagern. Erinnern wir uns auch, dass im Zusammenhang mit dem Klimawandel Vorsorge für das Halten der Niederschläge in der Fläche getroffen werden muss. Und manche Produktionsrichtungen, meine Damen und Herren, wie der Kartoffelanbau, der dramatisch eingebrochen ist, sind heute ohne Bewässerung nicht mehr wirtschaftlich zu gestalten. Die Forderung nach einer verbesserten Fruchtfolge, die ich hier schon mehrfach erhoben habe und die Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren, findet, muss aber auch durch geeignete Möglichkeiten der Bewässerung unterstützt werden.

Wenn ich abschließend ein Fazit ziehe, lautet dieses: Der Schutz der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft und Boden muss mit der Zukunftssicherung der Landwirtschaft organisch verbunden werden. Demnächst werden wir unter anderem den Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie hier thematisieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeder in unserem Land weiß es, dass Mecklenburg-Vorpommern sehr viele Probleme hat, existenzielle Probleme, um es deutlich zu sagen. Ich werde Ihnen nachfolgend einige Beispiele nennen: In Mecklenburg-Vorpommern macht sich die Volksvergeisung am deutlichsten bemerkbar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber wir reden jetzt
über Trinkwasser.)

Ich komme gleich dazu. Sie werden es schon verstehen, Herr Doktor.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, da bin ich ja gespannt.)

In Mecklenburg-Vorpommern fordern Familien vergeblich Gerechtigkeit und viele Kinder müssen aufgrund des politischen Versagens in großer Armut leben. Viele Kinder sind auch von Vernachlässigung betroffen, oftmals als direkte Folge der Armut.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was hat das
jetzt mit Trinkwasser zu tun?)

Ich komme jetzt gleich dazu. Sie werden es verstehen.

Für viele Arbeitnehmer reicht das Gehalt trotz Vollzeitarbeit nicht zum Bestreiten des Lebensunterhaltes und auf Mecklenburg-Vorpommern rollt eine riesige Altersarmutswelle zu. Zu nennen seien auch die großen wirtschaftlichen Probleme und die massiven sozialen Verwerfungen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD:
Das größte Problem sind Sie. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und auch das Bildungssystem ist alles andere als gut aufgestellt. Genügend Themen also, die unter anderem im Rahmen der Aktuellen Stunde anzusprechen sind, weil sie viele Bürger in unserem Land direkt berühren beziehungsweise diese Betroffene sind.

Die Aktuelle Stunde, so ihr ursprünglicher Sinn, soll vor allem dazu dienen, unklare Sachverhalte oder aktuelles Fehlverhalten der Regierung anzusprechen, also zu thematisieren. Und was machen die GRÜNEN? Sie benennen als Thema zur Aktuellen Stunde „Zustand des Grund- und Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern und Konsequenzen für die Landnutzung“. Sicherlich ist es ein Thema, das in den Fokus der Landespolitik gehört. Aber ist es ein Thema für die Aktuelle Stunde? Wir Nationalen sind nicht der Ansicht. Ein sachlicher Antrag mit mindestens einer Forderung wäre angemessener gewesen.

In den vergangenen fünf Jahren hat vor allem die NPD-Fraktion auf sehr viele Missstände im Bereich des Trinkwassers aufmerksam gemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Zu nennen sind zum Beispiel unsere Anfragen zum mit Bakterien verunreinigten Trinkwasser im vergangenen Jahr, vor allem im Osten unseres Landes.

Die Angst vor verunreinigtem und krankmachendem Trinkwasser ist naturgemäß groß. Aber woran liegt es, dass vermehrt beispielsweise Bakterien unser Wasser verunreinigen? Die Verunreinigung unseres Grund- und Trinkwassers ist vor allem auch, aber nicht die alleinige Folge der maßlosen und ausbeuterischen Landwirtschaft, die es zum wesentlichen Teil auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und die häufig nicht mehr im Einklang mit den Naturgesetzen steht. In diesem Punkt stimmt die NPD-Fraktion den GRÜNEN zu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Völkische Siedler, oder?)

Außer Acht gelassen werden darf in diesem Zusammenhang aber nicht, dass es auch eine Folge der sogenannten Politik der GRÜNEN ist, die der Natur und somit auch dem Grundwasser immense Probleme bereitet. Ich erinnere Sie gern daran, dass zum Beispiel viele Biogasanlagen schon lange nicht mehr darauf ausgelegt sind, die auf einem Bauernhof oder in einem landwirtschaftlichen Betrieb angefallenen Abfälle in Energie umzuwandeln. Fahren Sie durch unser Land und Sie werden schnell feststellen, dass der Anbau von Pflanzen, die einzig und

allein dem Betrieb von Biogasanlagen dienen, in erschreckender Weise zunimmt! Hierbei handelt es sich um die Ergebnisse der Politik der GRÜNEN mit fatalen Folgen für die Böden und auch für das Grundwasser.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Zum Schluss bleibt festzuhalten, die GRÜNEN bedauern an dieser Stelle die fatalen Folgen ihrer von Dogmen geprägten Politik und nehmen die gravierenden sozialen Verwerfungen in diesem Land gar nicht wahr. Hinzu kommt, dass eine an den Naturgesetzen ausgerichtete Landwirtschaft nur möglich sein wird, wenn wir uns von Europas Unglück, also der Europäischen Union und der kapitalistischen Diktatur lösen würden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und hierfür sind die GRÜNEN nicht bereit,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

denn sie sind fester Bestandteil dieses Systems. Also die GRÜNEN haben absolut mal wieder die Probleme im Land nicht wahrgenommen. Sie bilden hier eine Geisterdebatte, um von den wirklichen Problemen in unserem Land abzulenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Feike für die Fraktion der SPD.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Den großen Bogen zum Thema der Aktuellen Stunde hat der Minister eben gerade geschlagen und alles das möchte ich jedoch nicht noch einmal wiederholen. Wir haben gehört, dass durch das Thema der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN impliziert werden soll: Der Zustand von Trinkwasser ist schlecht. Die Ursache dafür liegt in der Landnutzung.

Das trifft nicht zu. Zutreffend ist, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern in der glücklichen Lage sind, über ausreichende Grundwasservorräte in überwiegend hervorragendem Zustand zu verfügen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die Qualität des Lebensmittels Nummer eins für uns und nachfolgende Generationen zu schützen und zu erhalten. Kein Lebensmittel wird in Deutschland so intensiv überprüft und überwacht wie Trinkwasser. Das trifft in gleicher Weise auf die Grundwasservorkommen zu, aus denen im Wesentlichen die Trinkwasserversorgung realisiert wird.

Der letzte umfassende Gewässergütebericht des Landes stammt aus dem Jahr 2008. Darin kommt zum Ausdruck, dass es eben bei der tendenziellen Verbesserung der Gewässergüte regional auch Probleme mit der stofflichen Belastung der Grundwasserkörper gibt. Im Jahr 2009 wurden im Zuge der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie belastete Grundwasserkörper ermittelt. Ergebnis war, dass 7 Grundwasserkörper mit Nitrat, 17 mit Ammonium belastet sind, weitere flächenhafte Belastungen bei Sulfat, Kalium und Chlorid wurden nicht festgestellt.

Es ist keine Frage, die Ursache für die Schwellenwertüberschreitung muss erforscht und Sofortmaßnahmen

müssen ergriffen werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Konzept des Landwirtschaftsministeriums zur Minderung der diffusen Nährstoffeinträge auf die Landwirtschaft, was der Minister vorhin auch vorgebracht hat. Nur alles dies ist bekannt und veröffentlicht. Plötzlich, im Jahr 2012, bezieht sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Gewässergütebericht aus dem Jahr 2008 und macht daraus eine Aktuelle Stunde. Schon aus diesem formalen Grund fragen wir uns: Wo liegt da die Aktualität? Darüber hinaus gibt es keinen aktuellen Ansatz, der es rechtfertigen würde, die Trink- und Grundwasserqualität in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rundumschlag infrage zu stellen.

Sei es drum: Grundsätzlich ist zu sagen, dass sich die Qualität der Grund- und Trinkwässer – nebenbei bemerkt auch die der Oberflächengewässer – seit Anfang der 90er-Jahre wesentlich verbessert hat. Grund dafür ist in erster Linie die stark verbesserte Situation im Bereich der Abwasser Versorgung. Die Gesamtinvestition in eine umweltgerechte Klärung der Abwässer wurde von 1991 bis 2011 auf circa 2,3 Milliarden Euro geschätzt. Diese Zahl wurde auch vorhin vom Minister in seiner Rede bestätigt. Auch die Abnahme der Viehbestände, neue technologische Verfahren der Gülleeinbringung und der sensible Einsatz von Pflanzenschutzmitteln haben dazu beigetragen. Eben haben wir dazu einen ausführlichen Beitrag von Professor Dr. Tack gehört über den Fortschritt der neuen Technologien.

Wir wissen aber auch, dass an der Erreichung der von der Wasserrahmenrichtlinie vorgegebenen Ziele für das Grundwasser – guter qualitativer und chemischer Zustand, Umkehr von signifikanten Belastungsgrenzen, Schadstoffeintrag verhindern und begrenzen und Verschlechterung des Grundwasserzustands verhindern – noch viel gearbeitet werden muss. Neben den nach wie vor noch vorhandenen Altlasten der Grundwasserbelastung stehen wir dabei auch vor neuen Herausforderungen. So gilt es zum Beispiel beim vermehrten Anbau von Energiepflanzen Monokulturen zu vermeiden, die durch die systembedingte starke Düngung zu erhöhten Nitratbelastungen des Grundwassers führen würden. Insgesamt negieren wir auch nicht den Einfluss der Landwirtschaft auf das Grundwasser.

Hinsichtlich der Nitratbelastung scheinen die diffusen Nährstoffeinträge aus stickstoffhaltigen Düngemitteln zu sein, die häufig nicht standort- und nutzungsgerecht eingebracht werden. Die EG-Nitratrichtlinie 21/676/EWG schreibt in diesem Zusammenhang die Einhaltung der guten fachlichen Praxis rechtsverbindlich vor. Dafür müssen wir uns vermehrt einsetzen und darauf achten. Politik und Wissenschaft sind darüber hinaus in der Verantwortung, dem Landwirt Handlungshinweise zur wirksamen Reduzierung von Schadstoffeinträgen vorzulegen.

Nur, meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihre Einschätzung, in der landwirtschaftlichen Bodennutzung die alleinige Ursache allen Übels zu sehen, teilen wir nicht. Das Thema ist wesentlich komplexer. Neben den regionalen äußerst unterschiedlichen natürlichen Bedingungen, welche die Qualität des Grundwassers beeinflussen, sind längst nicht alle Ursachen und Zusammenhänge für erhöhten Schadstoffgehalt im Grundwasser erforscht beziehungsweise nachgewiesen. In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Problematik des vereinzelt in unserem Land aufgetretenen erhöhten Urangehalts im Grundwasser. Der

Einfluss von mineralisierten Düngemitteln ist derzeit nicht bekannt. Hier besteht dringender Aufklärungsbedarf.

Auf eine kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Landesregierung diesbezüglich geantwortet. Eine interministerielle Gruppe hat unter Beteiligung betroffener Wasserversorgungsunternehmen Vorschläge zur Ursachenerforschung erarbeitet, die insbesondere auf die Ursachen hydrochemischer Reaktionen im Boden zielen. Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang 2013 vorliegen.

In dem Stichwort „Forschung“ sehe ich auch den Schlüssel für eine seriöse und fachlich fundierte Befassung mit unserem heutigen Thema. Meine Fraktion hat für die zweite Jahreshälfte eine Anhörung im Agrarausschuss zum Thema „Agrarforschung in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt. Lassen Sie uns in diesem Rahmen das Thema wieder aufgreifen. Für Effekthascherei ist es nicht geeignet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Feike.

Ich schließe die Aussprache und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013, Drucksache 6/299, und hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 6/799 in Verbindung mit der Zweiten Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013, Drucksache 6/300, sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 6/298, hierzu Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses auf den Drucksachen 6/800, 6/801, 6/802, 6/803, 6/804, 6/805, 6/806, 6/807, 6/808, 6/809, 6/810, 6/811, 6/812, 6/813, 6/814, 6/815 und 6/830.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 6/855 bis 6/866, Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf den Drucksachen 6/867 bis 6/879 sowie Änderungsanträge der Fraktion der NPD auf den Drucksachen 6/881 bis 6/932 vor.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 6/299** –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss)

– **Drucksache 6/799** –

Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 6/300** –

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung
– Drucksache 6/298 –**

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
– Drucksachen 6/800, 6/801, 6/802, 6/803,
6/804, 6/805, 6/806, 6/807, 6/808, 6/809, 6/810,
6/811, 6/812, 6/813, 6/814, 6/815 und 6/830 –**

**Änderungsanträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 6/855, 6/856, 6/857,
6/858, 6/859, 6/860, 6/861, 6/862,
6/863, 6/864, 6/865 und 6/866 –**

**Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE
– Drucksachen 6/867, 6/868, 6/869, 6/870,
6/871, 6/872, 6/873, 6/874, 6/875,
6/876, 6/877, 6/878 und 6/879 –**

**Änderungsanträge der Fraktion der NPD
– Drucksachen 6/881, 6/882, 6/883, 6/884,
6/885, 6/886, 6/887, 6/888, 6/889, 6/890, 6/891,
6/892, 6/893, 6/894, 6/895, 6/896, 6/897, 6/898,
6/899, 6/900, 6/901, 6/902, 6/903, 6/904, 6/905,
6/906, 6/907, 6/908, 6/909, 6/910, 6/911, 6/912,
6/913, 6/914, 6/915, 6/916, 6/917, 6/918, 6/919,
6/920, 6/921, 6/922, 6/923, 6/924, 6/925, 6/926,
6/927, 6/928, 6/929, 6/930, 6/931 und 6/932 –**

Zunächst wird das Wort zur Berichterstattung erteilt. Hieran schließt sich die allgemeine Aussprache zum Haushaltsgesetz 2012 und 2013 an. Danach erfolgt die Beratung über alle Einzelpläne insgesamt und den Stellenplan, soweit hierzu Wortmeldungen vorliegen. Abstimmungen zu allen Einzelplänen und zum Gesetz einschließlich der Unterrichtung zur Mittelfristigen Finanzplanung finden am Ende der Aussprache nacheinander statt.

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Im Ältestenrat wurde weiterhin vereinbart, für die Aussprache eine Dauer von insgesamt 300 Minuten, also 5 Stunden, vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Torsten Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt ist es endlich so weit. Nach fast sechs Monaten vorläufiger Haushaltsführung der Landesregierung schreitet das Parlament nun zur Verabschiedung des neuen Doppelhaushalts. Gerade einige Institutionen und Vereine, aber sicher auch viele Projektorganisatorinnen und Projektorganisatoren im Land warten ungeduldig darauf, den Schwebezustand ihrer Arbeit beenden und endlich Fördermittel oder Zuschüsse bekommen zu können, was eben wegen der nur vorläufigen Haushaltsführung bislang nicht möglich gewesen ist.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Um bis hierher, bis zu der für so viele Menschen im Land wichtigen regulären Haushaltsführung zu gelangen, haben sich in den vergangenen drei Monaten die Ausschüsse des Landtages in insgesamt 31 Sitzungen mit den Haushaltsunterlagen befasst. 11 Sitzungen, davon 8 Sondersitzungen und 2 öffentliche Anhörungen, hat der Finanzausschuss benötigt, um Ihnen heute die 17 Beschlussempfehlungen vorlegen zu können. Ohne auf jede einzelne empfohlene Änderung eingehen zu wollen, möchte ich kurz zu einigen Aspekten im Ausschuss etwas sagen.

Beim Einzelplan 01, dem Finanzrahmen des Landtages, empfiehlt der Finanzausschuss unter anderem die Einrichtung eines neuen Kapitels, in dem für die Jahre 2012 und 2013 die Baumaßnahmen zur Grundsanierung des Schlossgartenflügels und zur Errichtung eines neuen Plenarsaals im Schloss veranschlagt sind.

Die finanzielle Unterstützung der Jüdischen Gemeinden hat nach den Verhandlungsgesprächen zwischen der Landesregierung und dem Verband der Jüdischen Gemeinden ihren Niederschlag im Einzelplan 09, Geschäftsbereich des Justizministeriums, durch Anhebung der Ansätze gefunden. Der Europa- und Rechtsausschuss hatte den Finanzausschuss zu Beginn der Haushaltsberatungen gebeten, den betreffenden Zuschuss auf die Liste der offenen Punkte zu setzen und im Rahmen der abschließenden Beratungen zu entscheiden, ob und inwieweit die Ansätze an den Verhandlungsstand anzupassen wären.

Ebenso zum Einzelplan 09 thematisch zugehörig, aber im Einzelplan 12, Hochbaumaßnahmen des Landes, veranschlagt, sind die Mittel zur Errichtung einer eigenen Sicherungsverwahrung im Land, nachdem die ursprünglichen Pläne aufgegeben werden mussten, die wenigen Sicherungsverwahrten aus Mecklenburg-Vorpommern in anderen Bundesländern unterzubringen und dafür Zuweisungen an die jeweiligen Bundesländer vorzunehmen.

Im Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Innenministeriums, sehen die Empfehlungen des Finanzausschusses eine Aufstockung der Mittel bei der Sportförderung in Ergänzung zu der im Haushaltsbegleitgesetzentwurf ohnehin schon vorgeschlagenen Anhebung der Förderung nach Paragraph 10 Sportförderungsgesetz vor.

Die Empfehlungen des Finanzausschusses sehen im Einzelplan 07, Geschäftsbereich des Bildungsministeriums, unter anderem Veränderungen der Studentenwerke und der Reisekosten bei Klassenfahrten, einen neuen Zuschuss für Fahrt- und Übernachtungskosten für Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie eine Anhebung des Zuschusses an die Forschungseinrichtungen der Leibniz-Institute vor.

Für den Einzelplan 08, Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums, möchte ich als Beispiele für die vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen lediglich die Anhebung der Zuschüsse zum Bau von Kleinkläranlagen in Kleingartenanlagen und die Unterstützung für Feste mit regionaler Bedeutung erwähnen.

Zum Einzelplan 10, Geschäftsbereich des Sozialministeriums, empfiehlt der Finanzausschuss die Einrichtung eines neuen Titels für den Fonds „DDR-Heimerziehung“, ferner die Anhebung der Zuschüsse für die Schuldnerberatung, für die Familienförderung sowie für den Kinderschutz und die Selbsthilfe.

Und schließlich empfiehlt der Finanzausschuss auch für den Einzelplan 15, Geschäftsbereich des Energieministeriums, Änderungen, beispielsweise in Form einer Anhebung des Ansatzes zur Realisierung von Verkehrssicherungspflichten in Häfen des Landes, hier für den Hafen Darßer Ort.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ihnen vom Finanzausschuss vorgelegte Doppelhaushalt für die Jahre 2012/2013 ergibt gegenüber dem Entwurf der Landesregierung ausgabeseitige Ansatzveränderungen in Höhe von 11,5 Millionen Euro für das laufende Jahr und 11,8 Millionen Euro in 2013 bei Deckung aus dem Titel für Zinsausgaben und ohne neue Kredite aufzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auf Empfehlung des Finanzausschusses soll in Artikel 1 des Haushaltsgesetzes in Paragraf 14 ein Absatz 20 angefügt werden. In diesem Absatz 20 geht es um die Ermächtigung für das Finanzministerium, bei Übertragung von Naturschutzflächen an Stiftungen und Verbände für das Land Erklärungen zur Gewährträgerschaft abgeben zu dürfen. Die Abgabe dieser Erklärung soll aber nur mit vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses möglich sein.

Gemeint ist natürlich der Finanzausschuss des Landtages, dies ist aber so konkret im Gesetzestext nicht formuliert. In dem übrigen Text des Haushaltsgesetzes war und ist beim Finanzausschuss immer vom Finanzausschuss des Landtages die Rede. Ich bitte Sie daher, auch für diesen neuen Absatz 20 klarzustellen, dass der Finanzausschuss des Landtages gemeint ist. Ich beantrage daher mündlich, in Paragraf 14 Absatz 20 nach den Wörtern „mit Zustimmung des Finanzausschusses“ die Wörter „des Landtages“ einzufügen.

Parallel zum Haushaltsgesetz und den dortigen Änderungen hat der Finanzausschuss auch das Haushaltsbegleitgesetz beraten und im Laufe dieser Beratungen den Gesetzentwurf durch eigene Änderungsvorschläge erweitert, beispielsweise durch Änderungen am Finanzausgleichsgesetz und durch einen neuen Artikel zum BBL-Sondervermögensgesetz. Letzterer bestimmt, dass für die Baumaßnahmen zum Schlossgartenflügel und Plenarsaalneubau am Schloss Schwerin der Landtag und nicht der Betrieb für Bau und Liegenschaften des Landes zuständig sein wird.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, ist dies für die meisten Abgeordneten im Finanzausschuss der erste Haushalt, der in dieser Verantwortung bearbeitet wurde. Und so beschleicht mich heute schon ein wenig Stolz, dass wir diese große Aufgabe mit Ihnen, meine Damen und Herren, geschafft haben. Ich möchte mich daher recht herzlich für Ihre Unterstützung bedanken.

Bedanken möchte ich mich ebenso bei den Ministerinnen und Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ressorts, den vielen Sachverständigen, die uns mit ihren Erfahrungen in den Anhörungen bereichert haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen. Sie alle haben durch Ihre Vorbereitung und Begleitung an den Ausschussberatungen fleißig mitgewirkt und einen recht zügigen Ablauf der Beratungen ermöglicht.

Obleich ich darüber erleichtert bin, dass die arbeits- und zeitintensiven Haushaltsberatungen innerhalb des engen Zeitrahmens nunmehr ihren Abschluss finden, möchte

ich an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass wir uns hinsichtlich der Art und Weise, wie der Ausschuss zu Ergebnissen kommt, weiter qualifizieren sollten. Wünschenswert ist aus meiner Sicht, dass die Beratungen im Finanzausschuss in der Sache noch tiefergehender, noch intensiver geführt werden, mit einem Mehr beim Austausch von Argumenten und Meinungen bei der Suche nach den besten Lösungen.

Und obgleich es das Los der Opposition ist, dass ihre Änderungswünsche nicht immer eine Mehrheit in den Ausschüssen finden, so ist es meines Erachtens keine Art, von vornherein ganz auf eine abwägende Diskussion und konstruktive und begehbbare Lösungswege zu verzichten. Ich halte es für sehr bedauerlich, dass SPD und CDU durchweg alle Anträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt haben,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und das, nachdem zuvor eine Erklärung verlesen wurde, mit der man ankündigte, alle Vorschläge der Opposition in der Sache zu prüfen

(Egbert Liskow, CDU: Hat er doch.)

und differenziert beurteilen zu wollen.

(Vincent Kokert, CDU: Wozu brauchen wir sonst elf Sitzungen?!)

Hinsichtlich der politischen Praxis der Fraktion der NPD ist nur nebenbei bemerkt zu sagen, dass die NPD-Fraktion keinerlei Änderungsanträge gestellt hat und während der Haushaltsberatungen vielmehr überwiegend durch Abwesenheit glänzte. Jetzt 51 Änderungsanträge vorzulegen, halte ich für eine Zumutung. In der Sache geht es der NPD offensichtlich nicht um eine seriöse Beratung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch zurück zu den Änderungsanträgen der anderen beiden Oppositionsfraktionen: Die Ablehnung dieser Anträge haben SPD und CDU neben dem Hinweis auf die damit verbundenen Mehrausgaben schließlich damit begründet, dass zur Deckung dieser Mehrausgaben im Wesentlichen nur die Ausgleichsrücklage des Landes und der Zinstitel angeboten worden seien. Ein Austausch von Argumenten für und wider die in den Anträgen enthaltenen Ideen und gegebenenfalls anderen geeigneter erscheinenden Deckungsquellen im Haushalt fand nicht statt. Insofern wurden die Vorschläge schlichtweg niedergestimmt.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na!
Das kann man so nicht sagen. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

In Zukunft sollten wir mutiger mit Vorschlägen von Sachverständigen und Petenten umgehen und geeignete Änderungen am Haushalt und am Gesetz vornehmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist eine weitgehende Rede für einen Ausschussvorsitzenden. Das ist eine weitgehende und wertige Rede. Das steht Ihnen eigentlich nicht zu. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Als Beispiel möchte ich die Petition zu der seit Monaten ruhenden Förderung des Erwerbs von Sportgroßgeräten nennen. Wenn die in den vergangenen Haushalten immer wieder temporär eingestellten 500.000 Euro nunmehr mit dem Haushaltsgesetz im Sportfördergesetz selbst verankert werden sollen, lässt die Zweckbestimmung von Paragraph 10 Sportfördergesetz jedoch gegenwärtig eine Verwendung dieser Mittel zum Erwerb von Sportgroßgeräten nicht zu. Die einfachste Lösung wäre also gewesen, an dieser Stelle eine Änderung im Sportfördergesetz herbeizuführen. Stattdessen hat sich der Finanzausschuss dazu entschlossen, dem Landtag die Anhebung der Ansätze um 250.000 Euro in dem bisher dafür genutzten Titel zu empfehlen. Dadurch wird zwar die Förderung des Erwerbs von Sportgroßgeräten wieder möglich, ändert aber an den in der Petition geschilderten Umständen, verursacht durch die vorläufige Haushaltsführung und durch eine fehlende Regelung im Sportfördergesetz, nichts.

Und schließlich, meine Damen und Herren, hätte ich mir mit Blick auf den Sozialausschuss gewünscht, dass die letztlich im Finanzausschuss stattgefundenen Anhörungen zur Arbeitsmarktpolitik und zur Kindertagesförderung in dem zuständigen Sozialausschuss hätten vorgenommen werden sollen.

Der Finanzausschuss hat sich im Vorfeld darauf verständigt, auf die Durchführung eigener Anhörungen zu verzichten, und hatte dies den mitberatenden Ausschüssen so mitgeteilt. Der Innenausschuss, der Bildungsausschuss und der Energieausschuss haben davon dankenswerterweise Gebrauch gemacht. Dagegen sind durch die Ablehnung der Koalitionsfraktionen im mitberatenden Sozialausschuss keine Anhörungen zustande gekommen. Beim Mitberater gilt ein anderes Quorum für die Durchführung von Anhörungen als beim Federführer und so wunderte es nicht, dass auf Wunsch der Opposition dann im Finanzausschuss die Anhörungen zum Einzelplan 10 durchgeführt werden mussten. Angesichts der großen Arbeitsbelastungen im Finanzausschuss und nicht zuletzt im Ausschussekretariat hätte ich mir ein anderes Verfahren gewünscht.

Womit ich abschließend gern noch etwas zum Ausschussekretariat sagen möchte. Ich schätze, die allermeisten haben in den vergangenen Wochen nicht einmal gemerkt, dass diese Haushaltsberatungen auch für das Ausschussekretariat in dieser personellen Besetzung eine Premiere waren. Frau Frohriep, Frau Denzer und Frau Ehrendreich haben eine enorme Arbeit geleistet und ihre Aufgaben großartig gemeistert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre fachliche Professionalität, Ihre Akkuratess und Souveränität sind beeindruckend. Gewiss spreche ich also auch in Ihrem Namen, wenn ich den Frauen des Ausschussekretariats an dieser Stelle von Herzen danke.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

Sehr geehrte Damen und Herren, bleibt mir als Ausschussvorsitzender nur noch, Sie um Zustimmung zu den vorgelegten Beschlussempfehlungen zu bitten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine spannende Debatte. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Koplin.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

(Vincent Kokert, CDU:
Jetzt wird es tendenziös.)

Ums Wort gebeten hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Herr Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir verabschieden heute den Doppelhaushalt 2012/2013. Die Landesregierung hat hierzu im März einen Entwurf in den Landtag eingebracht. Dieser Entwurf ist hier im Parlament und in den Ausschüssen sehr konstruktiv beraten worden. Dafür bedanke ich mich. Ich bin überzeugt, das ist ein guter Haushalt, der heute hier zu Abstimmung steht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist er auch.)

aus zwei Gründen: Es ist ein Haushalt, mit dem wir die solide Finanzpolitik des letzten Jahrzehnts fortsetzen –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mecklenburg-Vorpommern nimmt auch in diesem und im kommenden Jahr keine Schulden auf –, und es ist ein Haushalt, der uns bei den Aufgaben weiterbringt, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind, bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen, bei der Energiewende, bei den Schulen, bei Familien und Kindern. Diese Aufgaben gehen wir entschlossen und beherzt an, denn wir haben ein ganz klares Ziel: Ab 2020 wollen wir, dass wir die Zukunft in unserem Land aus eigener Kraft gestalten können.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern geht schon seit Ende der 90er-Jahre den Weg der soliden Finanzpolitik. Das ist kein einfacher Weg. Das ist ein Weg, der uns schwere Entscheidungen abverlangt hat und auch in Zukunft abverlangen wird. Ich erinnere nur an die Debatten hier im Hause über die Verwaltungsreform, über den Personalabbau in der Landesverwaltung oder auch an Einzeldebatten, die ganz besonders schwierig waren, wie etwa die zur Anpassung des Landesblindengeldes. Aber dieser Weg hat sich als richtig erwiesen.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den ganz wenigen Bundesländern, die keine Schulden aufnehmen, und das schon seit 2006. Da sind wir den meisten anderen Ländern weit voraus und ich sage, darauf können alle, die daran seit Ende der 90er-Jahre mitgewirkt haben, gemeinsam wirklich stolz sein. Das ist ein Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern. Das ist verantwortungsvolles Handeln für die Menschen hier im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, wir müssen diese solide Finanzpolitik fortsetzen. Wir alle wissen, dass die Einnahmen des Landes aus dem Solidarpakt II

und von der EU in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen. Ende 2019 läuft der Solidarpakt unwiderruflich aus und deshalb dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Das gilt gerade auch in Zeiten, in denen vorübergehend der Druck auf die Landeskasse nicht ganz so groß erscheint. Dass Mecklenburg-Vorpommern mit einem Haushaltsüberschuss abgeschlossen hat, das ist sehr erfreulich. Das hat uns ermöglicht, Ende 2011 erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder Schulden zu tilgen, so, wie wir das auch in den kommenden Jahren tun wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir erst mal ab.)

wenn wir zum Ende des Jahres mit einem Plus abschließen.

Meine Damen und Herren, ein Plus am Ende dieses Jahres wäre natürlich ein sehr wünschenswertes Ergebnis, aber es ist doch völlig offen, ob wir das tatsächlich erreichen können. Wir haben 2008 und 2009 erlebt, mit welcher Wucht die Finanz- und Wirtschaftskrise über uns kam.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wohl wahr.)

Binnen weniger Wochen brach das Wirtschaftswachstum zusammen, gingen die Steuereinnahmen zurück, mussten Schutzschirme aufgespannt, Konjunkturpakete finanziert werden, um die Folgen der Krise zumindest abzumildern.

Mecklenburg-Vorpommern ist in diesen sehr schwierigen Jahren deshalb ohne Schulden ausgekommen, weil die Landesregierung in den wirtschaftlich besseren Jahren davor eine Rücklage angelegt hat, und das tun wir auch jetzt. Der Doppelhaushalt 2012/2013 sieht eine Rücklage von mehr als 500 Millionen Euro vor.

(Vincent Kokert, CDU: Die werden wir auch brauchen wahrscheinlich.)

In guten Zeiten für schlechte Zeiten vorsorgen, auch das gehört für uns zu einer soliden Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist richtig so.)

Nicht solide ist es dagegen, einmalige Mehreinnahmen des Jahres 2011 für dauerhafte Ausgaben einzusetzen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

wie Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, das an verschiedenen Stellen vorschlagen. Wir alle wissen doch, die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch lange nicht vorbei, der Euro wird uns noch lange sehr ernst beschäftigen. Und ich fürchte, wir können eben leider nicht dauerhaft mit einer positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen rechnen, und das muss jede solide Haushaltsentscheidung berücksichtigen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren von der LINKEN, Sie haben in den Jahren der rot-roten Landesregierung doch unsere

solide Finanzpolitik mit auf den Weg gebracht. Das erkennen wir doch alle an. Aber umso ärgerlicher ist doch, dass Sie sich von diesem Kurs jetzt verabschieden.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das stimmt ja nicht.)

Wer einmalige Mehreinnahmen dauerhaft mit Mehrausgaben begründen will, der produziert die Schulden von morgen und übermorgen. Das wäre der völlig falsche Weg.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Wer hat
Ihnen denn das aufgeschrieben?!)

Meine Damen und Herren, eine solide Finanzpolitik ist die eine Voraussetzung für eine Zukunft aus eigener Kraft, aber das allein reicht nicht aus. Auf europäischer Ebene, die Diskussion läuft gerade, auf Bundesebene und auch auf der Länderebene gilt gleichermaßen: Eine umsichtige Finanzpolitik – die muss mit Wachstumsimpulsen und mit Investitionen in die Zukunft verbunden werden und deshalb setzen wir mit diesem Haushalt klare Schwerpunkte.

Im Bereich Wirtschaft und Arbeitsplätze werden wir weiter alle dafür vorgesehenen Mittel in den wirtschaftlichen Aufholprozess investieren. 230 Millionen stehen für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung.

Unser Land hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt, das wissen wir alle. Das gilt für den Tourismus, für die Gesundheitswirtschaft, für die Land- und die Ernährungswirtschaft, auch für das Handwerk, den gewerblichen Mittelstand. Die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Einheit.

(Regine Lück, DIE LINKE: Seit 1990
bei der Statistik kein Wunder.)

Und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzt. Deshalb treiben wir zum Beispiel den Ausbau der Infrastruktur bei uns im Land voran. Das gilt für den Ausbau der A 14 von Schwerin nach Magdeburg, das gilt für den Ausbau der B 96n auf Rügen. Beide Projekte, und das sage ich auch ausdrücklich an die Adresse der GRÜNEN, beide Projekte sind von großer Bedeutung für unser Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, meine Damen und Herren, selbstverständlich helfen wir, wenn unsere wichtigsten Industriearbeitsplätze, unsere wichtigste Industrieproduktion, die Werften, wenn die aufgrund der weltweiten Krise in Schwierigkeiten geraten. Das haben wir für Rostock und Wismar getan und das tun wir jetzt wieder für Stralsund und Wolgast. Ich wiederhole: für Stralsund und Wolgast.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Ich möchte, dass in Brüssel sehr klug verhandelt wird über ein Umstrukturierungskonzept, das Lösungen für beide Standorte vorsieht, und zwar auch dann, wenn Kapazitätseinschränkungen akzeptiert werden müssten.

Meine Damen und Herren, das alles wird noch ein schwerer Weg und das geht nur gemeinsam mit dem Bund, das geht nur mit Billigung der EU und es wird einen entscheidenden Beitrag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch der Zulieferer geben müssen. Die Landesregierung wird alles tun, was rechtlich möglich und wirtschaftlich vernünftig ist, um den Werften zu helfen. Und ich bitte um breite Unterstützung dafür hier im Landtag bei allen demokratischen Parteien.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Wirtschaft wächst, dann müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren. Morgen steht das neue Vergabegesetz auf der Tagesordnung. Mit diesem Vergabegesetz werden wir sicherstellen, dass bei Landesaufträgen künftig 8,50 Euro an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezahlt werden. Dadurch entstehen im Land Mehrausgaben. 3,1 Millionen sind in den Haushalt eingestellt. Damit wird im Verlauf dieser Landtagssitzung neben dem Haushalt noch ein zweites wichtiges Vorhaben dieser Landesregierung abgeschlossen, und zwar mit Erfolg.

Meine Damen und Herren, der zweite Schwerpunkt dieser Landesregierung ist die Energiewende. Das ist die große nationale Aufgabe dieses Jahrzehnts in Deutschland. Und wir in Mecklenburg-Vorpommern wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass diese Energiewende gelingt. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits 2010 – das sind die letzten offiziellen Zahlen, die wir haben – die Hälfte seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt. Das ist der Spitzenwert unter allen Bundesländern.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind spitze.)

Ich habe mit Interesse in der letzten Landtagssitzung vernommen, dass die GRÜNEN genau wie wir davon ausgehen, dass dieser Wert für 2011 und 2012 noch einmal deutlich höher ausfallen wird. Ich freue mich über die gemeinsame Einschätzung. Damit, muss ich allerdings sagen, widerlegen Sie zugleich die selbst von Ihnen gern immer wieder vorgetragene Behauptung, Mecklenburg-Vorpommern verschläft die Energiewende. Spitzenwerte und Verschlafen, das passt logisch nicht zusammen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, Mecklenburg-Vorpommern ist bei der Energiewende auf einem guten Weg. Wir wollen, dass unser Land seinen Strombedarf möglichst bald vollständig aus erneuerbaren Energien deckt, und das werden wir auch schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien spiegelt sich auch darin wider, dass es im Haushalt erstmalig ein eigenes Energiekapitel gibt, wobei allerdings klar ist, viele, sehr viele, die wichtigsten finanziellen Fragen der Energiewende werden auf Bundesebene geklärt werden müssen. Ich nenne als Beispiel nur die Solarförderung, die jetzt Gegenstand im Vermittlungsausschuss ist.

Die Aufgabe der Landesregierung ist es vor allem, organisatorisch die Weichen richtig zu stellen, damit die Energiewende gelingt, zum Beispiel, indem wir zusätzliche Flächen für Windkraft an Land ausweisen, zum Beispiel, indem wir beim Bau von Offshorewindparks zügige und faire Verfahren garantieren, indem wir bei uns im Land die Netze ausbauen, alles dafür tun, dass das geschehen kann, und sie modernisieren oder indem wir die Bioenergiedörfer auf ihrem Weg unterstützen, dezentrale Konzepte der Energieversorgung umzusetzen. All das wird die Landesregierung weiter vorantreiben, gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und CDU.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, ein dritter Arbeitsschwerpunkt dieser Landesregierung sind die Schulen. Sie wissen, dass wir gemeinsam mit Lehrern und Eltern in einem Schuldialog und im Rahmen eines Schulfriedens auch parteiübergreifend nach Lösungen im Schulbereich suchen wollen. Ich freue mich, dass beim Thema Inklusion eine solche Vereinbarung zwischen dem Bildungsminister – und sogar Herrn Renz –

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Speziell Herr Renz.)

und allen demokratischen Fraktionen zustande gekommen ist.

(Vincent Kokert, CDU:
Er ist der Vater des Papiers.)

Und ich würde mir wünschen, meine Damen und Herren ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Herr Renz, um wieder ernst zu werden, ich würde mir wünschen, dass wir auch andere Aufgaben im Schulbereich, zum Beispiel die sehr wichtige und nicht leicht messbare Aufgabe „Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes“, dass wir das in einem möglichst breiten Konsens lösen.

(Vincent Kokert, CDU:
Dafür ist Herr Renz geeignet.)

Wir alle sind doch überzeugt, die Menschen im Land wollen keine ideologischen Debatten über Schulpolitik, sondern sie erwarten, dass wir gemeinsam zu guten, praktischen Lösungen kommen, und das müssen wir tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Da dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, kann sich das auch noch nicht im Haushalt widerspiegeln, aber dennoch, meine Damen und Herren, dennoch steigen die Ausgaben im Haushalt für die Schulen. Das müssen wir einfach sehen, wenn wir darüber reden, wie geben wir unser Geld aus. Ohne dass es zu einzelnen Verbesserungen kommt, steigen einfach die Ausgaben: 781 Millionen im letzten Jahr, 2012 821 Millionen, 2013 832 Millionen. Das Land gibt mehr Geld für die Schulen aus.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Kinderbetreuung setzt die Landesregierung schon seit vielen Jahren einen klaren Schwerpunkt. Wir haben sehr viel getan, um die Qualität in den Kitas zu verbessern und um allen Kindern gute Chancen von Anfang an zu ermöglichen: die Stärkung der vorschulischen Bildung, die Absenkung der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr, das kostenlose Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien, mehr Vor- und Nachbereitungszeit für die Erzieherinnen und Erzieher

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

und insgesamt, meine Damen und Herren, erheblich mehr Geld für die Kitas und für jedes einzelne Kind.

(Heinz Müller, SPD: Richtig. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Ich will das mit Zahlen untermauern. Die Landesausgaben für die Kitas sind in den letzten fünf Jahren von 90 Millionen pro Jahr auf 130 Millionen pro Jahr gestiegen und jetzt mit diesem Doppelhaushalt gehen wir die nächsten beiden Schritte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Vincent Kokert, CDU: Das muss sich
die Opposition mal aufschreiben. –
Torsten Renz, CDU: Die wollen noch mehr. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir werden zum Schuljahresbeginn 2012 die Elternbeiträge für die Krippe um rund 100 Euro absenken und wir werden im kommenden Jahr die Gruppengröße in den Kindergärten weiter verkleinern. Dafür haben wir die notwendigen Mittel eingestellt. Das sind weitere wichtige Schritte, um das Angebot in unseren Kitas zu verbessern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, diese gute Kitapolitik ist ein Markenzeichen dieser Regierung. Das ist ein großer politischer Erfolg, kennzeichnend für diese Koalition.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und – ich sage, leider – kennzeichnend für die Oppositionspartei LINKE ist in diesem Zusammenhang leider etwas völlig anderes: ihr wirklich maßloses Kritikgeschrei. Sie wollen unsere sehr positive Familienpolitik, unsere sehr engagierte Kitapolitik einfach nur schlechtreden,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

möglichst lange, möglichst ausdauernd, in der Hoffnung, in der Hoffnung, meine Damen und Herren, irgendwas bleibt schon hängen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ganz schön populistisch.)

Aber ich sage Ihnen: Sie können aus weiß nicht einfach schwarz machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Also kehren Sie in diesem wichtigen Bereich, wichtig für die Landesregierung, aber auch wichtig für die Menschen im Land,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

kehren Sie zurück zu einem Mindestmaß an Sachlichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und dazu gehört dann auch – das ist jetzt ein ganz ernster Punkt, den wir hier immer wieder besprechen müssen –,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist ja unverschämte, so was!)

zu dieser Sachlichkeit gehört auch: Hören Sie auf,

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir
zeichnen uns durch Sachlichkeit
aus, Herr Ministerpräsident.)

hören Sie auf, den Eltern und Erzieherinnen vorzugaukeln, es seien mehr Verbesserungen für die Kitas leicht finanzierbar! Das stimmt einfach nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, so ist es. –
Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es reicht doch nicht aus, dass wir in diesem Jahr das Glück haben, etwas aus der Rücklage nehmen zu können. Wir brauchen Deckung Jahr für Jahr, alles andere ist Wolkenkuckucksheim, wie wir es seit Monaten hier von Ihnen hören.

Meine Damen und Herren, auf einen anderen Schwerpunkt dieses Haushaltes, auf die Kommunen, wird die Finanzministerin gleich noch näher eingehen. Ich will an dieser Stelle nur so viel sagen: Das Land steht zu seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja!)

und, ich denke, das bildet sich auch eindrucksvoll ab durch neu eingestellte große Summen im Haushalt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gucken
Sie sich mal die Kreishaushalte an!)

durch große Summen im Haushalt, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dieser Haushalt ist ausgewogen, er ist solide, er ist verantwortungsbewusst und er setzt klare Schwerpunkte bei den Zukunftsaufgaben unseres Landes,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. –
Egbert Liskow, CDU: Sehr richtig.)

ein guter Haushalt, gerade auch mit den Ergänzungen in den Ausschüssen, für die ich dankbar bin.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung für diesen Doppelhaushalt 2012/2013. – Danke schön.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gute Rede, Herr Ministerpräsident, sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe gedacht, die LINKEN ziehen Ihren Redebeitrag zurück nach dem hier. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kokert! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute bringen SPD und CDU zu Ende, was sie bereits vor Monaten hätten erledigen können. Der rot-schwarze Haushalt wird heute beschlossen. Endlich geht diese Theatervorstellung zu Ende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist keine Theatervorstellung.)

Wie viele andere empfand auch ich die Inszenierung als lahm, ideenlos

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

und vollkommen an den Problemen der Menschen und Erwartungen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vorbei.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fragen Sie mal die Menschen da draußen, Herr Holter!
Fragen Sie die mal!)

Herr Nieszery, die Lustlosigkeit war vielen Akteuren regelrecht anzusehen. Sie hätten mal ein paar Ausschusssitzungen mitmachen müssen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich war in jedem Ausschuss da, Herr Holter, im Gegensatz zu Ihnen, in jedem.)

wo über Haushalt diskutiert wurde.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

So fällt der Applaus erwartungsgemäß mager aus. Zugaben werden vom Publikum gar nicht verlangt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Von der Koalition haben wir nichts gehört.)

Im Gegenteil, viele Menschen haben bereits vor dem ersten Vorhang den Saal verlassen, sich enttäuscht von

der politischen Bühne abgewandt. Wer kann es ihnen bei diesem Doppelhaushalt auch verdenken?!

Schauen wir doch mal,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der ist supergut. Das hat der Ministerpräsident eben gesagt.)

schauen wir doch einmal in das Programmheft. Was haben die Protagonisten nicht alles versprochen und angekündigt, so zum Beispiel den sozialen Arbeitsmarkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Welche Hoffnungen setzte das Publikum in die Ministerin Schwesig, gilt sie doch zumindest bei der einen Hälfte der Theatertruppe als großes Talent, als Shootingstar,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu Ihrem Leidwesen, Herr Holter, nicht wahr?!)

der sich gern lächelnd und wortstark an sein Publikum wendet. Aber nein, versprochen, gebrochen. Ein sozialer Arbeitsmarkt findet in der Aufführung keinen Platz, da hat die Ministerin wohl ihren Text vergessen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das stimmt ja nicht.)

Einen ganz merkwürdigen Auftritt, meine Damen und Herren, hatte der Bildungsminister – mal wieder nicht anwesend.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er ist eben gerade dazugekommen. Er ist auch Abgeordneter, Herr Holter. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Er redete am meisten und sagte am wenigsten.

Der Text zur Inklusion ist noch nicht fertig, in Ordnung, und, Herr Ministerpräsident, es gibt keinen Schulfrieden. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es gibt einen Frieden zu Fragen der Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern. Wir lassen uns von Ihnen in der Frage der Schulpolitik nicht vereinnahmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Also der Text zur Inklusion ist noch nicht fertig, in Ordnung, daran wird gefeilt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir machen da mit und vielleicht singt am Ende das Publikum dann den Text gemeinsam.

Aber was hörten wir von Minister Brodkorb zum Frust der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer? Das Publikum lauschte ganz gespannt: Was wird er uns sagen zum Unterrichtsausfall, zu den Abbrecherquoten, zur Überalterung der Lehrerschaft, zu den fehlenden Referendaren und so weiter und so fort? Ja, er schickte Briefe. Aber allein von diesen Briefen hat noch kein Kind auch nur eine Förderstunde mehr.

(Regine Lück, DIE LINKE: Skandalös!)

Die Menschen wollten vom Kulturminister auch wissen, wie es mit der Zukunft der Theater und Orchester aussieht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das kommt doch.)

Das Publikum reibt sich erstaunt die Augen, ein knauseriger Minister sei er, bekennt er öffentlich, das Land könne sich nicht so viel Kultur leisten, musste man vernehmen. Und die über 50.000 Unterschriften der Menschen, die für ihre Theater und Orchester kämpften, flogen einfach in den Papierkorb. Wen wundert's ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das stimmt ja so nicht. Das stimmt
ja wohl nicht, Herr Holter.)

Doch, Sie haben die Volksinitiative abgelehnt.

Wen wundert's,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das stimmt doch gar nicht. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wen wundert's, erscheint doch der Minister für Kultur gar nicht bei den wichtigsten kulturellen Veranstaltungen des Landes.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und
wenn es Ihnen nicht passt, dann ist es
noch lange nicht für den Papierkorb.)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat es angesprochen: In dem von SPD und CDU inszenierten Stück sollte auch die Energiewende eine Hauptrolle spielen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das tut sie auch.)

So steht es im Programmheft. Aber wo ist sie denn hin, die ganze Energie, Herr Nieszery?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dann gucken Sie doch mal rein!)

Der Energieminister brachte einen großen Karton auf die Bühne. Darauf stand unter anderem: Sondervermögen zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja und?)

Ja, aus dem Publikum rief jemand: Was ist denn in der Kiste?

(Regine Lück, DIE LINKE: Nichts.)

Als die Kiste geöffnet wurde, was kam da raus? Heiße Luft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist doch gar nicht wahr.)

Schauen Sie in den Haushalt – Leertitel, zwei Leertitel stehen genau bei der Finanzministerin im Titel.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der wird doch
aufgefüllt. Sie wissen doch ganz genau, wie
das funktioniert, Herr Holter. Sie wissen das
doch, Sie erzählen doch wirklich Lügen jetzt! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Als Höhepunkt informierte der Verkehrsminister das Publikum auch noch, dass einige von ihnen jetzt mit dem Taxi nach Hause fahren müssten, weil weitere Strecken im öffentlichen Nahverkehr ausgedünnt beziehungsweise gar gestrichen werden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, weil
die nicht genutzt werden, Herr Holter,
das wissen Sie doch auch, mein Gott!)

Meine Damen und Herren, dann folgte der Auftritt der Justizministerin. Im Programmheft der CDU-Theaterfreunde stand noch der Satz: „Wir werden Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes bedarfsgerecht ausstatten und in der Fläche erhalten.“

(Vincent Kokert, CDU: Tja und nun?)

Doch dann musste ein fassungsloses Publikum zur Kenntnis nehmen, dass jedes zweite Amtsgericht geschlossen werden soll.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Selbst auf der Bühne in den eigenen Reihen, Herr Kokert, bei Ihnen, in Ihrer CDU entgeisterte Gesichter.

(Vincent Kokert, CDU:
„Diskussionsgrundlage“ steht darüber.)

Ich bin mir sicher,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

das werden sich die Menschen nicht gefallen lassen, es hat sich schon ein breiter Widerstand formiert, eine weitere Volksinitiative ist zum Abschluss gekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na wunderbar!
Ist die auch von Ihnen initiiert?)

Meine Damen und Herren, nehmen wir einen Szenenwechsel vor: Auftritt von Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus. Mit einer stattlichen Hengstparade erfreute er zumindest die Pferdefreunde. Die Tatsache, dass die Nummer jedes Mal teurer wird

(Vincent Kokert, CDU:
Nur kein Neid, nur kein Neid!)

und er die Kosten einfach nicht in den Griff bekommt, das hört er nun gar nicht gern.

Gleich nach den Hengsten kommt dann Innenminister Caffier auf die Bühne. Er sang das Hohelied auf die kommunale Selbstverwaltung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Den Kommunen ginge es doch so gut wie lange nicht, besser als dem Land, hörten wir immer wieder, werden

wir möglicherweise jetzt von der Frau Finanzministerin wieder hören. Wenn dem so ist, warum brachte er denn zwei dick gefüllte Geldkoffer mit auf die Bühne, die der kommunalen Familie unter die Arme greifen sollen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist das denn schlecht?
Ist das denn schlecht?)

Wohl doch nicht so toll, Herr Caffier und Herr Nieszery?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist das denn schlecht? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und bis heute, bis heute warten die Städte und Gemeinden vergeblich auf den Zukunftsvertrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin mal gespannt, was über Zukunft in diesem Vertrag ganz konkret gesagt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da können Sie auch gern
gespannt drauf sein, Herr Holter. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und völlig, meine Damen und Herren, völlig aus der Rolle fiel dann der Wirtschaftsminister.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Er verkündete den Mindestlohn, den er noch im Wahlkampf scheute wie der Teufel das Weihwasser.

(Vincent Kokert, CDU: Was?! Da
kennen Sie ihn aber schlecht. –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Dass sich der Applaus in Grenzen hält, braucht doch niemanden zu wundern, weiß doch jeder und jede, auch Sie, Herr Kokert, dass 8,50 Euro nicht armutsfest sind und nur für öffentliche Aufträge gelten. Und das Gros ist ohnehin nicht erfasst, denn die Kommunen werden in Ihrem Gesetz ausgeklammert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die werden nicht ausgeklammert. Sie
werden ausdrücklich aufgefordert, das
auch zu tun, ausdrücklich aufgefordert.)

Meine Damen und Herren, wir haben es gerade gehört, der finale Auftritt gehörte natürlich dem Hauptdarsteller, Ministerpräsident Erwin Sellering. Aber niemand vernimmt den angekündigten großen Paukenschlag, auf den insbesondere die Frauen gewartet haben.

(Vincent Kokert, CDU: Da dürfen
Sie sich nicht die Ohren zuhalten.)

Aber, meine Damen und Herren, selbst die Schlecker-Frauen lässt er im Regen stehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
jetzt aber billige Polemik, oder?
Das ist ja billige Polemik!)

Seite an Seite mit der Finanzministerin stolzierte er auf der Bühne und stimmte immer das gleiche Lied an, so auch heute:

(Vincent Kokert, CDU: Ist doch so.)

Alles ist gut und wir machen keine neuen Schulden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja,
Gott sei Dank, Gott sei Dank!)

Verwunderung im Saal, denn niemand,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Denn was Sie hier vorschlagen,
das treibt uns in den Ruin.)

denn niemand will hier neue Schulden.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Niemand hat die Absicht,
eine Mauer zu errichten.)

Niemand will hier neue Schulden und auch unsere Vorschläge, das wird die Debatte noch mal zeigen, auch unsere Vorschläge lassen eine erkleckliche Summe auf der hohen Kante.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja,
aber dieses Jahr. Und nächstes Jahr? –
Vincent Kokert, CDU: Und wer ist
hier der Hauptdarsteller?)

Meine Damen und Herren ...

(Andreas Butzki, SPD: Im Theater
darf man doch buhen, ne?)

Ja, selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, Ihre Vorstellung

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut, ne? Nee, die
waren sehr gut.)

war eine schlechte Inszenierung. Und ich sage Ihnen, dieses Stück musste so schlecht ausfallen, weil es von der Finanzministerin geschrieben wurde,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Also ich habe nur gute Kritiken
gelesen, Herr Holter.)

vom schnöden Mammon her gedacht und von den Statistinnen und Statisten der Koalition aufgeführt wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Selbstbewusstsein, Herr Kokert, sieht nun tatsächlich anders aus.

(Vincent Kokert, CDU:
Und warum? Und warum?)

DIE LINKE stellte bei den Haushaltsberatungen die Menschen in den Mittelpunkt und ihre Lebensqualität. Sie ...

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Ja, das haben
wir gemerkt, das haben wir gemerkt. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja.)

Jawohl, Herr Kokert.

Sie von der CDU und von der SPD haben nur sich selbst
in den Mittelpunkt gestellt.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Ministerpräsident
ist doch eben aufgetreten. Da hätten Sie
eben zuhören sollen bei der Rede des
Ministerpräsidenten, die war sehr gut.)

Einst fuhr die Koalition im Schlafwagen, aber dieser ist
steckengeblieben und die Passagiere sind in den Tief-
schlaf versunken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Ministerpräsident, reden Sie nicht länger die Pro-
bleme schön! Schieben Sie die nicht länger auf die lange
Bank! Ignorieren Sie nicht die dringenden Handlungsbe-
darfe! Wir sind der Überzeugung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tun wir
auch nicht. Deswegen haben wir ja
so einen guten Haushalt gemacht.)

der Haushalt bietet genügend Gestaltungsspielraum.

Wenn Sie wirklich wollen, dass Mecklenburg-Vorpom-
mern die Zukunft aus eigener Kraft gestalten kann, dann
packen Sie heute die Probleme an und dann müssen
Sie,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Haben wir getan.)

und das tun Sie, mehr in Bildung und mehr in Kommunen
investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja?!)

Ansonsten, Herr Nieszery, bezahlen die Menschen für
die heutigen Versäumnisse

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: 150 Millionen,
Herr Holter, 150 Millionen.)

morgen einen doppelten und dreifachen Preis und das
Publikum wird nur noch vereinzelt zur Vorstellung kom-
men. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu solchen
Vorstellungen sollten sie auch
nicht kommen, das wäre besser.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr
Holter.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-
Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr
geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und
Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Holter, ich war heute eigent-
lich bei Ihrer Haushaltsrede auf Lob eingestellt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber nicht wirklich, ne?)

Das haben Sie nicht ganz geschafft, ich nehme Ihnen
das aber nicht übel, weil das zu Ihren Aufgaben gehört
als Opposition. Was aber auch zu Ihren Aufgaben gehört,
ist, das, was Sie hier vorschlagen, endlich mal gegenzu-
finanzieren, uns hier nicht immer ungedeckte Schecks
auszustellen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist doch
eine falsche Mär, was Sie erzählen. Jeder
Vorschlag der LINKEN war durchfinanziert
bis zum Schluss. Auf Dauer, falsche
Aussage, auf Dauer durchfinanziert.)

mit dem Finger auf uns zu zeigen und zu sagen, Sie
haben die Menschen im Blick und wir uns selber. Herr
Kollege Holter, das ist ein großes Stück unredlich von
Ihnen und das lehne ich für diese Koalition auch ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, sehr geehrter Herr Kollege Holter, Verlässlichkeit ist
ein hohes Gut. Die beiden Parteien von CDU und SPD
hatten ihre Wahlprogramme – das haben Sie auf Ihrer
Internetseite noch mal rausgeschrieben – beide über-
schrieben mit der klaren Botschaft „Zukunft aus eigener
Kraft“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: C wie die Zukunft.)

Und mit diesem Doppelhaushalt für 2012/2013 liegt un-
ser Entwurf vor, wie wir uns die Zukunft von Mecklen-
burg-Vorpommern vorstellen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Wenn Sie sich mal in anderen Bundesländern erkundigen,
dann werden die alle neidisch nach Mecklenburg-Vor-
pommern sehen und sagen, die machen das da richtig.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso
ist es. – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und schauen Sie sich mal den Haushalt an bei der letz-
ten übrig gebliebenen Landesregierung, die Sie ja noch
mit vertreten können, schauen Sie sich mal den Haushalt
in Brandenburg an,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Sehr selbstgefällig.)

da können Sie Haushaltskonsolidierung machen, bis Sie – ich hätte jetzt fast gesagt, schwarz werden – rot werden, bis Sie rot werden!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Der Haushalt dort ist nach wie vor eine mittelschwere Katastrophe.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und
wer stellt den Ministerpräsidenten?)

Und wenn Sie sich hier immer hinstellen und sagen, Sie haben in der Vergangenheit die Haushaltskonsolidierung mitgetragen, dann muss ich sagen, heute hörte sich das wieder nach dem roten Schlendrian an, den wir von Ihnen schon so lange kennen. Nichts haben Sie gegenfinanziert,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Nein, Herr Kokert, wir haben jeden
Vorschlag gegenfinanziert, auf Jahre.)

gar nichts. Nichts ist davon gegenfinanziert. Sie wollen neue Schulden aufnehmen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie verbreiten falsches Zeugnis. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

wir wollen 100 Millionen tilgen. Sie wollen 160 Millionen Euro mehr ausgeben, das heißt 60 Millionen Euro Schulden, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Das ist Ihre Haushaltspolitik, Herr Kollege Holter, genau das ist sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Nein, die Rechnung ist falsch.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will diese etwas aufgeheizte Debatte vielleicht noch mal auf ein anderes Niveau heben und sagen, wir haben natürlich mit der heutigen Haushaltsdebatte eigentlich die Königsdisziplin des Parlaments, nämlich das Parlament – Herr Ministerpräsident, Sie sehen mir das nach, wenn ich das so sage, aber ich finde diesen Ausspruch einfach gut – ist der Arbeitgeber der Regierung. Ich finde, das machen wir heute mit diesem Haushaltsentwurf auch deutlich, und Sie hätten sich sehr gern inhaltlich an den Anträgen der CDU und der SPD im Finanzausschuss beteiligen können, wir hätten nichts dagegen gehabt. Und warum Sie dann bemängeln, dass wir elf Ausschusssitzungen gebraucht haben, um über Ihre Anträge zu beraten, das will mir überhaupt nicht in den Kopf.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach!)

Warum wird das kritisiert?

Im Übrigen will ich eine Sache auch noch mal klarstellen: Herr Kollege Koplin, ich schätze Sie sonst sehr als Ausschussvorsitzenden des Finanzausschusses, aber heute war Ihre Rede doch sehr tendenziös für einen Ausschussvorsitzenden. Ich finde schon, das war eine Oppositionsrede

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

und keine Rede, die ein Ausschussvorsitzender hier hält. Das muss man mal ganz deutlich sagen. Aber ich denke, das werden Sie in der nächsten Rede, die Sie dann hier halten, für den Finanzausschuss auch berücksichtigen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ziel ist doch klar, wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig auf eigenen Beinen stehen. Und seit 2005 – die Zahlen müssen Sie sich noch mal anhören – sind rund 10,5 Milliarden Euro nach Mecklenburg-Vorpommern allein aus dem Länderfinanzausgleich und aus dem Solidarpakt geflossen. Wir alle wissen, dass das 2019 so nicht mehr sein wird. Und wir haben gar keine andere Chance als Koalition, zu sagen, wir nehmen unser Schicksal in die eigene Hand bei allem, was wehtut. Und ich kann Ihnen sagen, auch meine Abgeordnetenkollegen – da schließe ich sogar die Abgeordnetenkollegen der SPD ein –, auch wir wären lieber in den Wahlkreisen unterwegs, so wie Sie, und würden nette Gastgeschenke verteilen und sagen, dafür geben wir Geld aus, für Kita, für Wirtschaftsförderung, für Schiene.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Für Kitas tun wir das aber.)

Aber wir haben uns für die Haushaltskonsolidierung entschieden, und zwar im Sinne unserer Kinder und Enkel, Herr Kollege Holter. Das muss man ganz deutlich in dieser heutigen Debatte sagen und das unterscheidet uns von dem, was Sie in der Haushaltsdebatte hier bisher geboten haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, da mein Kollege Liskow nachher noch auf viele Sachen eingehen wird, insbesondere auf die Anträge, die Sie auch als Opposition gestellt haben, will ich mir das heute etwas schenken. Nein, einen Hinweis will ich noch geben: Ich lehne es ab, mich mit den Anträgen der NPD zu beschäftigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wer in der heutigen Landtagsdebatte, in den Finanzausschusssitzungen zum größten Teil fehlt, heute hier 50 Anträge auf den Tisch wirft,

(Udo Pastörs, NPD: 51.)

die sich zum Teil nur mit Schwachsinn beschäftigen, das lehne ich ab, damit das Parlament zu beschäftigen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ziehen Sie die Anträge am besten zurück! Die sind einfach nur lächerlich,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meine sehr geehrten Damen und Herren von der NPD.

Aber wir wollen natürlich auch in dieser heutigen Haushaltsdebatte das Gute herausstellen und der Ministerpräsident hat eins schon genannt: Jawohl, wir haben 500 Millionen oder knapp eine halbe Milliarde in der Rücklage.

(Stefan Köster, NPD:
Sie sind doch Pleitegeier.)

Das hört sich erst mal viel an. Das schmieren Sie uns ja als Opposition regelmäßig auf die Stulle und sagen, steckt das in die Schulen, steckt das in die Theater.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Einen Teil davon.)

Aber, Frau Finanzministerin, Sie haben das einmal erlebt. Sie haben einmal erlebt, wie eine Welle über uns hinwegrollt, ohne dass wir sie überhaupt aufhalten können. Und wie gut war, dass wir vorher Haushaltskonsolidierung gemacht hatten, wie gut war das, dass wir die Kommunen und die Wirtschaftsbetriebe dabei unterstützen konnten, über die Zeit der Krise zu kommen. Und jetzt frage ich Sie: Ist es verantwortungsvolle Haushaltspolitik, diese 500 Millionen zu nehmen und unter die Leute zu streuen, oder ist es verantwortungsvoll zu sagen, jawohl, wir lassen das Geld da und wir sparen das für schlechtere Zeiten an und sehen, dass wir 2019 auf eigenen Beinen stehen können? Ich rate Ihnen zu dem Letzteren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vielleicht machen Sie sich darüber mal Gedanken.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man in die Haushalte der anderen Bundesländer schaut, da schaut man am besten gar nicht rein, weil die sehen alle nicht so aus wie der Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern. Deswegen will ich mir das heute auch schenken, Sie da mit weiteren Haushaltsdaten zu langweilen.

Ich will aber noch eins sagen: Ich finde schon, dass es Recht und Pflicht der Opposition ist, einen Haushaltsentwurf zu kritisieren, das ist ganz normal. Sie sollen auch immer von uns fordern, dass wir ihn schneller bringen, dass wir Ihre Anträge ernst nehmen. Und das will ich Ihnen sagen, wir haben viele Anträge von Ihnen ernst genommen, wir haben sie zum Teil sogar in der Fraktion inhaltlich diskutiert.

(Helmut Holter, DIE LINKE: He, he!)

Da stelle ich mal die Frage, ob das unter Rot-Rot auch immer so gewesen ist, ob Sie Anträge der CDU und ihrer Fraktion thematisiert haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei uns ja,
bei uns ja. Herr Kokert, bei uns ja.
Fragen Sie mal Ihren Koalitionspartner!)

Ich glaube, nicht. Aber nichtsdestotrotz haben wir Ihre Anträge sogar in der Fraktion beraten und wir haben sogar Anträge, die Sie gestellt haben, auch in der Vergangenheit in den neuen Haushalt aufgenommen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Oha!)

Das ist mir erst bewusst geworden, als wir gemeinsam mit den Handwerkskammern unterwegs waren, weil die Kollegin Lück mich darauf hingewiesen hat, dass DIE LINKE vor geraumer Zeit hier mal beantragt hat, für die Lehrlinge einen gewissen Zuschuss in den Landeshaushalt einzustellen, dass sie zukünftig in Internaten auch einen Zuschuss bekommen können.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wie lange hats gedauert?!)

Das haben wir in den heutigen Landeshaushalt eingestellt.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Aber warum wurde der Antrag denn
abgelehnt? Das ist das Thema.)

Insofern, Frau Kollegin Lück, erwarte ich von Ihnen nachher noch mal viel Lob, dass wir diesen Haushaltstitel eingestellt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Die Woche gibt es
Zeugnisse. Herr Kokert hat sich bemüht.)

Schaut man sich die Anträge der GRÜNEN an, dann sieht man natürlich immer Ihr grünes Selbstverständnis. Und ich habe es in meiner Fraktion gesagt, das gilt auch, dass Sie noch einen gewissen Welpenschutz haben,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ja freundlich,
sehr freundlich, Herr Kokert.)

weil Sie noch nicht ein Jahr im Landtag sind.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir sind gerührt.)

Aber nichtsdestotrotz will ich Ihnen trotzdem sagen, dass Ihr Wunsch nach mehr Natur, nach mehr Artenschutz sich natürlich wie ein grüner Faden durch Ihre zahlreichen Anträge zieht.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:
Ist ja auch gut so. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen mal dazu eine Geschichte erzählen, was Ihre rot-grüne Regierungszeit uns in Berlin so eingebracht hat.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Eine Menge Gutes. –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns alle gegenseitig gelobt und haben gesagt, wir sind sehr erfolgreich als Land Mecklenburg-Vorpommern bei Wirtschaftsansiedlungen. Und selbst Sie haben das begrüßt und gesagt, toll, dass Nestlé hierher kommt. Und wissen Sie, was mir der Wirtschaftsförderer der Stadt Schwerin so am Rande eines Jahresempfanges erzählt hat?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?)

Durch Ihre überbordende Umweltgesetzgebung haben wir folgende Situation:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach, hören Sie doch auf!)

Einer Ihrer Froschzähler ist über die Wiese gelaufen und hat dort Lurche und Frösche – ich kann es Ihnen sogar sagen –,

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

also geschützte Zauneidechsen, Kröten und Frösche
gefunden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sind doch nur
Einzelfälle. Das stimmt doch nicht.)

Daraufhin wurde die Stadt Schwerin verpflichtet, dass
diese geschützten Kröten und Frösche abgesammelt
werden müssen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat man ein Spezialbüro beauftragt – wahr-
scheinlich ein Parteikollege von Ihnen, weil Sie sich so
aufregen darüber –, daraufhin hat man ein Spezialbüro
beauftragt und hat für 25.000 Euro genau 220 Kröten

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von der einen Straßenseite auf die andere getragen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das mal hochgerechnet, das sind 110 Euro pro
Kröte.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da frage ich Sie, warum Sie hier solche Anträge stellen,
die genau das noch verstärken.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Ich finde, wir haben in der Vergangenheit genug für Ar-
tenschutz und für Tierschutz gemacht und irgendwann
muss es auch mal reichen, vor allem, wenn es ständig
das Geld des Steuerzahlers kostet und Sie mit dem Fin-
ger auf andere zeigen können, meine Damen und Herren
von den GRÜNEN.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Kokert, hören Sie sich im Vorfeld
mal an, mit wem Sie sprechen!)

Ja, Herr Kollege Suhr, ich könnte das auch deutlicher
machen. Sehr geehrter Herr Kollege Suhr, ich könnte das
noch deutlicher machen.

(allgemeine Unruhe)

Sie sind für die Frösche und die Koalition steht zu diesen
Menschen in diesem Lande. Das ist nämlich der tatsäch-
liche Vergleich, den man dann ziehen kann.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber jetzt lasse ich Sie mit den Fröschen auch in Ruhe
und komme mal zu den Anträgen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja,
aber doch nicht so unqualifiziert, Herr Kokert,
Mensch! Das stimmt doch gar nicht.)

die ich mir von den LINKEN angesehen habe. Ein biss-
chen habe ich immer gedacht, dass die Kolleginnen und
Kollegen der LINKEN hier in diesem Land eher zu dem
Realoflügel der linken PDS in Deutschland gehören.
Mittlerweile beschleicht mich natürlich schon der Ein-
druck, dass auch hier der Geist von Herrn Lafontaine und
Frau Rixen vielleicht durch die Landtagsflure ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Herr Rixen!)

Herr Rixen, Entschuldigung.

(Peter Ritter, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Kennen Sie den überhaupt? –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

... geht, denn Ihre Haushaltspolitik und das, was Sie hier
vorgeschlagen haben, geht genau in die Richtung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie reden
über einen, den Sie gar nicht kennen.)

Und, Herr Holter, man kann das doch nicht nur als fi-
nanzpolitische Geisterfahrt bezeichnen, was Sie hier
heute abgeliefert haben – inhaltlich wenig, polemisch
viel. Insofern will ich Ihnen mal vorlesen, was Sie auf
Ihrem letzten Bundesparteitag gesagt haben. Mir war gar
nicht bewusst, dass Sie sich da auch mit Inhalten be-
schäftigt haben, ich hatte eher so den Eindruck, Sie wa-
ren da viel mit sich beschäftigt. Aber ich sage Ihnen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben wir
das im Finanzausschuss beantragt?
Lesen Sie doch mal in unseren Anträgen!)

Herr Kollege Ritter, wenn Sie jetzt nicht mal mehr zu den
Beschlüssen – ich meine, das würde mich bei Ihnen nicht
wundern –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie doch
mal zu unseren Anträgen, zum Haushalt!
Sie sind hier nicht auf dem Parteitag,
sondern in der Haushaltsdebatte.)

Ihres Bundesparteitages stehen, dann, Herr Kollege
Ritter, ist das doch der Anfang vom Ende Ihrer gesamten
Partei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein.
Reden Sie mal zu den Haushaltsanträgen!)

Insofern muss ich Ihnen noch mal sagen, was Sie da
selbst beschlossen haben. Sie waren ja selber dabei.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und zwar beschließt DIE LINKE da mal ganz schnell, es
soll zukünftig über 1.000 Euro für jeden geben. Das erin-
nert mich so ein bisschen an die Piraten und böse Zun-
gen behaupten ja, die Piraten wären eine Partei, die so
ist wie DIE LINKE, nur mit Internetanschluss. So ein

bisschen habe ich hier den Eindruck, weil Sie teilweise das Gleiche fordern. Und man kann doch nur sagen, das finanzieren wir alles nur durch neue Schulden. Wie passt das zu der Haushaltspolitik, die Sie hier, Herr Kollege, Sie hier, Herr Kollege Ritter, immer vortragen?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Haben wir das im Finanzausschuss
beantragt? Wann haben wir das in den
Haushaltsberatungen beantragt?)

Ich finde, das passt überhaupt nicht zusammen, das passt überhaupt nicht zusammen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden
Sie endlich zum Thema Haushalt!)

Sie können sich aufregen, wie Sie wollen. Sie sehen, die Präsidentin schreitet nicht ein, dann höre ich auch nicht auf zu reden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie lächelt über Ihre Rede.)

Und da ich jetzt am Mikrofon stehe, bin ich wesentlich lauter als Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil
so viel Unsinn hat die Präsidentin
schon lange nicht mehr gehört.)

Fakt ist, Sie wollen 160 Millionen Euro in diesem Landeshaushalt mehr Geld ausgeben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat
der Bundesparteitag beschlossen.)

und das auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Herr Kollege Ritter, aus dieser Verantwortung entlasse ich Sie überhaupt nicht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das
hatten wir aber alles jetzt schon mal. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und da gucken wir noch mal ein bisschen in die Vergangenheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mann, Mann, Mann!)

Da haben Sie sich ja schon sehr weit von Ihrer eigenen Haushaltspolitik entfernt, die Sie hier immer propagieren. Wir waren in der letzten Legislaturperiode darauf angewiesen, dass die FDP mit uns gemeinsam die Schuldenbremse in die Landesverfassung schreibt. Nun sagen Sie uns doch mal heute: Warum waren Sie damals überhaupt dagegen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Weil es nichts bringt.)

wenn Sie jemand sind, der den Haushalt sanieren will?

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also erzählen Sie uns hier nicht immer so einen Quatsch von Haushaltssanierung!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie doch
mal über die Drucksachen, die wir im
Finanzausschuss beantragt haben!)

Bekennen Sie sich einfach dazu, dass Sie nur ausgeben können und nichts einsparen!

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wo ist das Gesetz?)

Da Sie sich so aufregen, Herr Holter, und ich schon fast keine Stimme mehr habe,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, weil Sie
polemisieren und keine Inhalte erzählen.)

da Sie sich so aufregen, zeigt das ja, dass ich bei Ihnen genau ins Rote getroffen habe.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir amüsieren
uns, Herr Kokert, wir amüsieren uns. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Als wenn das alles noch nicht genug wäre,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch
ein Bundesparteitagsbeschluss.)

als wenn das alles nicht genug wäre ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee? Ach so!)

Nee, also ich habe dann aufgehört zu lesen, Herr Ritter. Nach dem Bundesparteitagsbeschluss habe ich bei Ihnen aufgehört zu lesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, jetzt kommen
wir endlich zum Thema. Okay, da bin ich
ja gespannt. – Helmut Holter, DIE LINKE:
Reden Sie doch mal zum Mindestlohn!)

Als wenn das alles noch nicht genug wäre, stellen Sie sich hier auch hin und behaupten über die Öffentlichkeit, die Abgeordneten der Koalition sind im Tiefschlaf. Das haben Sie auch heute wieder gesagt. Richtig?

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Richtig, ist auch so.)

Richtig, sehr schön.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gehen
Sie mal in den Wirtschaftsausschuss!
Das brauchen Sie nicht auf dem Parteitag
zu beschließen, das weiß jeder.)

Das behaupten Sie hier und ich fasse das mal zusammen. Ich konnte der SVZ entnehmen, das habe der SPD-Abgeordnete Tilo Gundlack im Finanzausschuss mit dünnen Argumenten zu begründen versucht, die er laut Rösler von einem vorgefertigten Blatt ablas. Richtig? Ihr Zitat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig,
das war auch so. Das war auch so. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Super, gut, dann sind wir uns da wenigstens erst mal einig. Erste Übereinstimmung mit den LINKEN. Ich bitte das also für das heutige Protokoll festzuhalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Waren Sie bei der Sitzung dabei? Waren Sie bei der Sitzung dabei, ja?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Fall stelle ich fest, die Fraktion DIE LINKE will 160 Millionen Euro mehr ausgeben ohne Gegenfinanzierung, das habe ich schon gesagt, das ist Punkt eins.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, mit Gegenfinanzierung. Sie reden falsch Zeugnis. – Peter Ritter, DIE LINKE: Stimmt nicht, das ist nur fürs Protokoll, stimmt nicht.)

Punkt zwei: Die Fraktion DIE LINKE behauptet – und diese Behauptung, Herr Kollege Ritter und Holter, ist nachweislich falsch –, die Abgeordneten von CDU und SPD hätten den Etatentwurf durchgewunken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja? Ach was! – Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Richtig ist, die Abgeordneten von CDU und SPD

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben die Hand gehoben.)

haben substanzielle und solide gegenfinanzierte Vorschläge und Änderungen zu diesem Haushalt gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Schöne neue Welt, schöne neue Welt! – Peter Ritter, DIE LINKE: Spaßvögel des Jahres könnte es geheißen haben.)

Und drittens, statt dass Sie sich inhaltlich mit dem Haushaltsentwurf und den Änderungen der Koalitionsfraktionen auseinandersetzen, verunglimpfen Sie Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, weise ich in aller Form zurück und ich werde heute sehr genau darauf aufpassen, ob alle Ihre Redner,

(Peter Ritter, DIE LINKE: An welcher Stelle? An welcher Stelle?)

ob alle Ihre Redner,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oh, Herr Lehrer! Zeigefinger, nehmen Sie den mal weg!)

ob alle Ihre Redner sich an die Geschäftsordnung des Landtages halten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja.)

Da steht nämlich drin, der Abgeordnete spricht grundsätzlich in freier Rede.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann los!)

Er darf dazu ein Manuskript benutzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann los!)

Da Sie das von allen anderen Kolleginnen und Kollegen fordern, werde ich mir das heute sehr genau angucken

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und dann?)

und behalte mir da auch Zwischenrufe vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, bitte.)

Wenn Sie den Kollegen Gundlack so verunglimpfen, dann müssen Sie auch selber damit leben, dass Sie das völlig von uns wieder aufs Butterbrot geschmiert kriegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind wir erschüttert.)

Und da es sowohl bei den LINKEN als auch bei den GRÜNEN keinen Änderungsantrag, auch keinen neuen gab zum Haushalt der Justizministerin,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

gehe ich also davon aus, dass Sie diesem Haushaltsentwurf kraftvoll zustimmen können, und erwarte da nachher Ihre Zustimmung zum Haushalt, weil da hatten Sie ja keine Änderungswünsche. Richtig, Herr Holter? Dann sind Sie damit voll zufrieden? Sie nicken beide.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist aber ein Trost.)

Also nehme ich das so als gegeben hin.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Also fürs Protokoll: Da habe ich nicht genickt, Herr Kokert. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser vorgelegte Haushaltsentwurf ist die Antwort der Regierungsfractionen und der Koalition insgesamt auf die dringenden Fragen, die dieses Land in den nächsten zwei Jahren angehen und darüber hinaus. Und ich komme wieder zurück zu dem, womit ich angefangen habe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Herr Kollege.)

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Koalition wollen die Zukunft aus eigener Kraft in Mecklenburg-Vorpommern

(Peter Ritter, DIE LINKE: C wie Zukunft, alles klar.)

und dazu trägt dieser Antrag der Koalitionsfraktionen, den Haushalt hier heute zu beschließen, einen entscheidenden Beitrag bei. Insofern bitte ich um große Zustimmung auch der Oppositionsfractionen dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Dann seht mal zu, dass ihr nachher beschlussfähig seid!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Kokert.

Da wir gerade bei den Gesten und deren Interpretation hier angelangt waren in der Rede, mache ich den Abgeordneten Ritter darauf aufmerksam, dass, wenn er Kopfschmerzen hat,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

er das bitte anders äußern möchte als durch entsprechende Gesten. Es könnte auch falsch verstanden werden, ja?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich arbeite an meiner Gestik. Das habe ich verstanden.)

Dann zweite Anmerkung meinerseits: Herr Köster, Sie haben den Abgeordneten Herrn Kokert beleidigt. Sie haben seine Äußerungen als Schwachsinn aus seinem Mund bezeichnet. Das ist eine persönliche Beleidigung, die weise ich zurück und erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Das war nur eine Tatsachenbehauptung.)

Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen den zweiten Ordnungsruf. Sie wissen, dass Sie meine Anmerkungen hier oben nicht zu kommentieren haben. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf zur Folge hat, dass Sie das Wort entzogen bekommen, und dass es dann unter Umständen weitere Konsequenzen gibt. Also mäßigen Sie sich, halten Sie sich zurück!

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich der SPD mein Bedauern ausdrücken für diesen Koalitionspartner. Was eben gerade Herr Kokert von sich gegeben hat, fand ich niveaulos

(Vincent Kokert, CDU: Oh!)

und war auch nicht zur Sache, zum Doppelhaushalt 2012/2013.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Der eine sagt
so und der andere sagt so. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich fand
das klasse, was er eben gesagt hat. –
Zurufe von Heinz Müller, SPD, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Bemerkung möchte ich dennoch zu der Rede von Herrn Kokert loswerden: Ausschussvorsitzende bleiben auch Menschen und Abgeordnete und das ist gut so.

(allgemeine Unruhe)

Herr Koplin hat deutlich gemacht, wo seine persönliche Meinung anfängt und wo sie aufhört, und das muss in diesem Parlament möglich sein.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der Haushalt sei also ausgeglichen, so Herr Selling. Stimmt das denn wirklich, was die Regierung hier behauptet? Nein, meiner Meinung nach stimmt es nicht, und ich will es auch erklären.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Im vorliegenden Haushalt gelingt nur der Ausgleich, indem 150 Millionen aus der sogenannten Ausgleichsrücklage genommen werden. Und diese Rücklage existiert eigentlich gar nicht. Die angebliche Rücklage besteht nämlich nicht aus zurückgelegtem Geld, wie man das landläufig vermuten könnte – ich erkläre das auch mal sozusagen der Bevölkerung, dem Publikum –,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Warum stellen Sie denn Anträge, die noch mehr Geld fordern?)

sondern die Rücklage besteht nur aus einem noch nicht ganz ausgeschöpften Kreditrahmen.

(Vincent Kokert, CDU: Wie viel wollten Sie denn noch zusätzlich ausgeben, Herr Saalfeld?)

Die Differenz zwischen genehmigtem Kreditrahmen einerseits und den tatsächlich aufgenommenen Krediten am Finanzmarkt andererseits bezeichnet die Landesregierung einfach als Rücklage.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Im Bildungsbereich wollen Sie allein
16 Millionen. Wie soll das denn passieren?)

Wenn jetzt die angebliche Rücklage von bisher 650 Millionen Euro auf rund 500 Millionen Euro abgeschmolzen wird, heißt das im Umkehrschluss eigentlich, dass 150 Millionen Euro an zusätzlichen Krediten am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Unter dem Strich steigen die Zinszahlungen mit jedem Griff in die Rücklage. Das bestätigte auch auf Nachfrage der GRÜNEN im Finanzausschuss das Finanzministerium. Also seien Sie hier vorsichtig, von Rücklagen zu sprechen, es sind keine Rücklagen.

(Vincent Kokert, CDU: Gut, dass Sie uns aufgeklärt haben, da sind wir dankbar. –
Egbert Liskow, CDU: Ich glaube, Sie haben nicht mal zugehört im Finanzausschuss. –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also seien wir ehrlich miteinander und vor allem auch gegenüber der Bevölkerung. Und im Übrigen, Herr Kokert, schließen sich Konsolidierungspolitik und eine andere Schwerpunktsetzung, wie es die GRÜNEN fordern, nicht aus.

Da meine Fraktion aber für eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik steht, werden wir all jene Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE ablehnen, die als Deckungsquelle die angebliche Rücklage nutzen, denn das würde, wie gesagt, nur eine weitere Verschuldung an den Kapitalmärkten bedeuten.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
Vincent Kokert, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Meine Damen und Herren, dies war die erste Haushaltsdebatte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und unser Resümee fällt ernüchternd aus – nicht weil das Land angeblich keine finanziellen Spielräume hat, nein, nein, ganz im Gegenteil, wir hätten uns als GRÜNE niemals ausmalen können, dass wir so viele Gestaltungsspielräume in diesem Land haben. Nein, wir sind ernüchtert über den recht mutlosen und wenig innovativen Haushaltsentwurf der Landesregierung einerseits

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist er aber gar nicht. Ist er doch gar nicht.)

und den politischen Stil während der Haushaltslesung in den Ausschüssen andererseits.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich weiß nicht, worüber Sie sich da beschweren wollen.)

Auf den politischen Stil, Herr Dr. Nieszery, komme ich später nochmals zurück.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, dann machen Sie das doch mal!)

Meine Damen und Herren, wo packt die Landesregierung eigentlich die Zukunftsthemen beherzt an?

(Vincent Kokert, CDU: Lassen Sie uns einfach in Ruhe und halten Sie Ihre Rede! Was halten Sie denn davon?)

Wo packen SPD und CDU gemeinsam Themen an und blockieren sich nicht gegenseitig?

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Da hat sich glücklicherweise die SPD durchgesetzt, Herr Dr. Nieszery. Aber wo blockieren Sie sich nicht gegenseitig?

(Torsten Renz, CDU: Beim KiföG.)

Bei der Energiewende muss die Regierung zum Jagen getragen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

In der Bildung fehlt das Geld für zusätzliche Lehrer gegen den Unterrichtsausfall und Geld für Referendare. Die Jahrhundertaufgabe der Inklusion wird nur zaghaft angetestet, scheinbar in der heimlichen Hoffnung, dass sich die Vereinten Nationen das vielleicht nochmals mit der Behindertenrechtskonvention überlegen könnten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch Quatsch! Wir sind schneller als andere Bundesländer. Was erzählen Sie denn da?)

In der Kulturpolitik wird es nur ein kleines und zudem ungerecht verteiltes Notpflaster für die Theater geben. Die Sozialpolitik ist ein bunter Blumenstrauß, der bürokratischer nicht organisiert sein könnte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh!)

Den Verbraucherschutz verliert die Landesregierung gleich ganz aus den Augen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist doch gar nicht wahr.)

Und gelingt in den kommenden Jahren die Umstellung auf eine verträgliche und ökologische Landwirtschaft?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, klar! Die ist doch schon gelungen. Gucken Sie doch mal die Vergleichszahlen in Baden-Württemberg an! Gucken Sie mal nach Baden-Württemberg!)

Der Haushalt liefert dazu keine Antwort und bildet auch keine Grundlage. In der Sportpolitik sollte das Geld durch wundersame Weise vermehrt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da regiert, glaube ich, ein GRÜNER. Da wollen wir mal die Zahlen vergleichen in Baden-Württemberg.)

Wie ein Hütchenspieler verschob der Sportminister die Ansätze im Haushalt. Unterm Strich blieb alles gleich, zumindest aber Minister Caffier sah als Einziger mehr Geld nach diesem Hütchenspiel. Erst durch Druck aus der Opposition und aus den betroffenen Sportverbänden bewegte sich am Ende doch noch etwas.

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Ich frage also nochmals: Was sind eigentlich die Schwerpunkte der Landesregierung? Was sind eigentlich die Herzensangelegenheiten dieser Regierung?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind immer dieselben Spielchen. Da gewöhnen Sie sich dran.)

Wofür brennt eigentlich das Koalitionsherz von SPD und CDU?

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Was lesen Sie denn so viel ab? Reden Sie doch mal frei!)

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist wahrlich keine Liebeserklärung an unser Land,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh! –
Vincent Kokert, CDU: An Sie ist es auf jeden Fall keine. Das stimmt.)

sondern Ausdruck von Regierungsmüdigkeit gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Statt auf eine stringente und nachhaltige Haushaltspolitik stoßen wir hier auf eine ganze Reihe von Kuriositäten. Und die hätten auch wirklich Unterhaltungswert, wenn wir nicht alle wüssten, dass es sich jeweils um das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger handelt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, Ihre Anträge haben Unterhaltungswert.)

Ich beschränke mich hier auf eine kleine Kostprobe dieser Kuriositäten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist wie mit dem Polizeihubschrauber.)

Genau, dazu komme ich.

Beispiel 1: Das Land zahlt pro Jahr 1,6 Millionen Euro für den Betrieb eines Pferdegestüts in Redefin.

(Vincent Kokert, CDU: Ja und?)

Ich kritisiere nicht die zusätzlichen Investitionszuschüsse des Landes

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nee! –
Egbert Liskow, CDU: Na,
ihr seid die Tierfreunde.)

in Höhe von 17 Millionen Euro zum Erhalt des historischen Gebäudekomplexes. Ich kritisiere und hinterfrage aber, ob Hengstparaden zu den wirklich wichtigen und notwendigen Landesaufgaben gehören.

(Egbert Liskow, CDU: Es leben die
Frösche! Es leben die Frösche! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Das Ärgerliche dabei ist, dass eigentlich alle Fraktionen längst eingesehen haben, dass es so in Redefin nicht weitergehen kann und die Zuschüsse schrittweise reduziert werden müssen. Nur der Landwirtschaftsminister versteht die Botschaft scheinbar nicht und meldet zu jedem Haushalt frisches, zusätzliches, neues Geld an.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Erbittet sich der Finanzausschuss dann zum x-ten Mal vom Minister eine Begründung für die beantragten Mehrausgaben des Gestüts, dann kommt nur ein traurig-prosaisches Schreiben zum Zustand der Immobilien und der Investitionskosten vom Minister zurück. Diese stehen aber doch gar nicht in der Kritik, sondern die laufenden Zuschüsse zum Betrieb stehen in der Kritik.

Der Landwirtschaftsminister hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er die Kosten in Redefin nicht in den Griff bekommt, daher beantragen wir GRÜNEN auch die schrittweise Reduzierung des Zuschusses und eine Ausschreibung des Betriebs.

(Beifall von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Tosender Beifall!)

Wenn sich Minister Backhaus zu diesen Vorschlägen in der Presse nur mit dem kurzen Wort „Idiotie“ zitieren lässt, dann stelle ich hier die Frage, wie man eigentlich seine eigene Politik der vergangenen Jahre diesbezüglich adäquat bezeichnen könnte.

Beispiel 2: Das Land gibt 89 Millionen Euro jährlich für die EDV und die IT in der Landesverwaltung aus. Das sind rund 55 Euro pro Einwohner. Ich weiß nicht, ob nur ich diesen Eindruck habe, aber ich halte das für irre viel Geld. Für Theater geben wir nicht mal die Hälfte davon aus. Auf Initiative der GRÜNEN wird sich zumindest der Finanzausschuss dieses Themas in den kommenden Monaten nochmals intensiver annehmen.

(Vincent Kokert, CDU: 136 Millionen!
Rechnen können Sie auch schlecht.)

Beispiel 3: Das Sozialministerium reicht eine Unmenge Fördergelder ohne Förderrichtlinien aus. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Fördermittel nur auf

Grundlage von objektiven, nachprüfbaren und rechtssicheren Kriterien ausgegeben werden dürfen. Die Begründung aus dem Ministerium, warum bisher nicht so verfahren wird, ist wiederum kurios. Man könne keine Fördermittel mehr ausgeben, solange man Förderrichtlinien erarbeitet, und man könne dann nicht mehr den individuellen Einzelfall fördern. Meine Damen und Herren, so hören sich einfach nur Ausreden an. Wir GRÜNEN beantragen daher, dass solche Richtlinien nun schnell nachgearbeitet werden sollen.

Beispiel 4: Dieser Haushalt ermächtigt die Landesregierung, für die kommenden Jahre Verpflichtungen in Höhe von 300 Millionen Euro einzugehen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Das wäre insoweit nicht schlimm, wenn sich der Gesetzgeber wenigstens vorbehalten würde, bei größeren Ausgaben innerhalb dieses 300-Millionen-Euro-Topfes beteiligt zu werden. Der Antrag der GRÜNEN, dass ab einer Einzelverpflichtung über 1 Million Euro der Finanzausschuss zu beteiligen ist, wurde im Finanzausschuss abgelehnt.

Meine Damen und Herren, eine Drittmilliarde Euro gibt der Landtag ohne konkrete Zweckbindung aus der Hand! Ich verstehe einfach nicht das parlamentarische Selbstverständnis derjenigen Abgeordneten,

(Vincent Kokert, CDU:
Wir verstehen Sie nicht,
daran scheint das zu liegen.)

die unserem Antrag im Finanzausschuss nicht zugestimmt haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, so ist das manchmal.)

Ist Ihnen das alles piepegal, was hier mit dem Geld passiert?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich möchte es hier bei diesen Beispielen belassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die
Hubschrauber habt ihr vergessen!)

ich könnte aber noch Stunden weitererzählen und

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt
wurde es gerade interessant.)

von Bürokratievermehrung, Schattenpersonalhaushalten und vom Land beauftragten Controllingunternehmen berichten, die sich bald selbst kontrollieren werden.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und die Hubschrauber?)

Ich möchte aber nochmals kurz zum politischen Stil der Debatte kommen. Auch hier will ich die Probleme mit gleich unterhaltsamen Beispielen verdeutlichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Die GRÜNEN haben auch nach Einsparpotenzialen in diesem Landeshaushalt gesucht,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

weil es die Pflicht des Landtages ist, auf die effektive Mittelverwendung der Steuergelder zu achten. Dabei sind wir auf die heiligen zwei Hubschrauber aus dem Innenministerium gestoßen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ah ja, jetzt kommts! –
Vincent Kokert, CDU: Ah, endlich!)

und empfehlen, deren notwendiges Leistungsspektrum, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein, auf kostengünstigerem Weg sicherzustellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Haben Sie
sich die Zahlen mal angeguckt in
Schleswig-Holstein? Glaub ich nicht!)

Unser Nachbarland schafft das durch Kooperation mit der Bundespolizei und der Bundesmarine für ein Zehntel der Kosten, die wir hier in unserem Bundesland dafür ausgeben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben
wir alles schon mal durchgerechnet. –
Vincent Kokert, CDU: Ja. War teurer,
als eigene anzuschaffen. Das ist
damals alles geprüft worden.)

Aber wie wird nun, wie gesagt, auf diesen Vorschlag von uns GRÜNEN vor allem vonseiten der CDU reagiert? Mit reiner Angst und Panikmache in der Bevölkerung – das halte ich für absoluten Populismus.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Wer macht denn hier Angst
und Panik in der Bevölkerung? –
Vincent Kokert, CDU: Wer macht
denn hier Angst und Panik?)

Die Luftrettung würde in keinem Fall geschwächt.

(Vincent Kokert, CDU:
Sie haben doch gerade von
vergiftetem Grundwasser geredet. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

15 Kilometer Luftlinie entfernt von der Station der Polizeihubschrauber in Laage liegt die Luftrettungsstation in Güstrow.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

25 Kilometer nördlich von Laage ist der Rettungshubschrauber der Johanniter in Rostock stationiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
hat doch damit nichts zu tun!)

Nochmals wenige Kilometer weiter

(Vincent Kokert, CDU: Wissen Sie,
was ein Polizeihubschrauber ist?)

hält die Bundesmarine in Hohe Düne einen Rettungshubschrauber einsatzbereit. Zwischen Rostock und Güstrow, auf einer Strecke von 40 Kilometern, sind also fünf Hubschrauber stationiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber
mit unterschiedlichen Aufgaben.)

Wir sind damit Anwärter auf den Titel „Höchste Rettungshubschrauberlandeplätze Deutschlands“.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, da
sind wir sogar stolz drauf!)

Zudem fliegt der Rettungshubschrauber „Christoph 47“ in Greifswald insgesamt viermal mehr Einsätze als die Polizeihubschrauber. Irgendetwas stimmt da in der Leistungsbilanz nicht

(Manfred Dachner, SPD: Ja, weil
die 'ne andre Aufgabe haben.)

und damit müssen wir uns hier auseinandersetzen, anstatt Angst und Panik im Land zu verbreiten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Es hat doch das eine mit
dem anderen nichts zu tun!)

Mich stört aber vor allem die Angst- und Panikmache bei der CDU.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Als ob bald die Leute sozusagen im Straßengraben verbluten würden,

(Heinz Müller, SPD:
Haben Sie das eigentlich mal in
den Innenausschuss eingebracht?)

so gerieren Sie sich hier. Wenn es im Übrigen dann um Tempo 30 statt Tempo 50

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das
wollen Sie ja, das Tempo 30.)

in deutschen Innenstädten geht, so wie von SPD und GRÜNEN kürzlich gefordert,

(Heinz Müller, SPD: Ja. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

um Hunderte Verletzte und Tote zu vermeiden, das scheint der CDU dann aber egal zu sein.

(Vincent Kokert, CDU, und
Torsten Renz, CDU: Die SPD
hat sich davon schon distanziert.)

Scheinbar sollen die Polizeihubschrauber auch in Zukunft viel zu tun haben.

(allgemeine Unruhe)

Herr Silkeit, im Übrigen macht mir in diesem Zusammenhang die Rolle der Gewerkschaft der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern Sorgen.

(Vincent Kokert, CDU:
Da müssen Sie mal die LINKEN
fragen, ob die auch für Tempo 30 sind! –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es im Innenausschuss um die Nachwuchs- und Personalnöte der Polizei geht, weil zunehmend der Einstellungskorridor nicht zum Nachwuchs passt, dann sagt der GdP-Landesvorsitzende und CDU-Abgeordnete Silkeit kein einziges Wort im Ausschuss. Wenn SPD und GRÜNE Tempo 30 in deutschen Innenstädten fordern,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

lobt die Bundesebene der GdP diesen Vorschlag, die Landesebene schweigt sich darüber aber aus.

(Vincent Kokert, CDU:
Das muss an Ihrem Charme
liegen, Herr Kollege Saalfeld.)

Wenn es dann aber den heiligen zwei Hubschraubern aus dem Innenministerium an den Kragen geht, dann tröten der CDU-Abgeordnete Silkeit und die GdP mit gleichzeitigen Pressemitteilungen aus vollen Rohren. Ich hoffe, dass in Zukunft die Gewerkschaft der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur CDU-Politik vertritt. Vielleicht denken Sie mal in der Sommerpause darüber nach, Herr Silkeit.

(Vincent Kokert, CDU: Beifall GRÜNE! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber auch an anderer Stelle hat mich der Umgang mit Vorschlägen aus der Opposition sehr verärgert. Die GRÜNEN haben im Sozialausschuss vorgeschlagen, Bewilligungen an soziale Träger nicht mehr im Einjahresrhythmus, sondern angepasst an den Doppelhaushalt im Zweijahresrhythmus zu erteilen.

(Bernd Schubert, CDU:
Das ist doch geschehen.)

Der Sozialausschuss übernahm sogar diesen Vorschlag zur Reduzierung des Bürokratieaufwandes.

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist falsch.)

Das kann dann die Regierungskoalition, die scheinbar nicht aufgepasst hat, nicht auf sich sitzen lassen

(Jörg Heydorn, SPD: Falsch!)

und ersetzt die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

(Vincent Kokert, CDU: Herr
Heydorn sagt, das ist falsch.)

durch einen identischen Antrag, der sich nur in einem letzten, noch verschämt angehangenen und entbehrlichen Satz unterscheidet.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und das ist richtig.)

Ich verstehe nicht, warum Sie glauben, dass Sie sich einen Zacken aus der Krone brechen könnten,

(Jörg Heydorn, SPD: Lächerlich!)

wenn Sie einen guten Vorschlag aus der Opposition gewähren lassen.

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist lächerlich.)

Politik wird doch für unser Land und nicht für die Regierung gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jörg Heydorn, SPD: Lächerlich ist das,
was Sie da erzählen.)

Warum haben Sie unseren Prüfauftrag zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Kitabereich abgelehnt? Es hätte doch nichts gekostet und der Ministerpräsident hat es selbst als Ziel ausgegeben.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Nein, gar nichts. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Prüfauftrag hätte nichts gekostet.

(Vincent Kokert, CDU:
Der erledigt sich von alleine.)

Warum wurde unser Antrag zur Einrichtung einer Fördermitteldatenbank abgelehnt? Wir brauchen nach etlichen doppelten und dreifachen Förderungen im Land endlich einen Überblick. Die Regierung hat im Ausschuss erklärt, dass die Datenbank immerhin im nächsten Doppelhaushalt veranschlagt werden soll. Heißt das aber, dass die dringend notwendige Datenbank nur nicht dieses Jahr schon kommt, weil die Opposition es vorschlagen hat?

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Sie leiden an Verfolgungswahn.)

Und dann finde ich es immer wieder kurios, wie die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen angebliche Erfolge feiern. Zum Beispiel hauen Sie sich auf die Bäuche, wenn Sie nach mehrfachem Drängen der GRÜNEN in den Ausschüssen den Studentenwerken endlich die Pflichtausgaben ausfinanzieren,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

die die Studentenwerke bisher zulasten der freiwilligen Ausgaben finanzieren mussten.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Margret Seemann, SPD:
Sie haben ja Probleme in der
Selbstwahrnehmung, Herr Saalfeld. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir halten das schlicht für eine Selbstverständlichkeit, dass Pflichtausgaben des Landes, die die Studentenwerke ausführen, auch ausfinanziert werden – und wir mussten Sie mehrfach darauf hinweisen!

(Tilo Gundlack, SPD: Ha! Ha!
Das stimmt ja gar nicht.)

Wo gute Öffentlichkeitsarbeit aber angebracht wäre, da fehlt sie. Oder wusste die Öffentlichkeit bereits, dass die Erhöhung der Grunderwerbssteuer nicht zum 1. Juli, wie bisher gemunkelt und vermutet wurde, sondern schon ein oder zwei Tage früher gilt?

(Torsten Renz, CDU: Oooch nee, Herr Saalfeld! Also bitte! Das ist ja peinlich.)

Das scheinen auch Regierungsbeamte noch nicht zu wissen, denn das Studentenwerk Rostock bemüht sich noch bis diesen Freitag, eine Einwilligung zum Kauf von Studentenwohnheimen beim Bildungsministerium zu erlangen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Keine Sorge, da sind wir schon dran, Herr Saalfeld. –
Egbert Liskow, CDU: Und, was haben Sie gemacht?)

Verstreicht die Frist,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Kein Problem!)

entsteht dem Studentenwerk ein Schaden in Höhe von 80.000 Euro.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Jaja. –
Egbert Liskow, CDU: Wie bitte?
Können Sie nicht rechnen?)

Die Schwächung von sozialen Einrichtungen war meines Wissens nicht das Ziel der Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Deshalb bitte ich von dieser Stelle das Bildungsministerium, in dieser Angelegenheit möglichst schnell voranzukommen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das brauchen Sie nicht! Ich habe eben gerade mit Dr. Stoll gesprochen.)

Meine Damen und Herren, fast alle Änderungsanträge der Opposition wurden abgelehnt oder letztlich gekapert, obwohl,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist richtig so.)

zumindest was die rund 50 Änderungsanträge der GRÜNEN anbelangt, bei allen auf eine solide Gegenfinanzierung geachtet wurde von uns.

(Egbert Liskow, CDU: Der soll mal rechnen lernen.)

Die Begründung war immer die gleiche: Das Land habe dafür kein Geld.

(Vincent Kokert, CDU: Genau. Das stimmt auch heute noch.)

Wenn das Land aber für Bildung, Kultur und Denkmalschutz angeblich kein Geld hat, wenn Kulturgüter im Land verrotten und der Bildungsminister laut über die Aufgabe von Kulturwerten nachdenkt, dann kann da eigentlich auch kein Geld für einen neuen Plenarsaal sein. Deswegen hat sich die GRÜNEN-Fraktion schweren Herzens

(Tilo Gundlack, SPD: Ha! Was für eine Lüge!)

mehrheitlich gegen die Sanierung und Herrichtung des Plenarsaalbereichs ausgesprochen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hört, hört!)

Ich will nicht unterschlagen, dass es in unserer Fraktion auch starke Befürworter für einen neuen Plenarsaal gibt. Die Fraktion hat sich aber entschieden, dieses Projekt als wünschenswert, aber nicht notwendig einzuschätzen.

(Vincent Kokert, CDU: Wir werden uns dafür revanchieren, Herr Saalfeld. Verlassen Sie sich drauf!)

Solange die Kultur und die Denkmalpflege im Land so desaströs vernachlässigt werden,

(Dr. Margret Seemann, SPD: So viel zum Thema „Verlässlichkeit der GRÜNEN“! – Vincent Kokert, CDU: Genau.)

solange sperren sich die GRÜNEN gegen nicht notwendige Repräsentativprojekte.

Meine Damen und Herren, zu den knapp 5.000 Haushaltstiteln gibt es zwischen Regierung und Opposition unterschiedliche Auffassungen zu circa 10 bis 20 Prozent der Titel. Ich will das nicht unter den Tisch fallen lassen, dass eben in weiten Teilen des Haushalts solide Finanzpolitik betrieben wird.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dafür gilt insbesondere der Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien. Gleichzeitig verstehe ich natürlich in diesem Zusammenhang nicht, warum die Landesregierung dann innerhalb der 10 bis 20 Prozent strittiger Titel kein Entgegenkommen gegenüber der Opposition zeigen kann.

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind ja so konstruktiv.)

Ich möchte mich am Ende meiner Rede auch noch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschüsse, der Ausschusssekretariate und auch bei den Referentinnen und Referenten der demokratischen Fraktionen bedanken, denn sie haben während der Haushaltslesung engagierte Leistungen und Arbeit geleistet und ohne sie wäre

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich denke, sie haben geschlafen?!)

die Haushaltsdebatte nicht so produktiv und effektiv geführt worden,

(Vincent Kokert, CDU: Die mussten uns ja ständig wecken. Die hatten ja gar keine Zeit, Herr Saalfeld.)

wie sie geführt wurde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

(Torsten Renz, CDU: Wo war denn hier die große Linie, Herr Saalfeld?)

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wusste oder dachte zumindest, dass das Sommerfest heute Abend ist und das Kulturprogramm auch heute Abend ist, dass es aber jetzt schon stattfindet, das hätte man mir vorher sagen müssen.

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will jetzt versuchen – auch an Sie, Frau Gajek –, versuchen, daran teilzunehmen, an dem Kulturprogramm. Vielleicht können wir uns dann alle dran ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, da werden Sie sich freuen.)

Deswegen, deswegen. Okay.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Soll Herr Kokert spielen?)

Das entscheiden Sie nachher, Herr Ritter, heute Abend.

(Vincent Kokert, CDU: Nee! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Als Spaßmacher?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich zum Haushalt komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich im Namen der SPD-Fraktion für die letztlich doch konstruktive Arbeit in den Fachausschüssen, insbesondere im Finanzausschuss bedanken. Ich möchte auch persönlich die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, um meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich dafür zu danken. Gerade als neuer Abgeordneter waren es lehrreiche und interessante Wochen und Monate.

Insbesondere möchte ich dem Kollegen Koplin für seine faire und umsichtige Behandlung des Haushalts im Ausschuss danken. Kurz gesagt: Gut gemacht, Herr Koplin!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Weiterhin gilt mein Dank Frau Frohriep und ihrem Team im Ausschusssekretariat.

Nun zum Haushalt: Wahr ist, dass nicht alle Wünsche und Vorstellungen einzelner Abgeordneter und Fraktionen verwirklicht werden konnten. Die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss unter Beteiligung aller Fachministerien fanden im Zeitraum von März bis Juni 2012 statt. Nach der Beschlussfassung durch den Landtag ist nunmehr die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung beendet und die Landesregierung kann neue Projekte in Angriff nehmen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wohl wahr, Frau Gajek, das wird Zeit, ja.

Damit haben wir unser Ziel erreicht, den Haushalt noch vor der Sommerpause zu beschließen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, wat 'n Glück!)

Genau.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist auf einem guten Weg in Richtung Zukunft aus eigener Kraft, auch wenn noch ein großer Abschnitt vor uns liegt.

Und, meine Damen und Herren der Opposition,

(Zuruf aus dem Plenum:
Alles wird gut.)

dies werden Sie nicht durch Schwarzmalerei kaputt machen können. Ein Zitat spricht hier für sich und auch für Sie von der Fraktion DIE LINKE. Das Zitat lautet: „Es ist eine alte Wahrheit, dass man in der Politik oft vom Feind“, ich sage mal, hier politischen Mitbewerber, „lernen muss.“ Das ist, glaube ich, auch richtig und das sollten Sie kennen, das stammt nämlich von Lenin.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
hätte ich jetzt nicht vermutet.)

Zu Beginn der Legislaturperiode haben sich ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da habe ich gerade gefehlt.)

Ja, weil Sie so ein Gesicht gemacht haben, dass Sie es nicht wissen. Deswegen wollte ich Ihnen das noch mal sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hab ich nicht
gewusst. Sie sind fit im Leninismus!)

Sehen Sie, genau.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Besser als ich.)

Das ist ein Kompliment! Vielen Dank.

Zu Beginn der Legislaturperiode haben sich SPD und CDU auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. In diesem Vertrag geht es auch um Prioritätensetzung und darum, das politisch Machbare zu gestalten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
allgemeine Heiterkeit)

Und, meine Damen und Herren, beide Koalitionspartner müssen sich mit ihren Schwerpunkten im Haushalt wiederfinden. Natürlich gibt es hin und wieder auch mal Meinungsverschiedenheiten und, meine Damen und Herren, das ist auch gut so.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt
höre ich aber genau zu.)

Die SPD-Fraktion wird der Beschlussempfehlung zum Haushalt folgen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Donnerwetter!)

Ein Grund hierfür ist einerseits eine deutliche sozialdemokratische Handschrift und andererseits eine gute und nachhaltige politische Basis zum weiteren positiven Aufbau unseres Landes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist nicht sozialdemokratisch. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Mit diesem Haushalt sind politische Schwerpunkte gesetzt worden. Sind es bei der SPD-Fraktion insbesondere die Schwerpunkte Kita, frühkindliche Bildung, Studentenwerke, Fahrkosten für Azubis, Mindestlohn und Sonderfonds für die Kommunen, so hat die CDU-Fraktion verstärkt für die Sportförderung und die Aufstockung der Unterstützung der außeruniversitären Forschung gestritten.

(Torsten Renz, CDU: Genau. – Dr. Margret Seemann, SPD: Wir aber auch. Wir auch, Herr Gundlack!)

Wir auch, ja, genau.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Genau.)

Am Ende der Debatten tragen nun beide Koalitionspartner die Ihnen zur Beratung vorliegende Beschlussempfehlung einmütig mit.

(Egbert Liskow, CDU: Gemeinschaftlich haben wir das gemacht. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, nun möchte ich zu einigen Neuerungen im Doppelhaushalt 2012/2013 etwas sagen. Neu ist der Plenarsaalneubau im Schlossgartenflügel, der inklusive der erforderlichen Trassenplanung und Nebenleistungen mit Investitionssummen von 1,65 und 1,97 Millionen Euro für 2012 und 2013 ausfinanziert wird. Entsprechend dem Beschluss der Parlamentarischen Baukommission vom 2. Februar 2012 hatte sich der Landtag zum Neubau des Plenarsaals entschieden. Schade ist, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu dem Projekt bekennen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir als SPD-Fraktion stehen voll und ganz hinter diesem Bauprojekt, gerade weil eben nicht allein der Neubau des Plenarsaals für unser Parlament von der Baumaßnahme erfasst wird, sondern gleichzeitig die notwendige Sicherung des Schlossgartenflügels erfolgt. Diese Maßnahme wäre aus baustatischen Gründen ohnehin in absehbarer Zeit fällig gewesen.

(Heinz Müller, SPD: Also nicht Protz und Prunk, wie Herr Saalfeld meint.)

Neu im Haushaltsplanentwurf ist die Aufstockung des Etats im Bereich Bildung mit 2,5 Millionen Euro für die Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Institute.

Im Bereich Sport haben wir unser Augenmerk noch einmal auf den Breitensport gelegt. Es ist wichtig und richtig, so früh wie möglich damit zu beginnen, die Kinder an den Sport heranzuführen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die frühkindliche Bewegungsförderung und Sport in Schule und Verein. Dazu gehören im Einzelnen:

- eine Aufstockung der „Maßnahmen infolge des Nationalen Aktionsplanes IN FORM - frühkindliche Bewegungsförderung“ mit jährlich 50.000 Euro,

- ein „Zuschuss an den Landessportbund zur Mitfinanzierung des Landesprogramms „Gemeinsam Sport in Schule und Verein““ wird mit jährlich 50.000 Euro bereitgestellt,

- Investitionszuschuss an den Landessportbund um jährlich 250.000 Euro zusätzlich, insbesondere zur Anschaffung von Großsportgeräten.

Und das alles zusätzlich zur Aufstockung der allgemeinen Sportförderung um 500.000 Euro, die bereits im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes Artikel 14 – Änderung des Sportförderungsgesetzes – enthalten war.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, dass bereits der Haushaltsplanentwurf deutlich von sozialdemokratischer Handschrift geprägt war. Unsere politischen Schwerpunkte möchte ich hier aber noch einmal benennen:

- Schwerpunkt „Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege“

Die Absenkung der Krippenplatzkosten um 100 Euro ist eine wichtige sozialpolitische Maßnahme und ein weiterer Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Unterstützung alleinerziehender Elternteile. Darüber hinaus stehen für die Sicherung der Teilnahme von bedürftigen Kindern an der Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege jeweils 7 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung.

Als ein weiterer Schwerpunkt im Bereich Kindertagesstättenförderung soll der Betreuungsschlüssel für die Fachkraft-Kind-Relation schrittweise abgesenkt werden, so, wie es im Koalitionsvertrag auch vereinbart wurde. Als nächster Schritt ist die Absenkung dieses Betreuungsverhältnisses von derzeit 1 : 17 auf 1 : 16 für 2013 ausfinanziert. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass diese Maßnahme beileibe keine Selbstverständlichkeit ist,

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

sondern im Kontext mit der demografischen und finanziellen Entwicklung unseres Landes eine große Kraftanstrengung bedeutet. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2012/2013 Mittel zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesförderung in Höhe von knapp 38 Millionen Euro eingestellt.

- Schwerpunkt Mindestlohn

Die Koalitionsfraktionen werden ihr Versprechen halten und die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Landesverwaltung an die Zahlung von 8,50 Euro Mindestlohn pro Arbeitsstunde knüpfen. Die dazu benötigten Mehrausgaben sind im Haushalt in Höhe von rund 3 Millionen Euro pro Haushaltsjahr durch Zuweisungen an den BBL veranschlagt.

- Schwerpunkt Kommunen

Im Haushaltsbegleitgesetz Artikel 1 – Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern – wird

die Einrichtung eines Kommunalen Kofinanzierungsfonds mit 50 Millionen Euro festgeschrieben, hier für finanzschwache Kommunen, die ihre Eigenanteile für Fördermittel nicht mehr alleine aufbringen können.

Weiterhin wird die Einrichtung des Kommunalen Konsolidierungsfonds mit einmalig 100 Millionen Euro im FAG M-V vorgenommen, dessen Mittel als Konsolidierungsbeihilfen für Landkreise und kreisfreie Städte eingesetzt werden sollen.

(Heinz Müller, SPD: Also 150 Millionen mehr für die Kommunen.)

Genau.

Diese beiden Kommunalfonds sind zusätzliche Instrumente zum Kommunalen Ausgleichsfonds und zum Kommunalen Finanzausgleich und machen deutlich deutlich, dass das Land die Kommunen hier noch einmal in besonderer Weise unterstützt. Und da kann ich die Forderungen des Städte- und Gemeindetages M-V nicht verstehen, der nur aufgrund der Maisteuerschätzung gleich nach einer Aufstockung der Schlüsselzuweisung ruft. Zu hinterfragen ist, ob dieser Verband mit derselben Geschwindigkeit bei negativen Steuerschätzungen auf das Land zugehen würde. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, von der Regelung der Spitzabrechnung von Schlüsselzuweisungen abzuweichen. Dies gilt im Übrigen in guten wie in schlechten Steuereinnahmezeiten.

Wie die Opposition angesichts unserer soliden Finanzpolitik, die auf die nachhaltige Entwicklung in unserem Land ausgerichtet ist, davon sprechen kann, dass sich „die Koalition im ‚Dämmerzustand‘“ oder „Schlafmodus“ befände, wie die „Ostsee-Zeitung“ am 15.06. titelte, muss mir hier mal jemand erklären.

Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren nie und nicht vor Reformen gescheut. Zu nennen sind hier die Kreisgebietsreform, das Personalkonzept der Landesregierung, eine Neuordnung der Landesbehörden, ein Verkauf der Anteile an der NORD/LB,

(Torsten Renz, CDU: Das meiste haben wir abgekliegt.)

das Schulgesetz und vieles, vieles mehr. Die SPD-Fraktion schreit auch nicht nach mehr Geld auf Kosten von Neuverschuldung für die Theater und Orchester in M-V. Nein, wir wollen die Anpassung an unsere finanziellen und demografischen Verhältnisse lebensnah gestalten, und zwar indem wir über Optimierungspotenziale nachdenken. Das tun wir nach bestem Wissen und Gewissen, auch wenn der Wind uns oft ins Gesicht bläst. Wir bleiben standhaft und setzen uns für Mecklenburg-Vorpommern ein.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, standhaft!)

Meine Damen und Herren der Opposition, lassen Sie mich ein Zitat einwerfen: „Sparmaßnahmen muss man dann ergreifen, wenn man das Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät.“ Das ist wichtig und das ist auch wahr so.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist natürlich Blödsinn.)

Also, meine Damen und Herren der LINKEN ...

Zu Ihnen komme ich noch, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Also, meine Damen und Herren der LINKEN, ich sehe in der Koalition niemanden schlafen, sondern alle an der Entwicklung unseres Landes arbeiten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie erreichen mit lautem Schreien und Klamauk nichts. Jedenfalls werden Sie nicht so der größere Silberrücken. Dies muss man sich ganz hart erarbeiten. Deshalb ist mein Fazit zum vorliegenden Haushaltsentwurf: Versprochen und gehalten!

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt mit der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ein solider Haushalt für die Jahre 2012/2013 vor, der

- keine Neuverschuldung aufweist,
- keinen Rückgriff in die Ausgleichsrücklage vorsieht,
- politische und inhaltliche Schwerpunkte setzt und
- eine angemessene Ausfinanzierung der notwendigen Aufgaben sicherstellt.

Und, meine Damen und Herren, das alles vor dem Hintergrund, dass Mecklenburg-Vorpommern ganz glimpflich aus dem Tal der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen ist.

Meine Damen und Herren, hier ein kleiner Ausblick zur Situation in M-V:

Der Zustand unserer Wirtschaft ist gut. Die Insolvenzen sind rückläufig und befinden sich auf dem niedrigsten Niveau seit 1994. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren ist ebenfalls rückläufig. Die positive wirtschaftliche Entwicklung beruhte 2011 sowohl auf dem produzierenden Gewerbe als auch auf dem Dienstleistungsgewerbe. Insbesondere trugen das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe zum Wirtschaftswachstum bei. Die Arbeitslosenquote in M-V ist stetig rückläufig.

Der Bruttojahresverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag 2011 bei durchschnittlich 32.502 Euro, das ist ein Überschuss entgegen 2010 von 2,7 Prozent. Die deutliche Mehrheit der Erwerbstätigen ist in Vollzeit tätig. Über 515.000 Erwerbstätige arbeiten in einer normalen Arbeitswoche 40 oder mehr Stunden, somit stellen Vollzeitbeschäftigte einen Anteil von rund 66 Prozent der insgesamt rund 780.000 Beschäftigten dar.

Die Zahl der Leistungsbezieher war auch das vierte Jahr in Folge rückläufig, aber es waren auch über 236.000 Menschen auf Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme angewiesen. Dies sind Dinge, die natürlich auch uns Sorgen bereiten, aber dennoch keinen Anlass zur Verzweiflung geben. Ganz im Gegenteil, sie sind unsere Motivation zum weiteren klugen Handeln, denn, meine Damen und Herren, unsere Erfolge im politischen

Handeln beruhen seit langer Zeit auf dem Vertrauen der Menschen zur SPD in unserem Lande und dies, meine Damen und Herren, können Sie auch an unseren Wahlergebnissen im Land ablesen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir werden alles tun, was getan werden muss, denn, meine Damen und Herren, unser Haushalt ist nicht auf Kurzfristigkeit angelegt, sondern erkennt bereits die Herausforderungen der Zukunft

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

und zielt auf Nachhaltigkeit ab. Zentraler Bestandteil unserer politischen Bemühungen sind und bleiben die öffentlichen Finanzen.

Kommen wir nun zu den Beratungen in den Fachausschüssen, insbesondere im Finanzausschuss.

Die Oppositionsfractionen sind teilweise mit Anträgen angetreten, die zu erheblichen Mehrausgaben im Haushalt führen würden. DIE LINKE forderte Mehrbedarfe von 97,45 Millionen Euro in 2012 und 66,80 Millionen Euro in 2013, von denen 48 Millionen Euro nicht einmal mit einer Deckung versehen waren. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte Mehrbedarfe in Höhe von 17,74 Millionen Euro in 2012 und 13,32 Millionen Euro in 2013.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Solide Gegenfinanzierung.)

Tja, mit 'nem Hubschrauber. Genau.

Wie bereits zur Routine geworden, hat sich die NPD,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die NPD wiederum gar nicht, aber auch gar nicht mit Anträgen an den Beratungen beteiligt, war zum großen Teil bei den Beratungen im Finanzausschuss nicht vertreten,

(Udo Pastörs, NPD: Das
machen wir grundsätzlich nicht.)

und hat wie immer eine nichtssagende niveaulose Rolle gespielt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sich hier jetzt im Plenum,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sich hier jetzt im Plenum mit tollen Anträgen zu profilieren, ist einfach nur Show fürs geneigte Publikum in Ihrer Traumwelt.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Uns können Sie damit nicht beeindrucken, es ist für uns einfach nur lächerlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition ist, wie bereits genannt, mit dem klaren Versprechen angetreten, Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen. Damit dies auch in unsicheren Zeiten gelingen kann, haben sich die Koalitionssfraktionen darauf verständigt, dass sie eine Ausgleichsrücklage vorhalten wollen, die es ermöglicht, eventuelle Konjunkturschwankungen aufzufangen, ohne gleich wieder in die Schuldenspirale zu geraten.

Zur Deckung von Mehrbedarfen aus dem Zinstitel ist zu sagen, die Zinssätze wurden mit dem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf in 2012/2013 gegenüber der alten Finanzplanung deutlich zurückgefahren. Gleichwohl liegen sie über dem Ist des Jahres 2011. Hintergrund dieser Veranschlagung war und ist das Prinzip „Vorsicht“. Daher war es möglich, die in der sogenannten Bereinigungsliste enthaltenen Änderungsanträge von SPD und CDU sachgerecht zu decken.

Nun einige Worte zu den Anträgen der Opposition: Einige der heute vorliegenden Anträge wurden bereits im Finanzausschuss vorgelegt. Ich möchte an dieser Stelle die Gründe für unsere Ablehnung noch einmal deutlich machen.

Die Forderungen waren und sind nicht immer nachvollziehbar. Beispielsweise forderte die Fraktion DIE LINKE Zuschüsse des Landes zur Förderung der Erstellung und Anwendung von Betriebskosten- und Mietspiegeln, genau so wie heute wieder. Wir haben das abgelehnt, weil diese Förderung schon seit Jahren bestand, die Kommunen ihre Mietspiegel jetzt nur noch fortschreiben müssen und deshalb das Geld 2010 und 2011 nicht mehr abgeflossen ist. Förderung am Bedarf vorbei ist Humbug.

Weiter fordert DIE LINKE, die Zuweisung an das Thünen-Museum Tellow um jährlich 100.000 Euro anzuheben. Die SPD steht für die Förderung des Agrarmuseums ein, aber wenn die Vertreter dieser Einrichtung im SPD-Agrararbeitskreis nicht einmal konkret die Geldflüsse darlegen können, dann muss erst einmal genauer hingeschaut werden, wo die Fördermittel denn nun genau eingesetzt wurden. Nur weil jemand sagt, ich brauch mehr Geld, können wir nicht einfach zahlen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Hier muss erst einmal geprüft werden.

(Heinz Müller, SPD: Ich
brauch auch mehr Geld.)

Der Antrag zur Einrichtung einer neuen Maßnahmengruppe – Individuelle Förderung/Integration – für 2012 und 2013 kommt quasi einem Vorziehen der Inklusion gleich.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein.)

Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht richtig. Wie Sie alle wissen, arbeitet die Expertenkommission „Inklusive Bildung in M-V bis zum Jahr 2020“, in deren Begleitkommission alle schulpolitischen Sprecher der demokratischen Fraktionen des Landtages vertreten sind, bereits an dieser Herausforderung. Es ist nicht sachgerecht, den Ergebnissen der Expertenkommission vorzugreifen. In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 wird der Landtag darüber zu entscheiden haben, in welcher Höhe Mehrkosten abgedeckt werden müssen.

Auch ein Vorziehen der Qualitätsverbesserung in Kitas durch eine Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation haben wir abgelehnt. Wir bleiben bei unserem Zeitplan und somit bei einer Absenkung auf 1 : 15 im Schuljahr 2015/2016. Dies ist vernünftig und vom überwiegen- den Teil der Betroffenen auch so gewollt.

Den geforderten Mehrausgaben für Musikschulen haben wir nicht zugestimmt. Ich selbst konnte beim Parlama- tarischen Abend der Musikschulen in M-V feststellen, dass die Musikschulen selbst keine weiteren Forderungen aufgemacht haben, zumal sie konkret daraufhin ange- sprochen worden sind. Eine Dynamisierung der Zu- schüsse für Musikschulen haben wir ebenfalls abgelehnt. Eine automatische Dynamisierung widerspricht dem Gedanken, in allen Bereichen die demografische Rendite erwirtschaften zu können. Dieses Prinzip gilt auch für die Ansätze nach dem Kinder- und Jugendfördergesetz.

(Udo Pastörs, NPD: Hören Sie auf mit dem Gestammel, es reicht!)

Die Ansatzserhöhung zum Landespflegegeld haben wir abgelehnt, weil sich ein Gesetzentwurf der Landesre- gierung zur Erweiterung des Landespflegegesetzes der- zeit in der Anhörung befindet. Unser Ansatz lautet hier: ambulant vor stationär.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Immer mehr Menschen wollen so lange wie möglich ...

(Udo Pastörs, NPD: Das ist bei Ihnen nicht mehr möglich.)

Nee, bei Ihnen auch nicht, Herr Pastörs.

... in ihrem gewohnten Umfeld leben. Diesen Gegeben- heiten wollen wir Rechnung tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin- nen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE! Deckungsvor- schläge aus der Ausgleichsrücklage und Neuverschul- dung sind für uns tabu. Sie wissen, dass dies zu unseren Prinzipien gehört. Ich führte es bereits aus.

Nun zu den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einige der Anträge haben sehr kreative De- ckungsvorschläge. Die Veräußerung der Polizeihub- schrauber des Landes und dadurch Einsparungen von Haltungskosten ist so ein kreativer Vorschlag. Alternativ wird vorgeschlagen, je nach Bedarf Hubschrauber zu mieten. Das hört sich im ersten Moment logisch an, hat aber einen gewaltigen Haken.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Andere Länder machen das auch so.)

Weder Bundeswehr noch Bundespolizei halten in M-V Hubschrauber vor. Der Einsatz von Rettungshubschrau- bern ist schon aus gesetzlichen Gründen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aus gesetzlichen Gründen, Herr Saalfeld, das heißt, wegen der unterschiedlichen Aufgabenstellung verboten.

(Zuruf aus dem Plenum: Amtshilfe.)

Die Anforderung von Polizeihubschraubern aus anderen Bundesländern ist nicht praktikabel, weil zu bürokratisch und zu zeitaufwendig in der akuten Notfallsituation. Ich möchte Sie mal sehen, wenn ein Kind verloren geht, wo Sie so schnell einen Hubschrauber herkriegern.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reine Polemik! Das ist Polemik.)

Wo wollen Sie den so schnell herkriegern?

(Vincent Kokert, CDU: Genau. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo wollen Sie den herkriegern?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Herr Saalfeld hat ein gestörtes Verhältnis zur Polizei.)

Das ist eine Sicherheitsfrage, was Sie ansprechen.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Saalfeld, man kann einen Hubschrauber nicht mal eben so mieten wie ein Auto, das geht einfach nicht.

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich empfehle Ihnen und den Bündnisgrünen, hierzu mal ein Gespräch mit Herrn Oberst Braun vom Landeskom- mando der Bundeswehr zu führen. Der wird Ihnen das ganz genau sagen, von wo er und wann er einen Hub- schrauber herkriegert.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihr Niveau ist grottig!)

Das ist völliger Quatsch, was Sie erzählt haben.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Meine Damen und Herren, auch über die Frage, ob sich Mecklenburg-Vorpommern ein Landgestüt Redefin leisten sollte, kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die SPD-Fraktion hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Wir warten jetzt auf das überarbeitete Konzept des Landwirtschaftsministeriums.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Darauf warten wir seit Jahren.)

Und außerdem, Herr Saalfeld, haben Sie vorhin gespro- chen von Kulturvernichtung, sage ich mal, aber das Prob- lem ist bei Ihnen,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Darauf warten wir seit Jahren.)

das Problem ist bei Ihnen – das will ich jetzt mal sagen, Sie müssen mich mal ausreden lassen –, das Problem ist: Hier in Schwerin wollen Sie die Kultur fördern, aber Redefin, das auch Kultur ist, das wollen Sie schleifen. Das müssen Sie mir mal offen erklären.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Im Herbst des Jahres planen somit der Agrarausschuss und der Finanzausschuss eine gemeinsame Unterrichtsfahrt in das Landgestüt,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zum x-ten Mal.)

um sich vor Ort über die Bedingungen und den Baufortschritt zu erkundigen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zum x-ten Mal.)

Die Anträge im Naturschutz...

Also ich war das erste Mal da, also nicht zum letzten Mal.

(Heinz Müller, SPD: Herr Saalfeld kennt
das alles. Der kennt sowieso alles. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Saalfeld, ich weiß, dass Sie immer eine andere politische Bewertung haben, immer, das ist mir klar. Deswegen gehe ich auch teilweise im Ausschuss dann gar nicht mehr darauf ein bei Ihnen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Anträge im Naturschutzbereich haben wir deshalb abgelehnt, weil wir der Meinung sind, dass hier auskömmlich veranschlagt wurde. Eine Verschiebung der Mittel im ÖPNV zugunsten von Schiene und Bussen auf Kosten der Straße halten wir für unser Flächenland mit vielen Straßenkilometern nicht für gerechtfertigt. Neue Busse auf kaputten Landesstraßen fahren zu lassen, kann doch nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Eine Gleichung könnte hier bei Ihnen lauten: Neue Busse auf kaputten Straßen sind gleich kaputte Busse auf kaputten Straßen. So, ne?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und was soll das?)

Ja, das ist mir schon klar, dass Sie das nicht nachvollziehen können.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das hab ich jetzt auch nicht
nachvollziehen können.)

Meine Damen und Herren, zu den Oppositionsanträgen, die die Theater und Orchester des Landes betreffen, möchte ich nur Folgendes sagen: Lassen Sie Minister Brodkorb die Zeit bis Ende 2012, das neue Theaterkonzept vorzulegen. Dieses soll und wird in einem breiten Konsens erarbeitet werden, um zukunftsfähig auf eigenen Füßen zu stehen. Um diesen breiten Konsens mit den Trägern und Kulturschaffenden in den Theatern und

Orchestern des Landes zu erreichen, wird einfach dieser Zeitraum benötigt.

Und, meine Damen und Herren, jetzt noch mal eine persönliche Anmerkung zur Kultur. Kultur ist bei einigen in diesem Lande wirklich nur Theater und Orchester. Das stimmt aber nun mal nicht! Kultur sind auch Musikschulen, sind auch Architektur, Denkmalpflege – und das vergessen die meisten bei Ihnen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deshalb ganz viele Änderungsanträge.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich noch ein paar Worte zum Verfahren sagen. Ich bin als neu gewählter Abgeordneter zum ersten Mal mit den Haushaltsberatungen befasst gewesen und einige Dinge möchte ich ansprechen, die wir beim nächsten Mal sicher besser machen können.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach ja?)

Jaja.

Zugegebenermaßen haben die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zugeständnisse gemacht. Beim nächsten Doppelhaushalt müssen die Fachfragen aber in den Fachausschüssen beraten werden. Es kann nicht sein, dass im Finanzausschuss zu jeder Beratung Heerscharen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien bereitstehen müssen, nur um über den gesamten Beratungszeitraum für Fragen zur Verfügung zu stehen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der sehr kurz war.)

Deshalb plädiere ich dafür, dass die Einzelpläne nach Vorlage der mitberatenden Stellungnahmen der Fachausschüsse abschließend behandelt werden.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur vorher angezeigte Punkte bleiben bis zur abschließenden Beratung offen. Die Anhörungen sind bitte auch in den Fachausschüssen durchzuführen.

(allgemeine Unruhe)

Dieser Appell, dieser Appell, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht an alle Beteiligten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nicht an sich selber.)

Er geht an alle Beteiligten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, nicht an sich selber.)

Haben Sie mich nicht verstanden? An alle, Herr Ritter, an alle.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nur nicht an sich selbst.
Uns brauchen Sie das nicht zu erzählen. –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso sollten die Anträge zu den Einzelplänen ...

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im abschließenden Verfahren gab es einfach zu viele Anträge, die erstmals im Finanzausschuss gestellt wurden, sodass immer eine Rückkopplung mit den zuständigen Facharbeitskreisen erfolgen musste. Das war dadurch sehr umständlich und zeitraubend. Mit diesen Verfahrensfragen sollten sich die Obleute im Vorfeld der nächsten Haushaltsberatungen befassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich zum Schluss meiner Kulturausführungen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bitte Sie um Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich mit dem eigentlichen Haushalt, bevor ich mich mit dem eigentlichen Thema Haushalt beschäftige, doch auf zwei Dinge eingehen, die hier mehrfach Gegenstand von Äußerungen waren: erstens, die NPD hat sich im Ausschuss nicht mit Anträgen beteiligt, und zweitens, die NPD war häufig nicht anwesend.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So gut wie nie waren Sie da, Herr Pastörs. Das stimmt.)

Richtig ist, dass der Schreihals zu meiner Linken, der Herr Nieszery, das wie folgt gemacht hat: Er kam, hat sich in die Liste eingetragen und ist dann verschwunden, Punkt 1.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine Lüge! Das ist eine bittere Lüge!)

Das sind Fakten.

Zweitens, die NPD ist grundsätzlich nicht so verrückt wie die GRÜNEN oder die LINKEN,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also nun reicht!)

die produzieren massenhaft Änderungsanträge – mit dem gleichen Ergebnis wie unsere Anträge,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht, Herr Pastörs!)

die wir heute in der Stückzahl von 51 vorgelegt haben –, die dann alle abgelehnt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Unterschied, der zugegebenermaßen da ist, und darauf sind wir stolz.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach! Ach!)

Das machen wir immer so, denn die Debatte führen wir nicht mit Ihnen, die von vornherein sagen, wie der Herr Kokert eben ausführte: „Die habe ich mir erst gar nicht angesehen, weil da steht nur Schwachsinn drin.“ Wissen Sie, wie funktioniert das eigentlich, wenn ich mich weigere, Vorschläge zu Kenntnis zu nehmen, und dann behaupte, es stünde in diesen Papieren nur dummes Zeug? Sie wissen ganz genau, und deswegen beschäftigen Sie sich nicht mit unseren Anträgen und Vorschlägen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie haben sie doch
gar nicht eingebracht, Herr Pastörs.)

dass wir Vorschläge machen, die den Menschen draußen berücksichtigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind ganz offensichtlich ein Lügner, Herr Pastörs. –
Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

und Sie eben ganz genau das Gegenteil praktizieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und ein
Lügner sind Sie auch, Herr Pastörs.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat wieder einmal einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Die Haushaltsführung sei vorbildlich, so die Ammenmärchen der SPD-CDU-Regierung, wie wir sie eben hier vorgetragen bekamen.

Aber, mein lieber Herr Ministerpräsident Selling, wer ist Mecklenburg-Vorpommern? Sind Sie das mit Ihrem Spitzengehalt, sind es die gut bezahlten Funktionäre der rot-schwarzen Regierung in den Ministerien oder verstehen Sie darunter auch hier am Hungertuch nagende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Hartz-IV-Empfänger und die kleinen selbstständigen Unternehmer, die um ihr Überleben kämpfen müssen?

Wir haben eben gehört, dass seit der sogenannten Wende vieles geschaffen worden sei.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ist es aber auch. –
Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

Ja. Ja, das ist wahr. Seit 1989 hat es besonders die SPD geschafft, real existierende Lebensverhältnisse zu schaffen, die über eine viertel Million Menschen aus Mecklenburg und Pommern

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, das stimmt doch nicht!)

regelrecht herausgeekelt haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch nicht, Herr Pastörs! Das
ist doch eine einfache Milchmädchen-
rechnung, die Sie da aufmachen.)

Seit über zwei Jahrzehnten hat besonders die Sozialdemokratie die Leute belogen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs. Einen Moment, Herr Pastörs!

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die korrekte Bezeichnung „Mecklenburg-Vorpommern“ ist.

Udo Pastörs, NPD: Seit über zwei Jahrzehnten hat besonders die sogenannte Sozialdemokratie die Leute belogen, ja, und betrogen, betrogen um eine Zukunft, die man ihnen so blumig ausmalte. Und auch das, was wir heute zu diesem Thema hier von Ihnen, Herr Ministerpräsident Selling, aber auch von der Finanzministerin noch hören werden, reiht sich nahtlos ein in die Lügengeschichten, dass in nächster Zukunft blühende Landschaften entstehen werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war aber Herr Kohl, der das gesagt hat.)

Und nun komme ich zu den LINKEN, die ja auch unter dem Altkommunisten Holter zusammen mit den Sozis in Regierungsverantwortung standen – das Wort „Verantwortung“ in diesem Zusammenhang ist eben ein Witz –, unter dem Arbeitsminister Holter, der heute hier die Regierung aufgefordert hat, 160 Millionen Euro mehr Nettokreditaufnahme durchzuführen. Er bleibt seinem kommunistischen Imperativ treu, Motto: „Aus anderer Leute Fell lässt sich gut Riemen schneiden.“ Und DIE LINKE macht sich auch total lächerlich, wenn sie hier Dinge einfordert, die unter Ihrer Regierungszeit, Herr Holter, hätten längst durchgeführt werden können. Passt zu Ihrem Parteitagebeschluss,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie sagen Sie immer so schön,
Herr Pastörs: Bla, bla, bla!)

dass jeder 1.000 Euro alle 28 Tage ausgezahlt bekommen soll.

Sie sind ein Scharlatan,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ich habe Ihnen das schon mal gesagt, Herr Holter, ein roter Baron, der versucht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum hört
Holter nicht auf Sie, Herr Pastörs? Das ist
ja wohl der Gipfel, Menschenskinder!)

die Leute einzig über den Neidkomplex

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

an die SED-Nachfolgepartei zu binden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie können hier erzählen, was
Sie wollen, er hört einfach nicht.)

Aber kommen wir zurück zum vorgelegten Haushalt. Wo, Herr Ministerpräsident Selling, sind denn die Gelder, die zusätzlichen Gelder für die kommunalen Haushalte? Wo die Gelder, um die Jugend im Land zu halten? Wo denn die zusätzlichen Investitionen, um wissensbasierte und gut bezahlte Arbeitsplätze im Land zu schaffen, die Sie seit Jahren den Leuten versprechen von der Regierung? Auf allen Gebieten, meine Damen und Herren, Fehlanzeige. Hinter Ihrem Haushaltstheater verbirgt sich

eine soziale Kälte, die für die meisten in Mecklenburg und Vorpommern unerträglich geworden ist.

Ich werde Ihnen einige praktische Beispiele, Herr Ministerpräsident Selling, vor Augen führen, die Ihr totales politisches Versagen einschlägig dokumentieren.

(Stefan Köster, NPD: Der ist abgetaucht.)

Die Werften total überschuldet – am Tropf öffentlicher Subventionen. Hier werden in den nächsten zwei Jahren Tausende Arbeitsplätze verloren gehen, und das zusätzlich zu denen, die in den letzten fünf Jahren bereits in dieser Branche nachweislich verloren gegangen sind. Und dann kommen Sie und versuchen, die Menschen zu täuschen, indem Sie sagen, es wurden allein in diesem Jahr, also im Jahre 2012, 2.100 neue Jobs, wie Sie neuerdings Arbeitsplätze nennen, geschaffen, verschweigen aber, dass im selben Zeitraum immer mehr Menschen ihre gut bezahlten Arbeitsplätze verloren haben, abwandern oder als Pendler in Hamburg und sonst wo außerhalb unserer Landesgrenzen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Wo sind in Ihrem Haushaltsentwurf die Gelder, die nötig wären, um den Gemeinden vor Ort nach Schließung der Bundeswehrstandorte praktisch zu helfen? Was ist mit Ihrer Bildungsoffensive, die Sie versprochen in Ihrer Regierungserklärung? Ja, die Studentenzahlen steigen, aber Sie verschweigen, dass im Bereich Maschinenbau zum Beispiel jeder zweite Student sein Studium nicht beendet. Und das sieht in anderen Studienzweigen ähnlich aus.

Der Herr Brodkorb wartet auf sogenannte Gutachten, auf deren Basis er dann die versprochene Bildungsoffensive, was immer er darunter versteht, starten möchte. Mein lieber Herr Brodkorb, Sie plappern das nach,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ganz
sicher nicht Ihr „lieber Herr Brodkorb“.)

was der Herr Tesch, Ihr Vorgänger, als billiger Possenreiter hier in diesem Hohen Hause auch stets zum Besten gab.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das heißt „Possenreißer“.)

Kommen wir ...

(Heinz Müller, SPD: Das heißt
„Possenreißer“, genau.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment!

Also das ist jetzt die dritte, die dritte persönliche Beleidigung, die in Ihrer Rede aufzuweisen ist. Einmal den ehemaligen Bildungsminister und auch die Fraktion ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
wendet sich vom Rednerpult ab
und spricht die Vizepräsidentin an.)

Ich diskutiere jetzt nicht mit Ihnen. Sie hören mir jetzt zu!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
wendet sich fortgesetzt an das Präsidium. –
allgemeine Unruhe – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also, Herr Pastörs!)

Also ich erteile Ihnen den ersten Ordnungsruf für die persönliche Beleidigung sowohl des Fraktionsvorsitzenden der SPD als auch des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN und ich erteile Ihnen den zweiten Ordnungsruf dafür, dass Sie wieder mit mir diskutiert haben,

(Manfred Dachner, SPD: Jawoll, richtig.)

und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf den Ausschluss von der heutigen Sitzung zur Folge hat.

(Stefan Köster, NPD: Das ist nicht richtig.)

Jetzt können Sie weitermachen.

Udo Pastörs, NPD: Kommen wir zu den Lebensverhältnissen des sogenannten kleinen Mannes, die dem Ministerpräsidenten und der Finanzministerin von der SPD offensichtlich gleichgültig sind.

Die Kinderarmut in M-V ist bundesweit spitze, die bildungspolitischen Ergebnisse sind nachweislich katastrophal. Ihre Politik hat auch dafür gesorgt, dass Mecklenburg-Vorpommern bundesweit prozentual eine der höchsten Zahlen von sogenannten funktionalen Analphabeten aufweist. Ging man bisher von 85.000 Menschen, die weder richtig lesen noch schreiben können, aus, so sprechen neueste Erhebungen von über 150.000 Analphabeten hier im Lande.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Das ist eine Verdopplung in wenigen Jahren. Wo sind in Ihrem Haushalt die Mittel, um diesen Menschen zu helfen?

Meine Damen und Herren, ich habe in Ihrem Haushalt zu diesen hier angesprochenen Problemen keine signifikant bemerkenswerten Etaterhöhungen gefunden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, weil Sie ihn nicht gelesen haben.)

Ich habe jedoch in Ihrem Haushalt gefunden: 250.000 Euro zu repräsentativen Zwecken für die Staatskanzlei. Herr Ministerpräsident, prost Mahlzeit!

Die Jüdische Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern bekam im Jahre 2006 nicht weniger als 325.000 Euro cash auf den Tisch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, weil sie eine Synagoge gebaut haben. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und im nächsten Jahr wird sich das Ganze auf 380.000 Euro erhöhen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist gut so. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

finanziert aus dem Portemonnaie des kleinen Mannes.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, vom Steuerzahler!)

Wenn Sie berücksichtigen, dass in Ihrem sogenannten ausgeglichenen Haushalt die Evangelisch-reformierte Kirche nur 36.000 Euro jährlich erhält,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Laut Staatsvertrag, ne?)

lohnt es sich wahrlich, in Mecklenburg und Vorpommern Jude zu sein.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh nee! Also jetzt reicht's aber hier, Herr Pastörs!)

Erklären Sie, Herr Selling, den Menschen im Lande diesen Volksverrat!

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was? Sie sind ja ein Volksverhetzer! – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind Volksverhetzer! – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erklären Sie das den über 250.000 Menschen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern in Armut leben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Abtreten!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs ...

Udo Pastörs, NPD: Ihre Politik

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also Herr Pastörs!)

führt zur Vergreisung der Menschen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

also ich hatte Sie schon darauf hingewiesen und jetzt fangen Sie an, hier volksverhetzende Äußerungen zu tätigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: „Volksverrat“, ja das ist ein Ordnungsruf, mindestens. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und von daher erteile ich Ihnen den dritten Ordnungsruf und entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, zu Recht. Zu Recht! – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt macht er wieder den Apfel und will nach Hause getragen werden. So ein Possenreißer! – Zuruf von Stefan Köster, NPD – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also jetzt reicht's! – Dr. Ursula Karowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eigentlich haben wir hier ein anderes Niveau.)

Das Wort hat nun unsere Finanzministerin Frau Polzin.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ach, einen Moment. Bevor Frau Polzin das Wort erhält, hat sich der Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses bei mir zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Ausschussvorsitzender sehe ich mich in der Pflicht,

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt der rote Baron. IM Martin.)

eine im vorherigen Redebeitrag geäußerte Unwahrheit richtigzustellen. Herr Dr. Nieszery hat zu keiner Zeit und in keiner Art und Weise sich eingetragen in die Teilnehmerliste einer Ausschusssitzung und sie dann postwendend verlassen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, nach kurzer Zeit ist er dann verschwunden und man hat ihn nicht mehr gesehen. Das ist so.)

Das ist die Unwahrheit. Das ist die Unwahrheit und die lassen wir Ihnen hier nicht durchgehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn es geht Ihnen darum,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es Ihnen darum geht, Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien zu verunglimpfen. Das lasse ich nicht zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun die Finanzministerin des Landes Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss zugeben, bis vor Kurzem war ich kurz vor einer Identitätskrise, allerdings haben, Gott sei Dank – und das hilft ja dann auch immer –, die seltsamen, abstrusen Äußerungen dieses Westentaschendemagogen Herrn Pastörs dafür gesorgt, dass ich meinen inneren Kompass wiederhabe. Dafür herzlichen Dank!

(Udo Pastörs, NPD: Na, da bin ich ja doch zu etwas nütze.)

Ich möchte ganz gerne in der Rolle,

(Stefan Köster, NPD:
Was für ein Unfug!)

die ich in diesem Stück finden muss,

(Stefan Köster, NPD: Sie spielen eine ziemlich schlechte Rolle.)

zu Beginn sagen, ich könnte mich geschmeichelt fühlen, Herr Holter, wenn Sie mir zuschreiben, dieses Stück geschrieben zu haben,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und David Petereit, NPD)

die Dramaturgie insgesamt geführt zu haben. Ich kann das aber nicht ganz annehmen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist doch Ihre Aufgabe.)

denn ich will an dieser Stelle sagen, wenn wir heute über die Zweite Lesung des Doppelhaushaltes reden, und nicht etwa über die Erfüllung des kompletten Koalitionsvertrages, wie das hier einige Redner doch annahmen und demzufolge natürlich eine Kritik anbrachten, die gar nicht, gemessen am Thema, zu realisieren ist, dann will ich an der Stelle sagen: Wir haben ein Gemeinschaftswerk als Regierung vorgelegt. Ich räume ein, dass ich mit großem Engagement und, ich glaube, auch mit einiger Durchsetzungskraft meinen Beitrag geleistet habe, dass dieser Regierungsvorschlag hier so vorlag.

Ich habe mit Freude zu Kenntnis genommen, dass in einem intensiven Beratungsmarathon, sage ich mal, im Parlament dafür gesorgt wurde, dass dieser Regierungsentwurf im Wesentlichen und Grundsätzlichen Zustimmung gefunden hat. Und ich finde es auch völlig in Ordnung und legitim, dass aus den Fraktionen in einzelnen Fachfragen, aber auch in grundsätzlichen Diskussionen unterschiedliche Meinungen ausgetauscht werden. Ich kann zwar nicht beurteilen, wie das in den anderen Fachausschüssen lief, aber den Finanzausschuss haben wir in der Regel immer mit der Hausspitze besetzt und sagen insofern, es war eine intensive Arbeit – auch gerade mit Blick auf die vielen neuen Abgeordneten –, in diesem Neuland sich zurechtzufinden, und ich möchte gerne meinen Respekt dafür ausdrücken, dass wir das in dieser kurzen Zeit geschafft haben.

Es wurde ja schon von mehreren Rednern darauf verwiesen, dass es Zeit wird. Ich will das mal ein bisschen relativieren: Dass wir durch die Wahl im letzten Jahr natürlich mit den Haushaltsberatungen nicht mehr ganz im üblichen Törn sind, liegt ja in der Natur der Sache. Und dennoch ist es kein außergewöhnlicher Fall, dass im Laufe von drei Monaten Doppelhaushalte beraten werden. Vergleichen Sie das mal mit den zurückliegenden – das geht an die, die schon länger im Parlament sind – und Sie werden sehen – das geht an die Neuen –, dass auch der nächste Doppelhaushalt, der ja schon im nächsten Jahr absolviert wird, in etwa in diesem Zeitrahmen passieren muss.

Das wird natürlich – glaube ich zumindest, weil wir ja die Übungsphase jetzt hinter uns haben – beim zweiten Mal vermutlich vom Prozedere her schon optimiert werden. Ich schließe mich denjenigen an, die sagen, wir alle sind gut beraten, eigene Verfahrensweisen immer wieder kritisch zu hinterfragen und auch im Sinne von vernünftigem Zeitmanagement Verbesserungen hinzukriegen.

Ich muss auf gar keinen Fall noch einmal, auch wenn ich Lehrerin bin und demzufolge festigen und wiederholen ja ganz gut kenne, aufzählen, welche Schwerpunkte die Regierung in Haushaltszahlen gegossen hat. Das ist eins zu eins der Plan unserer Koalitionsumsetzung, aber der Ministerpräsident hat das heute aktuell perfekt noch mal gemacht. Wie könnte ich ihn verbessern?

(Egbert Liskow, CDU: Oh, Pluspunkt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich denke auch, die Sprecher der Koalition haben es noch mal auf den Punkt gebracht: Was sind eigentlich die beiden Seiten unserer Politik dabei? Einerseits konsolidieren, andererseits gestalten – auch das zu wiederholen, würde uns alle nur Zeit kosten. Und mich zu dem dezidiert zu äußern, was das Parlament in den Ausschüssen, vornehmlich im Finanzausschuss, gestaltet hat, da gebietet mir die manchmal vorhandene persönliche Zurückhaltung, das im Einzelnen zu kommentieren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja!
Das haben Sie ja sehr schön gesagt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich auch nicht mit jeder Entscheidung so glücklich bin.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich respektiere diese Verhandlungen und ich respektiere demokratische Mehrheiten. Insofern bedanke ich mich beim Parlament für die zügige Beratung und gehe auch davon aus, dass wir das Ganze nun weiter umsetzen können. Aber ein paar Worte zu meinen Vorrednern gestatten Sie mir vom Grundsatz, die muss ich doch verlieren.

Dann beginnen wir mal, das ist jetzt keine Wertung, aber es war die Rednerreihenfolge, mit dem Beitrag des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN. Um noch mal auf Ihr Bild – das war ja Ihre Grundphilosophie in der Rede – Theaterstück, und was da alles von wem aufgeführt wird, zurückzukommen, die Frage würde ich gerne mal zurückgeben: Welche Rolle spielen Sie eigentlich bei diesem Stück? Und da fällt mir der Kinderspruch ein: „Guten Tag, meine Damen und Herrn, habt ihr alle den Kasper gern?“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist nämlich die Frage, es jedermann recht zu machen, jedermann freundlich zuzulächeln und zu sagen: Wir kümmern uns um deine Probleme. Aber die Gesamtsicht, das zu verantworten und auch auf Dauer hinzukriegen, das ist doch eine sehr dünne Decke.

Und nun kommen wir mal zurück zu den Vorschlägen, die Sie hier im Werte von 160 Millionen angebracht haben und von denen Sie selbst überzeugt sind, Sie hätten das solide ausfinanziert. Da muss ich doch vielleicht mal was zu den Unterschieden sagen. Ihre Finanzierungsquellen sind zwei: Das ist einmal der Zinstitel, der in Größenordnungen herangezogen wird,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist
auch Ihre Finanzierungsquelle.)

und es ist die Gegenfinanzierung aus der Rücklage.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist auch Ihre Quelle.)

Jaja, ich sag gleich was dazu.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Beides sind auch Ihre Quellen.)

Ich sage gleich was dazu.

Der Zinstitel ist natürlich einer, den wir auch immer vorsichtig gestalten.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist auch gut so.)

Und Sie haben völlig recht, auch bei den Anträgen der Koalition ist an den Zinstitel herangegangen worden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehen Sie!)

Allerdings, und das ist natürlich der Unterschied,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt
wirds fachlich. Gut zuhören!)

das ist auch immer ein bisschen Pech für die Opposition, fachlich bewertet sind natürlich die Gegenfinanzierungen, die doch auf das Finanzministerium zurückgreifen können.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und jetzt sollen wir
unsere Arbeit einstellen, oder was? Weil Sie
die Klügeren sind, oder was heißt das jetzt?)

Und insofern sage ich, diese geringere Absenkung ist in der Tat gerade noch so zu verantworten. Ich würde davor warnen, das ganze Thema noch stärker zu strapazieren, denn man muss sich einfach auf der Zunge zergehen lassen, ein Prozentpunkt Zinsanstieg in diesem Bereich sind 100 Millionen Euro. So schnell geht das an der Stelle

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist das.)

und deshalb würde ich auf gar keinen Fall da noch weiter rangehen. Nichtsdestotrotz, ich kritisiere nicht, dass Sie sich den Zinstitel anschauen, das ist soweit in Ordnung.

Die Rücklage kann man einmalig ausgeben, das kann man machen. Wir haben da politisch, denke ich, unterschiedliche Auffassungen. Wir wollen Vorsorge für schlechte Zeiten treffen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir auch.)

und wir merken gerade angesichts des Themas Werften, wie schnell dreistellige Millionenbeträge gebraucht werden könnten und eine angeblich rosige Lage, die ich niemals beschreiben würde, völlig finster wird. Und insofern ist das natürlich eine unterschiedliche Auffassung, die wir haben.

Was Sie aber tun, und das ist unsolid, Sie schreiben nämlich mit Ihren Ausgaben neue Landesstandards fest, und das bedeutet, die werden nicht nur ein Jahr oder zwei Jahre abgerufen,

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

sondern Sie legen einen Standard fest – weiterhin.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Machen Sie doch auch!)

Alternativ zu diesem Programm ist eben ...

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Genau das, Herr Holter. Ich versuchs noch mal.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir haben die gleiche Denke.)

Ich möchte es Ihnen noch mal erklären.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie legen
Standards fest für Kindergärten.)

Ja, richtig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und wir wollen
auch Standards. Wo ist da der Unterschied?)

Und da wissen wir ganz genau, dass das durchfinanziert ist – Sie nicht! Sie müssten in der Situation dann quasi in zwei Jahren, wenn wir merken, die Steuereinnahmen sind nicht mehr so hoch, müssten wir sagen: Tut uns leid, liebe Eltern, das Geld haben wir in diesem Jahr nicht mehr, den Standard drehen wir wieder ab. Oder es kommt noch schlimmer: Man müsste sagen, was wir den Eltern nun gerade zulasten der Rücklagen für die weitere Absenkung des Betreuungsschlüssels zukommen lassen haben, haben wir nicht mehr, dann müssen die Eltern das jetzt tragen. Das ist das, was Sie mit Ihrer kurzsichtigen Politik erreichen, indem Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass man Standards langfristig ausfinanzieren muss.

Und es gibt nur eine Regel dabei: Was ich mir heute leisten möchte, das muss ich mir auch übermorgen noch leisten können. Deshalb sind wir mit unserem neuen Ausgabenprogramm auch eher restriktiv, weil wir genau das zu Ende denken. Für heute und morgen aus einer aktuellen Kassenlage mal ein schönes Feuerwerk zu gestalten, das ist einfach. Also die Rücklage zu verpulvern oder die Überschüsse von 2011 in die Luft zu jagen, ich glaube, da könnten sich alle vor Freude überschlagen, was wir für Ideen haben. Zu sagen, was gilt übermorgen noch, was können wir durchhalten, was sind Schwerpunkte, das ist der wesentlich schwierigere Part.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und ich räume ein, man kriegt nicht immer den Sympathiepreis dafür, da muss man sich gar nicht anstellen in der Hitliste, sondern man muss sich teilweise auch hinstellen und jemandem sagen: Hör zu, das, was du hier möchtest, kann gar nicht gehen und es tut auch nicht not. Das halte ich für mutige Politik, auch wenn sie nicht immer wohlfeil ist und bei jedermanns Liebling ankommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich will mal einige aktuelle Beispiele nennen, die mir teilweise doch das Temperament hochgetrieben haben. Wenn ich die Diskussionen betrachte um die Standorte der Gerichte, so kann man natürlich bei diesen Diskussionspapieren – in diesem Stadium befindet sich das, was die Justizministerin da vorgelegt hat, was ich mit hohem Respekt unterstützen möchte –,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das sehen
Ihre Abgeordneten aber ganz anders.)

da könnte man sagen, die eine oder andere Entscheidung, dies oder das ist noch nicht ausgewogen, aber dass man es grundsätzlich verreit und so tut, als ob wir uns auch übermorgen noch jedes einzelne Amtsgericht,

jede klitzekleine Zwergenschule, jedes einzelne Theater und auch natürlich jede selbstständige Gemeinde leisten können, wer das den Leuten vorgaukelt, der ist einfach nicht ehrlich.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also muss es dazwischen einen Weg geben, lassen Sie uns sich doch vielleicht mal gemeinsam auf den konzentrieren.

Strukturentscheidungen werden in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung stehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da
müssen Sie aber auch Zahlen vorlegen.)

Und entweder wir arbeiten sie ab oder aber wir halten uns wie die heiligen drei Affen die Ohren, die Augen und den Mund zu und nehmen zur Kenntnis, wie wir in eine Situation schleudern als Land, die viele Länder links und rechts schon haben.

Es ist immer alles relativ, meine Damen und Herren, und ich räume ein, wir könnten uns manches sicherlich schöner vorstellen, besser. Wer Bildung nennt als Thema, der weiß genau, dass er mich da immer im Inneren trifft. Natürlich sind wir dafür, an der Stelle Mittel freizubekommen, um damit arbeiten zu können. Aber bitte nach einem verabredeten Prozedere und nicht holterdiepolter, wer hat im Moment den besseren Vorschlag.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zuruf aus dem
Plenum: Holterdiepolter!)

Sorry, das war jetzt nicht mal so gemeint.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ich bin
ein Begriff in der deutschen Sprache.)

Nein, Herr Holter, wenn ich mit Ihnen streite, dann über andere Dinge.

Also ich sage einfach noch mal zusammenfassend: Im Gegensatz zu einigen Behauptungen hier haben wir keinesfalls die Absicht, die Welt schönzureden. Wir wissen, dass dieses Land noch vor großen Herausforderungen steht in unserer Profilentwicklung, in unserem wirtschaftlichen Aufholprozess und natürlich verzahnt mit unserer Finanzpolitik. Aber auf der anderen Seite so zu tun, als hätten wir hier überhaupt nichts gekonnt, und mit eingezogenem Hals durch die Gegend zu schleichen, das halte ich auch für den falschen Weg.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Wir brauchen hier tatsächlich ein gesundes und völlig berechtigtes Selbstbewusstsein für das, was wir bereits erreichen konnten, und wir brauchen weiterhin den kritischen Blick für die Dinge, die wir noch bewegen müssen. Nur das ist ein Rezept, in den nächsten Jahren erfolgreich zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und an der Stelle noch einmal etwas Grundsätzliches. Ich will sonst wirklich nicht auf die Einzelthemen einge-

hen, die in den Ausschüssen beraten wurden, dazu kommen ja jetzt noch die Beratungen. Aber, Herr Saalfeld, ich fange mal mit einem Kompliment an. Sie sind mir während der Ausschussberatung durchaus als interessierter, in der Sache interessierter Financier aufgefallen.

(Vincent Kokert, CDU:
Jetzt kommt die Lehrerin.)

Ihre Fragestellung war belebend und Sie haben vielleicht auch an unserer Reaktion gemerkt, dass wir uns keinesfalls genervt fühlen durch solche Diskussionen, aber wer glaubt, nach nicht mal einem Jahr Mitglied hier im Parlament, er wüsste schon alles

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

und müsste nicht mehr auch noch eine Menge dazulernen, der läuft Gefahr, dass er ziemlich schnell abhebt

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist er schon.)

und wie ein Fesselballon über die Abgeordneten schwebt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Tun Sie sich das nicht an!

Das mache ich jetzt mal an einem Thema fest: Wenn Sie der Meinung sind, dass wir die 150 Millionen, die zusätzlich in die Kommunen gehen – nämlich einmal als Kofinanzierungsunterstützung für Investitionen und einmal als Hilfe zur Konsolidierung, damit auch die Kommunen auf diesem Weg mitgenommen werden, einen soliden Haushaltskurs einzuschlagen –, wenn Sie meinen, das hätten wir zulasten der Verschuldung gemacht, dann haben Sie bei den Ausführungen des Finanzministeriums mindestens einen Halbsatz überhört. Das war aber der entscheidende, denn wir haben ja des Langen und Breiten auch sehr deutlich gesagt, was wir mit den Überschüssen von 2011 machen. Die waren erheblich, Sie erinnern sich. Da war die erste Ansage, von diesen Überschüssen überweisen wir 50 Millionen und 100 Millionen in die Rücklage, um sie dann wieder daraus zu entnehmen, um tätig zu werden. Das ist schon mal die eine Aussage, die Ihnen widerspricht, dass das zulasten der Verschuldung gehen würde.

Und zum Zweiten will ich zwei Dinge gerne noch mal grundsätzlich auseinanderhalten. Wenn wir hier über keine Schulden reden, dann müssen wir deutlich unterscheiden, wir reden über keine neuen Schulden.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Die alten, die wir da auf dem Schornstein haben, rund 10,5 Milliarden, die sind doch in der Tat noch ein riesiger Wert, eine riesige Herausforderung für uns, und insofern ist es natürlich so, dass auch wir, die wir keine neuen Schulden aufnehmen, ständig neue Kredite aufnehmen, um die alten abzulösen. Das ist ein ganz normales Finanzmanagement, das da so läuft. Und natürlich kann man auch behaupten, wenn man mehr tilgt und nicht in die Rücklage legt, ist man finanzpolitisch noch klüger. Ich behaupte, unsere Ausgewogenheit, indem wir 100 Millionen zur Tilgung eingesetzt haben, die konkreten Ausgaben, die ich benannt habe, für die Kommunen, dazu

kommen ja dann auch noch mal rund 17 Millionen, die wir über den Finanzausgleich dort zusätzlich draufgeben, wenn wir das alles zusammennehmen, dann haben wir eine ausgewogene Vorsorge für die nächsten Jahre. Sie haben es oft genug gehört, ich weiß es.

Sie hören immer wieder, Solidarpaktmittel laufen aus, Sie hören immer wieder, dass ab 2014 eine neue EU-Förderperiode beginnt mit schlechteren Bedingungen für uns, weil wir nicht mehr Ziel-1-Gebiet sind. Sie hören ab und zu auch mal das Thema Länderfinanzausgleich – und ich möchte das mal nach vorne rücken. Was sich da im Moment abzeichnet im Chor der Länder, wird gefährlich für uns. Es geht jetzt nicht mehr nur darum, dass die verabredeten Solidarpaktmittel, die wir hier im Osten auch gerade im Interesse der Kommunen über Jahre mehr hatten, in Riesenschritten von 80 Millionen Jahr für Jahr runtergehen, sondern es geht darum, ob es gelingt, in der Bundesrepublik das gemeinsame Ziel „Angleichung der Lebensverhältnisse“ über den Länderfinanzausgleich zu erheben.

Und ich sage einfach nur mal, weil ich oft genug damit konfrontiert bin – ich werde auch heute im Anschluss an diese Debatte wieder nach Berlin fahren, weil die Finanzminister zum Fiskalpakt und natürlich auch dazu zusammensitzen –, es gibt sehr starke Länderinteressen, dass das – was im Moment uns noch zugutekommt zum Ausgleich der Finanzkraft – von den Geberländern nicht mehr reingegeben wird. Und da wird mit legalen Mitteln gearbeitet. Manchmal sind die auch ganz schön trickreich, manchmal ist es die Androhung einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Rolle spielt Herr Kretschmann denn dabei? –
Vincent Kokert, CDU: Der schreit am lautesten. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mal eins zusammenfassen: Länderfinanzausgleich ist überhaupt keine A-B-Problematik, sondern Länderfinanzausgleich ist eine Frage der Länderinteressen.

(Torsten Renz, CDU: Schön umschrieben.)

Wir sind gut beraten, wenn wir uns mit den anderen Nehmerländern eng zusammenschließen, uns mit gemeinsamen, belastbaren Papieren auch über Gutachter dafür starkmachen, dass es weiterhin diesen solidarischen Austausch gibt. Und da gibt es sehr, sehr viele Einzelinteressen. Im Prinzip muss man jedes der 16 Bundesländer einzeln betrachten.

Uns kommt es darauf an, dass wir mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner im Tross zusammenbleiben, denn das wird sich demokratisch auch wieder abspielen zum Schluss, sowohl im Bundesrat als auch vorher im Bundestag. Deshalb ist Mecklenburg-Vorpommern an dieser Stelle auch hoch engagiert. Wir koordinieren im Moment die Gruppe unter dem Titel „Forum Finanzausgleich“, um uns zu wappnen für eine Zeit, die uns auch nach 2020 noch faire Möglichkeiten lässt, die unterschiedliche Steuerkraft in dieser Bundesrepublik auszugleichen, damit wir als Land auf eigenen Füßen stehen können und nicht durch eine gegenläufige Politik mehr in Schwierigkeiten kommen.

Konsolidierung heißt immer, Ausgaben im Blick zu behalten, aber es ist auch der Zweiklang, auf die Einnahmen,

auf die müssen wir genauso achten. Und da will ich nicht noch einmal unsere Vorstellungen nennen, mit denen wir Einnahmen erweitern könnten für staatliches Gestalten. Wir haben das mit der Grunderwerbssteuer zumindest in unserem Verantwortungsbereich getan. Das hat uns nicht überall positive Presse gebracht,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist richtig. – Vincent Kokert, CDU: Aber ein Anreiz ist es.)

aber ich bin davon überzeugt, dass es richtig war, weil immerhin 30 Millionen jährlich für Kommunen und Land – etwa ein Drittel, zwei Drittel – dazukommen und das für die Häusle- und Immobilienerwerber auch noch eine zumutbare Größe ist, denn schließlich bemisst sich die auf den Quadratmeterpreis, der hier ein ganz anderer ist als in Bayern.

(Vincent Kokert, CDU: Zum Beispiel.)

Und insofern kann ich uns alle nur ermuntern, dass wir in diesem Sinne uns tatsächlich auf den kleinen gemeinsamen Nenner verständigen.

Wir haben einen soliden Haushalt, einen, der uns Planungs- und Gestaltungssicherheit gibt. Wir können damit nicht alle Wünsche erfüllen. Das werden wir nie können, darauf sollten wir uns schon mal einstellen. Aber aus dem, was wir haben, das Beste zu machen, dafür ist dieser Haushalt, denke ich, ein guter Ansatz. Und er bringt uns auch für die Bedingungen der staatlichen Schuldenregelung, jetzt bundeseitig – wir haben ja landeseitig sowieso unsere, sagen wir mal, unsere erhöhten Standards schon selbst beschlossen –, aber auch für die Bedingungen des Fiskalpakts, wo das Ganze ja im Grunde ab 2014 schon verstärkt greift – voran. Wir haben hier doch größere Hürden zu nehmen. Dieser Haushalt ist ein guter Schritt dafür und er bringt uns nicht in die Situation, drei Minuten vor der Angst große Streichprogramme aufführen zu müssen, wie es manche Nachbarbundesländer werden tun müssen, wenn es so weit ist. Wir ziehen hier unsere Spur, und zwar, obwohl wir nach links und rechts gucken, aber dann für unser Land die geeigneten Instrumente gemeinsam durchsetzen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die Karawane zieht und die Hunde bellen. So ist das eben. – Helmut Holter, DIE LINKE: Das war aber eine ziemlich fiese Nummer eben. Was meinen Sie damit? Wer sind die Hunde?)

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen, beim Parlament für diese konstruktiven Haushaltsberatungen und im Übrigen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Frau Polzin.

Die Finanzministerin hat die angemeldete Redezeit um sechs Minuten überschritten. Nach Paragraph 85 unserer Geschäftsordnung steht damit dieser Zeitraum den Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, zusätzlich zur Verfügung.

Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich namens der Linksfraktion beim Ausschussekretariat, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und insbesondere auch bei den Vertreterinnen und Vertretern des Finanzministeriums bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Am Montag gab mir jemand Folgendes für die Debatte im Landtag mit auf den Weg, er sagte: „Bevor du die Koalition kritisierst, denk dran, sie hat einen schwierigen Job.“

(Thomas Krüger, SPD: Ja, allerdings.)

Allerdings musste ich ihm sagen, dass bei mir so ein Mitleidsargument gar nicht zieht, schon gar nicht, wenn ich mir die Beratungen in den Ausschüssen vor Augen halte. Hier war nicht der kleinste Funken Aufgeschlossenheit

(Jörg Heydorn, SPD: So, so.)

gegenüber anderen Argumenten und Vorschlägen vonseiten der Koalition erkennbar. SPD und CDU haben sich zunächst mit dem Haushalt viel Zeit gelassen, viel zu viel Zeit. Erst im März erreichte der Entwurf den Landtag. Ein Interesse für eine ernsthafte Auseinandersetzung war dann kaum feststellbar,

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na!)

Anhörungen kamen nur auf Initiative der Opposition zustande.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja wohl auch Ihre Aufgabe als Opposition, Frau Rösler.)

Die Koalition hat klargestellt, dass Änderungen während der Haushaltsberatungen nur dann vorgenommen werden, wenn sie diese selbst beantragt. Zuvor griff die Koalition zur Finanzierung von neuen Haushaltsansätzen – wie beim Konsolidierungsfonds – selbst beherzt in die Ausgleichsrücklage, die Ende 2011 mit mehr als 700 Millionen Euro gut gefüllt war. Wenn sie das tut, ist das solide,

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

wenn wir dies tun,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Tja.)

ist das verwerflich – welche Logik!

(Zuruf aus dem Plenum: Unsinn!)

Die Koalition vergaß nicht, den Deckel bei 500 Millionen Euro draufzumachen. Wehe dem, der da noch einmal hineingreifen wolle, und wehe dem, der die Höhe der Rücklage, nicht die Rücklage an sich, nur infrage stellt. Wie viel Geld ist denn angemessen, es auf die hohe Kante zu legen? Diese Frage wurde doch kaum diskutiert. Und eine schlüssige Begründung, warum es ausgerechnet 500 Millionen Euro sein müssen, gibt es auch nicht. Mit der positiven Steuerschätzung ist zu erwarten, dass noch mehr Geld in die Rücklage fließen wird, dann allerdings ist es dem Einfluss des Parlaments und seiner Gestaltungsmöglichkeiten entzogen.

Als Lieblingsdeckungsquelle diene den Koalitionären der berühmte Zinstitel. Wie gut, dass es hier offensichtlich reichlich Luft gab. Aber wehe dem, der sich der gleichen Quelle bedient, das nennt die Koalition dann unseriös. Seriös ist der Vorgang offenbar nur dann, wenn die Koalition selbst die Ansätze für Zinsausgaben absenkt. Übrigens holt sich die Koalition mehr als das Doppelte aus den Zinsen, als DIE LINKE dies mit ihren Vorschlägen getan hätte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür lassen
wir die Rücklage unangetastet.)

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, sachliche Argumente waren Ihre Stärke nicht. Mit billigen Manövern versuchen Sie davon abzulenken, dass Sie die tatsächlichen Probleme des Landes nicht anpacken,

(Zuruf aus dem Plenum:
Das stimmt doch gar nicht.)

dass vieles Blend- und Stückwerk ist, dass Sie eben keinen Blick für das Wesentliche haben, keinen Blick für das, was das Land zusammenhält, für das, was das Land voranbringt. Die Koalition tut so gut wie nichts zur Bekämpfung der Bildungsmisere im Land, und da sage ich Ihnen, eine derart hohe Schul- und Ausbildungsabbrucherquote ist ein Armutszeugnis in jeder Hinsicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie ist im Übrigen die höchste in der Bundesrepublik. Warum scheuen Sie hier den Ländervergleich? Der Vorschlag der LINKEN für einen Zukunftsfonds Bildung wird einfach abgelehnt, dafür ist angeblich kein Geld da. Nicht finanzierbar sind angeblich mehr Förderstunden an den Grundschulen. Diese Ignoranz der Koalition ist kaum zu fassen, von Verantwortungsbewusstsein keine Spur. Meine Kollegin Frau Oldenburg wird darauf noch eingehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Und im Übrigen, im Sinne Ihrer Kinder und Enkelkinder ist diese Politik nicht.

Für die Gestaltung der Energiewende präsentiert die Landesregierung einen neuen Fonds namens „Sondervermögen zur Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien“. Ein toller Titel! Treffender wäre wohl vielleicht die Bezeichnung „leere Hülle“, denn hinter dem Titel verbirgt sich erst mal nichts.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, erst mal. Und dann?)

Der Vorschlag der LINKEN,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lesen
Sie doch mal die Erläuterungen!)

den Fonds bereits jetzt mit eigenen Mitteln zu speisen – abgelehnt. Auch dafür ist angeblich kein Geld da.

(allgemeine Unruhe –
Helmut Holter, DIE LINKE: Heiße Luft!
Heiße Luft! Doppelhaushalt ohne finanzielle
Untersetzung. – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Dr. Schwenke wird hierzu noch Näheres ausführen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, das habe ich nicht verstanden. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Die Finanz-
ministerin ist gar nicht da, wenn
man über Finanzen spricht.)

Meine Damen und Herren, es gibt auch keine pauschalen Mittel zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind auf diese Mittel angewiesen, um den Investitionsstau zumindest etwas aufzulösen. Der Kofinanzierungsfonds der Landesregierung kann dazu nur ein ergänzendes Instrument sein.

(Heinz Müller, SPD:
Aber ein gutes Instrument.)

Aber egal, der Vorschlag der LINKEN wird abgelehnt und so bleibt es bei einem halbherzigen kommunalpolitischen Paket.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ganzherzig.)

Und auch für die 20 öffentlichen Musikschulen wird sich dank SPD und CDU nichts zum Guten ändern. Bei jeder Gelegenheit erklären die Koalitionäre, wie sehr sie die Arbeit der Musikschulen schätzen. Ich erinnere an den letzten Parlamentarischen Abend, bei dem Herr Gundlack offenbar nicht richtig zugehört hat.

(Tilo Gundlack, SPD: Doch, hab ich ja.)

Die schwierige finanzielle Lage der Schulen blenden Sie völlig aus. Dabei gibt es immer weniger Festanstellungen und immer mehr Honorarkräfte mit oftmals sehr geringem Einkommen. So manche und mancher arbeitet aus reinem Idealismus.

(Vincent Kokert, CDU:
Da haben Sie sogar recht. Das
streiten wir nicht mal ab, Frau Rösler.)

Die Koalition spricht über Mindestlöhne, nimmt es aber hin, dass die Förderung des pädagogischen Personals nicht angehoben wurde. Ein Antrag der LINKEN zur überfälligen Anhebung von zwei Prozent ab 2013 wurde abgelehnt,

(Vincent Kokert, CDU: Wir sagen nur,
dass wir nicht alles bezahlen können.)

weil, ist ja klar, angeblich kein Geld da ist.

Sozialer Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern: Die Koalitionäre zucken mit den Schultern, das wurde vor der Wahl zwar versprochen, aber gut, wir wissen ja, dafür ist angeblich kein Geld da.

Mehrausgaben räumt die Koalition für die Kitas ein. Das ist gut, nur ändert sich nichts an der Tatsache, dass wir den schlechtesten Betreuungsschlüssel in ganz Deutschland haben.

(Torsten Renz, CDU: Wie ist
denn Ihre Position dazu?)

Das muss doch schnellstens geändert werden. Nicht ab August dieses, sondern nächsten Jahres sollen 15 Kinder

auf eine Fachkraft möglich sein. Lassen Sie mich raten, wie SPD und CDU mit diesem Vorschlag umgehen werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch die Kinder- und Jugendarbeit stärken. Wir müssen sie sogar stärken. Jede Kürzung in der Prävention – und das ist Kinder- und Jugendarbeit in erster Linie – raubt Kindern und Jugendlichen die so notwendige Unterstützung und wird die Kosten in Zukunft vervielfachen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Förderung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe ist nach dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz an die Anzahl der Kinder und Jugendlichen gekoppelt. Die Folge: Immer weniger Mittel stehen bereit, obwohl die Probleme zunehmen und im Einzelfall sogar vielschichtiger werden. Die Kommunen sind nicht in der Lage, die zurückgehenden Landesmittel zu ersetzen.

(Heinz Müller, SPD: Ach!)

Das Gesetz muss daher unverzüglich und grundlegend novelliert und den aktuellen Bedingungen und Bedarfen angepasst werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Bis zur Novellierung ist die Landesförderung auf dem Niveau des Jahres 2011 festzuschreiben, aber denkste: Die insgesamt 450.000 Euro Mehrausgaben für 2012 und 2013 sind angeblich nicht da, das Kinder- und Jugendprogramm nach dem Willen von SPD und CDU bald auch nicht mehr. Für die Entwicklung einer nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik ist ein in jeder Wahlperiode erarbeitetes ressortübergreifendes Kinder- und Jugendprogramm notwendig. Nur so werden die verlässlichen Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen, an denen freie und öffentliche Träger ihre Arbeit und Planung ausrichten können. Jetzt gilt das alles nicht mehr.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sehr richtig. Widerspruch in sich.)

Meine Damen und Herren, um den öffentlichen Nahverkehr ist es auch nicht gut bestellt. Alle wissen das, nur SPD und CDU offenbar nicht. Die im Haushaltsentwurf veranschlagten Landesmittel reichen nicht aus, um die Gewährung und Investitionen zur Verbesserung des SPNV und ÖPNV bedarfsgerecht zu finanzieren. In Mecklenburg-Vorpommern drohen weitere massive Einschnitte des Angebots.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Um diese zumindest etwas abfangen zu können, sind mehr Landesmittel dringend erforderlich. SPNV und ÖPNV dürfen nicht weiter an Bedeutung verlieren,

(Marc Reinhardt, CDU: Immer noch
mehr! Sind Sie vom Stamme Nimm?)

sondern müssen als wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten werden. Andere bevölkerungsschwache Länder fahren hier ganz andere Strategien – und diese erfolgreich.

(Vincent Kokert, CDU: Wahrscheinlich
Brandenburg. Und Westfalen noch. –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Aber auch hier in Mecklenburg-Vorpommern das übliche Spiel: Mehrausgaben in Höhe von jeweils 2 Millionen Euro in den Jahren 2012 und 2013 sind angeblich nicht drin.

Meine Damen und Herren, wir wollen ein Bekenntnis des Landtages zum Thünen-Museum, einer nationalen Gedenk- und Bildungsstätte, deren weitere Arbeit akut gefährdet ist. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, alles zu tun, um den weiteren Betrieb des Thünen-Museums Tellow zu gewährleisten. SPD und CDU scheint es egal zu sein, wenn das Thünen-Museum seine Türen für immer schließt, dafür gibt es angeblich kein Geld.

DIE LINKE thematisiert auch das Personalentwicklungskonzept. Die Landesregierung wird erst im Jahr 2015 die Umsetzung des Personalkonzepts überprüfen. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine Modifizierung der Einsparvorgaben ab 2016 erforderlich ist. Wir meinen, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, aber vor allen Dingen veränderter Bedingungen und Aufgabenbestände ist es notwendig, schneller zu reagieren. Deshalb soll die geplante Evaluierung vorgezogen werden. Immerhin – eine Stimme aus den Reihen der Koalition dürften wir sicher haben, hat sich doch der CDU-Abgeordnete und GdP-Chef Michael Silkeit öffentlich für ein Vorziehen der Überprüfung ausgesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das hat er nicht so gemeint.)

Er wird wissen, warum, ist doch allerorten von unterbesetzten Polizeieinspektionen zu hören.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge der LINKEN sind solide finanziert, und da können Sie tausendmal wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten.

(Marc Reinhardt, CDU: Machen wir.)

Lassen wir doch die Fakten sprechen! Wenn die Koalition mal eben für ihre Vorhaben einen Einnahmetitel um das Zifgache erhöht, nennt sie das solide. Dass ich nicht lache! Wie kreativ ist das denn?

(Egbert Liskow, CDU: Welchen
meinen Sie denn? Welchen denn?)

Im Sozialhaushalt. Den kann ich Ihnen noch mal genau zeigen.

(Vincent Kokert, CDU:
Machen Sie das mal gleich!)

Nach unseren Vorschlägen müssten 160 Millionen Euro, das wurde ja hier heute schon mehrfach angesprochen, für beide Jahre zusätzlich aufgebracht werden.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Davon nehmen wir 150 Millionen Euro jetzt einmalig – einmalig! – aus der Rücklage,

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

und auch nur für einmalige Maßnahmen für die beiden Haushaltsjahre 2012 und 2013, und nicht, wie hier behauptet wurde, für dauerhafte Maßnahmen.

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat denn das behauptet? Ich nicht!)

Sie haben unsere Anträge überhaupt nicht richtig gelesen, meine Damen und Herren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Komm, am laufenden Band wird das hier behauptet! Am laufenden Band!)

Was Sie hier erzählen, sind Märchen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aus der Koalition heraus, wider besseres Wissen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Kokert nicht.)

Mitnichten, mitnichten wollen wir die Rücklage aufbrauchen. Am Ende würden immer noch gut 350 Millionen Euro im Sparstrumpf bleiben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das musst du noch mal wiederholen! 350 Millionen Euro verbleiben!)

noch gar nicht eingerechnet die Steuermehreinnahmen. Wenn man sich die letzten Haushaltsjahre anschaut, befinden wir uns damit im guten Mittelfeld. Vor allem aber würde der Haushalt kein Blendwerk sein, der Probleme auf die lange Bank schiebt, schönredet oder gar ignoriert.

Wir haben konkrete Vorstellungen, etwa zur Bildung, zur Energiewende oder zur Kinder- und Jugendpolitik eingebracht. Alle, alle Vorschläge sind durchdacht, in die Zukunft gerichtet und seriös gegenfinanziert. Entscheidend ist, den finanzpolitischen Vorteil heute zu nutzen, damit wir künftig nicht das Doppelte und Dreifache draufzahlen, meine Damen und Herren!

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Zukunft aus eigener Kraft, Herr Ministerpräsident, geht nur, wenn wir mit voller Kraft

(Vincent Kokert, CDU: Arbeit zum Wohl des Landes.)

und nicht mit angezogener Handbremse in die Zukunft starten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, das interessiert die Regierung ja auch nicht, was hier besprochen wird.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Haushaltsdebatte erinnert mich an einen Ausspruch des ehemaligen Oberbürgermeisters von Stuttgart, Manfred Rommel, Zitat: „Finanzpolitik – das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei Euro ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.“ Zitatende. LINKE und ...

(Vincent Kokert, CDU: Wozu gehören denn die LINKEN, zu welchem Beispiel?)

LINKE und GRÜNE haben heute wenig Substantielles eingebracht, so wie in den Ausschüssen. Aber sie haben es geschafft,

(Vincent Kokert, CDU: Herr Ritter, das trifft Sie doch jetzt!)

aber sie haben es geschafft, in den Medien Aufmerksamkeit zu erreichen, und das ist ja immerhin schon mal etwas.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was war schon wieder?)

Bei den GRÜNEN mit etwas Klientelpolitik, bei den LINKEN substanzieller – aber immerhin Aufmerksamkeit.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich denke, sie waren nicht substanziell?)

Substanzieller habe ich gesagt, nicht substanziell.

So, aber gemeinsam ist Ihnen eines, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das aus Herrn Liskows Mund! Dass ich das noch erleben darf!)

Tja, Herr Ritter, da sehen Sie mal!

(allgemeine Heiterkeit)

... gemeinsam ist Ihnen nur eines: Es ist gut, dass Sie nicht Verantwortung für unser Land tragen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Es fiel mir auch schwer, mit Ihnen zusammen zu regieren, Herr Liskow. Das stimmt.)

Ja, da bin ich auch richtig dankbar dafür, dass es nicht so ist, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Trotzdem möchte ich am Anfang doch noch mal auf zwei, drei Sachen eingehen, die im Vorfeld passiert sind, aber die jetzt auch während der Debatte hier zu Wort gekommen sind. Und zuerst möchte ich da auf Frau Rösler eingehen, die sich ja pressemäßig gegenüber Herrn Gundlack geäußert hat, und da hätte ich einfach ein bisschen mehr Fairness erwartet – oder besser gesagt, DIE LINKE, Frau Rösler hat es vielleicht vorbereitet und Herr Holter hat es geschrieben.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ihr ja auch nur aufgeschrieben worden, was sie sagen soll. Das ist ja das Schlimme!)

Aber ich hätte da etwas mehr Fingerspitzengefühl erwartet, denn Herr Gundlack ist ja als neuer Abgeordneter gleich finanzpolitischer Sprecher geworden und da kann man ja auch mal erwarten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da können wir ja nichts dafür!)

dass er nicht alles so hundertprozentig draufhat wie Sie, Herr Ritter, höchstwahrscheinlich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Deswegen glaube ich, dass der Stil da aus meiner Sicht nicht gut ist, und ich möchte noch mal ausdrücklich sagen, dass ich hervorragend mit Herrn Gundlack zusammengearbeitet habe als finanzpolitischer Sprecher und wir hier eine gemeinschaftliche gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE: Kollektiv
der sozialistischen Arbeit.)

Und ich glaube, das ist auch wichtig, dass es zwischen den Koalitionsfraktionen da eine enge Abstimmung gibt,

(Vincent Kokert, CDU: Hören Sie
mal zu, was in der Koalition los
ist! Dann hören Sie das.)

und wir haben es auch hervorragend gemacht.

Und, Herr Saalfeld, ich hatte mir eigentlich zwei, drei Notizen zu Ihnen gemacht, aber die Finanzministerin hat es, glaube ich, auf den Punkt gebracht, da möchte ich nichts weiter dazu sagen.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wenn man sich ein klein wenig zurücknimmt und versucht, doch mal die ersten Jahre auch zu gucken, wie der Laden läuft, und nicht ganz so arrogant ist, das würde Ihnen vielleicht ganz gut zu Gesicht stehen.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, um es noch mal zu sagen, dass wir natürlich in den Fachausschüssen, aber auch im Finanzausschuss sehr intensiv gearbeitet haben.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich hätte gern als junger
Mensch auch 'ne eigene Meinung.)

Herr Saalfeld, Sie können so viel eigene Meinung haben, wie Sie wollen, die Frage ist, wie man es macht und wie man es vorträgt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das heißt, wenn er graue Haare hätte,
dann würde das stimmen, was er sagt?!)

Ich glaube, es ist schon ganz, ganz wichtig, und das haben die Regierungsfractionen ja auch verhältnismäßig deutlich gemacht, dass wir den Konsolidierungskurs fortsetzen wollen, dass wir keine neuen Schulden machen wollen, dass wir entsprechende Rücklagen für schlechte Zeiten anslegen. Und da ist, glaube ich, der Ausgleichsfonds, der durch die Koalitionsfraktionen sozusagen in einer Höhe festgelegt worden ist, eine hervorragende Voraussetzung für die Zukunft. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, wie die Koalitionsfraktionen die Akzente gesetzt haben: Familien- und Kinderfreundlichkeit, die zweite Sache gute Bildung und die For-

schung stärken. Ich glaube, das sind ganz wesentliche Punkte, aus denen man auch hier rauslesen kann aus dem Haushalt, wir haben versucht, in dem Haushalt unsere eigenen Akzente zu setzen, und das ist uns,

(Stefan Köster, NPD: Das
ist aber nicht gelungen.)

das ist uns auch an vielen Stellen gelungen. Da muss man vielleicht auch noch mal sagen, weil Frau Polzin es ja hier auch noch mal verhältnismäßig klar gesagt hat, die Landesregierung hat einen guten Haushalt eingebracht.

(Marc Reinhardt, CDU: Der
ist noch besser geworden. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und nicht umsonst,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ist verbessert, oder was?)

nicht umsonst werden ja auch die Landesregierung, das Finanzministerium, aber auch die Koalitionsfraktionen außerhalb des Landes sehr oft positiv erwähnt, auch vom Bund der Steuerzahler – der Ministerpräsident ist da –, wo wirklich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, ist er wieder da? Aha!)

wo wirklich eindeutig immer wieder darauf hingewiesen wird, dass Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland, aber auch als finanzschwaches Land eine hervorragende Finanzpolitik macht und trotzdem in die Zukunft investiert.

Vielleicht jetzt noch mal die einen oder anderen Veränderungen, die für uns wichtig waren, die wir auch in den Haushalt eingebracht haben:

Da ist zum Beispiel die Entschädigung für artenschutzbedingte Nutzungseinschränkungen und Ernteausfälle, wo wir jeweils 40.000 Euro neu eingestellt haben.

Wir sind für die Kleingärtner und haben mehr Geld eingestellt für die Kläranlagen in Kleingartenanlagen, jeweils 80.000 Euro jährlich, die wir dazu bereitstellen.

Zuschüsse für Schuldnerberatungen, jeweils 150.000 Euro,

Reisekostenzuschüsse für Klassenfahrten, jeweils eine Erhöhung von 200.000 Euro,

Zuschüsse für Fahrten und Übernachtungskosten für Berufsschüler und Berufsschülerinnen von jeweils 100.000 Euro,

Zuschüsse für die Studentenwerke – und das ist nicht die Idee der GRÜNEN gewesen, sondern da hat die Koalition schon viel länger dran gearbeitet. Die GRÜNEN haben es natürlich auch im Ausschuss angesprochen, aber die Studentenwerke waren genauso bei den anderen Parteien. Und wir haben versucht, es gegenzufinanzieren und die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, als wir diesen Vorschlag eingebracht haben. Die 200.000 Euro sind, glaube ich, auch eine Größenordnung, die gerechtfertigt ist und mehr ist, als Sie einbringen wollten.

Wir haben als eine ganz wichtige Sache, die für uns als CDU, aber auch für die SPD wichtig war, noch einmal 2,5 Millionen für die Leibniz-Institute aufbringen können, für Investitionen, die im Nachhinein noch Folgeinvestitionen befördern werden, zum Beispiel vom Bund, aber auch über Drittmittel.

Und nicht zuletzt hat sich die Koalition dafür starkgemacht, dass wir noch mal für die Sportförderung zusätzlich zu den 500.000, die ja schon im Haushaltsansatz drin waren, noch mal 300.000 Euro zusätzlich bereitstellen.

(Rudolf Borchert, SPD:
Sehr gut.)

Zusätzlich haben wir Mittel für die Beräumung devastierter Flächen, sozusagen für die Schandfleckenbeseitigung, im Sondervermögen der Landwirtschaft, 500.000 Euro jährlich, eingestellt und ich glaube, auch das ist eine ganz wichtige Sache.

Man könnte jetzt noch den einen oder anderen Antrag hier fortsetzen, ich glaube ...

(Vincent Kokert, CDU:
Muss man aber auch nicht.)

Muss man aber nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, muss man nicht.)

Ich denke mal, es kommt darauf an, dass wir immerhin 11,5 Millionen Euro sozusagen zusätzlich in den Haushalt aufgenommen haben über die Nachschiebeliste. Da sind natürlich auch Gelder dabei, wo wir als Land gar nicht anders konnten, wie zum Beispiel die Sicherheitsverwahranstalt, wo wir eigentlich handeln mussten, wo erst eine andere Lösung notwendig war. Wir haben ungefähr 1 Million mehr umgeschichtet als Koalitionsfraktion und ich denke mal, diese Sachen, die wir hier finanziert haben und die auch finanziell sozusagen untersetzt sind, sind genau in dem Dreiklang, den wir immer als Koalition hier nach außen tragen wollen: dass wir Schulden abbauen wollen, in die Zukunft investieren wollen und auch Vorsorge betreiben wollen.

Ich glaube, das zeigt sich ja auch verhältnismäßig eindeutig in der Zinsentwicklung. Wir haben alleine die Zinslast von 459 Millionen in 2006 auf 367 Millionen in 2011 gesenkt und gleichzeitig ist auch die Pro-Kopf-Verschuldung gesunken, trotz dass wir weniger Menschen haben in Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt nur noch Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg, die eine niedrigere Pro-Kopf-Verschuldung haben, und ich glaube, da können wir uns auch sehen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sparsamkeit und Zukunftsinvestitionen sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. So haben wir alleine 160 Millionen für den Hochbau, 230 Millionen für Wirtschaftsförderung und per saldo fast 400 Millionen für die Hochschulen und über 800 Millionen für die Schulen in den Haushalt eingestellt. Das sind aus meiner Sicht wichtige Impulse für das Wachstum, diese Investitionen.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig,
Herr Liskow. Sehr richtig.)

Ja, vielleicht noch einmal zum Schluss: Ich habe in meiner ersten Rede zur Haushaltseinbringung gesagt, das ist ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern. Dem habe ich heute nichts hinzuzusetzen. Ich glaube, wir haben einen soliden Haushalt, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Für die allgemeine Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Das scheint dann so der Fall zu sein.

Die Fraktion der NPD hat eine Auszeit von 30 Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.05 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.35 Uhr

Wiederbeginn: 14.10 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Sehr geehrte Damen und Herren, wir führen jetzt unsere Beratungen fort.

Wir kommen nun zur Beratung über die Einzelpläne.

Ich rufe auf die Einzelpläne 01 bis 12 sowie 14 und 15, hierzu die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses auf den Drucksachen 6/801 bis 6/812 sowie 6/814 und 6/815 sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/813 – Stellenplan.

Ich eröffne die Aussprache zu allen Einzelplänen und dem Stellenplan. Die Reihenfolge der angemeldeten Redner orientiert sich im Wesentlichen an der Reihenfolge der Einzelpläne, was durchaus auch einzelplanübergreifende Beiträge ermöglicht.

Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Fraktionsvorsitzender Vincent Kokert hat heute Vormittag in der Generaldebatte noch einmal den Welpenschutz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN proklamiert.

(Jochen Schulte, SPD:
Ich dachte, der ist abgelaufen. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Und den löst du jetzt ein?)

Nach ihm, Herr Ritter, nach ihm sprach dann Herr Saalfeld und ich finde, nun ist es auch gut,

(Heinz Müller, SPD: Welpenschutz!)

mit dem Welpenschutz, meine ich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so!)

Und, meine Damen und Herren von den BÜNDNIS-90-GRÜNEN, ich hatte so gehofft, dass Sie wirklich diesen, wie ich meine, unsäglichen Hubschrauberantrag hier heute nicht noch mal bringen würden.

(Heinz Müller, SPD: Du glaubst noch
an das Gute im Menschen, ne?)

Aber Sie ...

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich beschäftigt uns das, wenn Vorschläge kommen, und man kann ja sagen, Herr Suhr, man kann Ihnen den Vorwurf, der ja hier heute Vormittag gelegentlich an die LINKEN ging, dass sie mit dem Geld so großzügig umgingen, den kann man Ihnen ja gar nicht machen. Sie wollen ja die beiden Polizeihubschrauber verkaufen, die es hier im Lande gibt, also Sie wollen richtig was für den Haushalt tun.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig erkannt.)

Das kann man ganz großartig finden und ich sage Ihnen einfach, ich hatte wirklich gehofft, Sie tun das einfach nicht noch mal, weil das so schrecklich realitätsfern ist, wirklich über die Anmietung von Hubschraubern zu reden, wenn wir doch wissen, dass mehrere Hundert Einsatzfälle im Jahr für diese beiden Polizeihubschrauber Einsätze zur Suche von vermissten oder hilflosen Personen sind. Und das ist immer eine Ad-hoc-Entscheidung, da kann man nicht erst mal irgendwo einen Antrag stellen.

Und da müssen Sie sich mal eins überlegen: Das, was Sie pro Hubschrauber gerne hätten, da kostet das Equipment, das da allein drin verbaut ist, in jedem dieser Hubschrauber, zum Beispiel diese Kameras,

(Egbert Liskow, CDU: Wärmebild... –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wärmebildkameras.)

ja, diese Wärmebildkameras, kostet ein Vielfaches von dem, was Sie pro Hubschrauber bekommen wollen. Also es ist gar nicht nachvollziehbar. Und, meine Damen und Herren, warum sind denn diese Wärmebildkameras installiert? Ja, weil es bei der Suche nach vermissten oder hilflosen Personen ganz häufig um ältere Menschen geht oder weil es um Kinder geht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wie macht das Schleswig-
Holstein? Das ist hier die Frage.)

Und wenn es also, wenn es also wirklich um Leben und Gesundheit der Menschen geht, da kann ich nur sagen, diesen Vorschlag, ich bitte Sie einfach, ihn nicht nur zu überdenken, sondern ihn wirklich zurückzuziehen.

Und dieser ewige Vergleich mit Schleswig-Holstein – also wenn Sie heute einmal der Finanzministerin zugehört haben, da hat die sehr deutlich gesagt, der Blick nach links und rechts ist ein Blick, der einen erschauern lässt.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn wir heute einen wirklich tollen Haushalt, das sage ich noch mal ganz deutlich für die Koalition, heute hier einen tollen Haushalt verabschieden,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

der wirklich auch was für die Zukunft bringt, dann können Sie mir glauben, der Blick nach Schleswig-Holstein, in

den Haushalt, den können Sie gerne machen, dann könnten Sie mit mir sogar über den Verkauf von Hubschraubern reden. Das ist aber bei uns nicht der Fall, also bitte, noch einmal: Ziehen Sie diesen Antrag zurück!

Zum zweiten Teil des Antrages: Ja, da kann man durchaus ernsthaft miteinander drüber debattieren. Da geht es nämlich darum, dass die Landesregierung aufgefordert sein soll, die „Hotline gegen rechts“ des Landeskriminalamtes durch ein Aussteigerprogramm zu ergänzen, in dessen Rahmen in Kooperation mit der Organisation EXIT-Deutschland Hilfe zur Selbsthilfe für ausstiegswillige Mitglieder der rechtsextremen Szene angeboten werden soll. Nun haben wir da erst ganze zwei auf der rechten Fensterfront, aber

(Stefan Köster, NPD:
Das reicht für Sie.)

es ist ein wichtiger Punkt.

(Heinz Müller, SPD:
Zwei sind schon zu viel!)

Die beiden da werden wir nie zum Aussteigen bewegen, aber natürlich muss man darüber miteinander nachdenken und auch darüber nachdenken, ob man da zusätzliches Geld einsetzt. Ich muss Ihnen allerdings sagen ...

(Stefan Köster, NPD: Es steigen immer
mehr aus Ihrem politischen System aus.)

Jaja, ist schon recht. Rechts vielleicht.

Ja, meine Damen und Herren, ich will Ihnen aber dazu nur Folgendes sagen: Diese Ausgabe ist nicht notwendig, und zwar deshalb, weil es bereits ausreichende Vorkehrungen gibt. Ansprechpartner ist einmal der Verfassungsschutz und sind auch die Regionalzentren für demokratische Kultur und es gibt eben auch zusätzliche Aussteigerprogramme des Bundes. Wir meinen, dass wir in diesem Bereich hinreichend viel getan haben, aber ich gebe zu, das ist ein Punkt, über den wir miteinander diskutieren müssen. Wir werden allerdings heute Ihren Antrag ablehnen.

Zu den Anträgen, die von rechts vorliegen, werde ich meinem Fraktionsvorsitzenden folgen und mich dazu überhaupt nicht äußern, außer vielleicht an einem Punkt. Also, Herr Suhr, Sie müssen ja zugeben, was die Abschaffung des Verfassungsschutzes betrifft, da sind die Rechten nun deutlich gründlicher als Sie, die wollen den ja sofort und total abschaffen.

(Stefan Köster, NPD:
Wir sind konsequenter.)

Und ich werde Sie nachher beobachten, wenn wir den Antrag von rechts dann irgendwann zur Abstimmung haben, wie sich da die GRÜNEN verhalten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, Sie verhalten sich vernünftig, und ich bedanke mich. Ich wünsche uns heute Nachmittag allen gemeinsam ein sehr schönes Sommerfest. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(allgemeine Unruhe)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einer unserer Änderungsanträge zum Einzelplan 06 bezieht sich auf Ihlenberg. Ihlenberg ist die größte Sondermülldeponie Europas. Sie liegt pikanterweise mitten im Lübecker Trinkwassereinzugsgebiet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Betreibererlaubnis stammt noch aus dem Jahr 79. Die Gefährdung, die für Einheimische davon ausgeht, kann derzeit nicht eingeschätzt werden. Als 2009 die Deponieerweiterung auf 32 Millionen Kubikmeter erfolgte, ist dies ohne jegliches rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren verlaufen.

(Minister Harry Glawe: 79 gab es noch keinen Rechtsstaat.)

Jede kleine Deponie hingegen verlangt in der Regel ein Planfeststellungsverfahren mit entsprechender Öffentlichkeitsbeteiligung.

Angesichts der Unklarheiten, wie die Deponie nach unten hin abgedichtet ist, halten wir es für erforderlich, eine Umweltstudie in Auftrag zu geben. Diese möge klären, wie sicher die Sondermülldeponie ist, ob Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen notwendig sind und, wenn ja, welche. Hierfür beantragen wir, in Kapitel 607 – Immissionsschutz und Abfallwirtschaft – die Ausgaben aufgrund von Werkverträgen im Rahmen der Abfall- und Kreislaufwirtschaft für die Jahre 2012 und 2013 um jeweils 20.000 Euro zu erhöhen.

Kommen wir kurz noch zum Einzelplan 08. Wir haben uns dort zu 18 Titeln geäußert, ich will nur auf einige wenige Beispiele eingehen. Wir sind ja zum ersten Mal als Fraktion mit dem Haushaltsentwurf befasst in seiner ganzen Breite und müssen feststellen, dass uns jetzt noch eher verständlich ist, warum es in zahlreichen Handlungsfeldern, zum Beispiel Natur- und Umweltschutz, ökologische Landwirtschaft, die unsere Ressourcen schon, gar nicht entscheidend vorangeht in diesem Lande.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Wer sagt denn das?)

Es geht nicht voran, weil Sie, werte Kollegen und Kolleginnen der Regierungskoalition, die Landesregierung dabei unterstützen, Gelder fehlzuleiten, und damit die Verantwortung dafür tragen, dass wir unsere natürlichen Ressourcen übernutzen, Beispiel Flächenversiegelung – wir kommen am Freitag noch mal dazu. Über 15 Millionen Euro planen Sie erneut für den ländlichen Wegebau ein, der schon lange kein Wegebau mehr ist, sondern ein verkapptes Straßenbauprogramm im ländlichen Raum. Und bei sinkenden Einwohnerzahlen verschwinden selbst in Natur- und Nationalparks touristisch und natur-schutzfachlich hoch attraktive Landwege unter Asphalt. Trotz zahlreicher Hilferufe von Gemeinden, die ihre Pflas-

terstraßen denkmalgerecht oder einen Radweg naturnah sanieren wollen, sperren Sie sich dagegen, die Mittel mithilfe von angepassten Förderrichtlinien so zu verplanen, dass genau diese landschaftsschonenden Bauweisen zum Standard werden. Das ist nur ein Beispiel, einer unserer Anträge.

Ein anderes Beispiel: Wir brauchen mehr Geld für die Erarbeitung und Umsetzung der Managementpläne in Natura-2000-Gebieten, für die Kontrollen der EU-Umweltauflagen in der Landwirtschaft, den sogenannten Cross-Compliance-Regeln, wir brauchen Geld für den öffentlichen Personennahverkehr – auch das ist Umweltschutz – und für die Auswertung von Umweltdaten. Auf der anderen Seite brauchen wir weniger Geld für millionenschwere Präsentationen des Landes bei den Olympischen Spielen in London. Wir brauchen bei schwindender Einwohnerzahl weniger Mittel im Straßenbau,

(Torsten Renz, CDU:
Wie viel ist denn geplant?)

wir brauchen weniger Mittel für Deiche und die Vertiefung von Wasserstraßen.

(allgemeine Unruhe)

Eine Unmenge weiterer Deckungspläne haben sich für uns aufgetan, die wir mit unserem Änderungsantrag, den Sie auf Drucksache 6/862 finden, aufgeschlüsselt haben. Insofern steht dieser Änderungsantrag auch für eine andere Richtung der Umweltpolitik dieses Landes, die wir für notwendig halten und für deren Unterstützung wir heute hier werben. – Vielen Dank.

(Beifall von Johannes Saalfeld,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Renz, CDU: Wenigstens einer hört zu.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Als Nächste hat die Abgeordnete Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stellen heute erneut zwei Anträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen zur Abstimmung, die die Koalitionsfraktionen im Bildungs- und im Finanzausschuss abgelehnt haben.

Und, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir haben keinen Schulfrieden, das würde auch gar nicht notwendig sein. Uns würde reichen, wenn Sie unsere fachliche Kompetenz anerkennen und mit uns fachlich über Dinge diskutieren und dann Ihre Entscheidungen auch revidieren. Ich habe die Hoffnung, dass Sie Ihre Haltung ändern werden, wenn ich Ihnen heute nochmals die Folgen der Ablehnung für die Schülerinnen und Schüler verdeutliche.

Unser erster Antrag befasst sich mit der Erhöhung der schülerbezogenen Stundenzuweisung für die Grundschulen. Seit dem Schuljahr 2010/2011 werden im gesamten Land keine Jahrgangsstufen 1 und inzwischen auch keine zweiten Klassen mehr an den Förderschulen gebildet. Das bedeutet, dass jedes Kind – mit Ausnahme einiger Diagnoseförderklassen – im gemeinsamen Unterricht an Regelgrundschulen unterrichtet wird. Das war der Beginn der überstürzten Inklusionsbestrebungen von SPD und CDU in der vergangenen Legislaturperiode.

Zweck dieses Handelns war nicht, die Kinder tatsächlich zu integrieren. Der Zweck bestand einzig und allein darin, die Statistik dahin gehend zu verändern, dass Mecklenburg-Vorpommern eben nicht mehr die meisten Förderschülerinnen und Förderschüler im Bund aufweist. Unter diesem nicht durchdachten und übereilten Handeln leiden inzwischen 25.000 Jungen und Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern, die ohne Rücksicht auf ihre Defizite und Auffälligkeiten eingeschult wurden.

Diese Kinder werden per Erlass zum Ertrinken verurteilt, wenn ihnen nicht engagierte Lehrkräfte sowie ihre Eltern dabei helfen, sich mühevoll an der Wasseroberfläche zu halten. Seit nunmehr zwei Schuljahren fehlt den Kindern also ein gravierender Teil der Unterstützung, die sie so dringend benötigen. Denn die Kinder, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, werden, wenn es gut geht, erst im Laufe der zweiten Klasse diagnostiziert. Dann erhalten sie mit Beginn des dritten Schuljahres maximal eine Unterrichtsstunde pro Woche Begleitung beim Lernen.

Das bedeutet, Herr Gundlack, und da widerspreche ich Ihnen,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, danke.)

dass sie zwei Jahre lang ohne eine einzige Minute individueller Unterstützung dem Lehrstoff hinterherlaufen und sich damit ihre Wissenslücken und ihre Versagensängste beständig vergrößern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das kann niemand von uns, meine Damen und Herren, wissentlich in Kauf nehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Wir wollen, dass dieser Zustand umgehend beendet wird. Wir beantragen die Stundenerhöhung für die Grundschulen auch für die Bereitstellung zusätzlicher Förderung, damit alle Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen gemeinsam gut und erfolgreich lernen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Jawoll.)

Wir können bei diesen Kindern eben nicht auf den Bericht der Expertenkommission warten, denn diese Schülerinnen und Schüler, von denen ich rede, haben noch rein gar nichts von diesem Konzept. Wir haben hier keine Zeit zu verschenken, sondern wir müssen diesen Mädchen und Jungen Zeit schenken, Zeit für ein begleitetes Lernen, denn ansonsten haben sie ihre Grundschulzeit beendet, gehen dann ebenfalls ohne Förderung in das weitaus kompliziertere System der weiterführenden Schulen über oder bei misslungener Inklusion in die Förderschulen.

Das Land ist im Begriff, eine gesamte Schülergeneration zu benachteiligen. Ich bin nicht gewillt und nicht bereit zu akzeptieren, dass Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, so mit den kleinsten Schülerinnen und Schülern umgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie können doch nicht weiterhin von den Eltern verlangen, dass sie zu Hause die Aufgaben übernehmen, für

die die Schulen verantwortlich wären, wenn sie denn dafür die notwendige Zeit bekämen.

Unverständlich ist mir vor allem, wie die Mitglieder des Bildungsausschusses und die Finanzministerin, die eine pädagogische Ausbildung haben, den Ernst der Lage nicht erkennen und sich dringenden Veränderungen verweigern. Die Lehrerinnen, Lehrer, Eltern und Großeltern in diesem Parlament, und das dürften dann sicher fast alle sein, können diesen Zustand nicht hinnehmen, Sie können ihn nicht vertreten und das wissen Sie auch. Sie wissen auch, dass die Forderung meiner Fraktion dringend notwendig und realistisch ist, um die Herausforderungen des gemeinsamen Unterrichts zu meistern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fordern keine Unsummen. 16,5 Millionen Euro kostet die so sehr benötigte Förderung für die kommenden zwei Jahre. Für den Zukunftsfonds Bildung in unserem zweiten Antrag sollen 50 Millionen Euro lediglich reserviert werden, reserviert, um nach Vorliegen der Berichte der Expertenkommissionen zur Inklusion sowie zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes wenigstens die Anschubfinanzierung zur Umsetzung der Ergebnisse zu sichern, denn dafür haben Sie weder in diesem Haushalt noch in der Mittelfristigen Finanzplanung Vorsorge getroffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir verlangen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder so motiviert werden, dass sie für die Kinder eintreten und hinter einer Bildungspolitik stehen, weil sie wissen, dass diese Politik sie und die Kinder in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir fordern nicht einmal zusätzliche Millionen, sondern es ist lediglich eine Rückforderung dessen, was in den vergangenen Jahren an den Schulen am Unterricht gestrichen worden ist. Denn bis zum Schuljahr 2009 gab es ausreichend Förderung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, nämlich fünf beziehungsweise drei Stunden für jedes dieser Kinder pro Woche, um sie eben im Lernen zu begleiten und zu unterstützen.

Und bis vor einigen Jahren gab es auch wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer, weil ihre ureigenste Aufgabe im Unterrichten bestand, und nicht in der Verwaltung von Schülerinnen und Schülern, und nicht im Überwinden überhöhter bürokratischer Hürden. Bis vor einigen Jahren mussten die Lehrkräfte 25 Stunden pro Woche unterrichten, inzwischen sind es 27 Stunden bei gleichem Gehalt. Das Land wollte sofort, wenn es in einer besseren finanziellen Lage ist, diese Stundenerhöhung rückgängig machen.

(Torsten Renz, CDU: Wo stand das?
Wer hat das beschlossen?)

Und? Dem Land geht es besser, den Kindern sowie den Lehrerinnen und Lehrern immer schlechter.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir fordern also nichts Neues, sondern wir fordern eine anforderungsgerechte Ausstattung der Schulen und den Willen, Kinder, Eltern und Lehrkräfte ernst zu nehmen.

Selbst der damalige Bildungsminister Henry Tesch erkannte bereits die Notwendigkeit der Förderung, als er 2008 die Schulgesetznovelle in den Landtag einbrachte. Ich zitiere: „Im Mittelpunkt steht das verfassungsmäßige Recht unserer Kinder und Jugendlichen auf eine gute Bildung, auf guten Unterricht. Es ist unsere Pflicht, jeden einzelnen in seiner Entwicklung individuell zu fördern und ihn entsprechend seines Leistungsvermögens optimal zu unterstützen.“ Ende des Zitats. Getan hat er allerdings etwas völlig anderes, denn jegliche Unterstützung wird den Schülerinnen und Schülern seit der Einführung der Selbstständigen Schule verwehrt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie unseren Anträgen auch dieses Mal nicht zustimmen wollen, dann erklären Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, es den Lehrkräften, den Eltern und den Kindern. Bei Ihren Reisen in der vergangenen Woche in Ihren Wahlkreisen werden Ihnen die Praktiker vor Ort auch nichts anderes gesagt haben, als ich es hier darstelle.

Sicherlich werden Sie in diesen Gesprächen die zusätzlichen 20 Stellen für die Grundschulen gegen Ihre eigene Überzeugung gefeiert haben. 20 neue Grundschullehrer sollen als Wanderlehrer durch das Land ziehen und den Vertretungsunterricht absichern. Das sind gerade einmal 550 Stunden für das gesamte Land! 550 Stunden, von denen jede Grundschule, würde es denn in der Breite so funktionieren, gerade mal 1,5 Stunden pro Woche erhält. Das kann nicht Ihr Rettungsanker sein, das ist nur eine Verzögerung des Untergangs!

Wenn wir im kommenden Schuljahr wieder Vor-Ort-Gespräche führen, dann erklären Sie den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern, warum Sie gegen eine erhöhte Stundenzuweisung und gegen die Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes gestimmt haben! Der jetzige Zustand verhindert nicht nur Inklusion, er verhindert grundlegende Bildung, denn billige Bildung gibt es nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist höchste Zeit, endlich Geld in unsere Schulen zu investieren, damit sie ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen können. – Ich fordere Sie auf, unseren Anträgen zuzustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Renz,
bis jetzt war die Rede gut. –
allgemeine Heiterkeit)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oldenburg! Das Thema ist einfach zu ernst, um hier jetzt Witze zu machen. Ich werde auch nicht den Redebeitrag halten, den ich an dieser Stelle in der Gesamtheit so ein bisschen gedanklich mir zurechtgelegt hatte, sondern werde zu einem späteren Zeitpunkt hier noch mal ans Rednerpult treten. Ich werde jetzt versuchen, nur kurz ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da sind
wir aber schon beim Sommerfest.)

Wenn Sie nicht so viel Zeit haben, Herr Holter, bei diesem wichtigen Thema, dann tut mir das leid.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich hab viel Zeit.)

Ich glaube, wir sollten jetzt so viel Zeit haben und vor allem Sachlichkeit, konkret an diesem Punkt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.
Entscheidungen für die Zukunft
unserer Kinder sind notwendig. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Frau Oldenburg hat aus meiner Sicht in vielen Punkten treffend die Situation beschrieben. Ob diese bildlichen Vergleiche so notwendig waren, das überlasse ich Ihnen selbst,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Damit es jeder begreift, Herr Renz.)

ob es so dramatisch – dann auch diese bildlichen Vergleiche – hier hätte sein müssen, aber das ist auch nicht das Entscheidende.

Sie haben hier einen Untergang signalisiert, wo ich sage, zusammenfassend zu dem, was Sie inhaltlich vorgetragen haben, würde ich sagen: Ja, Sie haben recht, hier ist Handlungsbedarf. Und Sie können davon ausgehen – und ich denke, dass ich da auch für die Bildungspolitiker hier innerhalb der CDU und wahrscheinlich auch der SPD mitsprechen darf –, dass wir uns hier nicht hinstellen werden, etwas schönreden werden und hier in Feierlaune übergehen werden, wenn wir dieses Programm, was hauptsächlich ja die Grundschule betrifft, dieses 10-Punkte-Programm, hier vielleicht als Ausrede – so haben Sie es ja versucht darzustellen – versuchen in den Raum zu stellen. Das ist wahrlich kein Feiergrund. Fakt ist, es ist Handlungsbedarf. Fakt ist auch, dass wir in der Koalition an diesem Thema arbeiten. Und ob die Lösungen, die jetzt auf dem Tisch liegen, zufriedenstellend sind, das überlasse ich dann mal der Bewertung anderer.

Aber richtig ist auch, wir haben nicht nur erkannt, dass Handlungsbedarf ist, sondern wir haben auch gehandelt, und dann ist es schon wichtig, hier jedoch mit zwei, drei Sätzen mal darzustellen, was das bedeutet, wenn wir dann diese 20 Vertretungslehrer bekommen. Und so, wie ich das höre aus der Praxis, gibt es ja auch Bewerbungen oder ausreichend Bewerbungen, die vorliegen.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir haben vorher den Zustand gehabt, dass der Vertretungsunterricht, der Pool, genutzt wurde, aber nicht ausreichend war und wir dann aus dem Bereich der Förderung Stunden sozusagen abgezogen haben für diesen Vertretungspool. Und das ging dann zulasten der Kinder, die diesen Förderbedarf haben. Das ist richtig. Um diesen Umstand einigermaßen zu heilen, da nehmen wir für uns als Arbeitskreis der CDU auch in Anspruch – in intensiven Gesprächen mit dem Bildungsministerium –, dass zumindest kleine Bewegungen vonstattengegangen sind. Um diesen Umstand zumindest etwas zu heilen, ist es also gelungen, diese zusätzlichen 20 Stellen aus dem System heraus zu finanzieren, und das bedeutet eben – und das muss man dann an dieser Stelle noch mal so klar sagen –, das bedeutet eben, dass wir jetzt nicht

mehr in Zukunft fälschlicherweise die Förderstunden abziehen und „falsch“ sozusagen – in Anführungsstrichen – für den Vertretungsunterricht nutzen. Dass das eine Maßnahme ist, die nicht ausreichend ist, das will ich hier, wie gesagt, nicht weiter debattieren. Ich will nur sagen, das Thema ist erkannt und das ist ein erster Schritt auf dem Wege zu vernünftigen Lösungen, zu einer Einführung der Inklusion, die etwas holprig war. Und insofern kann ich nur für uns noch mal an dieser Stelle deutlich sagen, dass wir an dem Thema arbeiten.

Zu den anderen Ausführungen, was die Thematik „Attraktivität Lehrerberuf“ betrifft, werde ich mich nachher noch etwas ausführlicher äußern. Fakt ist aber: Wir haben dort eine Arbeitsgruppe gebildet. Und ob es dann jetzt richtig – Sie können natürlich immer machen, was Sie wollen –, aber ob es dann richtig ist, an dieser Stelle jetzt so eine Art Blumenstrauß hier vorzustellen

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

und einzelne Maßnahmen schon festzulegen und auch schon ausfinanzieren zu wollen? Ich glaube, da sind wir bei dem, so, wie der Bildungsminister es macht, dass wir sagen, wir wollen das ganze Paket, diesen Blumenstrauß erst mal vor uns haben. Und dass wir dann Prioritäten setzen müssen und entscheiden müssen, welche Maßnahme dann auch finanzierbar ist vor dem Hintergrund, dass wir viele, viele Baustellen in diesem Lande haben, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben wollen, da müssen wir aufpassen, dass wir da nicht unredlich werden und zu viel versprechen.

Ich hab das neulich auch schon gesagt beim Deutschen Beamtenbund in der Runde, weil Sie das auch so angedeutet haben, wir können mal so locker hier die 27 Stunden zurücknehmen auf 25. Das kann man sich alles wünschen, wobei, dann gehört dazu, es wurde unter Rot-Rot so auf den Weg gebracht. Da wurde mir empfohlen, jetzt als CDU einfach mal zu sagen, das war damals keine tolle Entscheidung, das schieben wir jetzt mal wieder zurück. Da sage ich Ihnen, ich glaube eher, dass das nicht machbar ist. Das kann man versprechen. Ich kann mir eher vorstellen, wenn wir was für ältere Lehrer tun wollen, dass wir meinetwegen eine Stunde Abminderung ab dem 55. Lebensjahr einführen, weil es noch finanzierbar sein muss.

Ich will aber auch keine Vorfestlegung jetzt im Zusammenhang mit diesem Haushalt. Ich glaube, der richtige Weg ist, die Ergebnisse abzuwarten, auszuwerten und dann für den Haushalt 2014/2015 neben den Schwerpunkten, die wir bisher haben im Bereich der Kommunen, im Bereich des KiföGs, ganz klar den dritten wesentlichen Schwerpunkt Bildung hier zu definieren. Und wenn ich dann auf der Fahrt hierher im Radio höre, aus Kreisen der Koalition wird darüber nachgedacht, im Bereich Bildung Prioritäten zu setzen oder mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, da kann ich nur sagen, also so eine geheime Meldung oder so nibulös, nebu...,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nebulös. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Vernebelt. –
allgemeine Heiterkeit)

nebulös brauchen wir das nicht zu machen. Es ist Fakt: Für den Doppelhaushalt 2014/2015 muss die Priorität auch im Bereich Bildung liegen. – Danke schön an dieser Stelle erst mal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Großteil unserer etwa 50 Änderungsanträge bezieht sich auf den Einzelplan 07 –

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur –, denn hier sehen wir den größten Nachsteuerungsbedarf, wenn es darum geht, die Gelder gerechter zu verteilen. Ich möchte an das Landesbauprogramm erinnern – Landesbauprogramm zum Thema Inklusion, das wir beantragt haben –, das die Kommunen entlasten soll von den Vorschlägen oder von den Änderungen, die durch das Inklusionspapier, das die Landesregierung im nächsten Jahr vorlegen wird, entstehen. Wir haben eine vollumfängliche Erhöhung des Lehrerreisekostenbedarfs, der Lehrerreisekosten gefordert. Wir haben die personelle Ausstattung oder eine Erhöhung der personellen Ausstattung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege gefordert.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist der größte Witzantrag!
Da haben Sie einen Internetauftritt
als Grundlage genommen.)

Hier übernimmt der Landesarchäologe Herr Jantzen zurzeit die Arbeit von sechs Personen, wie man der Internetseite entnehmen kann.

(Vincent Kokert, CDU: Nicht aus
dem Konzept bringen lassen!)

Und wir wollten natürlich auch die längst überfällige Erhöhung des Etats für die Theater und Orchester um zehn Prozent, um den Theatern und Orchestern Planungssicherheit zu geben.

(Heinz Müller, SPD: Und die Besetzung
von Stellen, die längst besetzt sind.)

An dieser Stelle möchte ich aber aus Zeitgründen nicht zu allen unseren Anträgen in diesem Bereich sprechen, sondern auf die drei Anträge eingehen, die für uns von hervorgehobener Relevanz sind und für die ich deshalb Einzelabstimmung beantrage. Das sind zwei Anträge, die darauf abzielen, die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land zu entlasten, und ein Antrag, der die Qualität des Produktiven Lernens sicherstellen soll. Diese drei Anträge befinden sich auf der Drucksache 6/861 und das betrifft dort genau die Ziffern 1 und 2 und die Kapitel 750 bis 755 im Haushalt.

Gerade erst gestern wieder hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verdeutlicht, dass die Lehrkräfte in unserem Bundesland mit 30,3 Krankheitstagen doppelt so häufig krank sind oder doppelt so lange krank sind, wie die Versicherten der Betriebskassen und der AOK. Vor drei Jahren waren es noch 9 Tage weniger. Diese eklatanten Unterschiede lassen sich nicht alleine über das gestiegene Alter erklären. Die Anforderungen an die Lehrkräfte sind vielmehr in den letzten Jahren deutlich spürbar gestiegen.

Mit jeder Schulreform sind zeitliche Ansprüche hinzugekommen. Dazu gehören: die Erarbeitung eines Schulprogramms, schulische Lehrpläne, individuelle Förderpläne, Vergleichsarbeiten, Elternarbeit, fachliche und pädagogische Weiterbildung. Die Liste der Aufgaben, die neben dem eigentlichen Kerngeschäft, nämlich dem Unterricht, anfallen, ist fast beliebig verlängerbar. Die dafür vorgesehenen Ausgleichs- und Anrechnungsstunden reichen bei Weitem nicht aus. Stattdessen wurde die Lehrerwochenstundenzahl mit dem Schuljahr 2004/2005 um durchschnittlich zwei Stunden angehoben, und das aus rein fiskalischen Gründen. So sparte das Land zwar ungefähr 19 Millionen Euro ein pro Jahr, die Lehrerwochenstundenzahl aber wurde zu der höchsten Deutschlands. Die Lehrer wurden häufiger krank, die Kosten für Vertretungen sind gestiegen und der Unterricht fällt häufiger aus. Das alles waren also keine Änderungen, mit denen sich eine Regierung rühmen kann.

Wir wollen das Rad wieder ein wenig zurückdrehen und diese Abwärtsspirale doch zumindest verlangsamen. Mit den von uns veranschlagten 13,42 Millionen Euro ist es möglich, denjenigen Lehrkräften, die gleichzeitig als Klassenleiter/-innen fungieren, zumindest eine Abminderungsstunde zuzugestehen.

Jeweils eine Anrechnungsstunde pro Referendar fordern wir auch für die Mentorinnen und Mentoren. Obwohl das Referendariat in diesem Jahr bereits am 1. April begann, gibt es immer noch Referendare, denen an den Schulen keine Mentoren zur Seite gestellt werden, einfach weil sich keine Lehrerinnen und Lehrer finden, die diese Aufgabe übernehmen wollen. Da nützen auch die 2010 eingeführten 100 Euro wenig, um den zusätzlichen Arbeitsaufwand auszugleichen. Stattdessen brauchen wir andere Ideen, um die Schulen und die Lehrkräfte dazu zu ermutigen, neue Lehrer/-innen auszubilden.

Bei unserem dritten Antrag möchte ich Ihnen zunächst erklären, was sich hinter dem Begriff „Produktives Lernen“ überhaupt verbirgt. Dann ist es für Sie leichter nachzuvollziehen, was uns an diesem Antrag so wichtig ist. Das Produktive Lernen ist eine Alternative zum reinen schulischen Lernen in der 8. bis 10. Klasse, also in der Schulausgangsphase. Drei Tage lernen Schüler, also lernen und arbeiten in den Betrieben und bekommen dort praxisnahen Unterricht in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch. Zwei Tage gehen sie dann in eine normale Schule und werden dort zusätzlich unterrichtet. Außerdem bekommen diese Schüler eine Stunde individuelle Bildungsberatung, dort wird über die Lernfortschritte und über die Bedürfnisse der Schüler gesprochen.

Durch die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds konnte das Produktive Lernen in Mecklenburg-Vorpommern zum Schuljahr 2005/2006 an 6 Schulen eingeführt und etabliert werden. Inzwischen wurde dieses Projekt auf 27 Schulen ausgeweitet und hat große Erfolge aufzuweisen, denn fast 80 Prozent der Schüler, die vorher als nahezu chancenlos galten, haben am Ende dieser Zeit die Berufsreife mit der 9. Klasse abgeschlossen. 53 Prozent dieser Schüler befanden sich später in einer dualen Ausbildung. Durch den Erfolg des Modells ist die Nachfrage so groß geworden, dass die ESF-Mittel für die Begleitung der Projekte aber bei Weitem nicht mehr ausreichen. Im Moment sind drei Teilzeitprojektberaterinnen mit insgesamt 47 Lehrerwochenstunden angestellt. Sie beraten und bilden die Lehrerinnen und Lehrer an den 27 Standorten zum Produktiven Lernen aus.

Sie sehen, allein dieser Teil der Aufgaben würde drei Teilzeitstellen rechtfertigen. Hinzu kommen Koordinierungsaufgaben mit dem Ministerium, mit den Schülern und dem IQMV und natürlich administrative Aufgaben wie die Evaluation, Dokumentation und die der Verwaltung. Entgegen den ursprünglichen Planungen kam auf Wunsch des Bildungsministeriums vor zwei Jahren zusätzlich die Dissemination, also die Verbreitung des Konzeptes „Handeln, Erkunden, Entdecken“ hinzu. Mit diesem Konzept handelt es sich um einen Projektlerntag im 7. Schuljahr, der dazu dienen soll, die erfolgreichen Prinzipien und Methoden des Produktiven Lernens auf den Regelunterricht auszuweiten.

Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn das Bildungsministerium an dieser Stelle nicht nur wünscht, sondern natürlich auch bereit ist, für die Erfüllung dieser Wünsche zu bezahlen. Zur Sicherung der Angebote und um einen langsamen Einstieg in eine genuine Landesfinanzierung zu schaffen, ist daher eine Aufstockung um 40 Lehrerwochenstunden beziehungsweise 1,5 Stellen dringend erforderlich. Dieses entspricht einer zusätzlichen Förder-summe von 105.000 Euro. Gleichzeitig schaffen wir damit auch erstmals für diesen Bereich eine Haushaltsstelle, die dann mit dem Auslaufen der ESF-Mittel mit dem Schuljahr 2013/14 nach Bedarf aufgestockt werden kann. Das bringt unser Land auch in die Situation, Schulinnovationen, die sich als praxistauglich erwiesen haben, selbst zu finanzieren und unabhängig von Fördermitteln weiter durchzuführen.

Ich werbe ausdrücklich um Ihre Zustimmung. Unsere Kinder werden es danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Johann Heinrich von Thünen gehört zu den wenigen Persönlichkeiten unseres Landes von Weltrang, und das sowohl als Begründer der Nationalökonomie

(Peter Ritter, DIE LINKE: Neben Herrn Renz.)

und Musterlandwirt, aber auch als Humanist. Das Thünen-Museum in Tellow ist weltweit die einzige Stätte, die sein fortschrittliches Wirken für die Öffentlichkeit und die Wissenschaft aufarbeitet, bewahrt und der Jugend zugänglich macht. Zum besseren Verständnis der Strukturen in Tellow möchte ich hier einfügen, dass das Thünen-Museum der Kernbereich der gemeinnützigen Thünengut Tellow gGmbH ist. Diese gemeinnützige GmbH wurde seinerzeit gegründet, um die Museumsstrukturen besser unterstützen zu können. Im Mittelpunkt unseres Entschließungsentwurfes steht jedoch nur das Thünen-Museum.

Der Umgang und Einsatz für den Erhalt und die Entwicklung dieser nationalen Gedenkstätte wirft ein bezeichnendes Licht auf das Kultur- und humanistische Verständnis von Regierung und Koalitionsfraktionen. Allerdings habe ich inzwischen gehört, dass man doch eine Lösung möchte. So kann ja eigentlich der Zustimmung zu unserer Entschließung nichts mehr im Wege stehen. Bisher ist es jedenfalls so, dass die Zukunft dieser wich-

tigen Gedenk- und Bildungsstätte akut gefährdet ist. Ohne eine angemessene Unterstützung durch das Land ist die weitere Aufarbeitung des Thünen'schen Nachlasses sowie die Nutzung, Aktualisierung und Erweiterung der Ausstellungen und Sammlungen des Thünen-Museums nicht möglich.

Wir schlagen deshalb vor, dass die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 07 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur – um eine Entschliebung zum Bekenntnis des Landes für Tellow erweitert wird. Damit wird nicht nur für den unterstützten Landkreis Rostock und die Gemeinde Warnkenhagen ein Zeichen des Willens des Landes gesetzt, sich weiter für den Erhalt und die Entwicklung der nationalen Gedenkstätte einzusetzen, sondern auch bundes- und weltweit das richtige Signal gegeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Der Erhalt und der Ausbau der nationalen Gedenkstätte zur Bildungs- und Forschungseinrichtung sollte festgeschrieben werden. Das Thünen'sche Erbe steht in einem engen Zusammenhang mit dem Standort Tellow. Ich denke, es ist unstrittig, dass Thünen und Tellow besonders wichtig für das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern sind, eine herausragende nationale und internationale Bedeutung haben und dass die Lehren wachsende Aktualität bei der Lösung von weltweiten Problemen im Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, also von Nachhaltigkeit besitzen.

Deshalb sind die auf dem klassischen Boden in Tellow vorhandenen einmaligen Möglichkeiten für die Ausstrahlung des Thünenerbes unbedingt zu erhalten und auf hohem Niveau weiter auszubauen. Die Direktorin des Thünen-Museums Tellow Frau Angela Ziegler schreibt im Vortext zum Konzept „Zeitreise“, ich zitiere: „Geschichte schreibt zwar das Leben selbst, aber für das Bewahren der Geschichte sind wir Menschen zuständig. Wir können machen, dass Thünen vergessen wird, und wir können bewirken, dass er lebt. Wir haben uns vor vier Jahrzehnten für das letzte entschieden. Menschen, die in Tellow waren, wissen warum. So ist es auch heute im Vergleich zu den großen Museen nicht viel, was wir einfordern. Nur das Recht der Existenz auf einem Niveau, das der besonderen Forscherpersönlichkeit Thünens gerecht wird.“ Dem sollte sich der Landtag dringend anschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Meine Fraktion bringt heute in der Zweiten Lesung zum Doppelhaushalt keinen Energieantrag mehr ein. Das heißt nicht, dass wir eine Aufstockung der Mittel nicht für dringend erforderlich halten würden, im Gegenteil, aber wir erachten es als zwecklos – nicht nur deshalb, weil unsere Anträge von vornherein keine Mehrheit finden würden, die Baustelle ist nach unserer Auffassung so groß, dass wir mit einem weiteren Antrag nicht erreichen würden, dass Energiepolitik tatsächlich als Schwerpunkt des Landes erkennbar wäre.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das ist aus unserer Sicht das Problem. Der Schwerpunkt ist nicht erkennbar, nicht einmal im Haushalt des Energieministeriums, aber auch nicht insgesamt.

Da gibt es einen Fonds für die Klimaschutzrichtlinie, der bereits heute faktisch leer ist, weil er nämlich schon überzeichnet ist. Da gibt es einen Darlehensfonds, 5 Millionen 2012, 5 Millionen 2013. Immerhin, den gab es vor der Ausschussberatung nicht. Ein Fortschritt,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

aber das als großen Wurf zu bezeichnen, das halte ich doch für sehr vermessen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aus diesem Darlehen sollen dann die Rückflüsse den Innovationsfonds, der heute auf null ist, speisen. Das war die Kritik, auch des Ausschussvorsitzenden: Der Innovationsfonds soll ja gespeist werden, also kann da jetzt noch gar nichts drin sein. Aber, was meinen Sie denn, wann soll denn etwas zurückfließen, was Innovationen dann zugutekommen kann?

(Egbert Liskow, CDU: Sagen Sie doch einfach mal Danke. – Peter Ritter, DIE LINKE: Später.)

2012 – mit Sicherheit nicht. 2013 – höchst unwahrscheinlich.

(Vincent Kokert, CDU: Warum?)

Haben wir dann für Innovationen im Bereich erneuerbarer Energien kein Geld? Hat überhaupt jemand in der Landesregierung einen Überblick, was mit welchen Mitteln auch in diesem Land getan wird, unter anderem auch im Bereich Forschung und Entwicklung?

(Egbert Liskow, CDU: Aber ihr habt den Überblick!)

Nein, ich hab ihn auch nicht. Ich würde ihn gerne mal sehen, diesen Überblick.

Forschung und Entwicklung, das weiß ich jedenfalls mit Sicherheit, werden in der „Leitstern“-Bewertung für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf diesem Gebiet immer mit dem letzten Platz bewertet – und das in einem Land, wo das angeblich Schwerpunkt sein soll. Es herrscht außerdem ein großes Fragezeichen, zum Beispiel bei den Dörfern, die sich aufmachen, Bioenergie- oder Erneuerbare-Energie-Dörfer zu werden, ob sie denn auch bei nicht ausgeglichenem Haushalt die Chance erhalten, dieses Geschäftsfeld und damit die Chance für eigene kommunale Wertschöpfung zu nutzen.

Die Einzigen, die einigermaßen sichere Rahmenbedingungen haben, sind Investoren für Windparks, die jetzt Grundstückseigentümer und Kommunen belagern. Und das sind nach wie vor im Wesentlichen Investoren, die nicht aus Mecklenburg-Vorpommern kommen und die auch die Unterstützung des Landes nicht brauchen. Summa summarum, zur Energiepolitik gibt es zwar sehr viele schöne Worte, aber von Kompetenzbündelung, die in der Praxis auch erkennbar ist, ist nichts zu erkennen. Und was will man schon erwarten von einem Ministerium, das schon bei der Forderung nach einem Masterplan fast aus den Latschen kippt?!

(Egbert Liskow, CDU: Sprechen Sie doch mal mit dem Minister!)

Kollege Backhaus hat mit dem Begriff offensichtlich kein Problem, auch er fordert das Mittun von vielen Akteuren. Beim Energieminister, da schließen sich offensichtlich Masterplan und Beteiligung von anderen aus. Trotzdem hoffe ich natürlich, dass sich hier was bewegt und Sie unserer Entschließung zu Tellow zustimmen.

(Egbert Liskow, CDU: Die Windräder drehen sich.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich hatte eigentlich nicht vor, hier heute noch zu sprechen, aber der Beitrag von Frau Berger veranlasst mich doch, mal hier einige Worte klarzustellen.

(Egbert Liskow, CDU: Das muss sein!)

Während der gesamten Haushaltsdebatte hatte ich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Eindruck, dass es weniger auf Inhalte ankam, sondern mehr auf, ja, populistisches Deutlichmachen,

(Egbert Liskow, CDU: Klamauk!)

dass Sie eigentlich die Guten in dieser ganzen Situation sind

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

und Forderungen aufmachen,

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

obwohl Sie – ich komme da gleich zu Beispielen –, obwohl Sie genau wissen, dass die entweder nicht gerechtfertigt sind oder sich nicht umsetzen lassen. Und ich möchte diesen Punkt mal an einem Beispiel deutlich machen: Da fordern Sie für die Kultur- und Denkmalpflege in Kapitel 0725 420.000 Euro zusätzlich, sechs Stellen für Wissenschaftler/-innen.

(Vincent Kokert, CDU: Tja.)

Der Bildungsminister hat ausführlich – Frau Berger, Sie waren doch da, Sie leiten doch die Ausschusssitzung –, ausführlich erläutert, ...

(Vincent Kokert, CDU: Da müssen Sie mal zuhören.)

Herr Minister, Sie können mich gerne korrigieren. Sie dürfen ja nicht von der Bank aus reden.

... der hat ausführlich erläutert, dass Sie Ihr Wissen, dass sechs Stellen nicht besetzt sind, von der Internetseite haben, von der Internetseite des Landesamtes. Nur das Problem an der Sache war, diese Internetseite war nicht aktuell.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?!)

Und der Minister hat eindeutig erklärt, diese Stellen sind alle besetzt.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und natürlich, und natürlich muss die Internetseite aktuell gestaltet werden. Und sie ist aktuell gestaltet und dort steht: Es gibt acht Wissenschaftlerstellen. Die acht Wissenschaftlerstellen sind besetzt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schauen Sie doch in den Stellenplan!)

Sie bleiben auf dem alten Stand, bringen den alten Antrag wieder ein,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es steht doch im Stellenplan!)

der im Bildungsausschuss schon unsinnig war und hier ja nun noch unsinniger ist. Also, wie können wir,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja ein Skandal!)

wie können wir denn so einem Antrag zustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie wissen das doch ganz genau, dass das nicht zutreffend ist!

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Punkt 2: Abminderungsstunden ...

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 2: Abminderungsstunden für Klassenleiter und Mentoren. Auch der Antrag ist nicht vollständig durchdacht. Es ist ja, wie Sie den Antrag gestellt haben, etwas kompliziert, insgesamt da durchzusteigen, aber ich hab mir mal die Arbeit gemacht.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Da stimmen die Zahlen von 13,4 Millionen meines Erachtens nicht, wenn Sie das umsetzen wollen, was Sie dort beschrieben haben. Da müssen Sie nämlich über 20 Millionen haben. Sie haben in Ihrer ganzen Aufzählung bei Abminderungsstunden für Klassenleiter und Mentoren die beruflichen Schulen vergessen. Da würden, glaube ich, noch mal 2,4 Millionen nach meinen Berechnungen dazukommen. Sie haben vergessen, dass das entsprechende Auswirkungen auf die Schulen in freier Trägerschaft hat – noch mal 2,5 Millionen dazu. Sie haben bei den Förderschulen einmal angegeben – gucken Sie mal in Ihre Tabelle rein, warten Sie mal, da muss ich mal gucken –, dass Sie für die Förderschulen – da muss ich mal gucken, Moment, das konnte ich jetzt vorher nicht raussuchen –, dass Sie für die Förderschulen für 2012 ungefähr 2,6 Millionen haben wollen, für 2013 3,1 Millionen. In Ihrer Begründung heißt es, Sie wollen für die Förderschulen, also Kapitel 0752, 2,24 Millionen haben für beide Jahre. Ja, was wollen Sie denn?

(Heinz Müller, SPD: Aber ein paar Milliönchen kann man doch mal vergessen!)

Wenn Sie so einen Antrag stellen, wie sollen wir denn so einen Antrag verabschieden, wenn offensichtlich nicht mal in dem Antrag die Zahlen miteinander stimmig sind?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das zum Punkt 2.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt ...

(Heinz Müller, SPD: Klarer Fall von Dyskalkulie.)

Punkt 3, nächster Antrag: Zuwendung an Schulträger für Investitionen in die räumliche Ausstattung für den integrativen Unterricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die UN-Behindertenrechtskonvention gilt nicht nur für das Land, sondern gilt genauso für den Bund, gilt genauso für die Kommunen und ich frage mich – wir haben eine entsprechende Expertenkommission arbeiten, die Vorschläge vorlegen soll –, ich frage mich, warum greifen Sie jetzt den Punkt hier heraus und tun so, als hätten die Kommunen nicht als Schulträger auch eine Pflicht, die UN-Behindertenrechtskonvention mit umzusetzen. Nein, Sie wollen sich jetzt bei den Kommunen lieb Kind machen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Es liegt noch kein vernünftiges Konzept vor, aber Sie wollen schon mal sagen, gebt mal den Kommunen Geld, damit die Kommunen Beifall klatschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unseriös, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und letzter Punkt: Produktives Lernen. Auch das hatten wir Ihnen im Bildungsausschuss ausführlich erklärt.

(Egbert Liskow, CDU: Nicht zugehört.)

Dafür gibt es einen entsprechenden Titel, meines Erachtens im Sozialministerium, auch das hat der Bildungsminister ausführlich erklärt. Wenn Sie denn schon Anträge stellen, bitte platzieren Sie sie doch richtig,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut. –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

im richtigen Haushaltsplan. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schubert von der CDU-Fraktion.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich hatte eigentlich keinen Redebeitrag vorbereitet, aber wenn man hier nur Halbwahrheiten hört von der Opposition, muss man einfach darauf reagieren.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig. –
Egbert Liskow, CDU: Ja, genau.)

Es fiel heute mehrfach ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben wir Sie geweckt, Herr Schubert?)

Ja, wenn Sie da sind, bin ich immer wach, Herr Ritter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann ist ja meine Aufgabe schon erfüllt.)

Also, wenn man heute spricht, dass es durch den Sozialausschuss verhindert worden ist, dass es eine Anhörung gibt, dann ist das eine Halbwahrheit. Wir haben mit den Obleuten zusammengesessen, dort haben wir noch mal beraten: Sind alle Dinge beantwortet worden? Die Ministerin hat ausführlich zu den Fragen der Opposition Stellung genommen, hat schriftliche Mitteilungen zu den ausstehenden Fragen weitergeleitet. Und dann gab es ein Obleutegespräch und in diesem Obleutegespräch kam zur Sprache, es gibt keine neuen Fragestellungen und es gibt auch keine neuen Argumente. Und insofern haben dann die Regierungsfaktionen oder die Koalitionspartner entschieden, es besteht kein Bedarf an einer Anhörung. Man hat dann die Möglichkeit gesucht im Finanzausschuss, da noch eine Anhörung zu organisieren. Und ich meine, das ist unfair. Warum treffen sich dann die Obleute und besprechen diese Dinge? Ich meine, das muss man hier auch mal richtig klarstellen. Nicht, dass die Leute draußen denken, wir verhindern hier eine vernünftige Arbeit.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Der war getarnt.)

Und zweitens muss man auch sagen, wenn es um den Antrag der LINKEN geht zur Novellierung des KJFG, und zwar geht es da um die Mittel für den Haushaltstitel, Drucksache 6/874: Frau Bernhardt, wir waren beide bei der Veranstaltung des Landesjugendrings und da ist ein Vertreter des Sozialministeriums aufgetreten und hat gesagt, wir arbeiten an der Novellierung des KJFG in Bezug der Finanzierung für diesen Titel. Und der hat eindeutig gesagt, wir werden neue Überlegungen treffen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, Sie sind doch in der Verantwortung, nicht der Landesjugendring.)

dass es nicht mehr pro Kopf ist. Und wenn ein Antrag zu dem Haushalt gestellt wird, dann muss zuvor eine Gesetzesveränderung sein und die Richtlinien müssen geändert werden. Daran arbeitet man und wird uns auch einen Lösungsvorschlag präsentieren. Das haben Sie genau mitgehört, genau bei dieser Veranstaltung kam dieses Thema.

Wenn ich dann an den Antrag der GRÜNEN denke, die Drucksache 6/863, Sie fordern dort ja eine Erhöhung der Mittel für die Förderung von sozialer und beruflicher Integration der Migrantinnen und Migranten. Haben Sie sich denn mal angesehen, wie der Iststand 2010 war, wie der Haushaltsansatz 2011 war? Der ist nicht abgesenkt worden, der ist so geblieben. Sie fordern 70.000 Euro mehr, aber diese Mittel wurden gar nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen. Insofern ist das ein unseriöser Antrag, in dem man voraussetzt, wir brauchen mehr Mittel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Zahlen steigen an. Wir müssen mehr tun. –
Udo Pastörs, NPD: Biologisch motiviert.)

Und insofern, sage ich mal, dann hätten Sie lieber andere Anträge stellen sollen, lieber andere Anträge. Ich weiß nicht, die Schuldnerberatungen, die haben sich bestimmt bei Ihnen auch gemeldet. Wir haben diesen Hilferuf aufgegriffen, die Regierungsfractionen, und haben dann für Schuldnerberatungen mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das sind Heldentaten!)

Ich habe von Ihnen in diesem Zusammenhang keinen Antrag im Sozialausschuss vernommen.

Familienförderung, auch diese haben wir zum Anlass genommen für einen gemeinsamen Antrag und stellen auch 200.000 Euro jährlich für 2012 und 2013 zur Verfügung. Uns war vorher schon bewusst, wenn man dieses macht, dann ist die Erwartungshaltung auch für die nächsten Jahre, für 2014, 2015 bei den Schuldnerberatungsstellen und bei der Familienförderung da. Und um das zu finanzieren, haben wir uns lange mit der Thematik beschäftigt. Und das, meinen wir, ist seriös. Man kann nicht nur für einen Doppelhaushalt irgendwelche Schwerpunkte rausgreifen, um die Leute zufriedenzustellen, und dann nachher, wenn sie sich darauf eingestellt haben, in den folgenden Haushaltsjahren, muss man sagen, tut mir leid, wir haben das Geld nicht mehr.

Und lassen Sie mich noch mal einen Punkt aufgreifen zu dem Entschließungsantrag, den wir angeblich von Ihnen aufgenommen haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war ein Änderungsantrag von uns.)

Ich glaube, Sie müssten da noch mal die Sitzung nachvollziehen: Dieser Entschließungsantrag der Regierungskoalition lag vor.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir hatten unseren einen Tag vorher eingereicht, Herr Schubert.)

Sie haben Ihren Antrag an dem Tag eingebracht

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ihrer hatte noch nicht mal eine Nummer.)

und insofern war unser Antrag vorher da.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Selbst wenn, wäre das ja mal lustig von der Koalition, von der Opposition etwas anzunehmen.)

Letztendlich muss ich aber sagen, ich bewundere die Ausschussvorsitzende Frau Tegtmeier, dass Sie dieses Spiel von Ihnen mitgemacht hat.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Anträge, alle Anträge wurden als Tischvorlagen eingereicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nicht der Antrag! Das stimmt nicht.)

Wir haben sogar dann noch eine Auszeit nehmen müssen, um die überhaupt erst mal lesen zu können. Und ich meine, das ist unseriös.

(allgemeine Unruhe –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, das stimmt nicht. Das ist nicht unseriös.)

Insofern denke ich mal,

(allgemeine Unruhe –
Helmut Holter, DIE LINKE: Da kann ich Ihnen ja auch was erzählen, wie es bei uns im Ausschuss läuft, Herr Schubert.)

insofern denke ich mal,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja alles wie im Sandkasten!)

wenn man vernünftige Haushaltspolitik machen will,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe auch vorher mit Frau Schwesig darüber gesprochen. Nun hören Sie doch auf!)

dann muss man auch lange und intensiv darüber diskutieren. Wir haben die Auszeit genutzt, um über Ihre Tischvorlagen intensiv zu diskutieren.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Offensichtlich leben wir in unterschiedlichen Realitäten. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Letztendlich ist unser Antrag damals weitergehend gewesen und deswegen haben wir ihm auch zugestimmt. Das vielleicht noch mal zur Klarstellung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier in den unterschiedlichsten Zusammenhängen über die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert. Die insgesamt durchaus positive Entwicklung der offiziellen Statistik darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor spezielle Problemlagen gibt.

(Vincent Kokert, CDU: Dank der guten Arbeit der Arbeitsminister.)

Zu einer ehrlichen Analyse gehört daher auch, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit natürlich etwas mit demografischer Entwicklung zu tun hat, mit Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und natürlich auch mit versteckter Arbeitslosigkeit. Zählen Sie beispielsweise die 30.000 Menschen dazu, die aufgrund von Krankheit, Alter, Ausübung von Arbeitsgelegenheiten oder Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen gar nicht in der Statistik auftauchen, dann relativieren sich die vielfach zu hörenden Jubelmeldungen über erstmals weniger als 100.000 Arbeitslose seit der politischen Wende.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Dann reden wir über realistische Zahlen, und nach denen haben wir in der offiziellen Statistik der Bundesagentur im Mai dieses Jahres ausgewiesene 72.720 Arbeitslose im SGB-II-Bezug, also Langzeitarbeitslose, zu denen noch einmal 6.599 Frauen und Männer allein in sogenannten Ein-Euro-Jobs hinzugezählt werden müssen. Und wir haben es im Land auch mit einer sehr ungleichen Verteilung der Arbeitslosigkeit über die Rechtskreise zu tun. Das Verhältnis SGB II zu SGB III beträgt etwa zwei Drittel zu einem Drittel.

Vor dem Hintergrund dieser anhaltend hohen Langzeitarbeitslosigkeit und dem gleichzeitig drohenden beziehungsweise einsetzenden Arbeitskräftemangel war es natürlich geradezu paradox, dass auf Bundesebene genau dort das Geld abgezogen wurde, wo es am allermeisten benötigt wird, nämlich bei der Integration von Langzeitarbeitslosen. Durch diese Entscheidung fehlen den Agenturen und Jobcentern im Land allein in diesem Land mehr als 80 Millionen Euro. Das heißt, es steht für das vermeintlich erklärte Ziel der Integration auch von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt weniger Geld zur Verfügung.

Um an dieser Stelle mit einem gern geäußerten Vorurteil aufzuräumen: Auch DIE LINKE freut sich für und mit jeder und jedem Arbeitslosen, die und der wieder in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden kann, sofern diese ihr oder ihm eine Perspektive bietet und sie oder er dabei von seiner Hände Arbeit auch leben kann. Wir wissen aber nicht zuletzt aus Gesprächen mit den Leitern von Agenturen und Jobcentern sowie aus der Anhörung – die hier ja schon Thema war, ich sage noch etwas dazu – der Experten im Finanzausschuss, dass es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Langzeitarbeitslosen gibt, bei der wir eben davon ausgehen müssen, dass der Arbeitsmarkt im Land sie nur begrenzt aufnehmen kann. Und auch für diese Personengruppe gilt selbstverständlich unsere Landesverfassung, wo es unter Artikel 17 Absatz 1 heißt: „Das Land trägt zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Es sichert im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts einen hohen Beschäftigungsstand.“

Konsolidierung ist also wichtig. Integration in den Arbeitsmarkt hat aber auch Verfassungsrang. Aus unserer Sicht leitet sich daraus ab, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für arbeitslose Menschen im Allgemeinen und für langzeitarbeitslose Menschen im Speziellen wahrnehmen muss. Und da wird es dann irdisch, denn seit dem Jahr 2007 nimmt die von SPD und CDU getragene Landesregierung keine eigenen Landesmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik mehr in die Hand. Sie setzt ausschließlich auf ESF-Mittel zur Finanzierung des Programms „Arbeit durch Innovation und Bildung“ – kurz ArBI.

An dieser Stelle haben Sie jetzt auch geringfügig nachjustiert, indem Sie 2012 und 2013 jeweils 1 Million Euro mehr für Integrationsprojekte einsetzen wollen, was wir nicht in der Sache, sehr wohl aber in der Höhe kritisieren. 1 Million Euro mehr, das sind konservativ gerechnet etwa 250.000 Euro mehr pro Planungsregion, also fünf Projekte, mit denen Sie unterm Strich aus unserer Sicht leider viel zu wenig Langzeitarbeitslose erreichen. Kleinprojekte sollen auch wieder gefördert werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: „Auch wieder“, nachdem sie gestrichen wurden.)

Ein richtiger Ansatz, denn sie sind für viele Vereine der letzte Strohalm. Allerdings gab es eine monatelange Hängepartie bei der Bewilligung der Gelder für genau diesen Bereich. Kaum nachvollziehbar, reden wir hier doch auch über die Unterstützung des sonst von unserer Sozialministerin zu Recht so hochgelobten Ehrenamtes. Ganz absurd wird es, wenn vonseiten der Landesregierung, der Koalitionäre jedoch nach Berlin geschickt wird und wenn Sie zur Integration von Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern im Koalitionsvertrag hilfeschend die Bundesebene bemühen. Sie haben doch mitbekommen, dass die Kürzung der Eingliederungsmittel bereits im Jahr 2010 beschlossen worden ist.

Was will nun DIE LINKE? Nun, wir sind der Meinung, dass man der spezifischen Problematik Rechnung tragen müsste, und haben daher bereits in den Ausschusssitzungen gefordert, Geld in die Hand zu nehmen, um öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse wieder zu ermöglichen. Denn das im Koalitionsvertrag von SPD und CDU unter Artikel 241 vage formulierte Bestreben, sich für diejenigen, die trotz Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht auf Dauer in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mithilfe des Bundes zu bemühen, wird sich nicht erfüllen lassen. Bislang ist demzufolge auch nichts von den im gleichen Absatz angekündigten Initiativen auf Bundesebene zu hören gewesen. Kein Wunder, denn die Weichen wurden dort, wie beschrieben, in eine ganz andere Richtung gestellt.

Was machen Länder, die in einer ähnlichen Situation sind, zum Beispiel das Land Brandenburg? Dort hatte man sich bereits im Koalitionsvertrag darauf verständigt, 40 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung zu stellen, um insbesondere älteren Langzeitarbeitslosen wieder neue Perspektiven zu eröffnen. Ja, auch „Arbeit für Brandenburg“ dockte an bestehende Instrumente der Bundesagentur an und bietet sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten im gemeinwohlorientierten Bereich. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass man Langzeitarbeitslose sozial integrieren kann und muss. Ein richtiger Ansatz, von dessen Erfolg ich mich in der vergangenen Woche beim Besuch von Einsatzstellen und im Gespräch mit Betroffenen sowie Vertretern von Jobcenter, Landes- und Stadtpolitik in Potsdam persönlich überzeugen konnte.

Natürlich müssen die Kolleginnen und Kollegen von SPD und LINKEN im Nachbarland auch überlegen, wie sie den Landeszuschuss von 250 Euro, der zu jedem Arbeitsplatz mit mindestens 30 Stunden Wochenarbeitszeit dazugelegt wird, künftig optimal einsetzen. Denn die Kürzung der Arbeitsgelegenheiten, an deren Personalkostenerstattung man bei der Finanzierung öffentlich

geförderter Beschäftigungsverhältnisse angedockt hat, wirkt sich auch in Brandenburg negativ aus. Aber man hat dort ein ganz anderes Grundverständnis davon, wie man mit dem Problem Langzeitarbeitslosigkeit umgehen will, und das ist aus unserer Sicht das Entscheidende.

Alle Partner gehen nämlich erst mal prinzipiell davon aus, dass ein solches Modell sinnvoll ist, und überlegen dann, wie man es gegebenenfalls gemeinsam mit Bundesagentur und Jobcentern finanziell untersetzen kann. Und man will möglichst viele Arbeitslose erreichen. Klar ist dabei, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse sind eben nicht die billigste Variante und sie bringen daher auch nicht die größten statistischen Effekte. Sie sind aber für die Betroffenen eine echte Chance und daher fordern wir entsprechende Initiativen auch in unserem Land. Dabei geht es im Wesentlichen um drei Punkte:

Erstens soll die Landesregierung bei der Aufstellung des neuen OP für die neue ESF-Förderperiode die Steilvorlage der EU-Kommission zum Thema Armutsbekämpfung aufnehmen. Armut und Arbeitslosigkeit stehen in einem direkten Zusammenhang. Wenn ab 2014 circa 20 Prozent der Fördermittel auf genau dieses Thema konzentriert werden sollen, dann bietet sich hier die Chance, Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung oder – soll ich im Terminus der SPD bleiben – sozialen Arbeitsmarkt bereitzustellen. Und das kostet sie zunächst gar kein eigenes Geld, sondern nur ein wenig mehr Problemverständnis.

Zweitens soll die Landesregierung das Gespräch mit der Agentur für Arbeit suchen, um auszuloten, welche Möglichkeiten der Kofinanzierung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen es im Sinne einer Landesinitiative zur Integration von Langzeitarbeitslosen durch eben einen solchen sozialen Arbeitsmarkt geben könnte. Wir denken hier beispielsweise an Paragraph 16d SGB II, das neue Instrument der Förderung von Arbeitsverhältnissen.

Und drittens wäre es aus unserer Sicht dringend notwendig, die Zeit bis zum Beginn der neuen Förderperiode durch ein gemeinsames Projekt der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter, der Optionskommunen zur Integration von Langzeitarbeitslosen zu initiieren und dafür in Anlehnung an unser Nachbarland Brandenburg auch entsprechende Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

Blieben wir beispielsweise bei einem gleich hohen Landeszuschuss von 250 Euro pro Arbeitsverhältnis, würden 1.000 Arbeitsverhältnisse, angelegt auf die 18 Monate bis zum Ende der aktuellen Förderperiode, etwa 4,5 Millionen Euro kosten. Dies wäre im Übrigen auch eine Chance, die Trägerlandschaft einzubinden und damit einen wirksamen Beitrag zu deren Existenzsicherung zu leisten.

Ich habe in der vergangenen Woche aus erster Hand erfahren müssen, wie es um die Zukunft der Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften steht, die als Partner der unterschiedlichen Landesregierungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik im Land begleitet haben. Ganz klar ist, auch dort wird es strukturelle Anpassungen geben müssen. Wer aber sein Bekenntnis zum Erhalt einer leistungsfähigen Trägerlandschaft auch nur annähernd ernst meint, darf nicht nur deren Flexibilität und Einsatz loben, sondern muss, um eine Geschäftsführerin vom letzten Dienstag in Göltenitz zu zitieren, „auch den finanziellen Beipackzettel“ mitliefern.

Wollen wir hoffen, dass die Landesregierung, nachdem sie zunächst sieben Monate gebraucht hat, um die Abteilung Arbeit aus dem Wirtschaftsministerium in das Sozialministerium umzulagern und die Stelle der Abteilungsleiterin Arbeit mit einer geeigneten Fachfrau zu besetzen, nun endlich an die Arbeit geht.

Dass Sie über die Sie tragenden Fraktionen eine öffentliche Diskussion über die Arbeitsmarktpolitik des Landes durch die zuständigen Fachpolitiker im zuständigen Fachausschuss verhindert haben, war nun wahrlich kein Ruhmesblatt. Und, Herr Schubert, es zeugt schon von einem merkwürdigen Demokratieverständnis, wenn Sie Obleutegespräche als maßgeblich dafür ansehen, ob eine Oppositionsfraktion eine Anhörung beantragen kann oder nicht, zumal es ja eine Vereinbarung gab, dass Fachanhörungen auch in den zuständigen Fachausschuss gehören.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das werden
wir das nächste Mal durchsetzen.)

Und wenn Sie heute Morgen Herrn Gundlack richtig zugehört haben, dann hat er auch genau das kritisiert. Die Sozialdemokratie sollte sich einmal daran erinnern, was sie den Menschen in ihrem Wahlprogramm versprochen hat. Dort heißt es: „Trotz aller positiven Entwicklung wird es immer noch Langzeitarbeitslose geben, die keine realistische Chance haben, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Für sie brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Ihr Paradigma lautet: Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren!“

Meine Damen und Herren, das ist doch ein schönes Schlusswort für meinen Beitrag. Setzen Sie einfach Ihr Wahlprogramm – oder Sie haben es ja gleich etwas hochtrabend als Regierungsprogramm bezeichnet – um, damit am Ende nicht wieder gilt: „Versprochen – gebrochen“.

(Heinz Müller, SPD:
Hat aber hingehauen. –
Tilo Gundlack, SPD:
Machen wir doch.)

Am Ende hat es hingehauen, ja. Wir sind da gar nicht eitel und wir würden Sie selbstverständlich auf diesem Weg unterstützen, denn es geht um die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, die ihre Hoffnung in eine entsprechende Politik gesetzt haben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

(Zuruf aus dem Plenum: Der ist nicht da. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Auszeit! –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt
eine Redner/-innenliste.)

Gut, dann fordere ich den nächsten Redner auf. Das ist der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der hatte ja schon gedroht. –
Torsten Renz, CDU: Wir
arbeiten eben gut zusammen.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik die Aktuelle Stunde hier nicht fortführen, ich will doch nachher mehr in den nächsten Ausführungen wieder auf den Haushalt zurückkommen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir haben ja das Thema Arbeitsmarktpolitik, Herr Foerster, das ist auch gut so, in jeder Haushalts..., nicht in jeder Haushaltsdebatte, sondern in jeder Landtagsdebatte auf der Tagesordnung, aber dass die jetzt diesen Schwerpunkt auch noch in politischer Art hier finden muss zum jetzigen Zeitpunkt – na ja, sage ich mal. Aber ich will trotzdem kurz antworten, Herr Foerster.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind
doch Politiker, oder? Da kann man
doch politisch werden, oder?)

Ja.

Weil es eben auch so ist im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, will ich noch mal dann die Gelegenheit nutzen und sagen: Wir haben eine erfolgreiche Bundesregierung und eine erfolgreiche Landesregierung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was die Arbeitsmarktpolitik betrifft, und das hat dazu geführt, auch das möchte ich an dieser Stelle noch mal sagen, Ausgangspunkt war natürlich die Hartz-IV-Reform unter Rot-Grün, die den Anstoß gebracht hat, und das hat eben dazu geführt, dass wir heute nicht mehr 5 Millionen Arbeitslose haben, so wie damals, sondern 2,8 Millionen Arbeitslose.

(Udo Pastörs, NPD: Und das
glauben Sie selbst, ja?!)

Das führt dann logischerweise auch dazu, dass wir bei 2,8 Millionen andere Arbeitsmarktinstrumente einsetzen müssen als bei 5 Millionen, und deswegen wurde richtigerweise umgesteuert. Und das ist von der Logik her, denke ich, auch nachzuvollziehen, dass ich dann auch weniger Geld in diesen Bereich geben muss. Insofern will ich das dann an dieser Stelle, wie gesagt, mit der Arbeitsmarktpolitik belassen und will mich dann doch wieder mehr dem Haushalt zuwenden. Die letzten Diskussionsbeiträge haben mich noch mal dazu animiert, zwei, drei grundlegende Sachen hier zu sagen, auch insbesondere aufgrund des Redebeitrages von Frau Berger von den GRÜNEN.

Ich hatte mir so kurz einfach als Stichworte aufgeschrieben „Wunschliste“ oder „Wünsch dir was“. Deswegen will noch mal ganz deutlich an dieser Stelle – auch gerade, weil ich die Zuhörerschaft dort hinten jetzt sehe – ganz klar ein Zwischenfazit hier ziehen: Wie stellt sich die Situation dar? Was ist solide Finanzpolitik, verantwortungsbewusst für die Zukunft dieses Landes? Da muss ich aufgrund der Redebeiträge feststellen, wir haben hier

eine Große Koalition unter SPD und CDU, sie steht für eine solide Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

und auf der anderen Seite haben wir Wunschlisten. Und insbesondere zähle ich Sie jetzt auch wieder dazu, Sie sprechen als Opposition von Neuverschuldung und das ist ein ganz klarer Gegensatz, politisch, der sich hier darstellt.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein ganz klarer Gegensatz! Wir übernehmen Verantwortung für zukünftige Generationen.

(Vincent Kokert, CDU: Das sparen
wir alles bei Hubschraubern.)

Die Große Koalition in diesem Lande übernimmt Verantwortung für nachfolgende Generationen und Sie haben mehr so das Motto: „Nach mir die Sintflut!“.

(Vincent Kokert, CDU: Was denken Sie, was
ein Hubschrauber für Kerosin verbraucht?!)

Und ich will Ihnen das auch an einem konkreten Beispiel aus dem Finanzausschuss,

(Vincent Kokert, CDU: Hunderte Lehrer
könnten wir dafür einstellen.)

an einem ganz konkreten Beispiel aus dem Finanzausschuss hier noch mal belegen. In der vorletzten Sitzung, glaube ich, es war so Anfang Mai, wir bringen langsam solide die Haushaltsplanung hier zu Ende, da meldet sich der Vertreter der GRÜNEN und kommt so unter dem Motto daher – ich übertreibe jetzt etwas,

(Vincent Kokert, CDU: Nee,
das kannst du gar nicht.)

das will ich zugeben –, ...

(Zuruf aus dem Plenum: Länger.)

Nein, nicht seit Längerem, hier trifft es nämlich den Punkt.

... dann kommt der Vertreter der GRÜNEN unter dem Motto daher und sagt: „Demnächst kommen noch die Maiteuerschätzungen. Lasst uns doch noch mal warten mit den Haushaltsberatungen, lasst uns doch mal mit der Verabschiedung der einzelnen Haushalte warten, bis die Maiteuerschätzungen da sind.“

(Vincent Kokert, CDU: Aber hier und heute
konnte es doch nicht schnell genug gehen.)

Rückfrage aus der Regierungskoalition, was er denn mit dieser Zielrichtung bezweckt. „Na, wir haben doch alle schon gehört, die Maiteuerschätzungen werden zusätzliche Steuereinnahmen mit sich bringen.“ Wieder Frage der Regierungskoalition, was das denn wohl bedeuten würde. Ganz einfache Logik der Opposition, in diesem Fall der GRÜNEN: „Dann können wir doch mehr ausgeben.“

(Vincent Kokert, CDU: Ja, richtig.)

Und da sage ich Ihnen ganz deutlich, und das ist mir wichtig, das an dieser Stelle hier auch noch mal zu sagen: Das unterscheidet eben in diesem Lande Mecklenburg-Vorpommern die Regierungskoalition von der Opposition.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Ich möchte jetzt natürlich auch in Richtung Koalitionspartner

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

noch mal für die CDU klarstellen,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist eine Frage,
ob das Parlament darauf antworten
kann, woher das Geld kommt.)

dass es im Bereich der Sozialpolitik immer zwei Partner gibt, damit das auch noch mal deutlich wird, und nicht der eine Koalitionspartner nur für die einen Sachen zuständig ist und der andere vielleicht für Dinge, die nicht ganz so wichtig sind.

Wenn wir gerade jetzt wieder den KiföG-Bereich ansprechen, dann will ich auch noch deutlich sagen, hier spreche ich dann für die Koalition, dass wir einen Koalitionsvertrag haben, dass wir den umsetzen, und das heißt ganz konkret, für 2012/2013 wird diese Koalition im Lande Mecklenburg-Vorpommern die Eltern um 1.200 netto bei den Krippenbeiträgen entlasten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und was kommt davon bei den
Eltern an, Herr Renz?)

Das ist ein Baustein, der hier von uns gemeinsam auf den Weg gebracht wird,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, sehr gut.
Die Linie verfolgen wir weiter.)

1.200 Euro Entlastung bei den Krippenbeiträgen.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn es dann zum zweiten Punkt kommt, auch da werde ich nicht nachlassen als Vertreter der CDU-Landtagsfraktion, immer wieder für uns in Anspruch zu nehmen, wenn es um die Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation geht, dann waren wir es unter Harry Glawe, der federführend das ausverhandelt hat, dass wir in 2013/2014 auf 1 : 16 und zum Schuljahresbeginn 2015/2016 auf 1 : 15 diese Verbesserung auf den Weg gebracht haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Alles viel zu spät, Herr Renz.)

Und warum erzähle ich das so ausführlich

(Heinz Müller, SPD:
Das frage ich mich auch.)

an dieser Stelle, Herr Müller? Die Frage ist mehr als berechtigt. Ich will Ihnen ganz klar sagen, warum ich das so ausführlich sage, weil das einer von den zwei Schwerpunkten ist, neben den Kommunen, neben dem KiföG, die wir hier als Regierungskoalition zu verantworten haben. Und wenn wir dann auf die Seite 128 im Sozialhaushalt schauen, Haushaltspositionen, die die LINKEN ja auch hier per Antrag erhöhen wollen, dann sage ich ganz deutlich – es geht ja um die Zuweisung des Landes zur Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten oder zur Kindertagesförderung –, auch noch mal rückblickend: Haushaltsansatz 2011 10 Millionen Euro, Haushaltsansatz 2012 16,8 Millionen Euro

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und was kommt davon bei ihnen an?)

und 2013 21 Millionen Euro. Das ist von der Tatsache her, wie wir die finanzielle Situation in diesem Lande haben, eine herausragende Leistung

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

und das lass ich nicht schlechtreden an dieser Stelle!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und wenn Sie dann so einfach daherkommen und genau zu dieser Haushaltsstelle, die wir von 10 Millionen auf 21 Millionen steigern, wenn Sie dann daherkommen und mit so einem Zweizeiler schreiben, wir legen da noch mal 6 Millionen drauf, dass wir 27 Millionen in den Topf geben, dann sage ich Ihnen nur, das ist „Wünsch dir was“

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das
ist im Sozialausschuss begründet worden,
Herr Renz. Haben Sie nicht zugehört? –
Vincent Kokert, CDU: Reden Sie mal
lauter, wir verstehen Sie nicht.)

und das hat mit soliden Haushalten nichts zu tun. Das ist wichtig, dass wir das an dieser Stelle auch der Öffentlichkeit dann noch mal so deutlich hier kundtun.

Ich möchte jetzt auch noch den einen oder anderen Antrag der Opposition kurz werten, möchte im Bereich Bildung auf Ihre Anträge, von den LINKEN, noch mal eingehen und auch auf das, was Frau Berger gesagt hat. Es sind Dinge, da will ich wirklich ganz sachlich dafür werben, dass Sie die Ergebnisse, was jetzt Inklusion betrifft, wo wir in einem Boot sind und wo ich auch deutlich in Richtung handelnder Personen sagen möchte, dass Sie da den Bogen nicht immer wieder überspannen sollen mit diesem Begriff. Wir haben uns alle geeinigt auf den Weg zur Inklusion, dass wir ihn im Konsens gestalten wollen. Und da, glaube ich, sollte man den Bogen nicht überspannen, weil die Opposition hier kooperativ ist und wir gemeinsam diesen Weg beschreiten. Deswegen möchte ich dafür werben, dass wir hier auch alle in der Gesamtheit die Linie halten und dass wir auch durch die Anträge, die Sie jetzt vorlegen, keine Vorgriffe in diesem Bereich tätigen wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Vorsorge! Vorsorge!)

Das Gleiche trifft zu auf diesen Strauß, den ja auch die GRÜNEN hier durch Frau Berger dargestellt haben, wo

ich das nicht alles wiederholen möchte, weil ich denke, Frau Dr. Seemann hat das sehr zutreffend hier beschrieben, wie realistisch Ihre Anträge sind. Ich hab dem, wie gesagt, nichts hinzuzufügen. Ich möchte Sie da einfach bitten, auch was die Attraktivität bezüglich des Lehrerberufes betrifft: Übertreiben Sie nicht Ihre Rolle in der Opposition! Es wird Ihnen eines Tages auch auf die Füße fallen. Sie können hier sonst was versprechen, ich sage Ihnen, bei den Bausteinen, die wir in diesem Lande setzen müssen,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

müssen Sie auch irgendwann die Frage beantworten: Wollen Sie die Zuwendung, die finanziell notwendig ist, beim Kind ankommen lassen oder wollen Sie der Lehrkraft eine Abminderung von 27 auf 25 Stunden geben? Auch Sie werden in diesem Prozess entscheiden müssen. Ich denke, wir sollten dann gemeinsam diskutieren, aber versprechen Sie nicht einfach Dinge, die nicht redlich sind.

Ich will mir jetzt andere Anträge ersparen. Ich will sie, wie gesagt, nur mit ein, zwei Sätzen hier mal erwähnen, weil es auch immer wieder zusätzliche Ausgaben sind. Auch das Theater könnte man hier diskutieren,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie eingesehen, dass die Anträge redlich sind. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

aber dazu haben wir ja noch eigene Tagesordnungspunkte.

Wofür ich den GRÜNEN jetzt dankbar bin, ist, dass sie den Antrag zurückgezogen haben, die Fachkraft-Kind-Relation, das hatte ich vorhin vergessen, im Krippenbereich von 1 : 6 abzusenken. Sie haben das jetzt eingesehen, Sie machen da jetzt eine Entschließung draus. Ich glaube, Sie sollten einen Schritt weiter gehen und das auch noch zurücknehmen. Das will kein Mensch!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Experten sagen das.)

Das hatte ich Ihnen schon beim letzten Mal gesagt. Wenn Sie die Praktiker fragen, die wollen eine Absenkung im Kindergartenbereich, und das andere ist unrealistisch.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja was anderes.)

Ich möchte dann auch noch mal auf eine Sache eingehen, die die CDU-Fraktion hier federführend auf den Weg gebracht hat. Es geht nicht darum, uns jetzt hier zu feiern. Mir geht es da auch um eine sachliche Darstellung, was die Haushaltsmittel für Klassenfahrten betrifft.

Es ist so gewesen, dass wir im Jahre 2011 einen Haushaltsansatz hatten von 430.000 Euro und dass dieser Haushaltsansatz überzeichnet war um 123.000 Euro. Also es lag eine Wunschliste vor, die um 123.000 Euro höher war, sodass wir auf circa 550.000 Euro gekommen sind. Dem Bildungsministerium ist es gelungen, durch Umschichtung in dem Jahr dann 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Jetzt wurden Sie sicherlich auch alle, wie wir oder wie ich, bombardiert mit Mails mit Forderungen, diesen Topf zu erhöhen. Und da gibt es dann ja

schönste Rechnungen, auch von den GRÜNEN liegt hier ein Antrag vor, den jetzigen Ansatz dann noch mal um 600.000 zu erhöhen. Wir als Koalitionäre haben gehandelt, haben als Ausgangsgrundlage diese 550.000 genommen und haben jetzt in der Summe dann zum Ausgangswert eine Erhöhung um 200.000 Euro auf den Weg gebracht.

Was ich an dieser Stelle einfach mal so feststellen möchte: Es geht mir, wie gesagt, nicht um Danksagung, aber von heute auf morgen gibt es keinen mehr, der darüber spricht. Und das stimmt mich dann, muss ich mal sagen, im Anschluss schon manchmal doch etwas nachdenklich, was die Notwendigkeit betrifft.

Das Letzte, was ich sagen möchte, ist noch mal zum Thema Thünen. Dort liegt ja ein Entschließungsantrag vor. Der Koalitionspartner hat sich dazu geäußert. Ich will mal sagen, man kann sich so ...

(Vincent Kokert, CDU: Das war
jetzt aber eine lange Pause.)

Ja, weil es trifft mich auch ein bisschen persönlich hier.

(Heinz Müller, SPD, und
Egbert Liskow, CDU: Ooooh!)

Man kann sich da auch so und so äußern und ich glaube schon, dass wir eine Lösung hätten finden können.

(Heinz Müller, SPD: Wer
hätte das gedacht?!)

Jetzt ist es aber auch so, das will ich in Richtung der Opposition, der LINKEN, hier sagen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dass eine Lösung nicht nur alleine beim Land liegen kann. Ich habe das neulich auch schon mal im Kreistag gesagt. Aus meiner Sicht gehören da immer vier Partner dazu. Das ist einmal die Thünengut Tellow gGmbH selbst, dann ist das der Landkreis und dann ist es das Land. Und ich sage ausdrücklich, wenn sich der Bund hier auch mit diesen Federn schmücken möchte, dann ist auch der Bund, zum Beispiel über Projektförderung oder wie auch immer, mit im Boot. Und ich weiß, dass jetzt Gespräche laufen. Wir arbeiten an dem Thema. Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass es hätte schon eine Lösung geben können, aber ich stelle auch infrage, dass diese Entschlüsse in der Sache etwas bringen. Sie bringen uns dann im Kern nicht weiter und bei diesem Thema,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

bei diesem Thema, Herr Holter, einseitig parteipolitisch zu arbeiten, glaube ich,

(Helmut Holter, DIE LINKE: So ist das
mit der Entschlüsselung, Herr Renz.
Wer im Glashauss sitzt.)

bringt in der Sache gar nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Deswegen werden wir an einer konstruktiven Lösung, so wie ich es angedeutet habe, arbeiten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Oldenburg, ich habe den Ausführungen zum Thema „Förderung von Kindern in der Grundschule“ sehr aufmerksam zugehört und ich freue mich, Sie quasi jetzt als Partnerin auf unserer Seite zu wissen, weil ich habe insoweit die Bitte, dass dieser Ansatz, sich letztendlich also auf Schwächere zu konzentrieren,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

auf diejenigen zu konzentrieren, die unsere Unterstützung am meisten brauchen, sich in Ihrer Fraktion künftig auch erstreckt auf den Bereich der Kindertagesstättenförderung.

Ich will an dieser Stelle daran erinnern, dass wir als SPD-CDU-Koalition im Kindertagesstättenförderungsgesetz ein Instrument eingeführt haben, was dazu führt, dass bei Kindern so früh wie möglich Entwicklungsverzögerungen erkannt werden, also ein Entwicklungsscreening praktiziert wird in möglichst vielen Kindertageseinrichtungen, was dem Fachpersonal in den Einrichtungen Ergebnisse präsentiert – wo man sagen kann, so, dieses Kind ist in dem Bereich Sprache, Mobilität und so weiter und so fort altersgerecht entwickelt oder nicht –, und da, wo man feststellt, dass Kinder nicht altersgerecht entwickelt sind, entsprechende Hilfen organisiert und zur Verfügung stellt, um zu verhindern, dass das passiert, was Sie beschrieben haben, nämlich dass solche Kinder mit entsprechend beschriebenen Defiziten überhaupt noch in der Grundschule ankommen, das heißt, möglichst zu erreichen, dass, wenn Kinder die Grundschule erreichen, sie dann auch altersgerecht entwickelt sind.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist von Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bereich des Sozialen, der für das Thema Kindertagesstättenförderung an der Stelle zuständig ist, immer verworfen worden. Wir fanden keine Zustimmung. Es gab übrigens auch keine Zustimmung für das Thema Elternentlastung und für viele weitere Dinge.

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Aber auch dafür fanden wir keine Zustimmung. Das heißt also, das, was Sie hier für den Schulbericht einfordern, wird von Ihren Kolleginnen und Kollegen im Sozialbereich selbst konterkariert, das wollen die nicht. Die sagen: Entwicklungsscreening, das ist so defizitorientiert und wir haben da ganz andere Vorstellungen.

Das ist für mich keine linke Politik. Ich sag das ganz deutlich. Linke Politik ist für mich ...

(Vincent Kokert, CDU: Das ist linkisch. Linkisch ist das. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt.)

Linke Politik ist für mich, dass man sich auf die konzentriert, die unserer Hilfe am meisten bedürfen, und das sind die, die es bei ihrem Weg ins Leben schwieriger haben als andere. Das wollte ich an dieser Stelle noch mal deutlich machen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn in Schleswig-Holstein die GRÜNEN das Finanzministerium besetzen, dann hat das einen klaren Grund.

(Heinz Müller, SPD: Oha! –
Vincent Kokert, CDU: Ach, echt?)

Weil man den GRÜNEN zutraut, dass sie ordentliche Finanzpolitik machen können.

(allgemeine Heiterkeit und Beifall –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Und deswegen gucken,

(Heinz Müller, SPD: Wir sind hier
nicht in Schleswig-Holstein.)

und deswegen gucken Sie sich alle Änderungsanträge der GRÜNEN an!

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie werden keinen einzigen Antrag finden, wo wir in die Rücklage oder in die Altschulden gehen,

(Vincent Kokert, CDU: Nee, wir sparen
als Nächstes beim Hubschrauber.)

weil wir wollen an anderen Stellen einsparen. Das ist eine richtige politische Diskussion, die wir führen, wo Sie sagen können: Hallo, ihr spart an der falschen Stelle. Da wollen wir das Geld haben. Wir wollen es nicht dort haben, wo ihr es haben wollt.

(Egbert Liskow, CDU:
Das haben Sie geschickt gemacht.
Das geben wir zu.)

Aber im Grundsatz, nämlich im Grundsatz der Koalition – keine neuen Altschulden –, sind wir völlig beieinander und sagen: Das ist auch für uns die Messlatte – keine neuen Altschulden.

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, jetzt kommen wir aber zum Thema.

(Egbert Liskow, CDU:
Erklären Sie uns das doch
mit den neuen Altschulden!)

Es geht um das Thema Altschuldenabbau, das ist richtig.
Also wir wollen die Altschulden abbauen, das heißt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wir wollen keine neuen Schulden machen. Das ist korrekt, so muss es formuliert sein.

Zum Thema Energiewende. Nützt es, wenn unser Ministerpräsident und unser Energieminister sagen, wir sind für die Energiewende und wir wollen das voranbringen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das wollen wir. –
Egbert Liskow, CDU: Machen wir doch.)

Ganz klar – es nützt, aber nichts kann nicht auch noch verbessert werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist wohl wahr.)

Und ich glaube, das Potenzial des Landes ist deutlich größer.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Gehen wir mal zum Thema „Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern“. Wir können fast 75 Prozent unseres Strombedarfs regenerativ decken. Wir haben 1.600 Megawatt Windkraft am Netz. Brandenburg – kleiner als Mecklenburg-Vorpommern – hat mehr als die doppelte Leistung am Netz.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, das stimmt.)

Also glaube keiner Statistik, die man nicht selbst gefälscht hat.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Wir haben ein größeres Potenzial, was wir in der Vergangenheit nicht genutzt haben, und wir sind momentan in diesem Bereich auf dem richtigen Weg.

(Udo Pastörs, NPD: Glauben Sie
Ihren eigenen Statistiken doch nicht!)

Wenn das Energieministerium sagt, es ist nicht dazu da, um Fördermittel zu verteilen, dann ist das selbstverständlich richtig. Das wird in anderen Bereichen getan. Aber es gibt einen Haushaltsposten, 5 Millionen, neu eingerichtet, Europäische Fördermittel, die als Kredit ausgereicht werden sollen. Das ist schön. Es sind insgesamt über zwei Haushaltsjahre, mit allen Posten zusammengerechnet etwa 15 Millionen über zwei Haushaltsjahre.

(Egbert Liskow, CDU: Noch besser!)

Im Bereich der Kernfusion, um beim Thema zu bleiben, wo wir gerne umswitchen würden,

(Vincent Kokert, CDU: Ja. Wir nicht!)

sind es in den zwei Jahren 11 Millionen, und zwar nicht ein Kredit,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Landesgeld.)

sondern ein Zuschuss.

(Egbert Liskow, CDU: Wie viel
war das noch? 90 Prozent?)

Es geht um die Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Landesgeld, ja.)

Wir haben übrigens dazu keinen Änderungsantrag gemacht, sondern haben gesagt, wir weisen darauf hin, dass wir an diesem Punkt in den nächsten zwei Jahren arbeiten müssen für den nächsten Haushalt, damit wir dann gemeinsam deutlicher machen können, dass die Energiewende ein Schwerpunkt ist, und den Haushalt weit mehr stärken in diesem Bereich.

(Egbert Liskow, CDU:
Wir denken weiter als Sie.)

Es ist angesprochen worden von der LINKEN: Der Posten im Haushalt ist jetzt schon überzeichnet. Und wenn Sie Ahnung von Fördermitteln haben, dann ist es so: Sie können eine Sache genial ausbremsen, indem Sie einen Fördertopf einrichten und ihn dann nicht vollständig ausschöpfen. Alle stehen dann da und sagen, ich investiere doch jetzt nicht, ich warte lieber noch, bis da die Mittel sind, damit mein Antrag auch erfolgreich ist. Das heißt, Sie bremsen Investitionen aus, wenn Sie einen Topf haben, der nicht ausreichend finanziert ist. Vor dem Hintergrund ist es natürlich aberwitzig zu sagen, wir erhöhen die Förderquote von 40 auf 50 Prozent, obwohl wir gleichzeitig wissen, dass wir nicht genug Geld im Haushalt haben. Das sind Sachen, die wir gerne ändern würden.

Ich will auch an dieser Stelle sagen, wenn ich gesagt habe, es ist nicht die Aufgabe des Energieministeriums, Fördermittel auszureichen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

es gibt andere Aufgaben, da sehe ich durchaus den Energieminister auf dem richtigen Weg, was die Rahmenrichtlinie angeht zum Thema „Aufstellung neuer Eignungsräume“.

Aber bei einem anderen Thema kann ich Ihnen die Kritik nicht ersparen, das sind die Regionalkonferenzen. Wenn wir die große Überschrift haben in Mecklenburg-Vorpommern: „Die Energiewende macht keine Ferien“, dann ist natürlich die Frage, warum die Regionalkonferenzen in der ersten Ferienwoche laufen müssen. Wo wir eigentlich den Anspruch hatten, möglichst viele Leute sollen daran teilnehmen, dann wird das in der ersten Ferienwoche gemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kennen
Sie die Anmeldungsahlen?)

Bitte?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kennen Sie die Anmeldungszahlen?)

Ich weiß das.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja.)

Aber wenn ich bestimmte Leute mit dabei haben will, ist es ein Problem, wenn ich sage, ich lade vier Wochen vorher ein und mache es in der ersten Ferienwoche. Aber ich will zugeben, es gibt viele Anmeldungszahlen. Wir sind gespannt darauf, was da läuft.

Ich möchte deutlich sagen: Wenn die Landeskonzferenz dann wieder zusammenfassend gelaufen ist, erwarten wir einen Plan für die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern. Den müssen Sie ja nicht „Masterplan“ nennen. Das ist geschenkt. Aber wir wollen einen Plan sehen, wie wir die nächsten Jahre in Mecklenburg-Vorpommern bei diesem Thema vorankommen wollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, meinen Sie, wir machen das umsonst, Herr Jaeger?)

Zweites Thema: ÖPNV. Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht und da haben wir auch ganz konkret gesagt, hier nehmen wir Summen aus dem Straßenbau, und zwar konkret 3,5 Millionen von einem Gesamtopf, in dem etwa 28 Millionen drin sind. Da können wir uns drüber streiten, ob die Straßen nicht wesentlich wichtiger sind,

(Egbert Liskow, CDU: Fragen Sie mal die Kommunen!)

aber dort sagen wir ganz klar, wir müssen endlich deutlicher den Schwerpunkt in Richtung ÖPNV verschieben. Momentan geben wir vor allem im Straßenverkehr das Geld aus und deutlich weniger im ÖPNV. Wir müssen Strecken stilllegen, weil es wird gesagt, es fahren zu wenig Leute.

(allgemeine Unruhe)

Aber die Entwicklung kann man sich doch ausmalen: Wenn ich Straßen baue und den ÖPNV kürze, wo wird sozusagen das Ergebnis liegen?

(Udo Pastörs, NPD: Also keine Straßen mehr.)

Es werden noch weniger Menschen mit dem ÖPNV fahren und irgendwann haben wir es runtergekürzt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben noch 28 Millionen im Haushalt stehen, davon können wir 3,5 Millionen Euro für den ÖPNV nutzen.

(Udo Pastörs, NPD: So ein Quatsch! Straßen sperren!)

Deswegen setzen wir in dieser Form klar Schwerpunkte, sagen, dass wir andere Prioritäten setzen,

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber sagen auf keinen Fall, wir wollen mehr neue Schulden machen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: So. Ich schließe die Aussprache zu den Einzelplänen und zum Stellenplan.

(Vincent Kokert, CDU: Bravo! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So, jetzt gehts los.)

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2 a).

Zunächst erfolgt die Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 auf Drucksache 6/299. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/799 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPD und der CDU angenommen bei Stimmenthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und NPD.

Ich rufe auf den Artikel 4 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/855 vor, soweit er den Artikel 4 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/855 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/855, soweit er den Artikel 4 betrifft, mit den Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE angenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee.)

Ablehnung, Entschuldigung, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE und Ablehnung der Fraktion der SPD und der CDU und der NPD.

(Zuruf aus dem Plenum: Abgelehnt.)

Wer dem Artikel 4 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Unverändert.)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 4 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der CDU angenommen bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD.

Ich rufe auf die Artikel 5 bis 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 5 bis 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPD, der CDU angenommen bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD-Fraktion.

Zum Artikel 8 liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/855, soweit er den Artikel 8 betrifft, sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/867 vor. Da beide Änderungsanträge die Streichung beziehungsweise die Aufhebung des Artikels 8 betreffen, lasse ich über beide Änderungsanträge gleichzeitig abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/855, soweit er den Artikel 8 betrifft, sowie dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/867 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/855, soweit er den Artikel 8 betrifft, sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/867 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der CDU-Fraktion abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und bei Ablehnung der Fraktion der NPD.

Wer dem Artikel 8 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 8 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPD und der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 9 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – ...

(Egbert Liskow, CDU: Da gibts doch einen Änderungsantrag der LINKEN.)

Der liegt hier nicht vor.

(Tilo Gundlack, SPD: 6/868. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Ich bitte um eine kurze Auszeit.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:
Der gehört zu Artikel 16. Der ist verrutscht. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Okay.)

Das Präsidium bitte nicht durcheinanderbringen. Wir haben hier unseren guten Fahrplan.

Also ich rufe auf die Artikel 9 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 9 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPD und der CDU, bei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Ich lasse an dieser Stelle zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/868 abstimmen, der die Einfügung eines neuen Artikels 16 beinhaltet. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/868 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD angenommen.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, abgelehnt. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Entschuldigung.

Ich rufe auf den Artikel 16 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 16 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPD und der CDU angenommen, bei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung der Fraktion DIE LINKE und der NPD.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/799 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/799 mit den Stimmen der SPD und der CDU angenommen, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2 b).

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Einzelpläne. Ich lasse bei jedem Einzelplan zunächst über die Änderungsanträge und dann über den Einzelplan abstimmen.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 – Landtag.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/856 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/856 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/881 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/881 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/882 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/882 bei Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/883 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/883 bei Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Zustimmung der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/884 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/884 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/801 zum Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 6/801 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/802 zum Einzelplan 02 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 6/802 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei einer Enthaltung der NPD und drei Gegenstimmen angenommen.

(Stefan Köster, NPD: Andersrum.)

Eine Gegenstimme, Entschuldigung. Genau umgekehrt: bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/857 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/857 mit den Stimmen der SPD und der CDU abgelehnt, bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/885 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/885 bei Gegenstimmen der Fraktion der

SPD, der CDU, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/886 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/886 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/887 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/887 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/888 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/888 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/889 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/889 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/890 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/890 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/803 zum Einzelplan 03 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 6/803 beschlossen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/858 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. –

Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/858 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/891 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/891 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/892 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/892 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/893 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/893 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/894 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/894 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/804 zum Einzelplan 04 ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Hm?

(Beate Schlupp, CDU: Alles okay.)

Ja, noch mal: Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/804 zum Einzelplan 04 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Okay. Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 6/804 beschlossen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – das ist der Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/859

abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Okay. Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/859 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, mit den Gegenstimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD. Das geht eigentlich andersrum.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/869 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Okay. Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/869 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/805 zum Einzelplan 05 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf Drucksache 6/805 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – das ist der Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/860 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/860 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/895 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/895 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/896 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/896 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/897 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/897 abgelehnt bei Zustimmung der

Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/898 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/898 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/899 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/899 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, mit Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/900 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/900 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/901 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/901 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/902 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/902 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/903 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/903 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/806 zum Einzelplan 06 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache

6/806 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den Einzelplan 07 – den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Zu dem hierzu vorliegenden Änderungsantrag auf Drucksache 6/861 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde beantragt, die Ziffern 1 bis 6 des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Och nee, ne?!)

Wer der Ziffer 1 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer 2 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und bei der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer 3 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD.

Wer der Ziffer 4 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 4 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer 5 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 5 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer der Ziffer 6 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 6 des Änderungsantrages auf Drucksache 6/861 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, bei Gegen-

on der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der NPD auf Drucksache 6/916 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/916 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ohne Enthaltungen.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/807 zum Einzelplan 07 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 6/807 beschlossen, angenommen, hm, ja, angenommen

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Angenommen.)

bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/807 empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen.

Ich lasse zunächst über die hierzu vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf den Drucksachen 6/872 und 6/873 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/872 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Ja, die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Gut. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/872 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/873 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/873 abgelehnt mit Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/807 angenommen mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD und keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den Einzelplan 08 – das ist der Geschäftsbericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion auf, Entschuldigung, wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/862 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/862 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist schlecht.)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/917 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/917 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/918 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/918 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/919 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/919 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/920 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/920 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der NPD auf Drucksache 6/921 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der NPD auf Drucksache 6/921 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/922 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/922 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE,

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/923 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/923 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/924 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/924 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/808 zum Einzelplan 08 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe.

(allgemeine Unruhe)

Die Gegenprobe noch mal bitte. – Gut. Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 08 auf Drucksache 6/808 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 – das ist der Geschäftsbereich des Justizministeriums.

(Vincent Kokert, CDU:
Keine Änderungswünsche.)

Wie bitte?

(Vincent Kokert, CDU: Entschuldigung.)

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/809 zum Einzelplan 09 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Und die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 09 auf Drucksache 6/809 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei den Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – das ist der Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/863 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/863 abgelehnt bei Zu-

stimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, DIE LINKE hat sich enthalten, also bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/874 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/874 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/875 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/875 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/925 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/925 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/926 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/926 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/927 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/927 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/928 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/928 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/929 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf

Drucksache 6/929 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/930 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/930 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und keinen Enthaltungen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/931 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/931 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/810 zum Einzelplan 10 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 10 auf Drucksache 6/810 angenommen, bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei den Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer EntschlieÙung zuzustimmen.

Ich lasse zunächst über die hierzu vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/876 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/876 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/877 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/877 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/810 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion

DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Gegenstimmen und der Enthaltung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/864 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/864 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/878 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/878 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/811 zum Einzelplan 11 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 11 auf Drucksache 6/811 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/932 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/932 abgelehnt mit Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/812 zum Einzelplan 12 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 12 auf Drucksache 6/812 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den Einzelplan 14 – Landesverfassungsgericht.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/865 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/865 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/814 zum Einzelplan 14 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 14 auf Drucksache 6/814 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Gegenstimmen und der Enthaltung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – das ist der Geschäftsbereich des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/866 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/866 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/879 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/879 abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/815 zum Einzelplan 15 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 15 auf Drucksache 6/815 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, ohne Enthaltungen.

Ich rufe auf die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/813 – Stellenpläne.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/813 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/813 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen nun zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Haus-

haltungsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013 auf Drucksache 6/300.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: 800.)

Wie?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Nee, hier steht 300.

(Zuruf aus dem Plenum:
Das ist auch richtig.)

800?

(Zuruf aus dem Plenum: Die Beschlussempfehlung hat die 800. – allgemeine Unruhe – Vincent Kokert, CDU: Bringt doch nicht immer das Präsidium durcheinander!)

Es ist alles in Ordnung.

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/800 anzunehmen.

Ich rufe auf den Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800.

Zu Artikel 1 Paragraph 14 Absatz 20 hat der Vorsitzende des Finanzausschusses folgenden mündlichen Änderungsantrag gestellt. Nach den Wörtern, ich zitiere: „mit Zustimmung des Finanzausschusses“, Zitatende, sind die Wörter, Zitat: „des Landtages“ einzufügen. Wer dem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der mündlich vorgetragene Änderungsantrag angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen, also einstimmig.

Wer dem Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 zuzustimmen wünscht,

(Zuruf aus dem Plenum: Mit der soeben beschlossenen Änderung.)

Entschuldigung, mit der soeben beschlossenen Änderung zuzustimmen wünscht, den bitte ich oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit der soeben beschlossenen Änderung angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und

Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 mit der soeben beschlossenen Änderung zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 mit der soeben beschlossenen Änderung angenommen bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU, bei den Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei den Gegenstimmen der Fraktion der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/800 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Damit sind wir am Schluss der Beratungen und Abstimmungen zum Haushalt 2012/2013. Ich danke allen am Haushaltsverfahren Beteiligten für ihren besonderen Einsatz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Beratung des Antrages der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“, ...

(allgemeine Unruhe)

Na, noch ein bisschen Geduld.

... das ist die Drucksache 6/535, hierzu, ...

Noch ein bisschen Konzentration, bitte.

... hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Bildungsausschusses, das ist die Drucksache 6/841.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/880 vor.

**Antrag der Volksinitiative
gemäß Artikel 59 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
„Für den Erhalt der Theater- und Orchester-
strukturen in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 6/535 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft
und Kultur (7. Ausschuss)
– Drucksache 6/841 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/880 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Bildungsminister Herr Brodkorb.

(Zurufe aus dem Plenum:
Der ist gar nicht da. Auszeit! –
Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Das Wort hat in Vertretung unsere Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich erlaube mir jetzt trotzdem noch mal, weil ich es in Vertretung für den Kultusminister mache, in Richtung Ausschussvorsitzende zu fragen, ob dies jetzt so okay ist. Ich dachte, dass sozusagen erst der Vortrag für den Ausschuss erfolgen soll.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Okay, gut, denn ich wollte da dem Parlament nicht vorgehen. Ansonsten habe ich hier die Ehre, für unseren Kultusminister, der jetzt zur Kultusministerkonferenz gefahren ist, in Vertretung reden zu dürfen.

Deshalb noch mal: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren Abgeordnete! Die Koalitionspartner und der Landtag haben dem Thema „Theater- und Orchesterstrukturen im Land“ in ihrer Vereinbarung über Handlungsschwerpunkte in der anstehenden Legislatur einen breiten Raum gegeben. Wie Sie wissen, berichtet die Landesregierung seit Amtsantritt bereits zum dritten Mal über den Stand der Umsetzung des Auftrages aus der Koalitionsvereinbarung 2011 bis 2016 vom 24. Oktober 2011. Darin einigten sich die regierungstragenden Parteien und Fraktionen, dass das Theater- und Orchesterkonzept im engen Dialog mit allen Akteuren grundlegend zu überarbeiten ist, um die vielfältige Theaterlandschaft im Kern zu bewahren, fortzuentwickeln und im Rahmen der verfügbaren Mittel langfristig zu sichern. Es wurde aber auch verdeutlicht, dass dabei die Fusion von Orchestern und Theatern beziehungsweise Spartenreduzierungen nicht ausgeschlossen werden können. Dies ist also die Handlungsgrundlage und der Ausgangspunkt

für die bereits vielfältig laufende Diskussion im gesamten Land.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur befindet sich aktuell in einem intensiven Dialog mit allen Trägern, Künstlerinnen und Künstlern, Bürgerinnen und Bürgern, Fördervereinen, Personalräten und allen Menschen, denen die Zukunft der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern am Herzen liegt.

Wie Sie wissen, hat Staatssekretär Herr Schröder gleich zu Beginn seiner Tätigkeit im Bildungsministerium jeden einzelnen Theater- und Orchesterstandort aufgesucht und sich dort mit Trägern, Theatermachern und Fördervereinen ausgetauscht. Diese Eindrücke hat er ergänzt durch Gespräche mit den zuständigen Gewerkschaften und dem Deutschen Bühnenverein als Fachverband, der im Übrigen auch bei den Vor-Ort-Terminen zugegen war. Ich verweise auf diesbezügliche Darlegungen in den vorherigen Sitzungen.

Wiederholen möchte ich aber, dass den am Theaterdialog Beteiligten bewusst ist, dass Kultureinrichtungen für eine Region und unsere Gesellschaft von hoher Bedeutung sind. Theater und Orchester sind wichtige Orte des kulturellen und sozialen Lebens, sind Träger von Tradition und zugleich richtungsweisend für die Zukunft. Nicht zuletzt sind sie auch Arbeitgeber sowie wichtige Wirtschafts- und Tourismusfaktoren in den Regionen. Allen ist deshalb eines klar: Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, die Theater- und Orchesterstrukturen zukunftsfähig zu gestalten. Angesichts der an dieser Stelle mehrfach erörterten finanziellen Rahmenbedingungen des Landes und der Kommunen bildet ein „Weiter so“ keine sichere Basis für die Arbeit der Theater und Orchester.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig.)

Eine gewisse Planungssicherheit ist aber eben unabhängig für den künstlerischen Schaffungsprozess.

Der Landesregierung wird ja gelegentlich vorgeworfen, den Diskussionsprozess ausschließlich aus finanzieller Sicht zu führen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gelegentlich.)

und die Inhalte der Theater- und Orchesterarbeit zu vernachlässigen. Das Gegenteil ist der Fall. Häufig fordern jene, die dies kritisieren, einfach nur mehr Geld und reduzieren die Debatte damit selbst vor allem auf die finanzielle Frage.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So ist es.)

Natürlich, der Auslöser unserer Debatte ist eine heute schon bestehende Finanzknappheit, aber der inhaltliche Geist muss ein kulturpolitischer sein – und er ist es auch.

Eine ausschließliche Forderung nach mehr Geld ist aus den bekannten Gründen auch künftigen Generationen gegenüber nicht verantwortbar und löst zudem nicht die strukturellen Probleme der Theater- und Orchesterlandschaft. Im Ergebnis des Prozesses muss deshalb eine Theaterstruktur stehen, die flächendeckend ein ansprechendes und ausgewogenes Angebot sichert und im

Zeitraum von 2020 bis 2030 ohne weitere gravierende Veränderungen gemeinsam von den Kommunen und dem Land finanziert werden kann. Und ich gebe zu, das wird kein einfacher Weg sein.

In den letzten Wochen wurde anhand eines Fragebogens der Dialog mit allen Beteiligten fortgesetzt. Der Fragebogen hat zum Ziel, eine präzisere aktuelle Lage abzubilden und Leitbilder der einzelnen Theaterstandorte zu erkennen. Dies wird auch der vielfach in den Gesprächen geforderten Vergleichbarkeit der Theaterstandorte dienen. Es wurden deshalb zum einen Daten direkt von den Trägern und Theaterverwaltungen erbeten, die eine verlässliche und aktuelle Beschreibung des Istzustandes ermöglichen, und zum anderen offene Fragen zu verschiedenen Bereichen des Theater- und Orchesteralltags gestellt, die Raum für inhaltlich-konzeptionelle Ideen geben. Diesen Fragenkatalog habe ich an alle Kommunen, Intendanten, Fördervereine und Personalvertretungen übersandt. Es haben sich alle Theater- und Orchesterstandorte an der Befragung beteiligt.

Die Volksinitiative für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern ist ein wichtiger Beitrag, der unterstreicht, dass den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Kunst und Kultur am Herzen liegen. Mit großem Interesse wurde deshalb den Ausführungen der Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative und der eingeladenen Fachexpertinnen und Fachexperten in der Anhörung im Bildungsausschuss am 6. Juni dieses Jahres gefolgt. Inhaltlich decken sich die Aussagen mit dem Ansinnen der vielen Schreiben, die das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in den vergangenen Wochen erhalten und beantwortet hat. Es erreichten uns viele kreative Vorschläge. Manche Anregung wird Eingang finden in die Überlegungen.

Es ist nunmehr vorgesehen, zur Auswertung des nun vorhandenen umfangreichen Daten-, Konzept- und Textmaterials externen Sachverstand einzubeziehen. Die Vergabe des Auftrages an ein auch in kulturellen Fragen ausgewiesenes Beratungsunternehmen wird in den kommenden Tagen erfolgen. Die Auswertung der vorhandenen Unterlagen wird im Sommer stattfinden. Bereits im Herbst werden verschiedene Varianten für eine Theater- und Orchesterstruktur in Mecklenburg-Vorpommern aufgezeigt und mit allen Beteiligten ausführlich erörtert, um im Konsens mit den Kommunen und mit den Theatern und Orchestern daraus ein umsetzbares Konzept zu entwickeln. Damit liegt die Landesregierung bei der Umsetzung des Koalitionsauftrages genau im Zeitplan. Ich freue mich auf die Fortsetzung des konstruktiven Dialogs mit allen Beteiligten und lade bereits heute dazu ein.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich noch zwei Zeilen anfügen aufgrund der aktuellen Debatte heute im Haushalt. Ich weise ausdrücklich, Herr Holter, Ihren Vorwurf, dass wir diese Volksinitiative nicht ernst nehmen und die Unterschriften in den Papierkorb wandern lassen, zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf vonseiten der Fraktion
der SPD: Wir nehmen sie ernst. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Wir nehmen sie ernst.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie lehnen die Volksinitiative ab.)

Wir nehmen sie ernst,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie lehnen die Volksinitiative ab.)

und sicherlich ...

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wir nehmen diese Volksinitiative sehr ernst. Sie ist ein wichtiger Beitrag. Und sicherlich kann man in der Wertung, wie man mit der Volksinitiative umgeht, wie man sie einfließen lässt mit ihren Meinungen, auch in das Theaterkonzept, unterschiedlicher Meinung sein. Das liegt oft in der Natur von Regierung und Opposition. Aber sicher ist, in dieser doch so schweren Debatte, die nun schon mehr als 20 Jahre dauert, es sich so leicht zu machen wie Sie – ich bin der weiße Ritter und die sind die Bösen –,

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir
machen es uns gar nicht leicht.)

ist unter jedem kulturpolitischem Niveau dieses Landes. Und deshalb noch mal: Diese Unterschriften wandern nicht für uns in den Papierkorb, sondern liegen auf unserem Schreibtisch. Und wir nehmen diese Unterschriften, jede einzelne Stimme der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ernst. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sie machen
es sich leicht mit der Ablehnung.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gern namens der Fraktion DIE LINKE hier in diesem Hause auf drei Fragen eingehen.

Erste Frage: Warum hat die Fraktion DIE LINKE die Volksinitiative unterstützt?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die zweite Frage, auf die ich eingehen möchte, ist: Warum spricht sich die Linksfraktion für die unveränderte Annahme des Antrages der Volksinitiative aus?

(Marc Reinhardt, CDU: Weil
ihr alle unterschrieben habt.)

Und als dritte Frage möchte ich gern eine Antwort geben, warum wir meinen, dass sich die Landesregierung und Sie als Koalitionäre mit der Ablehnung des Antrages der Volksinitiative selbst belügen würden.

(allgemeine Unruhe)

Zunächst erst einmal, keine Volksinitiative in diesem Land hat je in so kurzer Zeit so viel Anklang in der Bevölkerung gehabt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Im Tagestakt, zwischen dem 17. November 2011 und dem 6. Januar 2012 wurden mehr als 1.000 Unterschriften gesammelt. Und diese Resonanz verdeutlicht, es gibt eine zutiefst emotionale Bindung zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern, den Gästen des Landes und den Theatern und Schauspieler/-innen, Tänzer/-innen und Musikern.

DIE LINKE hat die Volksinitiative aktiv unterstützt und wir haben an allen Theaterstandorten, Herr Reinhardt, hierfür geworben.

(Marc Reinhardt, CDU:
Das hab ich gemerkt.)

Ob in Parchim, ob in Stralsund, ich könnte Wismar, ich könnte alle aufzählen: Dort, wo Spielstätten sind, wo Theater und Orchester aktiv sind, dort waren wir auch. Und die Gespräche, die wir geführt haben, die waren ausgesprochen berührend. Theatererfahrene haben schlichtweg die Sorge geäußert, dass eine weitere kulturelle Einrichtung in ihrem Ort, in ihrem Umfeld den Bach runtergehen könnte. Viele sagten uns: Das ist doch das Einzige, was uns noch geblieben ist. Das müssen wir doch unbedingt erhalten. Und erstaunlich viele junge Väter und Mütter, das war wirklich sehr berührend, haben unterschrieben und haben gesagt: Wir wollen, dass es die Möglichkeit gibt – wir sind nicht so aktive Theatergänger – aber wir wollen,

(Marc Reinhardt, CDU: Das
ist vielleicht das Problem.)

dass es die Möglichkeit gibt für unsere Kinder, eben Theatervorstellungen, Orchestervorstellungen zu besuchen. Sie haben das also mit der Erwartung verbunden, dass die Kinder die Möglichkeit haben.

Und sie alle, die 51.000, die unterschrieben haben, aber auch viele, die gesagt haben, wir würden schon – das ist auch ein Punkt, worüber man mal nachdenken muss –, wir würden schon, aber angesichts schlechter Erfahrungen, alle persönlichen Daten preiszugeben mit Anschrift und Geburtsdatum und so, möchten wir das nicht – also viele, viele in diesem Land haben sich mit dieser Volksinitiative identifiziert und haben deutlich gemacht, es ist ihnen wichtig. Und unsere Fraktion empfindet das genauso.

Für ein Engagement für den Erhalt der Theater und Orchester gibt es sachlich viele gute Gründe. Theater und Orchester sind bedeutsam für die musisch-ästhetische und kulturelle Bildung. Ich denke allein an Parchim zum Beispiel, das Jugendtheater, die jungen Leute, die dort aktiv sind, welche persönliche Bereicherung sie haben, indem sie sich dort an diesem Ort engagieren. Oder die Tatsache, dass sich hier in Schwerin die Zahl der Schülerabos wohl fast verdoppelt hat in den letzten Jahren, zeigt, dass das für viele ein ganz wichtiger Punkt ist in Sachen musisch-ästhetischer und kultureller Bildung.

Theater und Orchester sind Orte, an denen das kulturelle Gedächtnis lebendig wird. Wir konnten in den letzten

Tagen hier in der „Schweriner Volkszeitung“ lesen: „Bajazzo-Aufführung umjubelt“. Das ist doch eine ganz tolle Sache, wenn man bedenkt, dass hier ein kultureller Schatz aus dem vorvergangenen Jahrhundert gehoben wurde und hier bravourös zur Aufführung kommt.

Theater und Orchester sind mit ihren Kunstformen eng mit Demokratie verbunden. Und da gibt es Beispiele, ob „Nathan der Weise“ in Anklam, wenn der aufgeführt wird, oder das Holocaustdrama „Jedem das Seine“, das in Neustrelitz aufgeführt wird. Wer dort hinget und sich aktiv mit den Stücken auseinandersetzt, der geht den Nazis nicht auf den Leim, und insofern ist es doch ungeheuer wichtig, dass wir hier Stätten auch der politischen Bildung haben.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Linksfraktion streitet dafür, dass dies bewahrt und unter modernen Gesichtspunkten weiterentwickelt wird. Dort, wo Theater- und Orchesteraufführungen stattfinden, können gerade junge Menschen lernen, Konflikte auf kulturvolle Weise zu lösen. Hier gibt es die Gedankenanstöße, über die Komplexität und Individualität gesellschaftlicher Zusammenhänge nachzudenken. All das gilt es zu fördern, auszubauen, weiterzuentwickeln und nicht zurechtzustutzen, zu schleifen oder gar abzuwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, warum spricht sich die Linksfraktion für die unveränderte Annahme der Volksinitiative aus? Zunächst einen Seitenblick auf die vormalige Entschließung der Koalitionäre, die zur Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses wurde. Sie sagen darin, wir wollen Theater- und Orchesterlandschaft auf hohem künstlerischem Niveau erhalten. Hohes Niveau verlangt jedoch Ressourceneinsatz. Und wenigstens die unter Ihnen mit DDR-Erfahrung müssten doch wissen, dass die Formel „Weniger leisten mehr“ ab einem bestimmten Moment einfach absurd ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Und Sie sagen, sehr geehrte Damen und Herren der Koalitionäre, Theater- und Orchesterlandschaft soll sich ausgewogen fortentwickeln. Was für eine nebulöse Prosa. Was heißt das? Ein Orchester in jedem Landesteil, quasi in geografischer Ausgewogenheit? Und Sie sagen, Veränderungen sind erforderlich. Die hat niemand bestritten, Allgemeinveränderungen. Aber da Sie den Bestand der Strukturen ausdrücklich ablehnen, bedeuten Veränderungen in Ihrem Sinne: Streichen von Künstlerstellen, Abwickeln von Orchestern, Schließen von Standorten. Das ist der Punkt: Entweder oder, irgendwo heißt es, entweder oder.

Unsere Fraktion hat eine gänzlich andere Sicht, deshalb auch unsere Alternative, also unser Änderungsantrag.

Wir sagen erstens: Die Theaterlandschaft ist eine gewachsene, lebendige, interdependente, also sich gegenseitig befruchtende Struktur. Ich verweise auf die wirklich interessante Anhörung, die wir gehabt haben, und die vielen Stellungnahmen, die wir bekommen haben. Der Landkreistag zum Beispiel warnt in seiner Stellungnahme zur Anhörung vor einer Zerstörung und sagt, allein Fusionen führen zum Verlust von kulturellen Traditionen und kultureller Identität.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte: Entgegen den Behauptungen gibt es für einen Kulturabbau keine finanzielle Not. Also wir haben ja heute nun schon viel über Finanzen gesprochen und es wird dann immer so getan – wenn jetzt in den Blick genommen wird, dass die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich rückläufig sind –, dass uns diese Summe eins zu eins verloren gehen würde. Also mit dieser Mär muss unbedingt mal aufgehört werden.

In der Tat, bis 2015 zum Beispiel werden wir aus dem Länderfinanzausgleich 313 Millionen Euro weniger bekommen. Aber im gleichen Zeitraum – schauen Sie in die gerade eben hier auch mitdebattierte Mittelfristige Finanzplanung – werden wir Steuererhöhungen haben in Höhe von 321 Millionen Euro. Das macht schon mal ein Plus von 8 Millionen Euro.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Aber wir werden doch auch
Lohnerhöhungen haben zum Beispiel.)

Die sind doch schon mit drin. Das ist doch in der Mittelfristigen Finanzplanung alles mit abgebildet. Und in der letzten Finanzausschusssitzung haben wir, auch weil wir den Landesfinanzbericht des Rechnungshofes behandelt haben, eine Langfristschau vorgenommen. Es ging darum, wie richtet sich das Land auf die Schuldenbremse ein. Und es war interessant, aus dem Finanzministerium zu erfahren, dass gesagt wurde, wenn die Mittelfristige Finanzplanung weiterprojiziert über das Jahr 2020 hinaus bedacht wird, kommen wir – Herr Renz, Sie können sich sicherlich noch daran erinnern –

(Torsten Renz, CDU:
Ja, ich pass genau auf.)

auf eine Summe von einem Plus von 300 Millionen Euro. Und das, was hier jetzt in Rede steht, mit einer angemessenen Finanzausstattung und Sicherung der Theater und Orchester, benötigt doch nur einen Bruchteil. Das wird doch nicht alles verfrühstückt! Wir verfrühstücken doch nicht unser Saatgut, aber wir sichern die Strukturen und entwickeln sie weiter und würden also nur einen Bruchteil benötigen. Also ist die Deckelung einer Theaterförderung auch finanzpolitisch gesehen unsinnig.

Dritter Punkt: Die jetzige Theaterlandschaft ist ein touristisches Highlight. Das spricht doch dafür. Wer sich mit den Veröffentlichungen des Landestourismusverbandes beschäftigt hat und wer auch die Gespräche geführt hat – einige sind ja da aktiv, auch an prominenter Stelle –, weiß, dass 24 Prozent aller Touristinnen und Touristen, die unser Land besuchen, angeben, sie kommen wegen der Kultur in diesem Land, nicht allein wegen der landschaftlichen Schönheit. Also fast ein Viertel von 27 Millionen Besucherinnen und Besuchern kommen wegen der Kultur. Und bedenkt man, dass Theater und Orchester in der kulturellen Infrastruktur des Landes eine Schlüsselfunktion erfüllen, sägen Sie genau den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Ein weiterer Aspekt, den ich ansprechen möchte, ist: Die Theater- und Orchesterlandschaft hat eine unmittelbare Wechselwirkung mit einer gut gehenden Wirtschaftsentwicklung. Vor einiger Zeit haben die Wissenschaftler/-in Frau Professor Hummel und Herr Professor Brodek belegt, dass in Kommunen mit einem Theater beziehungsweise einem Orchester die Potenziale einer wirtschaftli-

chen Entwicklung deutlich besser und ausgeprägter sind als dort, wo dies nicht der Fall ist. Mehr noch, sie haben also gerade im bayerischen Raum und im thüringischen Raum an der historischen Entwicklung nachgewiesen, dass erst die Kultureinrichtungen da waren, erst die Theater und Orchester, und dann die Wirtschaft sich prosperierend entwickelte. Das muss man doch mal durchholen, wenn man die Situation sachlich analysieren will.

Ein fünfter Punkt: Das von der Landesregierung in Aussicht gestellte Konzept, das ist hier gerade eben benannt worden, kann keine kurzfristige Wirkung entfalten, auch wenn Sie das wünschen oder wir das wünschen können. Hingegen wird es, wenn der Volksinitiative nicht stattgegeben wird, bereits kurzfristig wieder akute Existenznöte geben. In seiner Stellungnahme zur Anhörung hat der Chefdramaturg des Mecklenburgischen Staatstheaters Ralph Reichel über Erfahrungen in Leipzig

(Vincent Kokert, CDU: Der sitzt hinten.)

mit dem Gutachten der Beraterfirma actori geschrieben. Wörtlich heißt es bei ihm: „Actori hat für Leipzig beschrieben, dass Strukturänderungen erst ab einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren spürbare finanzielle Auswirkungen haben werden.“

Ihr Konzept soll nunmehr bis zum 20. Dezember 2012 vorliegen. Wir hatten ja eine ganz absurde, sonderbare Debatte im Bildungsausschuss darüber, wann der Herbst endet und wann dann sozusagen Jahresende ist und so weiter.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Die haben wir nicht initiiert. –
Torsten Renz, CDU: Nee, nee, nee.)

Ja. Lassen wir das mal!

(Torsten Renz, CDU: Lassen
Sie den Punkt mal lieber weg!)

Nee, den lass ich nicht weg!

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Die haben wir nicht initiiert.)

Nee, den lass ich nicht weg! Wissen Sie, warum? Das ist so wichtig. Frau Ministerin hat eben in Vertretung mitgeteilt, dass in den nächsten Tagen also der Zuschlag für – wenn ich sie richtig verstanden habe – dieses ausgeschriebene Konzept erteilt wird. Interessanterweise ist ja, wenn es noch drauf ist, auf der Homepage des Bildungsministeriums diese Ausschreibung gewesen, und da sind auch Fristen angegeben worden. Und nach diesen Fristen hätte der Zuschlag eigentlich schon mit dem 15. Juni erteilt werden sollen. De facto sind Sie auch in dieser Sache, wenn auch nur um wenige Tage, aber immerhin schon aus dem Zeitraster raus.

Und jetzt nehmen wir mal Folgendes: Es liegt Ende des Jahres vor.

(Dr. Margret Seemann, SPD: 15. Juni.
Und heute haben wir den ...? –
Zuruf aus dem Plenum: 20.)

Na ja, es kommt Ihnen vielleicht vor wie Haarspalterei, aber wir sind da hochsensibel, weil so viele Zusagen, so

viele Dinge nicht eingehalten wurden. Also im Grunde genommen haben wir hier schon wieder eine Fristverstreichung zu konstatieren.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Fünf Tage.)

Also zumindest ist es hier schriftlich nachweisbar, dass zum 15. die Bindefrist eigentlich geklärt sein sollte.

So, nun nehmen wir mal an, das Konzept liegt Ende des Jahres vor. Dann kann nach dieser Einschätzung und den Leipziger Erfahrungen also frühestens 2016, eher erst 2019 das Konzept seine Wirkung entfalten. Was passiert dann aber bis dahin, wenn der Deckel weiterhin draufbleibt?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da wird dichtgemacht.)

Bis dahin sind einige Standorte schon erloschen, sind nicht mehr ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Darum
gehts. Sehr richtig, Torsten.)

Das ist der Punkt, ja.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch egal, Torsten.
Das spielt doch keine Rolle.)

Einige haben sich aufgeregt – das hat mich schon getroffen, wir hatten eine kurze Debatte, Frau Dr. Seemann –, dass ich in Reaktion auf die Entschließung im Bildungsausschuss von Heuchelei gesprochen habe. Ich wollte Sie nicht verletzen. Ich schätze Sie sehr, ich will aber schon sagen, dass ich unterscheide in einer politischen Auseinandersetzung, ob ich jemanden persönlich schätze und sympathisch finde

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

oder ob ich mich in der Sache ganz scharf auseinanderzusetzen muss. Und das ist in diesem Falle so,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn wenn man sich mal das Wort Heuchelei nimmt,

(Udo Pastörs, NPD: Ein lieber Kerl,
unheimlich menschlich.)

dann ist es Synonym für Irreführen, Vortäuschen, Täuschen, Fingieren, Vormachen. Und ich kann es drehen oder wenden, wie ich will:

(Dr. Margret Seemann, SPD: Genau
deshalb finde ich es ja so schlimm, dass
Sie uns das unterstellen, Herr Koplin.)

Das alles geschieht! Entweder machen Sie sich selbst was vor oder Sie machen anderen was vor. Oder – was am schlimmsten wäre – es ist beides der Fall, Sie machen sich selbst und anderen was vor.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Ich finde das echt schlimm, dass
Sie das jetzt noch mal wiederholen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will noch auf die Frage eingehen, warum sich die Landesregierung und die Koalition mit der Ablehnung des Antrages der Volksinitiative selbst Lügen strafen. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 14. Dezember haben Sie wichtige Arbeitsschwerpunkte Ihrer Politik benannt. Sie nannten wörtlich: „vernünftige Wirtschaftspolitik für gute Arbeit“. Mit Ihrer Entschließung schicken Sie sich an, sechs Unternehmen mit über 1.400 Arbeitsplätzen, also vergleichbar in etwa mit dem Arbeitskräftevolumen der P+S-Werften, zu gefährden, mindestens jedoch 200 Künstlerinnen und Künstler in die Wüste zu schicken. Vernünftige Wirtschaftspolitik für gute Arbeit geht anders!

Sie nannten weiterhin: „Einstellen auf demografischen Wandel“. Demografischer Wandel ist aber kein Naturereignis, auch wenn er viel mit Natürlichem zu tun hat. Demografischer Wandel verlangt aktivierende, eingreifende Politik, verlangt, dass wir im Land unsere Stärken ausspielen und das, was uns attraktiv macht. Wo andere Naturrohstoffe haben, haben wir eben Kultur.

Und Sie nannten des Weiteren: „Unterstützung für Familien und Kinder“. Was ist das für eine familienfreundliche Politik, frage ich, die den Jüngsten die Orte zerstört, an denen sie kulturelle Bildung,

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben doch noch gar nichts zerstört! Das haben wir auch gar nicht vor.)

also eine wichtige Ressource für ...

(Vincent Kokert, CDU: Was soll denn das eigentlich?)

Es ist vorhin gesagt worden, es ist möglich, dass ...

(Vincent Kokert, CDU: Ja, es ist möglich.)

Ja, ja. Und indem Sie aber ...

(Vincent Kokert, CDU: Aber Sie sagen ja jetzt, wir schließen schon.)

Das ist die logische Kette! Herr Kokert, das ist die logische Kette!

(Vincent Kokert, CDU: Nein, hören Sie auf damit, so 'n Quatsch zu erzählen!)

Wenn Sie ausdrücklich dezidiert einen Bestand der Strukturen ablehnen, dann geben Sie diese Strukturen preis.

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Ja, genau, genau.

Also Sie nannten, und damit schließe ich die Aufzählung ab, Herr Kokert,

(Vincent Kokert, CDU: Ja. – Marc Reinhardt, CDU: Hervorragend.)

solide Finanzen“. Wer die Theater- und Orchesterlandschaft finanziell austrocknet, muss wissen, dass auf

Umwegrentabilität in Form von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Fachkräfte, von Aufträgen für Dienstleister und von zusätzlichen Steuereinnahmen im Einzelhandel, in der Gastronomie und im Verkehrsreich verzichtet wird. All das zeugt von mangelnder Weitsicht.

Und noch etwas: Der Ministerpräsident wird nicht müde zu erklären, dass er den Dialog mit den Menschen für wichtig hält.

(Marc Reinhardt, CDU: Ja.)

Schwester Bührle, die Beauftragte der Katholischen Kirche, gab unserer Fraktion dieser Tage eine Schrift von Kardinal Lehmann an die Hand, aus der hervorgeht, was einen, ...

(Vincent Kokert, CDU: Was Sie alles lesen!)

Ja, mit Interesse.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da können Sie mal sehen, Herr Kokert!)

... was einen Dialog ausmacht. Demnach ist ein Dialog nicht mit einem freundlichen, eloquenten, unverbindlichen Gespräch zu verwechseln. Ein Dialog ist niemals eine harmlose Form des Sich-Öffnens. Ein Dialog ist, sehr geehrte Damen und Herren, zielgerichtet und auf einen herzustellenden Konsens bezogen.

(Vincent Kokert, CDU: Ich glaube, das wäre Kardinal Lehmann nicht recht, wenn Sie ihn in dem Zusammenhang zitieren.)

Das alles zeichnet die von Ihnen praktizierte Form der politischen Kommunikation, Dialog möchte ich das nicht nennen, eben nicht aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Gesagte zeugt davon, dass dieses Land allenfalls suboptimal,

(Vincent Kokert, CDU: Was?! – Udo Pastörs, NPD: Oh, suboptimal!)

eher schlecht regiert wird.

(allgemeine Unruhe)

Damit sich jeder Interessierte und jede Interessierte ein Bild von der Positionierung der Politikerinnen und Politiker im Landtag machen kann, verlangen wir eine namentliche Abstimmung für den Punkt II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/841 und für unseren Änderungsantrag auf Drucksache 6/880. Also hierzu jeweils namentliche Abstimmung, denn wenn Sie den Antrag – also bezogen zum Beispiel auf die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses – der Volksinitiative wie vorgesehen ablehnen wollen, dann würden Sie mit Ja stimmen. Wir wollen das nicht und werden dementsprechend anders stimmen. Und wir wollen auch, was die Alternativen zu dem gegenwärtigen Kurs betrifft, die sind enthalten in unserem Änderungsantrag, die wollen wir gern auch namentlich abgestimmt wissen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Donig.

Ingulf Donig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kokert, mal was zu Volksinitiativen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wo ist denn Ihr Bildungsminister eigentlich? – Zuruf aus dem Plenum: Entschuldigt. – Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, er ist für morgen und übermorgen entschuldigt, nicht für heute.)

Darf ich weitermachen?

Volksinitiative ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das interessiert ihn ja nicht, was hier geredet wird. Da kann er nicht einfach gehen. Die offizielle Entschuldigung liegt für morgen und übermorgen vor.)

Als es um die Kreisgebietsreform ging, gab es eine Initiative ...

(allgemeine Unruhe)

Machen Sie mal einen Ordnungsruf, oder was ist hier?

Als es um die Kreisgebietsreform ging, gab es eine Initiative auf Rügen. Da ging es eigentlich um die Verwaltung. Zum Schluss, nach frenetischem Feinschliff, kam bei der Bevölkerung an: Soll Rügen Rügen bleiben? Niemand wollte jemals Rügen versenken. Aber wenn ich jetzt zu den Leuten hingehe und sage, euer Theater wird zugehört, dann unterschreibt doch jeder so eine Volksinitiative, ja? Gut.

Also der Antrag der Volksinitiative fordert den Landtag auf, „unverzüglich die Rahmenbedingungen für den Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen in ihrer Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Dazu gehört insbesondere eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch das Land“, so der Text.

Wenn man etwas unverzüglich fordert, also sofort, und dann auf das „Insbesondere“ einer auskömmlichen Finanzierung hinweist, dann fordert man ausschließlich Geld als Lösung für alle Probleme. Mehr Geld kann nicht die Lösung sein, denn das Land Mecklenburg-Vorpommern stellt 37,3 Millionen den Trägern der vier großen Theater und Orchester zur Verfügung. Damit gibt Mecklenburg-Vorpommern 2012 mehr Geld in diesem Bereich aus, als es Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein getan hat.

Im Ergebnis der öffentlichen Anhörung zur Volksinitiative im Bildungsausschuss sind unter anderem Fragen erörtert worden wie: Inwiefern kann ein hochwertiges Kulturangebot dazu beitragen, rechtsextremistischen Entwicklungen zu begegnen? Gedanken wurden dazu geäußert:

Eine Kunst- und Kulturlandschaft ist ein wesentlicher Bestandteil humanistischer Bildung.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt immer darauf an, was gegeben wird in den Einrichtungen.)

Ein Abbau der Kultur ist gleichzeitig ein Abbau von Bildungsstrukturen. Ist die Kultur gezwungen, sich aus der Fläche zurückzuziehen, besteht die Gefahr, dass diese Leerräume von rechtsextremem Gedankengut befüllt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zum Thema Kulturkooperationsräume – hier gibt es differenzierte Auffassungen: Einerseits mache es nur Sinn, wenn die Einbeziehung kommunaler Gebietskörperschaften in die Trägerschaft und die Finanzierung von Kulturinstitutionen verbunden sind. Andererseits besteht die Auffassung, die Bildung von Kulturkooperationsräumen sei Unsinn, denn jedes Theater hat sein spezifisches Profil, seine eigene kulturelle Tradition.

Hochwertiges Kulturangebot in der Tourismuswirtschaft: Man ist sich darüber einig, dass ein hochwertiges Kulturangebot einen enormen Teil der touristischen Attraktivität einer Region ausmacht. Hier sei ein koordiniertes Vorgehen erforderlich. Weiterhin wurden sinnvolles Zusammengehen von Sparten erörtert, kulturpolitische Angebote, Vor- und Nachteile von Fusionen sowie eine regelmäßige Dynamisierung der öffentlichen Förderung von Theatern und Orchestern.

Natürlich kann man von einer Dynamisierung immer leicht sprechen, wenn man diese Mehrausgaben nicht verantworten muss. Der Landesrechnungshof hat in der Anhörung hierzu ausgeführt, dass man mit 2 bis 3 Millionen jährlich, also 18 bis 27 Millionen Euro Mehrausgaben bis 2020 bei der Sache ist. Das entspricht etwa 300 bis 400 Lehrerstellen zum Beispiel, die Ausbildung.

Herr Koplin hat als Initiator zwar eine Idee, indem er von einer positiven Differenz in Millionenhöhe bis 2016 ausgeht. Sein Vorschlag war, dass dieser Betrag für die Dynamisierung zur Verfügung steht. Eine bequeme Lösung für die Theater und Orchester, aber eine kurzsichtige Lösung für das Land. Plädieren Sie, Herr Koplin, wirklich dafür, das Geld hier mehrmals auszugeben, und nicht für Inklusion zum Beispiel?

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist auch Blödsinn!)

Ja?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Dafür wirds ja auch nicht
ausgegeben.)

Also eine Fülle von Fragen, die Antworten bedürfen, die einfach nicht unverzüglich gegeben werden können.

Aus gutem Grund hat das Ministerium nach erfolgter Ausschreibung eine Agentur beauftragt, alle Aspekte in entsprechende Szenarien einzubeziehen und Varianten einer zukünftigen Theater- und Orchesterlandschaft vorzulegen. Diesen Weg unterstützen wir, und ich kann Ihnen mitteilen, dass heute ein Vertrag unterzeichnet wurde zwischen dem Ministerium ... Hab ich ihn da liegen? Ach so!

(Der Abgeordnete Ingulf Donig will Unterlagen von seinem Platz holen. – Vizepräsidentin Silke Gajek spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Okay.

Es ist die METRUM Managementberatung aus München, die also schon Erfahrung hat in der Sanierung, sag ich mal, eines Theaters in Düsseldorf, Coburg und anderen.

(Udo Pastörs, NPD:
Und Landestheater auch.)

Ja. Das haben wir jetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie werden nicht müde, in der Öffentlichkeit zu behaupten, die Koalitionsfraktionen würden die Volksinitiative nicht ernst nehmen. Das ist falsch, das wissen Sie ganz genau.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich weise diese Behauptung mit Nachdruck zurück.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das merkt man an der Abwesenheit Ihres Ministers.)

Wie Sie dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU im Bildungsausschuss und der Beschlussempfehlung entnehmen können,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

haben wir das hohe Engagement der Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative ausdrücklich gewürdigt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deswegen haben wir das Ganze so schnell durch den Ausschuss gepeitscht. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist eine Unterstellung! Das weise ich zurück!)

In Punkt 2 haben wir uns zu dem Ziel bekannt, „die Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf hohem künstlerischem Niveau ausgewogen zu sichern und fortzuentwickeln“. Wir halten jedoch die Beibehaltung des Status quo, wie ihn die Volksinitiative fordert, für den falschen Weg, um unsere Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten und fortzuentwickeln. Deshalb und nur deshalb haben wir sie abgelehnt. Das heißt jedoch, dass wir das Anliegen der Volksinitiative ernst nehmen

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deshalb haben Sie auch die Anzahl der einzuladenden Experten eingegrenzt.)

und in die Beratung des von der Landesregierung noch in diesem Jahr vorzulegenden Konzepts mit einbeziehen.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Herr Koplin, ich schätze Sie als Kollegen, aber in Ihrer Pressemitteilung zu diesem Thema haben Sie sehr tief in eine Kiste gegriffen und hantieren mit Begriffen wie „skandalös“, „empörend“, „pure Heuchelei“.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Stimmt doch!)

Ich sage Ihnen, skandalös ist, wie populistisch Sie mit diesem ganzen Thema umgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Empörend ist, dass Sie unsere ehrlichen Bemühungen eines gemeinsamen Konsenses mit den Kulturschaffenden so durch den Dreck ziehen und ignorieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und pure Heuchelei ist es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Theatern und den Orchestern vorzugaukeln, die Fraktion DIE LINKE habe allein den Stein der Weisen gefunden.

Ich bin der festen Überzeugung, „wer ... immer mehr Geld fordert, ansonsten aber alles beim Alten lassen will, macht sich zum Totengräber der Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“, wie meine Kollegin Seemann es richtig in ihrer Pressemitteilung am 6. Juni formuliert hat.

Abschließend noch ein paar Worte zum Änderungsantrag 6/880. Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, es ist schon bezeichnend, dass dieser Antrag nicht im Rahmen der Haushaltsdebatte gestellt wurde und dass er auch keine konkreten Summen enthält. Ich kann mir nur vorstellen, dass Sie beim Zusammenrechnen Ihrer Forderungen bei der Summe von 160 Millionen Euro selbst erschrocken sind, daher wohl auch keine konkreten Summen, wie sie noch in dieser Debatte zum Antrag 6/535 von Ihnen genannt wurden.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die GRÜNEN hatten dazu einen Antrag.
Dem hätten Sie zustimmen können.)

Ihr Konzept vom April wird nicht dadurch besser, dass Sie nunmehr die Summen offenlassen, die auf das Land zukommen. Der Änderungsantrag ist daher aus den gleichen Gründen abzulehnen wie der Antrag der Volksinitiative. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt noch mal die Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Abgeordnete Herr Ritter hat das Präsidium und dann somit die Landesregierung beauftragt zu klären, warum der Kultusminister nicht da ist. Ich habe Sie eingangs meiner Rede informiert, dass unser Kultusminister sich auf dem Weg zur Kultusministerkonferenz befindet,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

wo heute die Vorbesprechung in Berlin stattfindet. Und es ist richtig, es liegt eine Entschuldigung für den 21. und 22. Juni vor, also für morgen und übermorgen, für heute nicht. Ich möchte mich ausdrücklich für dieses Büroversehen entschuldigen. Ich kann Ihnen nur versichern, dass – oder das muss ich Ihnen gar nicht erklären – diese Art Vorbesprechungen zur Ministerkonferenz gehören und wichtig sind.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich extra gestern noch mal, nein, am Montag bereits mit Herrn Brodkorb gesprochen habe wegen der Vertretung zu diesem Punkt, weil es für uns nicht nur ein einfacher Punkt ist. Wir beide haben uns verständigt, in der Hoffnung, dass die Haushaltsdebatte vielleicht ein bisschen schneller geht, oder – das war ja schwer abzuschätzen – dass er auf alle Fälle möglichst so lange bleibt, dass er reden kann. Das war nicht möglich, weil wir für die Haushaltsdebatte aus gutem Grund die Zeit hier auch gebraucht haben. Ich habe mich mit ihm vorbereitet. Ich habe diese Sache nicht einfach nur abgelesen, sondern für die Landesregierung in Vertretung für unseren Bildungsminister hier vorgetragen.

Ich möchte gerne gleich diesen Wortbeitrag nutzen, um auch auf eine Frage von Herrn Koplin einzugehen, die sich parallel zu heute schon entschieden hat. Herr Koplin hat drauf hingewiesen, dass der Auftrag an das Beratungsunternehmen gegeben werden sollte in den letzten Tagen. Das ist heute erfolgt mit Vertragsunterschrift. Die Pressemitteilung ist aktuell rausgegangen vom Bildungsministerium. Heute wurde die METRUM Managementberatung GmbH beauftragt, die Modelle bis zum Herbst zu erarbeiten und vorzulegen. Alles Weitere ergibt sich aus der Pressemitteilung.

Ich kann verstehen, Herr Ritter, dass Sie sagen, das reicht uns nicht, es lag anders vor. Ich möchte trotzdem noch mal darauf hinweisen, dass wir uns als Landesregierung bemüht haben, dieses Thema doch adäquat zu vertreten, und würde sehr darum bitten, dass wir die Debatte fortsetzen. Sie können davon ausgehen, der Kultusabteilungsleiter ist hier, der Büroleiter, dass all das, was heute hier debattiert wird, dem Minister eins zu eins mitgegeben wird und ich dafür sowieso persönlich geradestehe.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, „persönlich geradestehe“! Ein großes Wort.)

Also bitte, nehmen Sie das Büroversehen nicht zum Anlass, das jetzt abzubrechen, der Bildungsminister ist fast schon eine Stunde unterwegs, sondern lassen Sie uns gemeinsam die wichtige Debatte fortsetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen. Die erste

Vorbemerkung orientiert auf die Äußerungen, die Herr Donig hier für die SPD-Fraktion abgegeben hat.

Bei allem Respekt, Herr Donig, ich erkenne schon einen gewissen Widerspruch darin, wenn Sie auf der einen Seite im hinteren Teil Ihrer Rede die Ernsthaftigkeit betonen, mit der sich die SPD-Fraktion mit der Volksinitiative auseinandergesetzt hat, und dann auf der anderen Seite im ersten Teil Ihrer Ausführungen – unter Bezugnahme auf das Beispiel „Rügen“ und auf das Beispiel „Vor Ort wird irgendwo ein Theater geschlossen“ – in den Raum stellen, man müsse nur die richtige Frage stellen, um in ausreichendem Maße Unterschriften für eine Volksinitiative zusammenzubekommen. Also ich möchte hier an dieser Stelle für uns noch mal eindeutig festhalten, diejenigen, die ihre Unterschrift unter die Volksinitiative gesetzt haben – und ich habe da viele Gespräche geführt, vermutlich genauso wie DIE LINKE und andere –, wir haben uns mit sehr, sehr großer Ernsthaftigkeit, mit sehr großer Ernsthaftigkeit mit diesem Thema auseinandergesetzt und sind mit Sicherheit nicht nur über eine einfach formulierte Frage zu erreichen gewesen, sondern dahinter steht eine ganz bewusste Entscheidungsfindung. Und ich glaube, man kann das hier an dieser Stelle nicht hoch genug würdigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Aber Sie können
es auch nicht ausschließen.)

Und die zweite Bemerkung: Die Ministerin hat dies nicht getan. Sie hat mit hoher Ernsthaftigkeit für die Landesregierung in Stellvertretung für den Kultusminister die Position der Landesregierung vorgetragen und sie hat für meine Begriffe auch glaubhaft vorgetragen die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Begehren der Volksinitiative. Frau Schwesig, ich glaube allerdings, stellvertretend, Sie haben den falschen Schluss gezogen, denn wenn man sich den Wortlaut der Volksinitiative noch mal auf der Zunge zergehen lässt, dann ist es das Bekenntnis zum Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstruktur. Da ist nichts konkreter festgezurr, sondern da ist ein Ziel definiert, und ich glaube, dass es gar nicht so schwer gewesen wäre – und das zeigen auch die Zurufe gerade zu den Beiträgen –, dass es gar nicht so schwer gewesen wäre, diese Volksinitiative einfach in ihrem Wortlaut anzunehmen und sich dazu zu bekennen und dann herunterzubrechen, was das in der Konsequenz heißt, von mir aus auch mit einem Konzept.

Ich glaube, dass es diesem Hause gutgetan hätte, wenn wir hier einmal gemeinsam erlebt hätten im besten demokratischen Sinne, dass eine Volksinitiative durch dieses Haus angenommen worden wäre. Ich glaube, das wäre wirklich ein sehr, sehr gutes Zeichen gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite, ich glaube, es verwundert niemanden wirklich, dass SPD und CDU diese Volksinitiative heute ablehnen. Täten sie dies nicht, so wäre dies ja ein Eingeständnis der verfehlten Kulturpolitik der vergangenen Jahre, oder zumindest ich habe mir nicht vorstellen können, dass dies heute geschieht, nämlich dieses Eingeständnis. Und ich finde wichtig, dass wir hier an dieser Stelle festhalten: Auch mit der Erarbeitung eines Konzeptes signalisiert die Landesregierung all das, was in den vergangenen Wochen, Monaten, Jahren noch

bitter verteidigt worden ist, ein Eckpunktepapier. Die Fusion von Theatern wird damit beerdigt. Es gibt einen neuen Anlauf, und das ist gut so.

Und deshalb glaube ich, dass wir heute zumindest einen deutlichen Schritt weiter sind, wenn es um die Entwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern geht, denn bisher reduzierte sich die Stellungnahme der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen vor allem darauf, dass die Theater selbst etwas tun müssten, dass sich das Land doch überdurchschnittlich mit hohen Zuschüssen engagiere und dass vor allem die Kommunen als Träger der Orchester und der Theater hier in der Verantwortung seien, eigene Konzepte zu erarbeiten.

Wenn ich jetzt despektierlich argumentieren würde, würde ich sagen, die Theater- und Orchesterpolitik des Landes hat sich darauf reduziert,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

bei Eintreten einer drohenden Insolvenz Zuschüsse an das Theater Schwerin zu geben, aber ich will das hier an dieser Stelle gar nicht so betonen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das wäre auch polemisch. –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Das, in der Tat, wäre auch polemisch. Deshalb haben Sie das im Imperativ gehört.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber auch das, wenn Sie es
nicht machen wollen, ist polemisch.
Aber das wissen Sie auch, Herr Suhr. –
Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, und
Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber, Herr Dr. Nieszery, wir sind doch aus einem anderen Grund heute einen deutlichen Schritt weiter,

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

weil auch im Antrag, der von den Mehrheitsfraktionen initiiert wurde, ein Bekenntnis enthalten ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na,
immerhin! Das erkennen Sie ja an.)

Ein Bekenntnis, „die Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf hohem künstlerischem Niveau und ausgewogen zu sichern und fortzuentwickeln“, das ist ausdrücklich benannt. Und wir sind auch deshalb einen deutlichen Schritt weiter, weil „die Landesregierung“ immerhin dazu „aufgefordert wird“, endlich „ein Konzept vorzulegen“.

Ich teile das, was vonseiten der LINKEN gesagt worden ist: Das ist spät, das ist für manche Häuser vielleicht unerträglich spät, weil sie sich permanent nach der Decke strecken, weil verschiedene Häuser in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren immer wieder daran gearbeitet haben, Kosten einzusparen, weil wir seit Jahren mit stagnierenden Zuschüssen arbeiten, und das ist für die Menschen vor Ort, für die Beschäftigten, aber auch für viele Bürgerinnen und Bürger ein unhaltbarer Zustand.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und auch wenn die Volksinitiative heute durch die Regierungsmehrheit abgelehnt wird, Sie haben mit dem öffentlichen und politischen Druck – und damit meine ich die Initiatoren der Initiative –, den Sie heute durch diese Volksinitiative ausgelöst haben und in den vergangenen Wochen auslösen konnten, in der Tat viel erreicht. Und ich möchte heute all denjenigen danken, die dies durch ihre Arbeit ermöglicht haben.

Man könnte in der Tat heute zu dem falschen Ergebnis kommen, mit der Ablehnung sei nichts erreicht worden. Die Volksinitiative war ein wesentlicher, vielleicht der wesentliche Beitrag,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das wollten wir doch in unserem
Antrag zum Ausdruck bringen.)

die Landesregierung in Bewegung zu bringen, endlich in diesem Feld zu arbeiten und endlich in diesem Feld konzeptionell zu arbeiten.

Ich finde, dass die Befassung der Landtagsausschüsse mit der Volksinitiative sowie das Anhörungsverfahren auch deutlich gezeigt haben, dass die Diskussion um die Theater und Orchester einen anderen Schwerpunkt braucht als die Auseinandersetzung vor allem um finanzielle Fragen. In den Beratungen ist deutlich geworden, dass ein hochwertiges Kulturangebot in Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger Pfeiler unserer demokratisch verfassten Gesellschaft ist, denn Mittel der Kunst sind besonders dazu geeignet, vor allem Kindern und Jugendlichen demokratische Werte wie Toleranz, Akzeptanz und Respekt zu vermitteln. Kultur ist ein wichtiger Bestandteil einer humanistisch geprägten Bildungsstruktur und Theater sind überaus geeignete Orte der kritischen Auseinandersetzung, die eine demokratische Gesellschaft unabdingt und immer wieder braucht, um sich weiterentwickeln zu können.

Und Herr Koplin hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass das Kulturangebot, das Theater- und Orchesterangebot in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen nicht mehr nur ein weicher Standortfaktor ist, sondern, wenn man den Blick auf den Tourismus lenkt, ein harter Standortfaktor und eine Motivation für viele Menschen ist, zu uns zu kommen. Und auch das ist gut so, meine Damen und Herren.

Wenn wir dies erwarten, also diese Wertevermittlung der Theater und Orchester erwarten, dann brauchen unsere Theater und Orchester die Rahmenbedingungen, um ein qualitativ hochwertiges Angebot zu entwickeln und zu präsentieren. Dann brauchen wir die Mittel, und vor allem auch junge Menschen im Rahmen theaterpädagogischer Angebote für Kunst und Kultur zu interessieren. Und da müssen wir Bedingungen schaffen, damit Theater und Orchester sich vor allem auf diese Aufgabe konzentrieren können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer seit Jahren einen Überlebenskampf führen muss, wer immer wieder mit Kürzungen und möglichen Arbeitsplatzverlusten konfrontiert wird, wer immer wieder Gegenstand von möglichen Einsparungen ist oder aus den Medien entnehmen muss, dass das eigene Haus, der eigene Arbeitgeber von Insolvenz bedroht ist, der ist in seinem Handeln einge-

schränkt. Die Theater und Orchester werden seit Jahren durch das politische Handeln, oder vielfach – und das geht vor allem an die Adresse der Landesregierung – auch durch das politische Nichthandeln massiv verunsichert. Dies muss so schnell wie möglich aufhören. Wir sind in der Pflicht, verlässliche Rahmenbedingungen und vor allem eine Perspektive für die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, damit diese ihre wichtige kulturelle und weit über das Kulturelle hinausgehende Arbeit leisten können und sich darauf konzentrieren können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Suhr, kommen Sie bitte zum Schluss!

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Volksinitiative. Wir werden auch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Petereit von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Petereit! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der macht jetzt
Thor-Steinar-Festspiele, glaube ich.)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das deutsche Theater!)

Sie reden immer viel von Rahmenbedingungen, die angeblich nicht dem entsprechen würden, was die Theater und Orchester bräuchten. Auch wenn Sie Rahmenbedingungen sagen, gemeint ist immer Geld, Steuergeld.

Sie alle hier erleben beinahe täglich Situationen der Landespolitik, die nicht zufriedenstellend oder katastrophal sind. Fehlende Kita- und Krippenplätze, fehlende kostenlose Schulspeisung, mangelhaftes öffentliches Nahverkehrsnetz, Abbau bei der Polizei, in Bereichen der Daseinsfürsorge und der Sicherheit. Überall muss gekürzt und eingespart werden. Das trifft natürlich auch die Theater und Orchester.

Während der Anhörung zur Volksinitiative im Bildungsausschuss wurde die Behauptung aufgestellt, die Theaterlandschaft sei eigentlich Weltkulturerbe. Solche Sprüche ändern allerdings nichts daran, dass die Theater und Orchester die Mehrheit des Volkes nicht erreichen.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es. –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Über die Hälfte geht gar nicht ins Theater, weitere über 30 Prozent eher selten, also auch fast nie, knapp 12 Prozent gehen ab und zu und nur um die 2 Prozent sind regelmäßige, intensive Theaterbesucher – 2 Prozent!

(Manfred Dachner, SPD: Wie oft waren Sie denn eigentlich? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Immerhin! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Auch Theater kann wirtschaftlich sein, nämlich dann, wenn die Kunst auch das Volk erreicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Schauen Sie sich zum Beispiel die Besucherzahlen bei den Vorstellungen für Kinder an. Schon komisch, dass ausgerechnet diejenigen, die eigentlich über kein Geld verfügen, für volle Häuser sorgen. Oder was ist mit den Besucherzahlen der Privattheater? Die schaffen es auch, ihre Spielstätten vollzubekommen, und das ohne Zuschüsse aus der öffentlichen Hand.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es. Weil die nicht so viel Mist verzapfen.)

Und wenn wir dann im Ausschuss noch vermittelt bekommen, dass man am Standort XY eigentlich die besten Voraussetzungen überhaupt hätte, aber trotzdem nicht auf einen halbwegs grünen Ast kommt, dann ist es verdammt noch mal Zeit, sich an die eigene Nase zu fassen. Schluss mit Cliquenwirtschaft und Selbstinszenierung – wir brauchen Volkskunst!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn Volkskunst? Definieren Sie doch mal Volkskunst!)

Der Deckmantel ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Beruhigen Sie sich mal!

Der Deckmantel der Kunst darf kein Freifahrtschein

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und Sie sind der Vorturner dann, ne?!)

für den Umgang mit Steuergeldern sein,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

erst recht nicht in Zeiten, in denen in allen Bereichen der Daseinsfürsorge eingespart und gestrichen wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Petereit, was ist denn Volkskunst? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Grundsätzlich ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, erzählen Sie uns das doch mal!)

Volkskunst ist Kunst, die das Volk erreicht, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das tun andere auch. –
Julian Barlen, SPD: Machen Sie doch mal den sterbenden Schwan! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Grundsätzlich ist die Freiheit der Kunst nicht infrage zu stellen,

(Udo Pastörs, NPD: Toller Zwischenruf!)

ebenso wie notwendige staatliche Subventionen für Kunst und Kultur. Allerdings ist eine kritische Bewertung auf der Grundlage der erreichten Bürger notwendig und entsprechend werden wir auch abstimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?
Das war 'ne gigantische Idee!)

Am Schluss sei mir noch der Hinweis gestattet, dass ich es persönlich gut gefunden hätte, wenn wir hier im Landtag auch die Begründung der Volksinitiative vorgelegt bekommen hätten als Antrag, mit der Sie Stimmen sammeln waren, nämlich die, die auch auf Ihrer Internetseite zu finden ist. Das ist ein anderer Wortlaut. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt will ich Ihre Aufmerksamkeit auch nicht zu sehr strapazieren,

(Torsten Renz, CDU: Doch, doch.)

aber ein paar Worte müssen schon noch ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das denken Sie, dass Sie der Letzte sind. Aber Sie sind noch nicht der Letzte.)

Ja, das kann natürlich sein, dass es noch Nachmeldungen gibt.

Ich will nur zu Ihnen sagen, Herr Koplin, nicht alles, was wünschenswert ist, ist am Ende ja auch bezahlbar. Also ich sage es mal so, wenn ich bei mir in meiner, ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch ein Standardsatz von Ihnen.)

Bleiben Sie doch ganz ruhig! Es ist ja auch so.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich bin ganz ruhig.)

... in meiner Kleinstadt eine Umfrage machen würde oder eine Volksinitiative starten möchte: „Wir möchten unsere Polizeistation wiederhaben“ oder „Wir möchten unsere Grundschule wieder eröffnen“,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

würden wahrscheinlich auch 100 Prozent diese Volksinitiative unterschreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber 50.000 wohnen nicht in Neukalen. Das ist ein bisschen übertrieben.)

Ja, aber ich nehme auch an, dass selbst Mitbürger aus Stavenhagen das unterstützen würden, Herr Ritter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sprachen von Ihrer Kleinstadt.)

Ja, aber die strahlt ja auch aus, ne?!

Insofern, würde ich annehmen, würde man es auch hinkommen. Es wäre am Ende aber unredlich, weil es am Ende ja auch nicht durchsetzbar ist, und ein wenig Augenwischerei. Ich bin hier trotzdem ein bisschen positiver Hoffnung mit dieser Volksinitiative. Sie haben das vorhin selbst angedeutet,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass einige Menschen dabei waren, die haben gesagt, ja, wir unterstützen das, aber wir gehen selber eigentlich nie oder nicht so oft ins Theater. Vielleicht führt ja die Volksinitiative dazu, dass viele, die unterschrieben haben, viele, die sich hier an der Debatte beteiligt haben – uns eingeschlossen –, dass der eine oder andere von uns und von den 50.000 zwei-, drei-, viermal öfter im Jahr ins Theater und Orchester geht

(Udo Pastörs, NPD: Kommt drauf an, was gespielt wird.)

und dann schon bei der Auslastung hilft. Und das ist dann ja auch schon ein finanzieller Gewinn für die Theater und Orchester bei uns im Land.

Bei Ihnen, Herr Koplin, habe ich während Ihrer Ausführungen immer das Gefühl, es gibt nur schwarz oder weiß. Entweder ist man für die Volksinitiative oder man ist dagegen und dann, hatte ich das Gefühl, dann bricht alles zusammen und wir schließen alle Standorte. So ein bisschen fällt mir da wie früher der Spruch ein: „Du bist ja och für 'n Frieden, ne?“ Ungefähr so hat sich das heute bei Ihnen angehört. Es ist in der Tat nicht so, Frau Ministerin hat das ja in Vertretung dargestellt.

Es geht jetzt darum, ein Konzept zu erarbeiten. Der Auftrag ist erteilt. Wir wollen uns, und das sprechen wir in unserer Entschließung hier auch an, für ein hochwertiges und auch in allen Landesteilen vertretbares Konzept einsetzen. Wir haben in diesem Doppelhaushalt, auch das kam ja heute schon zur Sprache, dafür ja auch 2 Millionen, vorrangig für Schwerin, reserviert, damit es eben nicht dazu kommt, dass ein Theater, bevor das Konzept vorliegt, hier in Insolvenz geht. Wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Konzept dann auch die Theater sicher für die Zukunft machen werden.

Wir wollen uns als CDU-Fraktion daran beteiligen, deshalb wird der Arbeitskreis Bildung und Kultur jetzt auch in der Sommerpause mehrere Standorte in einer Arbeitskreisreise besuchen und nochmals, wir waren ja schon öfter dort, vor Ort mit den Leuten sprechen und das dann auch in das Konzept mit einfließen lassen.

Und dann, bin ich der Meinung, da uns das ja jetzt jede Landtagswoche beschäftigt hat, wird uns sicherlich, wenn dann nachher im Herbst das Konzept vorliegt, dieses Thema hier noch weiter beschäftigen. Das zeigt für mich auch, dass wir die Sache ernst nehmen.

Frau Berger hat uns das ja auch mehrfach vorgeworfen, dass wir die Sache hier nicht ernst nehmen.

(Vincent Kokert, CDU: Wirklich?)

Frau Berger, tun Sie das nicht, weil wir Ihnen genauso vorwerfen könnten, dass Sie heute Ihren Bericht nicht gehalten haben als Ausschussvorsitzende. Das könnte man ja auch so auslegen, dass Sie das nicht ernst nehmen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Man könnte“, habe ich gesagt. Wir würden das nie tun und deshalb bitte ich Sie, dass Sie das auch nicht tun.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ja, ja – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, der Entschließung der Koalition zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Bravo! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Also wenn das zu Jubelstürmen aufruft, na dann, prost Mahlzeit!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber nicht so viel über Neukalen jetzt! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee. Nicht über die Peenestadt, dann eher über die Reuterstadt.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme die Entschuldigung, die die Sozialministerin hier vorgetragen hat, an, aber dieses Versäumnis auf ein Versäumnis des Büros zu schieben, das halte ich dann schon ein bisschen für fragwürdig, weil es bleibt für meine Fraktion und für mich die Frage nach der Prioritätensetzung. Was ist wichtiger für einen Kultusminister: nach Berlin zur Vorbesprechung zu fahren, wo man gelegentlich auch den Staatssekretär hinschicken kann, oder sich hier mit einer Volksinitiative auseinanderzusetzen, die 50.000 Menschen in diesem Land unterschrieben haben?

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist bezeichnend – und Sie können noch so sehr beschwören, auch Herr Reinhardt als letzter Redner für die Koalition, dass Sie die Sache ernst nehmen –, es ist bezeichnend für Ihren Umgang, wie Sie die Sache nicht ernst nehmen, dass sich der Kultusminister schnell aus dem Staub macht und dass auch der Ministerpräsident erst hereinkommt, nachdem Frau Schwesig meinen Zwischenruf gehört hat: „Wo ist denn eigentlich der Ministerpräsident?“. Das ist Arroganz der Macht, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/880 abstimmen. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hierzu eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf,

(allgemeine Unruhe)

wenn möglich – also ich bitte noch um ein bisschen Konzentration –, von Ihrem Platz zu erheben, nachher bei dem Aufsagen, und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin Frau Feike, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine oder ihre Stimme nicht abgegeben hat?

(Dr. Till Backhaus und Harry Glawe werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen. – Heinz Müller, SPD: Die haben dich wohl übersehen, Harry? – Minister Harry Glawe: Ja, ist doch klar.)

Gut. Jetzt ist es wohl offensichtlich nicht mehr der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

Unterbrechung: 18.05 Uhr

Wiederbeginn: 18.06 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, ich eröffne die Sitzung wieder.

Wir haben das Ergebnis. An der Abstimmung haben insgesamt 61 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 18 Abgeordnete, mit Nein stimmten 43 Abgeordnete und enthalten hat sich niemand.* Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/880 abgelehnt.

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Bildungsausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer

* Endgültiges Abstimmungsergebnis siehe Anlage.

der Ziffer I der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 6/841 angenommen mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, den Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der NPD.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Bildungsausschuss, den Antrag der Volksinitiative abzulehnen. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hierzu eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin Frau Feike, die Namen aufzurufen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz. –
Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Schriftführerin Katharina Feike: Ist noch jemand hier im Raum, der noch nicht seine Stimme abgegeben hat?

(Minister Harry Glawe: Haben Sie
Frau Schwesig mitbekommen?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich stelle noch mal die Frage: Ist noch ein Mitglied des Landtages im Haus, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen die Sitzung kurz für wenige Minuten.

Unterbrechung: 18.12 Uhr

Wiederbeginn: 18.13 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

An der Abstimmung haben insgesamt 62 Abgeordnete teilgenommen. Davon haben mit Ja gestimmt 43, mit Nein 19, keiner hat sich enthalten. Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 6/841 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze, auf Drucksache 6/559, und hierzu die

Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/837.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
des Aufgabenzuordnungsgesetzes
und zur Änderung anderer Gesetze**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 5/559** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses (2. Ausschuss)**
– **Drucksache 5/837** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Innenausschusses Herr Marc Reinhardt. Bitte schön.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/873 vor. Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner 15. Sitzung am 25. April 2012 in Erster Lesung beraten und federführend an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanz-, den Wirtschafts- sowie den Agrarausschuss überwiesen.

Im Rahmen der Beratungen des Innenausschusses hat zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung stattgefunden, an der der Landkreistag, der Städte- und Gemeindetag, die IHK zu Schwerin sowie die Vereinigung der Unternehmensverbände teilgenommen haben und die Möglichkeit genutzt haben, Stellungnahmen einzureichen.

In Anbetracht der Zeit verzichte ich jetzt, im Einzelnen die Änderungen, die danach vorgenommen wurden, vorzustellen.

(Udo Pastörs, NPD: Wieso? Wir
haben doch noch Zeit genug.)

Es sind einige redaktionelle Änderungen gewesen und es sind noch zwei größere Änderungen – einmal, eine Ermächtigung aufzunehmen für Auseinandersetzungsverträge, damit das Liegenschaftsproblem gelöst werden kann, und es ging vor allem noch um die Ausfinanzierung des Kommunalen Sozialverbandes. Das waren diese zwei größeren Änderungen.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf am 7. Juni 2012 abschließend beraten und dem Gesetzentwurf mit den im Ausschuss vorgesehenen Änderungen zugestimmt. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen also im Ergebnis einvernehmlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Änderungen, die Ihnen auf Drucksache 5/837 vorliegen, anzunehmen. Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gute Rede.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze auf Drucksache 6/559.

Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/837 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einigen Abgeordneten der NPD-Fraktion und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/837 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/837 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen, auf Drucksache 6/713, und hierzu Beschlussempfehlung und den Bericht des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/842.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern
und der Freien und Hansestadt Hamburg über
die Zuständigkeit des Hanseatischen
Oberlandesgerichts Hamburg in
Staatsschutz-Strafsachen**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 6/713** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Europa- und Rechtsausschusses
(3. Ausschuss)**
– **Drucksache 6/842** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen.

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie mal ein bisschen langsamer! – Stefan Köster, NPD: Da scheint jemand partysüchtig zu sein.)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt gleich was zu essen und zu trinken, Frau Präsidentin, ganz langsam!)

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen auf Drucksache 6/713.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es besser. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir extra für Sie ein bisschen langsamer, Herr Pastörs, damit Sie mitkommen. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/713 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Damit sind die Artikel 1 bis 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einigen Gegenstimmen aus der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/713 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/713 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und drei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts, auf Drucksache 6/781.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
zur Änderung des Abkommens über die
Zentralstelle der Länder für Sicherheits-
technik und über die Akkreditierungsstelle
der Länder für Mess- und Prüfstellen
zum Vollzug des Gefahrstoffrechts**
(Erste Lesung)
– **Drucksache 6/781** –

Das Wort zur Einbringung hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Manuela Schwesig. Bitte schön.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik, kurz

ZLS, ist eine von allen Bundesländern gemeinsam getragene Einrichtung und arbeitet zurzeit kostendeckend und gebührenfinanziert. Zentrale Aufgaben aus einer EG-Verordnung zur Marktüberwachung werden dieser ZLS übertragen. Hierzu müssen dort 6,5 neue Stellen eingerichtet werden. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel können nicht durch Gebühren gedeckt werden. Durch die Übertragung der Aufgaben können dem Land ab 2013 Kosten in Höhe von 18.000 Euro entstehen, die in dem Haushalt, den wir heute beraten und beschlossen haben, angemeldet sind.

Ich lege Ihnen damit das dritte Änderungsabkommen vor. Die Unterzeichnung durch die Regierungschefs aller Länder in der MPK erfolgte am 15. Dezember 2011 und gemäß Artikel 47 Absatz 2 der Verfassung unseres Landes bitte ich auch Sie, sehr geehrte Abgeordnete, um Zustimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/781 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? –

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKEN und zwei Stimmen aus der NPD-Fraktion gefolgt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Norbert Nieszery, SPD: Eh, schon?! –
Heinz Müller, SPD: Können wir
noch was vorziehen?)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 21. Juni 2012, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche uns ein schönes Sommerfest.

Schluss: 18.21 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Michael Andrejewski, Lorenz Caffier und Dietmar Eifler.

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/880 –

Jastimmen

DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat
Bernhardt, Jacqueline
Borchardt, Barbara
Foerster, Henning
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Stramm, Karen
Dr. Tack, Fritz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike
Gajek, Silke
Gerkan, Jutta
Jaeger, Johann-Georg
Saalfeld, Johannes
Suhr, Jürgen

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Dr. Backhaus, Till
Barlen, Julian
Bretschneider, Sylvia
Butzki, Andreas
Dachner, Manfred
Donig, Ingulf
Drese, Stefanie
Feike, Katharina
Gundlack, Tilo
Heydorn, Jörg
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Müller, Detlef
Müller, Heinz

Dr. Nieszery, Norbert
Saemann, Nils
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Schwesig, Manuela
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina

CDU

Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lindner, Detlef
Liskow, Egbert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Schütt, Heino
Silkeit, Michael
Texter, Andreas
Waldmüller, Wolfgang

NPD

Köster, Stefan
Müller, Tino
Pastörs, Udo
Petereit, David

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	62
Gültige Stimmen	62
Jastimmen	19
Neinstimmen	43
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 6/841 –

Jastimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Dr. Backhaus, Till
Barlen, Julian
Bretschneider, Sylvia
Butzki, Andreas
Dachner, Manfred
Donig, Ingulf
Drese, Stefanie
Feike, Katharina
Gundlack, Tilo
Heydorn, Jörg
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Saemann, Nils
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Schwesig, Manuela
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina

CDU

Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lindner, Detlef
Liskow, Egbert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Schütt, Heino
Silkeit, Michael
Texter, Andreas
Waldmüller, Wolfgang

NPD

Köster, Stefan
Müller, Tino
Pastörs, Udo
Petereit, David

Neinstimmen

DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat
Bernhardt, Jacqueline
Borchardt, Barbara
Foerster, Henning
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Stramm, Karen
Dr. Tack, Fritz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike
Gajek, Silke
Gerkan, Jutta
Jaeger, Johann-Georg
Saalfeld, Johannes
Suhr, Jürgen

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	62
Gültige Stimmen	62
Jastimmen	43
Neinstimmen	19
Enthaltungen	-